

GESCHÄFTSBERICHT 2007



Wichtige Ereignisse im Zeitspiegel

Die OeNB in Österreich	2007	Die OeNB im Euroraum, im ESZB und in der EU
Basel II tritt mit 1. Jänner 2007 in Kraft, Seite 61 Änderungen im bankaufsichtlichen Meldewesen werden wirksam, Seite 61	JÄNNER	Bulgarien und Rumänien werden Mitglieder der EU, Seite 48 und 51 Slowenien führt den Euro ein, Seite 47
	FEBRUAR	Euro überholt US-Dollar (in Euro gerechnet) beim weltweiten Bargeldumlauf, Seite 85
Von der IT-Abteilung der OeNB für das Eurosystem entwickeltes Tender Operation System wird ausgeliefert, Seite 97	MÄRZ	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 3,75 %, Seite 29 Unterzeichnung der Römischen Verträge jährt sich zum 50. Mal, Seite 45
	APRIL	
OeNB veranstaltet 35. Volkswirtschaftliche Tagung zum Thema „Humankapital und Wirtschaftswachstum“, Seite 92	MAI	Europäische Kommission und EZB legen Konvergenzberichte für Malta und Zypern vor, Seite 48
	JUNI	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 4,00 %, Seite 29 Europäische Kommission legt Berichte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens mit Bulgarien und Rumänien vor, Seite 50
OeNB nimmt Clearingplattform für regionale Interbankenzahlungen in Betrieb, Seite 82	JULI	
Präklusivfrist der 500 Schilling-Banknote mit dem Porträt von Josef Ressel endet, Seite 89	AUGUST	EZB versorgt ab August infolge der Finanzmarkt-turbulenzen Märkte durch mehrere zusätzliche Tenderoperationen mit Liquidität, Seite 24
OeNB trifft mit dem griechischen Konzern Inform P. Lykos S.A. eine Vereinbarung zur Übernahme von 85 % der Anteile an der Austria Card mit 1. Jänner 2008, Seite 84	SEPTEMBER	
	OKTOBER	
Regierungsvorlage zur Reform der Finanzmarktaufsicht in Österreich wird beschlossen, Seite 58 TARGET2 wird erfolgreich durch OeNB und österreichische Banken eingesetzt, Seite 82 OeNB veranstaltet Conference on European Economic Integration zum Thema „Currency and Competitiveness“ Seite 92 Sonderausstellung „Goldbarren“ im Geldmuseum der OeNB wird eröffnet, Seite 92	NOVEMBER	Zahlungsverkehrssystem TARGET2 startet in den ersten acht europäischen Ländern, Seite 82 Europäische Kommission legt Fortschrittsberichte über die EU-Kandidatenländer vor, Seite 50
IWF stellt österreichischem Finanzmarkt bei Update des Financial Sector Assessment Program (FSAP) gutes Zeugnis aus, Seite 57 OeNB trifft Statistik-Kooperationsabkommen mit Statistik Austria und Wirtschaftskammer Österreich, Seite 73	DEZEMBER	Vertrag von Lissabon wird unterzeichnet, Seite 45 Europäische Kommission überprüft nationale Reformprogramme der EU-Mitgliedstaaten, Seite 42 US-Dollar-Liquidität wird in konzertierter Aktion von Fed, EZB und anderen Zentralbanken im Dezember 2007 und ...
	2008	
Zahlungsverkehrssysteme der OeNB sind bereit für SEPA, Seite 79 Reform der Finanzmarktaufsicht in Österreich tritt in Kraft, Seite 58	JÄNNER	... neuerlich im Jänner 2008 bereitgestellt, Seite 24 Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) startet, Seite 79 Malta und Zypern führen den Euro ein, Seite 46 und 49
	FEBRUAR	Europäische Kommission legt Zwischenberichte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens mit Bulgarien und Rumänien vor, Seite 50 Wechselkurs von US-Dollar und Euro übersteigt erstmals die Marke von 1,50 USD/EUR, Seite 29 und 67 Rohölpreis für Brent übersteigt erstmals die Marke von 100 USD/Barrel, Seite 26
IWF fordert bei Artikel IV-Konsultation mit Österreich für 2008 Strukturanpassungen auf der fiskalischen Ausgabenseite, um ausgeglichenen öffentlichen Haushalt bis 2010 zu erreichen, Seite 44	MÄRZ	Goldpreis übersteigt die Marke von 1.000 USD/Unze, Seite 69 US-Dollar-Liquidität wird in konzertierter Aktion von Fed, EZB und anderen Zentralbanken bereitgestellt, Seite 24

Inhalt

Eigentümer und Organe der OeNB

Eigentümer, Generalrat, Staatskommissär	6
Direktorium	11

Das Jahr 2007 im Überblick

Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklung	16
Die OeNB im Jahr 2007	18

Bericht des Direktoriums über das Geschäftsjahr 2007

Steigende Inflationsraten und Finanzmarkturbulenzen fordern die Geldpolitik	22
Robuste Konjunktur verbessert Budgetsalden in der EU – Strukturreformen unterstützen Wirtschaftswachstum	39
Die Europäische Union – ein Erfolgsmodell	45
OeNB als zentraler Akteur im Bereich Finanzmarktstabilität	53
Erfolgreiche Veranlagung der Währungsreserven durch die OeNB unter erschwerten Marktbedingungen	67
Verlässliche Statistiken der OeNB weisen den Weg durch die globalisierte Wirtschaft	72
Wesentliche operative Rolle der OeNB bei Schaffung des harmonisierten Euro-Zahlungsverkehrsraums	79
OeNB sorgt für einen effizienten und sicheren Bargeldkreislauf	85
Kommunikation der OeNB mit Fokus auf Transparenz und Wissensvermittlung	91
Effiziente Organisation der OeNB als Basis der Leistungserstellung	94

Jahresabschluss 2007 der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2007	102
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007	104
Anhang zum Jahresabschluss 2007	105
Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer	141
Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag	143

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2007

Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung	148
Glossar	149
Verzeichnis der Kästen, Grafiken, Tabellen	158
Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank	161
Bildkonzept	163
Adressen der Oesterreichischen Nationalbank	164

Redaktionsschluss: 29. April 2008



Eigentümer und Organe der OeNB

Eigentümer, Generalrat, Staatskommissär

Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht mehrheitlich im Eigentum des Bundes, die restlichen Anteile befinden sich im Eigentum von Interessenvertretungen sowie von Banken und Versicherungen. Aktionäre können nur österreichische Staatsbürger oder juristische Personen oder Personengesellschaften des Handelsrechts sein, die ihren Sitz und ihre Hauptverwaltung in Österreich haben und deren Anteile sich weder unmittelbar noch mittelbar mehrheitlich in ausländischer Hand befinden. Die Übertragung von Aktien der OeNB ist nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der Generalversammlung wirksam. Seit Mai 2006 hält der Bund 70,3% der Anteile am Grundkapital der OeNB.

Aufgaben des Generalrats

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabebereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Der Generalrat wird durch den Präsidenten, und zwar in der Regel einmal im Monat, einberufen. Gemäß § 20 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Diese gemeinsamen Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten so-

wie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen und Liegenschaften. Weiters ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unternehmen, an denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch bei der Ernennung der Funktionäre der zweiten Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in § 21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreivorschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung des Ausgabenplans für das nächste Geschäftsjahr.

Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aus dem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und zwölf weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Präsident, Vizepräsident und sechs Mitglieder werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere sechs Mitglieder werden von der Generalversammlung (Treffen der Aktionäre) für die Dauer von fünf Jahren gewählt; eine Wiederwahl ist zulässig. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

Mit Stand 31. Dezember 2007 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



Herbert Schimetschek
Präsident
*Vorsitzender des Vorstandes
des Austria Versicherungs-
vereines auf Gegenseitigkeit
Privatstiftung*



Dr. Manfred Frey
Vizepräsident
*Präsident i. R. der
Finanzlandesdirektion
für Wien, Niederösterreich
und Burgenland*



**Dipl.-Ing.
August Astl**
*Generalsekretär der
Landwirtschafts-
kammer Österreich*



**Univ.-Prof. Dr.
Bernhard Felderer**
*Direktor des Instituts
für Höhere Studien
und Wissenschaftliche
Forschung (IHS)*



**Univ.-Doz. MMag.
Dr. Philip Göth**
*Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater
Partner Deloitte Zürich*



**Dkfm. Elisabeth
Gürtler-Mauthner**
*Geschäftsführerin der Sacher
Hotel Betriebsges.m.b.H.
und Vizepräsidentin
der Österreichischen
Hotelierversammlung (ÖHV)*



**Dipl. Bwt.
Alfred Hannes
Heinzl**
*Geschäftsführer der
Heinzl Holding
GmbH*



Manfred Hofmann
*Direktor
Leiter der Abteilung für
Finanz- und Rechnungs-
wesen in der Wirtschafts-
kammer Österreich sowie
Vorsitzender des Vorstandes
der Wirtschaftskammern
Pensionskasse AG und
Vorstand des Pensionsfonds
der Wirtschaftskammer
Österreich*



**Mag. Max
Kothbauer**
*Vorsitzender des
Universitätsrats der Universität
Wien*



**Dipl.-Ing.
Johann Marihart**
*Generaldirektor
der Agrana
Beteiligungs-AG*



Mag. Werner Muhm
*Direktor der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für Wien*



Dr. Ewald Nowotny
*Generaldirektor der
BAWAG P.S.K.
Bank für Arbeit und
Wirtschaft und Öster-
reichische Postsparkasse AG*



**Dkfm.
Gerhard Randa**
*Vorsitzender des
Aufsichtsrates der
Österreichischen
Kontrollbank AG*



**Mag. Dr. Walter
Rothensteiner**
*Generaldirektor
der Raiffeisen
Zentralbank
Österreich AG*

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:



Dr. Martina Gerharter
*Vorsitzende des
Zentralbetriebsrats*



Gerhard Kaltenbeck
*Mitglied des
Zentralbetriebsrats*



Staatskommissär
Sektionschef
Mag. Thomas Wieser
*Leiter der Sektion für
Wirtschaftspolitik und
Finanzmärkte im Bundes-
ministerium für Finanzen*



Staatskommissär-
Stellvertreter
Mag. Alfred Lejsek
*Gruppenleiter
Gruppe III/B Finanzmärkte
im Bundesministerium
für Finanzen*

Personelle Veränderungen

Im Zeitraum vom 24. April 2007 bis 29. April 2008 gab es keine Veränderungen.

Bericht des Präsidenten

Nach anhaltend kräftigem Wachstum der Weltwirtschaft löste im Verlauf des Jahres 2007 die Krise auf dem US-Immobilienmarkt starke Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten aus und beeinträchtigte das gesamtwirtschaftliche Umfeld.

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erbrachte in diesem nicht einfachen Umfeld eine deutlich höhere Betriebsleistung als im Vorjahr. Der starke Wertgewinn des Euro im Verhältnis zum US-Dollar ebenso wie gegenüber anderen wichtigen Währungen stellte schwierige Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Zentralbanken des Eurosystems dar. Das höhere kurzfristige Zinsniveau begünstigte aber die Ertragsentwicklung. Allerdings erforderte die Abdeckung des finanziellen Risikos die Zuführung von beinahe zwei Dritteln des geschäftlichen Ergebnisses zu einer Risikorückstellung. Dennoch liegt das Geschäftsergebnis 2007 nach Risikorückstellung um etwa ein Viertel über dem des Vorjahres. In längerfristiger Betrachtung ist in Bezug auf die Ertragskraft der OeNB aber festzuhalten, dass sich insbesondere aufgrund gesetzlicher Änderungen seit Ende der 1990er-Jahre die Eigenmittel der OeNB mehr als halbiert haben. Darauf wurde in den letzten Jahren wiederholt hingewiesen. Mit Blick auf die Zukunft ist daher eine Änderung der Rahmenbedingungen erforderlich, um die Eigenkapitalbasis und damit auch die Risikotragfähigkeit der OeNB zu stärken. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass die monetäre Basis angesichts der erfolgreichen Etablierung des Euro stark zugenommen hat. Nach internationalen Empfehlungen soll vor allem im Hinblick auf die Aufgaben zur Sicherung der Finanzmarktstabilität die Entwicklung der Kapitalausstattung einer Zen-

tralbank dem Wachstum der monetären Basis entsprechen. Eine angemessene Eigenkapitalausstattung der nationalen Zentralbanken ist letztlich eine wichtige Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des gesamten Eurosystems.

Ausgehend von ihren Kernaufgaben verfolgt die OeNB mittelfristige Unternehmensziele mit Schwerpunkten in den zentralen Bereichen Stabilitätspolitik, Risikomanagement, Zahlungsmedien und der Analyse der Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas. In all diesen Bereichen wurden die Arbeiten zur Umsetzung dieser Ziele vorangetrieben. Leitlinie ist seit Jahren der sparsame Ressourceneinsatz, wobei die nachhaltige Reduktion der Ausgaben ebenso wie die Verringerung der Mitarbeiterressourcen weiterhin wesentliche Ziele sind.

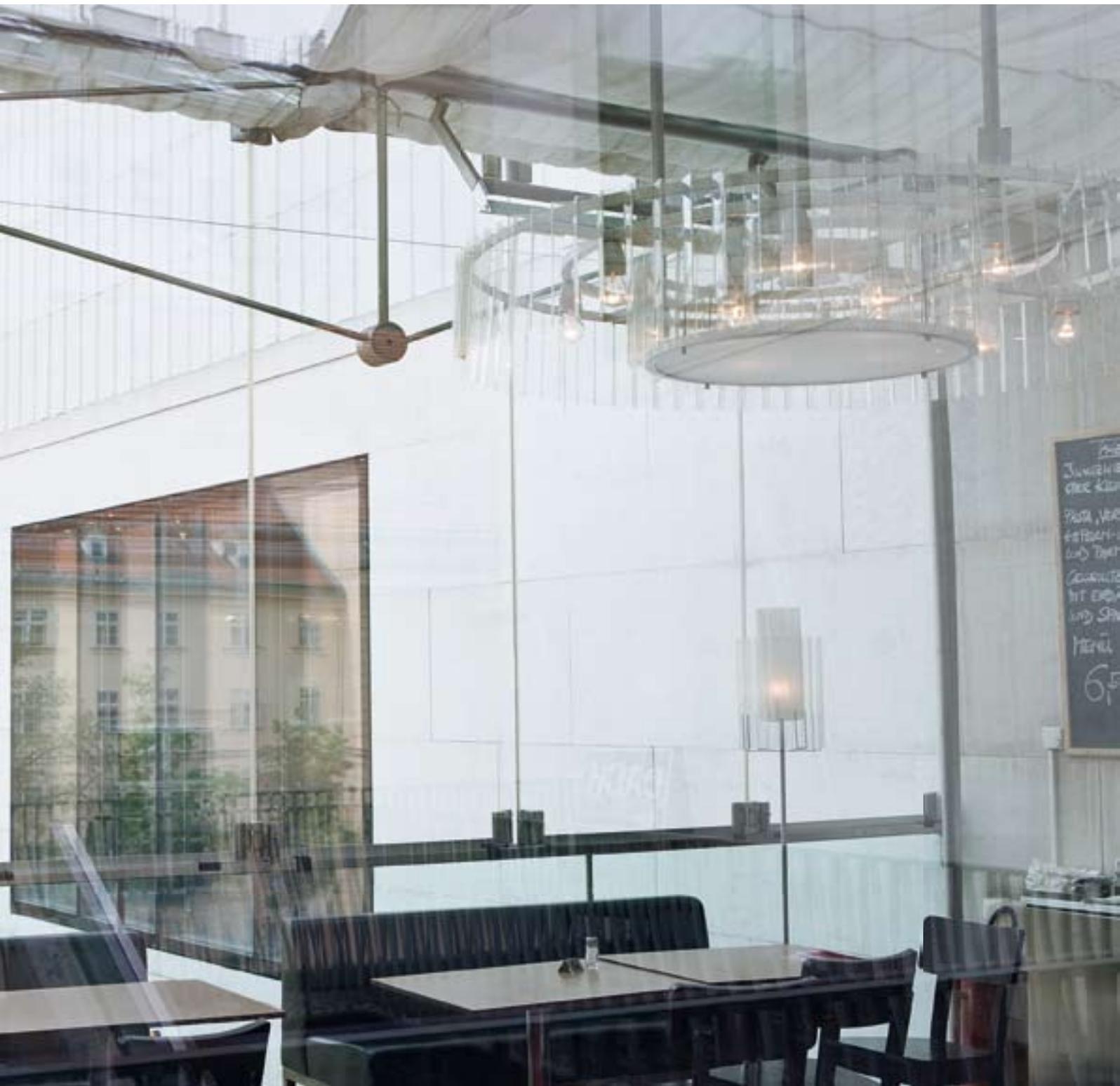
Neben der Mitwirkung im Europäischen System der Zentralbanken wurden im Geschäftsjahr 2007 in allen Geschäftsbereichen der OeNB wichtige Arbeiten geleistet. So wurde etwa die Anlagestrategie erfolgreich realisiert, bedeutende Schritte zur Umsetzung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums gesetzt und mit der Inbetriebnahme von TARGET2 wesentlich zur Integration des europäischen Zahlungsverkehrs beigetragen. Darüber hinaus bemühte sich die OeNB in ihrer Kommunikationsarbeit weiterhin um die verständliche Erklärung der Geldpolitik und die Bereitstellung finanzstatistischer Daten von hoher Qualität. Eine besondere Herausforderung und Verantwortung stellt für die OeNB das im Rahmen der Reform der Finanzmarktaufsicht 2008 übertragene, deutlich erweiterte Aufgabengebiet im Bereich der Bankenaufsicht dar. Die Reform wird im Sinne eines optimalen Ressourceneinsatzes gemeinsam mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde FMA umgesetzt. Bei den Tochtergesellschaften



ten wurden die Restrukturierungen erfolgreich fortgesetzt und Synergien genutzt. Für die Austria Card GmbH wurde mit der Lykos-Gruppe ein strategischer Partner gefunden. Im Rahmen dieser Partnerschaft soll das Unternehmen nicht zuletzt zugunsten des Stand-

orts Österreich seine Kompetenz im Bereich der Bankkarten ausbauen und verstärken.

Präsident
Herbert Schimetschek



Direktorium

Bericht des Gouverneurs

Die Weltwirtschaft setzte ihre sehr dynamische Entwicklung im ersten Halbjahr 2007 zunächst fort. Seit August 2007 prägte jedoch eine mit dem Schlagwort Subprime-Krise benannte Entwicklung das wirtschaftspolitische Geschehen. Ausgehend von dem relativ kleinen und abgegrenzten Subprime-Markt in den USA pflanzten sich die dort auftretenden Zahlungsausfälle über komplexe Finanzinstrumente zum Transfer des Kreditrisikos in das globale Finanzsystem fort. Die davon unmittelbar betroffene US-Wirtschaft hat sich trotz deutlich gelockelter Geldpolitik und einem Konjunkturpaket stark abgekühlt, was auch auf die Weltwirtschaft einen dämpfenden Effekt hat.

Die Wirtschaft im Euroraum blieb im Jahr 2007 robust. Erst gegen Ende des Jahres trübte sich die Konjunktur etwas ein. Das reale Wirtschaftswachstum 2007 betrug 2,6% und war damit nur geringfügig niedriger als im Jahr 2006. Die im Rahmen der Lissabon-Strategie initiierten Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung und ihre sukzessive Umsetzung gemäß den Nationalen Reformprogrammen trugen wesentlich zur wirtschaftlichen Dynamik bei. Damit einhergehend sank auch die Arbeitslosenquote im Euroraum auf 7,4% und erreichte ein seit 25 Jahren nicht mehr verzeichnetes Niveau. Die Auswirkungen der US-Subprime-Krise werden zwar am Euroraum nicht spurlos vorübergehen, die gesunden Fundamentaldaten und die verbesserten Strukturen der Euroraum-Volkswirtschaft werden jedoch auch im Jahr 2008 ein moderates Wirtschaftswachstum unterstützen.

Der starke Anstieg bei den Rohölpreisen hielt im Berichtszeitraum unvermindert an. Auch die Preise von Rohstoffen und Lebensmitteln entwickelten sich deutlich nach oben; die in den letzten Jahren relativ niedrigen Inflationsraten kamen weltweit unter Druck. Im Euroraum, wie auch in Österreich,

schnellte die Teuerung gegen Ende des Jahres 2007 auf über 3% hinauf und lag damit über der vom Eurosystem mittelfristig angestrebten Inflationsrate von unter, aber nahe 2%.

Der EZB-Rat hob infolge der deutlich gestiegenen Risiken für die Preisstabilität die Leitzinsen im ersten Halbjahr 2007 an. Die Geldpolitik des Eurosystems wird auch weiterhin alles Nötige unternehmen, um ein Auftreten von Zweitrundeneffekten zu verhindern und die Inflationserwartungen fest auf einem Niveau zu verankern, das im Einklang mit Preisstabilität steht. Die Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht ist der gesetzliche Auftrag und bleibt das vorrangige Ziel der Geldpolitik im Euroraum.

Das Eurosystem war auch im Hinblick auf die Finanzmarktstabilität besonders gefordert: Um die Vertrauenskrise im Bankensystem und die Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Zuge der Subprime-Krise einzudämmen, stellte das Eurosystem seit Anfang August 2007 – teilweise in konzertierten Aktionen mit anderen Zentralbanken – zusätzliche Liquidität zur Verfügung. Dabei wurde große Sorgfalt darauf verwendet, dass die geldpolitische Ausrichtung weiterhin Preisstabilität gewährleistet: Während die Banken vorübergehend Zugang zu zusätzlichem Zentralbankgeld erhielten, blieben die Leitzinsen am Ziel der Preisstabilität ausgerichtet.

Eine genaue Analyse der Ursachen und Auswirkungen der Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist notwendig. Wenngleich es noch zu früh ist, endgültige Schlussfolgerungen zu ziehen, so zeichnet sich doch ab, dass eine Verbesserung der Transparenz strukturierter Finanzmarktprodukte angezeigt ist, um die damit verbundenen Risiken schneller und einfacher erkennen zu können. Auch die Transparenz internationaler Großbanken bei deren Wertberichtigungsbedarf sowie deren Liqui-



ditäts- und Risikomanagement ist ein Thema. Zudem rücken die Rolle und die Bedeutung von externen Ratingagenturen auf dem Markt für strukturierte Finanzprodukte ins Rampenlicht.

Österreichs Volkswirtschaft wuchs im Jahr 2007 sehr dynamisch. Mit 3,4% wurde der Vorjahreswert noch leicht übertroffen und das höchste Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2000 verzeichnet. Auch der schon seit Jahren bestehende Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum setzte sich fort. Wesentlicher Motor war die rege Exportaktivität bei Gütern und Dienstleistungen, was sich auch in einer weiteren Ausweitung des Leistungsbilanzüberschusses widerspiegelte. Der österreichische Arbeitsmarkt präsentierte sich in ausgezeichneter Verfassung, die Zahl der Beschäftigten stieg, während die Arbeitslosenquote deutlich sank. Allerdings erhöhte sich aufgrund internationaler wie auch heimischer Einflüsse die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex gemessene Inflationsrate in Österreich im Jahresdurchschnitt 2007 auf 2,2%, wobei sie gegen Jahresende 2007 die 3-Prozent-Marke deutlich übertraf. Geld-, Lohn-, Struktur- und Fiskalpolitik sind gefordert, mittelfristig die Teuerung wieder auf ein mit Preisstabilität zu vereinbarendes Niveau zurückzuführen. Eine raschere Budgetkonsolidierung – auf Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden – wäre zudem sowohl aus fiskal- und strukturellen Überlegungen wie auch im Hinblick auf die Vereinbarungen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts erforderlich.

Die österreichischen Banken waren von der US-Subprime-Krise in nur geringem Ausmaß betroffen. Dies ist auf das Geschäftsmodell der heimischen Banken mit einer relativ geringen Abhängigkeit vom Geldmarkt, einem hohen Anteil des Zinsgeschäfts am Gesamtergebnis und der Konzentration der Geschäftstätigkeit auf Österreich

und den zentral-, ost- und südosteuropäischen Raum zurückzuführen. Die zunehmende Präsenz der österreichischen Banken in dieser Region hat die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) sowohl zu einer weiteren Intensivierung der Kontakte zu den Zentralbanken vor Ort wie auch zu einer verstärkten Analysetätigkeit veranlasst. Die daraus resultierende Einschätzung der OeNB wurde jüngst vom Internationalen Währungsfonds bestätigt, der im Zuge seiner Artikel IV-Konsultationen mit Österreich der Stabilität des österreichischen Finanzsystems ein gutes Zeugnis ausstellte.

Die Ende 2007 beschlossene Reform der Finanzmarktaufsicht in Österreich behält das duale Aufsichtssystem mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde FMA einerseits und der OeNB andererseits bei, stärkt jedoch die Kompetenz der OeNB in der Bankenaufsicht und führt damit zu einer neuen, optimierten Form der Zusammenarbeit. Die OeNB erhält u. a. die Zuständigkeit für sämtliche Vor-Ort-Prüfungen bei österreichischen Banken und ist nunmehr für die gesamte Einzelbankanalyse zuständig. Damit wird ihre Rolle zur Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität weiter gestärkt.

Im Zuge der geänderten Aufgabenstellungen der OeNB im Rahmen des Eurosystems und der Finanzmarktaufsicht hat es auch in der betriebswirtschaftlichen Steuerung der OeNB im Lauf des letzten Jahrzehnts grundlegende Veränderungen gegeben: Eine mittelfristige Unternehmensstrategie, hohe Kundenorientierung, deutliche Effizienzsteigerungen, bewusstes Kostenmanagement, Corporate Governance, Wissensmanagement sowie eine ausgeprägte integrierte Unternehmenskommunikation wurden zu prägenden Unternehmensleitlinien.

Gouverneur
Dr. Klaus Liebscher

Direktorium der OeNB



Peter Zöllner, Klaus Liebscher, Wolfgang Duchatzek, Josef Christl (von links)

Mit Stand 31. Dezember 2007 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:

Dr. Klaus Liebscher
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner
Mitglied des Direktoriums

Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl
Mitglied des Direktoriums

Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch www.oenb.at



Das Jahr 2007 im Überblick

Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklung

Dynamik der Weltwirtschaft lässt nach

Die US-Subprime-Krise führte im Verlauf des Jahres 2007 zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten und einer Dämpfung der bis dahin robusten Konjunktur. Insbesondere die US-Wirtschaft verlor gegen Ende des Jahres an Dynamik. Japan und Europa konnten sich dagegen gut behaupten. Auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens setzte sich das robuste Wirtschaftswachstum fort. Ähnliches gilt für die zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, die ein hohes Wachstumsniveau aufwiesen. Die Weltwirtschaft wuchs im Jahr 2007 laut IWF um 4,9% und damit nur etwas schwächer als im Jahr 2006. Nachlassendes US-Wirtschaftswachstum und kräftige Zinssenkungen des Federal Reserve System (Fed) führten zu einem deutlichen Kursverlust des US-Dollar gegenüber dem Euro. Der Euro notierte Ende Dezember 2007 bei 1,47 USD pro Euro (Anfang Jänner 2007: 1,33 USD pro Euro). Der starke Anstieg der Rohstoffpreise beschleunigte die Inflationsraten in allen Weltregionen.

Euroraum: Robustes Wachstum, verbesserter Arbeitsmarkt, steigende Inflation

Das reale Wirtschaftswachstum betrug im Jahr 2007 2,6% und war damit um 0,2 Prozentpunkte schwächer als im Jahr zuvor. Ein v. a. in der ersten Hälfte kräftiges Wachstum im Euroraum, gepaart mit Risiken für die Preisstabilität, führte im März und Juni 2007 zu Zinserhöhungen im Eurosystem im Ausmaß von jeweils 0,25 Prozentpunkten. Im zweiten Halbjahr 2007 war die Geldpolitik neben der auf über 3% gestiegenen Inflationsrate (Jahresdurchschnitt 2007: +2,1%) auch mit den Turbulenzen auf den Finanzmärkten konfrontiert. Im Hinblick auf die erhöhte Unsicherheit ließ der EZB-Rat die Leitzinsen unverändert. Die Arbeitslosenquote sank im Euroraum auf 7,4% und erreichte damit den niedrigsten Wert seit dem Jahr 1982.

In Österreich stärkstes Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2000, Inflationsrate: 2,2%

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2007 äußerst dynamisch. Mit +3,4% konnte das Wachstum des realen BIP gegenüber 2006 (+3,3%) sogar noch leicht zulegen und erreichte den höchsten Wert seit dem Jahr 2000. Damit wuchs Österreichs Wirtschaft abermals deutlich stärker als jene des Euroraums. Wachstumsmotor war – wie schon in den Jahren zuvor – die boomende Exportwirtschaft. Die Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen nahmen real um rund 8% zu. Die Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze stieg zwischen 2005 und 2007 um 114.000. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2007 4,4% – der fünftniedrigste Wert in der EU. Vorwiegend internationale aber auch hausgemachte Faktoren waren für einen Anstieg der HVPI-Inflationsrate von 1,7% (2006) auf 3,5% im Dezember 2007 (Jahresdurchschnitt 2007: 2,2%) ausschlaggebend. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit reduzierte sich im gleichen Zeitraum von 1,5% auf 0,5%.

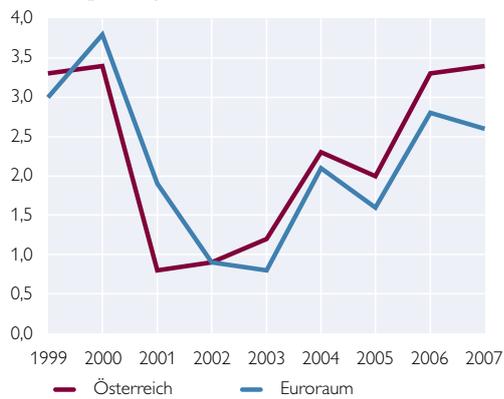
Österreichischer Bankensektor verzeichnet ein erfolgreiches Geschäftsjahr

Die österreichischen Banken sind von der US-Subprime-Krise im Vergleich mit anderen Banken nur in einem geringen Ausmaß betroffen. Die unkonsolidierte Bilanzsumme der Banken stieg im Jahr 2007 um knapp 13% auf 900 Mrd EUR. Das Wachstum wurde hauptsächlich vom Auslandsgeschäft getragen. Die Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa lieferten einen wichtigen Beitrag zum Geschäfts- und Gewinnwachstum der österreichischen Banken. Das unkonsolidierte Betriebsergebnis stieg im Jahr 2007 um 14,4% auf 6,7 Mrd EUR. Die Betriebserträge wuchsen stärker als die Betriebsaufwendungen und führten zu einem deutlichen Rückgang der Aufwand-Ertrag-Relation, die mit 62% einen neuen Bestwert markierte.

Grafik 1

Reales BIP

Veränderung zum Vorjahr in %

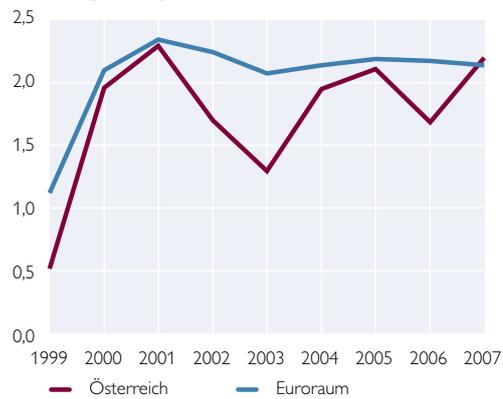


Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

Grafik 2

HVPI-Inflationsrate

Veränderung zum Vorjahr in %

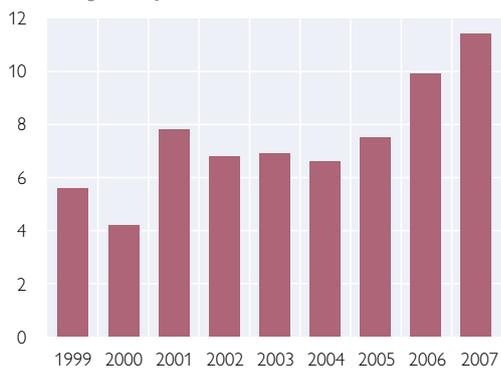


Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

Grafik 3

Euroraum: Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

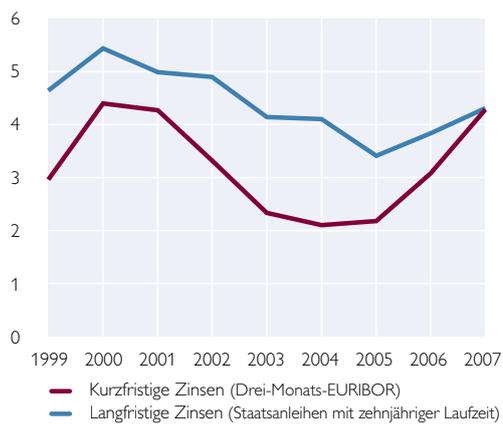


Quelle: EZB.

Grafik 4

Euroraum: Zinssätze

in %



Quelle: Thomson Financial.

Grafik 5

Bilanzsumme der Banken

in Mrd EUR

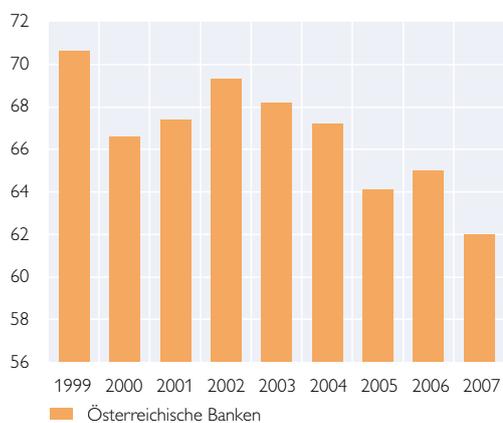


Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 6

Aufwand-Ertrag-Relation der Banken

in %



Quelle: OeNB.

Die OeNB im Jahr 2007

Geschäftliches Ergebnis ist deutlich gestiegen

Das geschäftliche Ergebnis 2007 hat trotz der Bildung einer Risikovorsorge in Höhe von 407 Mio EUR gegenüber dem Jahr 2006 um 54 Mio EUR oder 28 % auf 247 Mio EUR zugenommen. Der 90-prozentige Gewinnanteil des Bundes errechnet sich dabei mit 150 Mio EUR (2006: 130 Mio EUR), auf die Körperschaftsteuer entfallen 62 Mio EUR (2006: 48 Mio EUR). Der Bilanzgewinn in Höhe von 17 Mio EUR wird gemäß Beschluss der Generalversammlung verteilt.

Erträge steigen auf 491 Mio EUR, Aufwendungen bleiben unverändert

Die Nettoerträge im Ausmaß von 491 Mio EUR (2006: 437 Mio EUR) sind von der Bildung einer Risikovorsorge in Höhe von 407 Mio EUR (2006: 235 Mio EUR) beeinflusst. Auf das Nettozinsergebnis entfallen 738 Mio EUR (2006: 568 Mio EUR), auf das Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen –290 Mio EUR (2006: –175 Mio EUR) und auf Erträge aus Beteiligungen 23 Mio EUR (2006: 25 Mio EUR). Die Aufwendungen betragen insgesamt 244 Mio EUR und sind damit gegenüber dem Jahr 2006 praktisch unverändert geblieben. Davon entfallen 108 Mio EUR auf Personalaufwendungen (2006: 115 Mio EUR), 78 Mio EUR auf Sachaufwendungen (2006: 77 Mio EUR), 25 Mio EUR (2006: 25 Mio EUR) auf Aufwendungen für den Ankauf von Banknoten und 33 Mio EUR auf Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige Aufwendungen (2006: 27 Mio EUR).

Nettowährungsposition sinkt auf 12,1 Mrd EUR

Zum 31. Dezember 2007 beträgt die Nettowährungsposition insgesamt 12,1 Mrd EUR, wovon 5,1 Mrd EUR auf Gold- und 7,0 Mrd EUR auf Fremdwährungsbestände entfallen. Die Abnahme gegenüber dem Bilanzstichtag 2006 um 0,8 Mrd EUR ist neben transaktionsbedingter Abgänge v. a. auch auf Bewertungseffekte zurückzuführen.

TARGET2 seit November 2007 in Betrieb

Bis zum Einsatz von TARGET2 wurde der europäische Zahlungsverkehr via TARGET1 erfolgreich abgewickelt. Dabei stiegen die Transaktionen kontinuierlich an. Seit 19. November 2007 ist das neue Zahlungsverkehrssystem TARGET2, das unter der Verantwortung des EZB-Rats steht, in Betrieb und wird von den Banken für Großbetragszahlungen in Euro genutzt. Im ersten Migrationsfenster nahmen an diesem System acht Länder, darunter auch Österreich, teil. Im Dezember 2007 wurden insgesamt 1.764.987 Zahlungsaufträge mit einem Gesamtwert von 17.488,4 Mrd EUR abgewickelt. Von den österreichischen Banken nehmen an TARGET2 15 als direkte und 53 als indirekte Teilnehmer teil. Rund 90% der österreichischen Banken sind auf diese Weise international erreichbar.

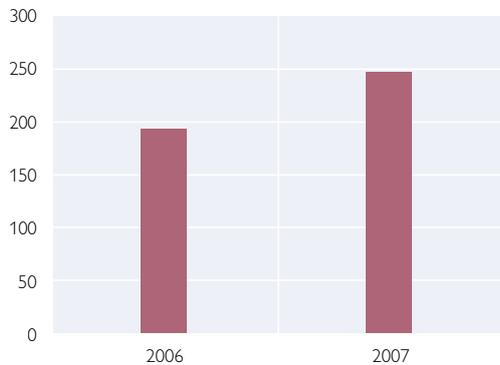
Bargeldbearbeitungsvolumen bleibt auf hohem Niveau

Im Jahr 2007 wurden in Österreich knapp 1,2 Milliarden Banknoten und 1,8 Milliarden Münzen bearbeitet und somit auf ihre Umlauffähigkeit geprüft. Das entspricht in etwa dem im Jahr 2006 erreichten Niveau. Aufgrund der hohen Bearbeitungsvolumina leistet die OeNB einen bedeutenden Beitrag bei den Bemühungen um Bargeldsicherheit in Österreich. Fälschungen können dadurch schnell und effizient aus dem Umlauf entfernt und der Polizei für weitere Ermittlungen zur Verfügung gestellt werden. Das Fälschgeldaufkommen ist in Österreich weiterhin gering. Im Jahr 2007 wurden etwa 7.800 Banknoten-Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Damit kamen im Jahr 2007 auf eine Million bearbeitete Banknoten in Österreich nur etwas mehr als sechs Fälschungen.

Grafik 7

OeNB: Geschäftliches Ergebnis

in Mio EUR

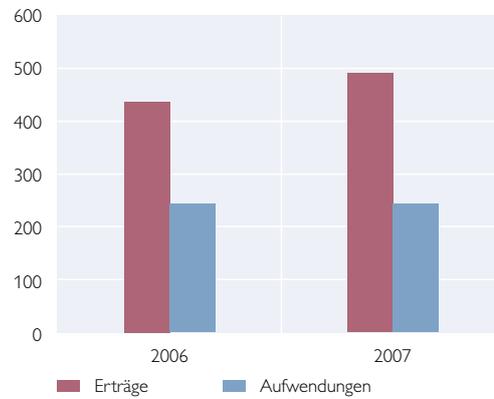


Quelle: OeNB.

Grafik 8

OeNB: Erträge und Aufwendungen

in Mio EUR

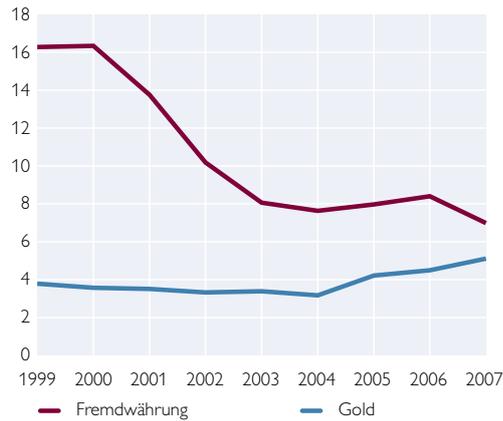


Quelle: OeNB.

Grafik 9

OeNB: Nettowährungsposition

in Mrd EUR

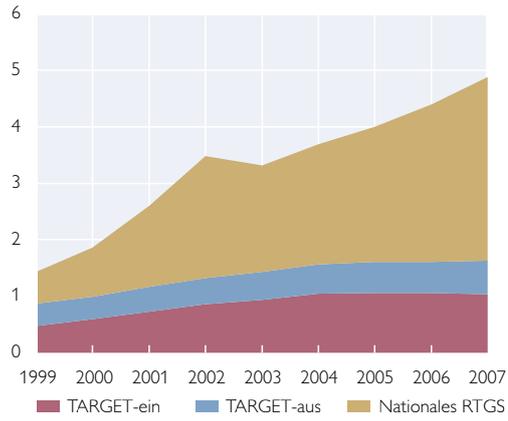


Quelle: OeNB.

Grafik 10

TARGET-Transaktionen

in Millionen Transaktionen

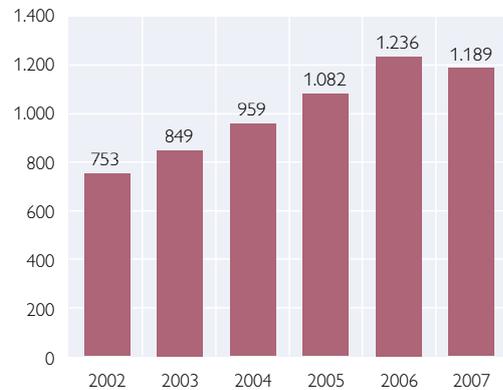


Quelle: OeNB.

Grafik 11

OeNB: Euro-Banknotenbearbeitung

in Millionen Stück



Quelle: OeNB.



Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 2007

Steigende Inflationsraten und Finanzmarkt-turbulenzen fordern die Geldpolitik

Die Weltwirtschaft kann ihr Wachstumstempo annähernd halten – Abwärtsrisiken nehmen zu

Anhaltende Expansion in den aufstrebenden Volkswirtschaften dämpft den Abschwung in den Industrieländern

Das reale Wachstum der Weltwirtschaft betrug im Jahr 2007 laut IWF 4,9%. Die Entwicklung war damit trotz der in der zweiten Jahreshälfte einsetzenden Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten (siehe Kasten 1) nur wenig schwächer als im Vorjahr. Die Prognosen für das Jahr 2008 wurden aufgrund dieser Ereignisse allerdings deutlich nach unten revidiert, und die Expansion dürfte laut Prognose vom Frühjahr 2008 des IWF bei etwas unter 4% liegen. Der Rückgang in der globalen Wachstumsdynamik wird v. a. von Entwicklungen in den Industrienationen ausgehen. Die USA, aber auch der Euroraum und Japan werden im Jahr 2008 teils deutlich weniger stark wachsen als noch im Jahr 2007. Eine anhaltend kräftige Dynamik der aufstrebenden Volkswirtschaften (v. a. Chinas, Indiens und Russlands) wird den weltweiten Abschwung allerdings etwas bremsen. Diese Region entwickelte sich bereits im Jahr 2007 zum wichtigsten Wachstumsmotor; ihre Bedeutung wird aufgrund der schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung in den Industriestaaten im Jahr 2008 noch weiter steigen. Die Prognoserisiken sind weitgehend nach unten gerichtet und ergeben sich aus der Volatilität auf den Finanzmärkten, einem über Erwarten starken Abschwung in den USA sowie weiter steigenden Rohstoffpreisen.

Subprime-Krise in den USA

Nach einem schwachen Start im ersten Quartal 2007 erholte sich die US-Wirtschaft im zweiten und dritten

Quartal 2007 wieder etwas. Die kräftigere Expansion wurde v. a. durch einen signifikant positiven Wachstumsbeitrag der Nettoexporte ermöglicht. Das Einsetzen der Subprime-Krise im Juli/August 2007 schwächte aber nach einer gewissen Zeitverzögerung die wirtschaftliche Dynamik im vierten Quartal 2007 deutlich. Im Gesamtjahr 2007 betrug das reale Wachstum 2,2% und war damit um 0,7 Prozentpunkte niedriger als noch im Jahr 2006. Besonders im privaten Wohnbau verstärkte sich der Abschwung, der bereits seit Mitte 2006 zu beobachten war. Auch die Anlageinvestitionen entwickelten sich schwächer. Aufgrund der bestehenden wirtschaftlichen Unsicherheit wurden weiters im großen Umfang Lager abgebaut. Der private Konsum war – wie auch schon im Jahr 2006 – der mit Abstand bedeutendste Wachstumsmotor. Gegen Jahresende 2007 war aber auch in diesem Bereich eine nachlassende Dynamik zu beobachten, die eine direkte Folge negativer Vermögenseffekte, hoher Energiepreise und eines verringerten Konsumentenvertrauens infolge der Subprime-Krise sein dürfte. Die Außenwirtschaft trug erstmals seit dem Jahr 1995 wieder positiv zum Wachstum bei, was v. a. auf eine schwächere Importentwicklung zurückzuführen war. Alle wichtigen Institutionen revidierten die Prognosen für die US-Wirtschaft für das Jahr 2008 teils deutlich nach unten und erwarten eine weitere Wachstumsabschwächung. Als Risiken sind die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten bezüglich der realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarktverwerfungen hervorzuheben.

Die US-Subprime-Krise prägt die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftsentwicklung seit dem zweiten Halbjahr 2007

Unter dem Begriff US-Subprime-Krise werden die durch den Wertverfall auf dem US-amerikanischen Häusermarkt ausgelösten Verwerfungen auf den US- und internationalen Finanzmärkten zusammengefasst. Diese krisenhafte Episode ist durch die Art und Weise gekennzeichnet, wie sich Turbulenzen auf einem relativ kleinen und abgegrenzten Markt über komplexe Finanzinstrumente zum Transfer des Kreditrisikos in das globale Finanzsystem fortpflanzen können.

Wie entstand die US-Subprime-Krise?

Den Hintergrund zu den aktuellen Turbulenzen bilden die in den vergangenen Jahren steigenden Immobilienpreise in den USA. Dabei wurden Hypothekarkredite auch zunehmend an Kreditnehmer schlechter Bonität (Subprime) vergeben. Der Immobilienboom wurde durch eine besonders optimistische Einschätzung bezüglich der weiteren Entwicklung der Hauspreise und eine damit zusammenhängende generelle Lockerung der Kreditvergabestandards sowie Innovationen bei Finanzinstrumenten zusätzlich angeheizt. So waren diese Kredite in den ersten Jahren meist mit sehr niedrigen Zinssätzen versehen (Teaser Rates), die in der Folge an das aktuelle Marktzinsniveau angepasst wurden. Aufgrund dieser Anpassung und des steigenden Zinsniveaus in den USA hat sich der Zinsdienst sprunghaft erhöht. In vielen Fällen setzten zu diesem Zeitpunkt – nach einigen tilgungsfreien Jahren – auch die Kapitalrückzahlungen ein. Hinzu kam, dass die seit knapp zwei Jahren stagnierenden bzw. zuletzt gefallen Immobilienpreise eine Refinanzierung erschwerten.

Das Übergreifen der Probleme bonitätsschwacher Kreditnehmer in den USA auf die globalen Finanzmärkte ist auf die Verbriefung dieser Kredite zurückzuführen. US-Subprime-Hypothekarkredite wurden gebündelt und als forderungsbesicherte Wertpapiere (Asset-backed Securities) an Investoren verkauft. Die Zahlungsströme der verbrieften Kredite (Zins- und Tilgungszahlungen) wurden entsprechend der Bonitätseinschätzung der einzelnen Wertpapiertranchen an Investoren weitergeleitet. Als Käufer dieser Wertpapiere traten weltweit insbesondere Investmentgesellschaften, Versicherungen, Pensionsfonds und Banken auf. Zudem wurden Zweckgesellschaften, wie Conduits oder Structured Investment Vehicles, errichtet, die sich kurzfristig über forderungsbesicherte Commercial Papers refinanzierten und Wertpapiere mit langer Laufzeit kauften, die auch mit US-Subprime-Hypothekarkrediten unterlegt sind. Für den Fall, dass die Nachfrage nach forderungsbesicherten Commercial Papers nicht ausreichen sollte, um die Liquidität dieser Gesellschaften sicherzustellen, gaben Banken Garantien zur Verringerung des Refinanzierungsrisikos ab.

Als die Ratingagenturen im Frühjahr 2007 als Folge steigender Kreditausfälle in diesem Kreditsegment ihre Risikoeinschätzung für viele dieser Tranchen teilweise massiv nach oben korrigierten, stieg die Unsicherheit auf diesem Markt stark an. In den Sommermonaten 2007 führten die Liquidation etlicher Hedgefonds, die Aussetzung der Rücknahme von Anteilen bei einigen geldmarktnahen Investmentfonds sowie krisenhafte Erscheinungen bei einzelnen europäischen Banken zu einer Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten. Diese wurde insbesondere von der Unsicherheit über die Verteilung und Konzentration von Kreditrisiken und über noch nicht realisierte Verluste bzw. stille Lasten bei diesen Finanzinstrumenten genährt. Zudem herrschte ganz allgemein Ungewissheit, in welchem Ausmaß Finanzierungsverpflichtungen von Banken gegenüber Zweckgesellschaften bestehen.

In diesem Umfeld gewährten Banken einander nur noch zögerlich Kredit. Die Liquidität auf den unbesicherten Interbankenmärkten trocknete in der Folge schnell aus, was sich in steigenden Geldmarktzinsen in den wichtigsten Währungen widerspiegelte. Aufgrund dieser Entwicklungen begannen die Zentralbanken weltweit, Maßnahmen zu setzen.

Rasches entschlossenes Handeln durch Zentralbanken

Den Anfang machte die EZB, die am 9. August 2007 dem Interbankenmarkt über eine eintägige Feinsteuerungsaktion (mittels Mengentender) zu einem Fixzinssatz von 4,00% gegen entsprechende Besicherung unbegrenzt Liquidität zur Verfügung stellte. Das Tenderergebnis lag mit 94,8 Mrd EUR um rund 27 Mrd EUR deutlich über dem bisherigen historischen Rekordvolumen vom 11. September 2001. An den folgenden drei Geschäftstagen führte die EZB weitere Liquidität zuführende Feinsteuerungsoperationen mit eintägiger Laufzeit durch, diesmal jedoch als Zinstender. Bei diesen Geschäften wurde von Mal zu Mal weniger Liquidität bereitgestellt (61,1 Mrd EUR am 10. August 2007, 47,7 Mrd EUR am 13. August 2007 und 7,7 Mrd EUR am 14. August 2007).¹ Ebenfalls beginnend mit 9. August 2007 führte die US-Zentralbank, das Federal Reserve System (Fed), mittels Offenmarktgeschäften zunächst 24 Mrd USD zu. Am nächsten Tag erhöhte sie die Geldmarktliquidität, indem sie – entgegen der üblichen Praxis – mit gleich drei eintägigen Tenderverfahren Mittel im Gesamtwert von 38 Mrd USD zuteilte. All diese Maßnahmen hatten zunächst einen entspannenden Effekt auf die entsprechenden Geldmärkte.

Am 17. August 2007 senkte die Fed den Diskontsatz um 50 Basispunkte und verringerte damit den Zinsabstand dieser Fazilität zum eigentlichen Leitzins, der Federal Funds Rate, auf 50 Basispunkte. Weiters kündigte die Fed an, die Bereitstellung von Finanzierungen über diese Fazilität von täglich fällig auf bis zu 30 Tage zu verlängern und die Palette von anererkennungsfähigen Sicherheiten auszuweiten. Von diesem Angebot wurde seitens der Banken tendenziell sehr zögerlich Gebrauch gemacht, da befürchtet wurde, dass dies bei Bekanntwerden deren Kreditwürdigkeit entscheidend beeinträchtigen könnte. In der Folge senkte die Fed den Leitzins in sechs Zinsschritten von 5,25% auf 2,25% (Stand 18. März 2008), also um insgesamt 3 Prozentpunkte. Sie begründete diese Maßnahmen v. a. damit, dass sie konjunkturellen Abwärtsrisiken, die durch die Hypothekenmarktkrise hervorgerufen wurden, rechtzeitig begegnen wolle.

Im Dezember 2007 – einer Phase, in der sich die Liquiditätslage auf den Geldmärkten neuerlich zugespitzt hatte – zeigte sich wieder die bereits erwähnte Schwäche der bestehenden Diskontfazilität. (Banken mieden abermals diese Fazilität, weil sie entsprechend negative Publizitätswirkung befürchteten.) Dies veranlasste die Fed gemeinsam mit anderen wichtigen Zentralbanken ein neuartiges geldpolitisches Instrument ins Leben zu rufen: Mittels der Term Auction Facility (TAF) – einem auf eine Laufzeit von einem Monat befristeten Tenderverfahren – stellte die Fed den Banken nunmehr auf breiterer Basis und in diskreter Weise Liquidität zur Verfügung. Dabei traf die Fed mit der EZB und der Schweizerischen Nationalbank auch eine Währungsswapvereinbarung, wodurch den europäischen Banken ebenfalls US-Dollar-Liquidität zur Verfügung gestellt wurde. Diese Geschäfte wirkten sich nicht auf die Liquiditätsversorgung in Euro aus.

Am 11. März 2008 kündigte die Fed neben einer Ausweitung der TAF (gegenüber Februar 2008 um 40 Mrd USD auf 100 Mrd USD) eine weitere, neuartige Fazilität zur Förderung der Liquidität auf den Finanzmärkten an. Per Ende März sollten mittels einer sogenannten Term Securities Lending Facility (TSLF) Staatsanleihen bis zu einem Volumen von 200 Mrd USD an Primärhändler (Wertpapierhändler, die die Berechtigung haben, mit der Fed Offenmarktgeschäfte durchzuführen) verliehen werden. Als Besicherung ermöglichte die Fed eine breite Palette von Titeln, darunter auch solche aus dem Hypothekensektor. Die Laufzeit der Ausleihungen sollte einen Monat betragen. Zusätzlich wurde in Rahmen der TAF die im Dezember 2007 erstmals wirksam gewordene Währungsswapvereinbarung mit anderen namhaften Zentralbanken (insbesondere der EZB und der Schweizerischen Nationalbank) sowohl hinsichtlich des Volumens als auch des Zeitraums ausgedehnt.

¹ Die von der EZB durchgeführten Geschäfte zur Entspannung des Geldmarktes haben die durchschnittliche Liquiditätsausstattung insgesamt nicht verändert. Liquidität wurde in den jeweiligen Mindestreserveverfüllungsperioden zu Beginn verstärkt bereitgestellt und gegen Ende eingeschränkt. Diese vorausgreifende Bereitstellung von Liquidität wird in der Fachsprache auch als Frontloading bezeichnet. Weiters ist zu vermerken, dass sich die Laufzeitenstruktur der ausstehenden geldpolitischen Geschäfte deutlich verändert hat: Einwöchige Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden teilweise durch längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von drei Monaten ersetzt.

Am 16. März 2008 verkündete die Fed eine weitere neue Fazilität (Primary Dealer Credit Facility bzw. PDCF), mittels derer sie den Primärhändlern täglich fällige Kredite gegen Besicherung zur Verfügung stellt. Die Fazilität fügt sich in die übrigen Zentralbankmaßnahmen zur Herstellung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte ein. Der Zinssatz dieser Kreditfazilität wurde mit 25 Basispunkten über dem Leitzinssatz angesetzt.

Auswirkungen der Turbulenzen auf den Finanzmärkten

Neben dem Geldmarkt waren auch andere Finanzmarktsegmente von den Turbulenzen betroffen. Getrieben von deutlichen Verlusten bei Aktien von Finanzinstituten verloren die Aktienindizes weltweit stark an Wert. Die zunehmende Risikoaversion von Investoren hatte darüber hinaus eine steigende Nachfrage nach sicheren Wertpapieren zur Folge, was die Zinsen auf Staatspapiere sinken ließ. Im Gegensatz zu früheren Episoden globaler Finanzmarkturbulenzen waren die aufstrebenden Volkswirtschaften diesmal nur vergleichsweise gering betroffen.

Die Finanzmarkturbulenzen schlugen sich insbesondere in der Ertragslage zahlreicher Banken in Europa und den USA nieder. Die österreichischen Banken sind von der US-Subprime-Krise verglichen mit anderen Banken nur in einem geringen Ausmaß betroffen (siehe dazu das Kapitel „OeNB als zentraler Akteur im Bereich Finanzmarktstabilität“). Bislang waren die internationalen Großbanken in der Lage, die teilweise hohen Wertberichtigungen zu bewältigen, da sie aufgrund einer zum Teil sehr guten Ertragsentwicklung in den letzten Jahren über eine gute Eigenmittelausstattung verfügen. Zum einen wurde auch Kapital durch staatsnahe asiatische und arabische Fonds aufgebracht, zum anderen erfolgten Übernahmen betroffener Finanzinstitute. Bei der Erstellung der Jahresabschlüsse für das Jahr 2007 kam es insbesondere bei der Bewertung von komplexen Finanzinstrumenten zu Schwierigkeiten, da auf keine Marktwerte zurückgegriffen werden konnte. In diesem Zusammenhang wurden teilweise die Bewertungspraktiken hinterfragt und neue verlustreiche Investments identifiziert.

Als Folge der US-Subprime-Krise wurden die Wachstumsprognosen für das Jahr 2008 teils deutlich nach unten revidiert. Eine umfassende Quantifizierung der realwirtschaftlichen Effekte der Finanzmarktverwerfungen ist aber nach wie vor schwer. Aufgrund einer generellen Risikoeubewertung sowie erhöhter Geldmarktzinssätze und teilweise ausgetrockneter Verbriefungsmärkte sind eine Verschärfung bei den Kreditvergabebedingungen und steigende Kreditzinsen zu beobachten. Das erhöht die Kosten des Schuldendienstes von Unternehmen und Haushalten, was sowohl die Bereitschaft zur Kreditneuaufnahme als auch die Kapazität, bestehende Kredite abzuzahlen, negativ beeinflussen wird. Darüber hinaus wirken negative Vermögenseffekte v.a. auf den privaten Konsum dämpfend. Der generelle Rückgang des Wirtschaftsvertrauens kann sowohl die Investitionsbereitschaft der Unternehmen als auch die Konsumbereitschaft der Haushalte beeinflussen.

Welche Lehren können gezogen werden?

Das Andauern der US-Subprime-Krise und die damit verbundene erhöhte Unsicherheit auf den Finanzmärkten lassen folgende vorläufige Lehren und Schlussfolgerungen zu:

- Es ist notwendig, das (Liquiditäts-)Risikomanagement bei Banken weiterzuentwickeln. Aufgrund der hohen Liquidität sowie großer Risikofreudigkeit der Investoren trat die (Weiter-)Entwicklung des Liquiditätsrisikomanagements insbesondere bei Banken mit dem Geschäftsmodell der Vergabe und Verbriefung von Krediten in den Hintergrund. Es bestätigte sich auch die Notwendigkeit für Stresstests mit drastischen und dennoch plausiblen Szenarien.
- Es ist erforderlich, die Transparenz bei strukturierten Produkten und Zweckgesellschaften von Banken zu erhöhen. Dies würde Investoren ermöglichen, die mit diesen Konstruktionen verbundenen Risiken schneller und einfacher zu erkennen. Damit könnte die Unsicherheit reduziert und das Vertrauen in Finanzinstitute erhöht werden.
- Es ist sowohl die Rolle wie auch die Anreizstrukturen von externen Ratingagenturen verstärkt zu beleuchten. Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) stellt stark auf bankinterne Ratingeinschätzungen ab. Gerade die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie wichtig und richtig die risikosensitivere Konzeption von Basel II ist.

- Die internationale Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und deren Einbindung in die Bankenaufsicht zur Wahrung der Finanzmarktstabilität sind essenziell. Dies gewährleistet den Zugang zu relevanten Daten über Banken und andere Finanzintermediäre und erlaubt zielgerichtete Analysen, die potenzielle risikobehaftete Tendenzen rasch zu erkennen helfen. Die große Bedeutung einer engen internationalen Zusammenarbeit von Zentralbanken wurde insbesondere im Rahmen der konzertierten Aktion im Dezember 2007 bzw. März 2008 erneut bestätigt.
- Auf internationaler und auf EU-Ebene werden derzeit verstärkt regulatorische Maßnahmen zur Stärkung der Transparenz, zur Verbesserung von Liquiditäts- und Risikomanagement und zur Weiterentwicklung von Bewertungsansätzen sowie die Rolle der Ratingagenturen diskutiert. Anfang April 2008 legte das bei der BIZ angesiedelte Financial Stability Forum im Auftrag der G-7-Finanzminister einen Maßnahmenkatalog vor. Zusätzlich zu regulatorischen Maßnahmen wird es aber auch notwendig sein, dass aufseiten der Investoren eingehendere Risikoprüfungen erfolgen.

Schwächeres Wachstum in Japan

Im Jahr 2007 betrug das reale Wirtschaftswachstum in Japan 2,1 % und fiel damit leicht schwächer aus als im Vorjahr. Vor allem die dynamische Exportentwicklung, die von der starken Nachfrage aus den boomenden Märkten der asiatischen aufstrebenden Volkswirtschaften profitierte, trug das Wachstum. Im zweiten Halbjahr 2007 gewann auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen an Dynamik, während die Bautätigkeit infolge strengerer Bauvorschriften einbrach. Der private Konsum entwickelte sich nur unterdurchschnittlich.

Weltweit zunehmender Inflationsdruck

Aufstrebende Volkswirtschaften werden zum Wachstumsmotor

Die umsichtige Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahren in vielen aufstrebenden Volkswirtschaften betrieben wurde, trägt zunehmend Früchte. Im Jahr 2007 entwickelten sich die unter diesem Oberbegriff zusammengefassten Staaten zum bedeutendsten Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft. Bei Gewichtung der Staaten nach dem BIP zu Kaufkraftparitäten trugen die sogenannten BRIC-Länder, also Brasilien, Russland, Indien und China, beinahe die Hälfte zum Weltwirtschaftswachstum bei. Die Verbesserung der makroökonomischen Fundamentaldaten in den letzten Jahren erhöhte die Krisenresistenz vieler aufstrebender Volkswirtschaften, wodurch

diese Ländergruppe vergleichsweise wenig stark von den jüngsten Finanzmarkturbulenzen getroffen wurde. Die Wachstumsaussichten sind deshalb auch für das Jahr 2008 relativ gut, wenngleich eine schwächere Wirtschaftsentwicklung in den Industrienationen aufgrund der bestehenden Handelsverflechtungen auch für diese Regionen einen wachstumsdämpfenden Effekt haben wird.

Die stabilitätsorientierte Geldpolitik vieler Zentralbanken und inflationsdämpfende Effekte der Globalisierung wirkten sich in den letzten Jahren vorteilhaft auf die Preisentwicklung aus: Die Inflationsraten blieben moderat. Vor allem gegen Ende 2007 begann die Inflation allerdings wieder stärker zu steigen. Verantwortlich dafür war eine zunehmende internationale Teuerung bei Lebensmitteln, Rohöl und anderen Rohstoffen. Die starke Nachfrage nach Nahrungsmitteln und die allgemein höhere Nachfrage nach tierischen Produkten in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften ließen die Weltmarktpreise für Lebensmittel deutlich ansteigen. Dazu kamen witterungsbedingte Ernteaufschläge in einigen Weltregionen.

Der Preis für Rohöl nahm im Verlauf des Jahres 2007 deutlich zu und erreichte Anfang 2008 einen histo-

rischen Höchststand von über 100 USD pro Barrel der Marke Brent. Zurückzuführen war dieser Anstieg auf eine stagnierende Produktion bei gleichzeitiger Ausdehnung der Nachfrage. Durch spekulative Aktivitäten, Risikoaufschläge aufgrund geopolitischer Entwicklungen sowie eine zunehmende Flucht in Rohstoffveranlagungen aufgrund der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten wurde der Preisdruck zusätzlich verstärkt. Dank der zeitgleichen Schwäche des US-Dollar fiel der Anstieg des in Euro berechneten Rohölpreises allerdings deutlich schwächer aus. Im Gegensatz zum Preis in US-Dollar lag der Euro-Preis für Rohöl im Jahresdurchschnitt 2007 sogar leicht unter jenem des Vorjahres.

Die bereits skizzierte Verschiebung des globalen Nachfragewachstums weg von den Industrieländern (v. a. den USA) hin zu aufstrebenden Volkswirtschaften (v. a. China) sowie die Abwertung des US-Dollar führten zu einem gewissen Abbau der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte, wenngleich diese nach wie vor beträchtlich bleiben. Das Leistungsbilanzdefizit der USA verringerte sich leicht von 6,1% des BIP

(2006) auf 5,3% des BIP (2007), während die Überschüsse der Erdöl exportierenden Länder aufgrund höherer Staatsausgaben etwas schrumpften. Der Leistungsbilanzüberschuss Chinas nahm trotz einer moderaten Währungsaufwertung zu.

Wirtschaftliche Dynamik im Euroraum lässt nach

Nach der starken Entwicklung im Jahr 2006 kühlte sich die wirtschaftliche Dynamik im Euroraum im Jahr 2007 ein wenig ab. Das reale Wirtschaftswachstum betrug 2,6% und war damit um 0,2 Prozentpunkte niedriger als im Jahr zuvor. Nach einem starken Jahresbeginn, der von einem milden Winter und dadurch gesteigerter Bautätigkeit profitierte, schwächte sich das Wachstum im zweiten Halbjahr 2007 ab. Der Konjunkturföhöhepunkt im Euro-Währungsgebiet dürfte überschritten sein.

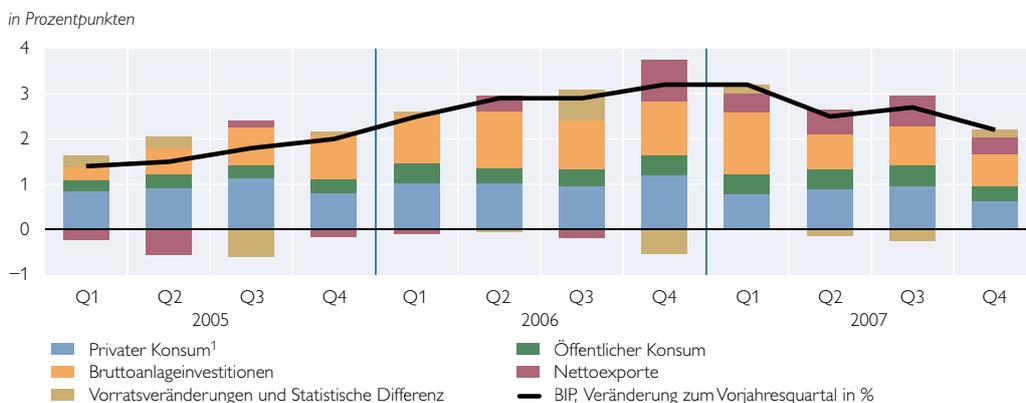
Die Binnennachfrage lieferte im ersten und auch im zweiten Halbjahr 2007 den größten Wachstumsbeitrag. Sowohl die Konsumausgaben der privaten Haushalte als auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen entwickelten sich relativ robust, obwohl das

Konjunkturföhöhepunkt überschritten

Globale Leistungsbilanzungleichgewichte gehen leicht zurück

Grafik 12

Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum



Wachstumstempo im Vergleich zum Vorjahr etwas abnahm. Der private Konsum profitierte von günstigen Arbeitsmarktbedingungen und steigenden verfügbaren Einkommen. Das Wachstum war allerdings schwächer, als dies aufgrund der positiven Rahmenbedingungen zu erwarten gewesen war. Das kann mit dem Anstieg der Sparquote im Zusammenhang mit einem sinkenden Konsumentenvertrauen erklärt werden. Der Rückgang der Vertrauensindikatoren beschleunigte sich im Sommer 2007, was die zunehmende allgemeine Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation widerspiegelte. Neben dem Einsetzen der internationalen Finanzmarkturbulenzen begannen zu diesem Zeitpunkt auch die Konsumentenpreise stärker zu steigen, was Besorgnis hinsichtlich der zukünftigen realen Kaufkraft auslöste. Ungeachtet dessen, lag das Konsumentenvertrauen aber auch im zweiten Halbjahr 2007 über seinem langjährigen Durchschnitt.

Die Investitionstätigkeit entwickelte sich v. a. im ersten Halbjahr 2007 sehr dynamisch, wofür zum Teil günstige Witterungsbedingungen verantwortlich

zu machen sind. Ab Mitte des Jahres 2007 war allerdings eine gewisse Abschwächung der Baukonjunktur zu beobachten, die sich durch wichtige Vorlaufindikatoren bereits zu Jahresbeginn angekündigt hatte. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen entwickelte sich allerdings auch im zweiten Halbjahr 2007 robust. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe war hoch und lag deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt. Ebenso verlief die Entwicklung der Ertragslage weiter günstig. Die Kreditvergabe an den Unternehmenssektor zeigte sich noch weitgehend unbeeinflusst von den Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen. Eine gewisse Verschärfung der Kreditvergabebedingungen war allerdings zu Jahresende 2007 zu beobachten. Die Zinsen sowohl für Kreditneuvergaben als auch für bestehende Kredite stiegen graduell an. Ähnlich wie im Haushaltssektor begannen die Vertrauensindikatoren für die Industrie Mitte des Jahres 2007 zu sinken, befanden sich zum Jahresende 2007 allgemein aber noch immer auf einem hohen Niveau.

Grafik 13

Entwicklung des Euro-Wechselkurses



Quelle: Thomson Financial.

Im Jahr 2007 war eine deutliche Aufwertung des Euro zu beobachten. Real effektiv betrug diese rund 3%. Mit einem Plus von über 9% war bei Betrachtung der bilateralen Wechselkurse die durchschnittliche Wertsteigerung gegenüber dem US-Dollar besonders deutlich. Ausschlaggebend dafür waren v. a. unterschiedliche Wachstumsaussichten für den Euroraum und die USA sowie mehrmalige Zinssenkungen der US-Zentralbank im Zusammenhang mit der Subprime-Krise.

Trotz dieser Währungsentwicklungen war die Außenwirtschaft im Euroraum im Jahr 2007 eine wichtige Konjunkturstütze. Der Rückgang der Nachfrage aus den USA konnte durch gesteigerte Ausfuhren in die aufstrebenden Volkswirtschaften abgefedert werden.

In den ersten Monaten 2008 setzte sich der Wertverlust des US-Dollar gegenüber dem Euro fort, am 27. Februar 2008 wurde die Marke von 1,50 USD pro Euro überschritten und erreichte am 23. April 2008 das höchste Niveau von 1,59 USD pro Euro.

Die seit Mitte 2005 beobachtbare Verbesserung der Lage auf den Arbeitsmärkten hielt auch im Jahr 2007 weiter an. Im Gesamtjahr sank die Arbeitslosenquote im Euroraum auf 7,4% und erreichte den niedrigsten Wert seit dem Jahr 1982 (7,1%). Auch die Beschäftigung entwickelte sich günstig. Im Jahr 2007 wurden rund 2,7 Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen, was einer Zuwachsrate von 2,0% gegenüber dem Jahr 2006 entspricht. Seit dem Jahr 1999 nahm die Zahl der Beschäftigten im Euroraum damit um rund 15,6 Millionen zu. Das Beschäftigungswachstum stand auf einer breiten Basis und umfasste alle Sektoren und alle Beschäftigungsformen (Vollzeit, Teilzeit, unbefristete und befristete Arbeitsverhältnisse). Obwohl die robuste Konjunktur der Hauptgrund für diese Ent-

wicklung war, wurde ein Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit beobachtet, was darauf schließen lässt, dass sich die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte generell verbessert hat.

Geldpolitik im Euroraum: trotz zweimaliger Zinsanhebung im ersten Halbjahr 2007 weiter Risiken für die Preisstabilität

Die Wirtschaftslage, der sich die Geldpolitik im Euroraum gegenüber sah, änderte sich im Jahresverlauf 2007 grundlegend. Im ersten Halbjahr 2007 prägten kräftiges Wachstum, moderate Inflationsraten, aber zunehmende Risiken für die Preisstabilität die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum. Nach genauer wirtschaftlicher und monetärer Analyse nahm der EZB-Rat im März und Juni 2007 zwei Zinsanhebungen um jeweils 25 Basispunkte vor. Ausschlaggebend dafür waren gestiegene Inflationsrisiken infolge von robustem Wachstum, kräftiger monetärer Expansion, Kapazitätsengpässen sowie steigenden Rohölpreisen. Die beiden Zinsschritte waren die siebente bzw. achte Zinserhöhung seit Dezember 2005 – dem bisherigen historischen Zinstief. Im weiteren Verlauf des Jahres 2007 beließ der EZB-Rat das Zinsniveau unverändert. Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt damit seit Juni 2007 4,0%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität 5,0% und jener für die Einlagefazilität 3,0%.

Ausgelöst durch die US-Subprime-Krise änderte sich das Bild im zweiten Halbjahr 2007 völlig: Große Unsicherheit und Spannungen im Finanzsektor prägten das Wirtschaftsgeschehen ab August 2007. Die Volatilität auf den Finanzmärkten erhöhte sich und es kam zu einer signifikanten Neubewertung der Risiken. Die Börsen gaben deutlich nach, die langfristigen Zinssätze fielen,

EZB-Rat erhöht Leitzinsen im ersten Halbjahr 2007 in zwei Schritten um 50 Basispunkte

Arbeitslosigkeit sinkt auf den niedrigsten Stand seit 1982

Finanzmarkturbulenzen fordern Geldpolitik

Inflationsrate steigt auf über 3%

die Zinsstruktur wurde invers (im Euroraum überschritt der Drei-Monats-Zinssatz EURIBOR den Zinssatz für Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit).

Die nationalen Zentralbanken im Euroraum versorgten wie auch jene in den USA, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz den Interbankenmarkt in konzertierten Aktionen – etwa im Dezember 2007, im Jänner 2008 und auch im März 2008 – mit ausreichend Liquidität. Dies trug wesentlich dazu bei, die Spannungen auf den Finanzmärkten zu lindern (siehe dazu auch Kasten 1).

Im Herbst 2007 erfuhr die Inflationsrate, die bis August 2007 relativ moderat blieb, eine kräftige Beschleunigung. Die HVPI-Inflationsrate erhöhte sich im Euroraum von unter 2% im August 2007 auf 3,1% im November und Dezember 2007. Im Jahresdurchschnitt 2007 betrug die Inflationsrate im Euroraum 2,1% (2006: 2,2%). Bedingt durch den starken Anstieg der Rohstoffpreise waren starke Preissprünge bei Nahrungsmitteln und Treibstoffen sowie anderen Energieerzeugnissen zu beobachten.

Sowohl das Geldmengen- wie auch das Kreditwachstum blieb im Jahr 2007

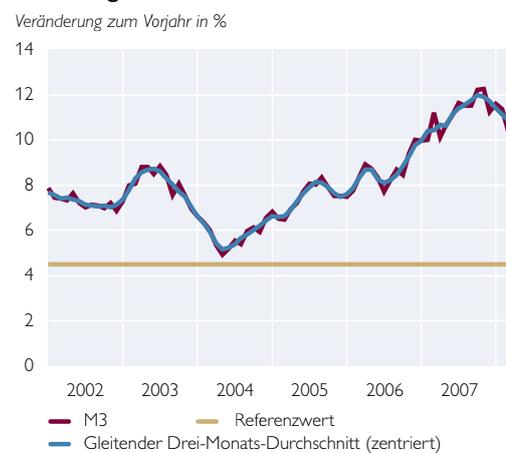
Grafik 14

Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren im Euroraum

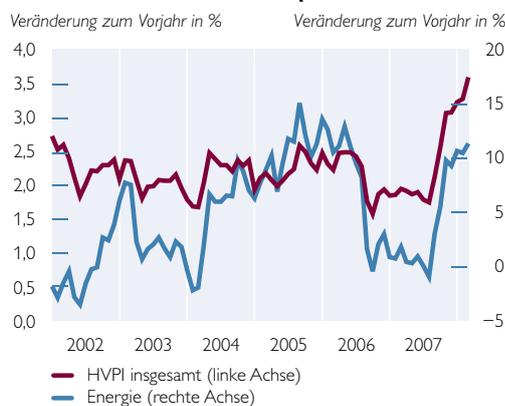
Rohölpreise



Geldmenge M3



Harmonisierter Verbraucherpreisindex



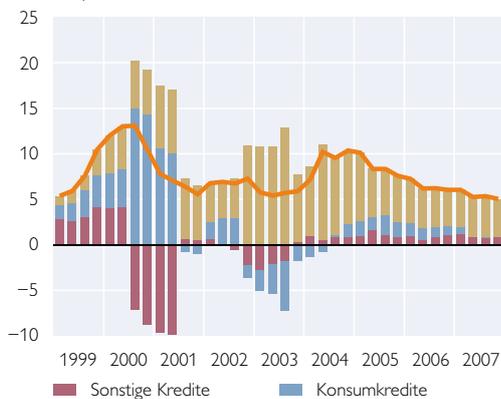
Zinssätze



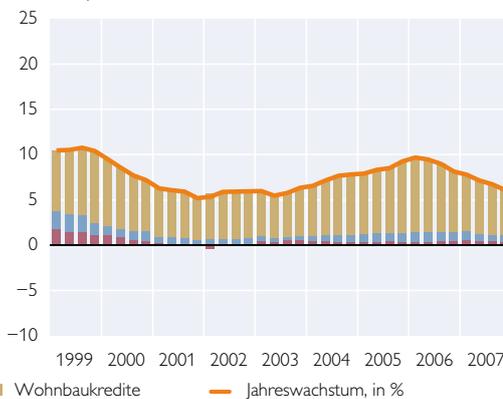
Quelle: Thomson Financial, EZB, Eurostat.

Kredite von MFIs an private Haushalte**Österreich¹**

in Prozentpunkten

**Euroraum**

in Prozentpunkten



Quelle: EZB, OeNB.

¹ Kredite an private Haushalte exklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

kräftig. Die Jahreswachstumsrate von M3 erreichte gegen Jahresende 2007 mit 12% das höchste Niveau seit Beginn der dritten Stufe der WWU. Die seit dem dritten Quartal 2004 anhaltend starke Nachfrage nach in M3 enthaltenen Sparformen dürfte auf die relativ flache Zinsstrukturkurve und auch auf die gestiegene Unsicherheit auf den Risikokapitalmärkten zurückzuführen sein.

Der fallende Trend des Kreditwachstums vom ersten Quartal 2007 setzte sich ab Mai 2007 nicht mehr fort. Die Wachstumsrate stieg auf 11% p. a. im Dezember 2007. Während sich der Zuwachs der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen beschleunigte, verlangsamte sich die jährliche Wachstumsrate der Buchkreditvergabe an Privathaushalte. Grund für diese unterschiedliche Entwicklung sind die weniger günstigen Aussichten auf den Immobilienmärkten in einigen Ländern des Euroraums.

Makroökonomische Daten für die ersten Monate 2008 deuten auf ein sich abschwächendes, aber anhaltendes Wachstum des realen BIP im Euroraum hin. Die jüngsten – nach unten revi-

dierten – Wachstumsprognosen für den Euroraum tragen dieser Entwicklung Rechnung. So hat die Europäische Kommission in der Prognose vom April 2008 das Wachstum für den Euroraum für das Jahr 2008 um rund ½ Prozentpunkt auf 1,7% zurückgenommen; für das Jahr 2009 wird ein Wachstum von 1,5% erwartet. Laut den Projektionen der EZB vom März 2008 wird das reale Wachstum im Jahr 2008 in einer Bandbreite von 1,3% bis 2,1% liegen. Für das Jahr 2009 wird ein Wert von 1,3% bis 2,3% erwartet. Die Unsicherheit bezüglich der Aussichten für das Wirtschaftswachstum ist ungewöhnlich groß, und es überwiegen mittelfristig eindeutig die Abwärtsrisiken. Diese beziehen sich hauptsächlich darauf, dass die Finanzmarktentwicklungen weiter reichende Auswirkungen haben könnten. Abwärtsrisiken ergeben sich ferner aus dem Potenzial für weitere Preissteigerungen bei Rohöl und anderen Rohstoffen, diversen Protektionismusbestrebungen und der Möglichkeit unkontrollierter Entwicklungen aufgrund globaler Ungleichgewichte.

Die zu Beginn des Jahres 2008 neuerlich hohen Teuerungsraten von 3,2%

**Ausblick
auf das Jahr 2008**

**Inflationsrate
verharrt Anfang
2008 über der
3-Prozent-Marke**

im Jänner, 3,3 % im Februar und 3,6 % im März 2008 dürften sich über weite Strecken des Jahres 2008 fortsetzen. Erst gegen Ende des Jahres 2008 sollten die Effekte von höheren Rohöl- und Nahrungsmittelpreisen – sofern keine weiteren exogenen Verteuerungen eintreten – nachlassen und eine Rückbildung der Inflationsrate gegen 2 % ermöglichen. Die Projektionen der EZB vom März 2008 wurden dementsprechend gegenüber der Prognose vom Dezember 2007 deutlich angehoben und erwarten für das Jahr 2008 eine HVPI-Inflationsrate zwischen 2,6 % und 3,2 % und im Jahr 2009 zwischen 1,5 % und 2,7 %. Die Europäische Kommission rechnet in ihrer Prognose vom April 2008 für den Euroraum im Jahr 2008 mit einer HVPI-Inflationsrate von 3,2 % und im Jahr 2009 von 2,2 %. Dabei bestehen eindeutig Aufwärtsrisiken. Dazu gehören Lohnerhöhungen, weitere Preisanstiege bei Nahrungsmitteln, Rohöl und Rohstoffen wie auch Erhöhungen der administrierten Preise und indirekten Steuern über das in den Projektionen erwartete Ausmaß hinaus.

In seiner Sitzung im April 2008 hielt der EZB-Rat fest, dass die jüngsten Informationen kurzfristig einen starken Preisauftrieb bestätigten, die Preisentwicklung auf mittlere Sicht auch angesichts des sehr kräftigen Geldmengen- und Kreditwachstums Aufwärtsrisiken unterliege. Die wirtschaftlichen Fundamentaldaten des Euroraums sind solide. Allerdings bleibt die Unsicherheit infolge der Finanzmarkturbulenzen hoch. Für die Geldpolitik des Euroraums bleibt – gemäß ihrem Auftrag – die Gewährleistung der Preisstabilität das vorrangige Ziel. Die Verankerung der mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen auf ein mit Preisstabilität vereinbares Niveau ist für den EZB-Rat daher von höchster Priorität. Auch soll dadurch das Auf-

treten von Zweitrundeneffekten und Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität verhindert werden.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa entwickeln sich weiter dynamisch

Das Wirtschaftswachstum in der Ländergruppe der zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten blieb 2007 auf hohem Niveau und betrug im gewichteten Durchschnitt 6,2 %. Besonders hohe Wachstumsraten konnten die baltischen Staaten Lettland und Litauen sowie die Slowakei verzeichnen. Die Wirtschaftsentwicklung in der Region wurde überwiegend von der Binnen- nachfrage getragen, wobei der private Konsum in den meisten Fällen den bedeutendsten Wachstumsbeitrag stellte. Nur in Ungarn und in der Slowakei trug die Außenwirtschaft deutlich zum Wirtschaftswachstum bei. Vor allem in den baltischen Staaten und in den EU-Mitgliedstaaten in Südosteuropa war der Außenbeitrag zum Wachstum hingegen stark negativ. Nach der dynamischen Entwicklung im Jahr 2007 wird für das Jahr 2008 – im Wesentlichen im Gleichklang mit dem Euroraum – eine gewisse Wachstumsabschwächung erwartet.

Im gewichteten Durchschnitt betrug die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2007 3,7 %, was einen Anstieg um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Der Einfluss höherer Preise für Lebensmittel und Energie auf die Inflationsentwicklung fiel in den EU-Mitgliedstaaten Osteuropas wesentlich deutlicher als im Euroraum aus. Das ist einerseits auf das höhere Gewicht dieser Produktgruppen im HVPI der Länder jener Region zurückzuführen. Andererseits waren auch die Preisanstiege der beiden Komponenten in den meisten Staaten durch Missernten bzw. die Anpassung regulierter

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für die EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

	Reales Wirtschaftswachstum		HVPI-Inflationsrate		Leistungsbilanzsalden	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
	Veränderung zum Vorjahr in %		in % p.a.		in % des BIP	
Polen	6,1	6,5	1,3	2,6	-3,2	-3,7
Slowakische Republik	8,5	10,3	4,3	1,9	-7,0	-5,4
Slowenien	5,7	6,1	2,5	3,8	-2,8	-4,8
Tschechische Republik	6,4	6,5	2,1	3,0	-3,1	-3,0
Ungarn	3,9	1,3	4,0	7,9	-6,1	-5,0
Estland	11,2	7,1	4,4	6,7	-15,5	-17,4
Lettland	11,9	10,2	6,6	10,1	-22,3	-23,3
Litauen	7,7	8,8	3,8	5,8	-10,8	-13,7
Bulgarien	6,1	6,2	7,4	7,6	-17,8	-21,5
Rumänien	7,7	6,0	6,6	4,9	-10,4	-13,9

Quelle: Eurostat.

Preise deutlich höher als im Euro-Währungsgebiet. In einigen Ländern wurde der herrschende Preisdruck zusätzlich durch zunehmende Lohnstückkosten und beginnende Überhitzungserscheinungen verstärkt.

Einige der Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa wiesen im Jahr 2007 hohe und teils noch weiter steigende Leistungsbilanzdefizite aus. Zum Teil können diese durch den dynamischen wirtschaftlichen Aufholprozess und den damit verbundenen hohen Investitionsbedarf erklärt werden. Hohe Zuwachsraten des privaten Konsums, oftmals aufgrund einer dynamischen Kreditvergabe, trugen aber ebenso zu zunehmenden externen Ungleichgewichten bei. In einigen Ländern ist ein signifikanter Anteil der Leistungsbilanzdefizite durch Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen gedeckt. In anderen Ländern spielen hingegen volatilere Kapitalflüsse zur Deckung der externen Defizite eine größere Rolle. In einer Situation erhöhter Risikoaversion und stärkerer internationaler Finanzmarktvolatilität wird die Sicherstellung der Finanzierung externer Ungleichgewichte zu-

nehmend von der Qualität und Solidität der makroökonomischen Leistungsstärke und jeweiligen Strukturpolitik in den betroffenen Ländern abhängen.

Kräftiges Wirtschaftswachstum in Österreich von 3,4% im Jahr 2007 – Abschwächung im Jahr 2008 auf rund 2% erwartet

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2007 äußerst dynamisch. Mit +3,4% konnte das Wachstum des realen BIP gegenüber dem Jahr 2006 (+3,3%) sogar noch leicht zulegen und erreichte den höchsten Wert seit dem Jahr 2000. Damit wuchs Österreichs Wirtschaft deutlich stärker als der Euroraum. Wachstumsmotor war – wie schon in den Jahren zuvor – die boomende Exportwirtschaft. Die Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen nahmen real um rund 8% zu. Ermöglicht wurde dieses kräftige Wachstum durch die fortgesetzte Schwerpunktverlagerung der Exporttätigkeit in Richtung Osten. Der Aufbau und die Erweiterung von Exportbeziehungen waren besonders stark ausgeprägt mit den osteuropäischen Ländern, mit Russland und mit China.

Der Exportboom stimulierte die Sachgütererzeugung, die sich sehr dynamisch entwickelte. Als Folge der guten Konjunktur kam es nach mehreren Jahren mit rückläufiger Industriebeschäftigung im Jahr 2007 erstmals wieder zu einer spürbaren Zunahme. Sehr dynamisch entwickelte sich auch die Bauwirtschaft, die ebenfalls ein deutliches Beschäftigungsplus aufwies.

Neben den Exporten waren die Investitionen die zweite tragende Säule der Konjunktur: Sowohl Ausrüstungs- als auch Bauinvestitionen expandierten kräftig. Die Tourismuswirtschaft trug ebenfalls zum Wachstum bei. Sowohl im Sommer- als auch im Wintertourismus wurden steigende Nüchternungs- und Umsatzzahlen verzeichnet.

Schwachpunkt der Konjunktur blieb der private Konsum. Trotz höherer Beschäftigung stiegen die real verfügbaren Haushaltseinkommen nur mäßig. Darüber hinaus erhöhten die Haushalte ihre Sparquote. Diese Faktoren schlugen sich in einer – angesichts der guten Konjunkturlage – nur geringen Ausweitung der realen Konsumausgaben im Jahr 2007 um 1,4% nieder. Die im Rahmen der Herbstlohnrunde 2007 ausverhandelten Lohnabschlüsse lagen fast durchwegs über 3% und damit höher als im Vorjahr.

Aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen wird sich das Wachstum im Jahr 2008 in Österreich abschwächen. Die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik und der hohe Rohölpreis stellen wachstumsdämpfende Faktoren dar. Hinzu kommt die Unsicherheit über das Ausmaß des Übergreifens der Finanzmarkturbulenzen auf die Realwirtschaft. Trotz dieser Effekte stellen sich die Aussichten für die österreichische Wirtschaft im ersten Halbjahr 2008 als günstig dar. Laut Konjunkturindikator der OeNB vom März 2008 wird das reale BIP-Wachs-

tum im Gesamtjahr 2008 zwar merklich schwächer ausfallen als in den beiden Jahren zuvor, ein Einbruch der Konjunktur zeichnet sich für Österreich jedoch nicht ab. Das Wachstum des realen BIP wird mit +0,6% im ersten und +0,5% im zweiten Quartal 2008 (saison- und arbeitstägig bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) erwartet. Die Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) vom März 2008 rechnet im Jahr 2008 mit einem Wirtschaftswachstum in Österreich von 2,1%, im Jahr 2009 von 1,7%. Auch der IWF erwartet in seiner Artikel IV-Konsultation mit Österreich vom März 2008 ein Annähern des Wachstums an den Potenzialwert von etwa 2% in den Jahren 2008 und 2009. Die Europäische Kommission prognostizierte im April 2008 für Österreich ein Wirtschaftswachstum von 2,2% (2008) bzw. 1,8% (2009).

Die HVPI-Inflationsrate betrug für das Jahr 2007 2,2% und stieg damit gegenüber dem Jahr 2006 um einen halben Prozentpunkt. In der unterjährigen Betrachtung bewegte sich die Inflationsrate in der ersten Jahreshälfte 2007 in einem Bereich zwischen 1,7% und 1,9%, stieg dann im dritten Quartal 2007 geringfügig auf 2,0% und beschleunigte sich in den letzten drei Monaten des Jahres auf 3,5% im Dezember 2007. Mit dem Dezemberwert befand sich die HVPI-Inflationsrate in Österreich auf dem höchsten Niveau seit Jänner 1993.

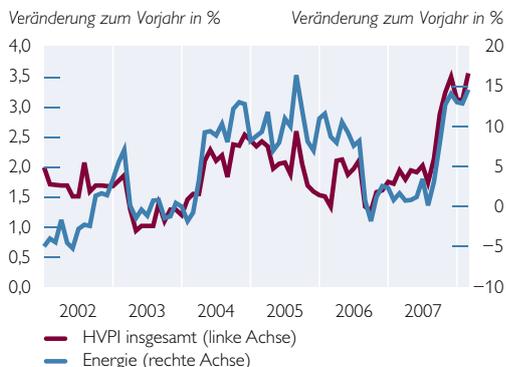
In den ersten beiden Monaten des Jahres 2008 ging die Inflationsrate mit jeweils +3,1% zwar etwas zurück, beschleunigte sich im März infolge eines neuerlichen Preisdrucks im Energie- und Nahrungsmittelsektor auf 3,5%. Damit bestätigten sich die Erwartungen der OeNB von anhaltend hohen Inflationsraten über 3% im ersten Halbjahr. In der zweiten Jahreshälfte 2008 sollte

Steigende Lebensmittel- und Energiepreise lassen Inflation nach moderater erster Jahreshälfte 2007 im vierten Quartal auf über 3% steigen

Grafik 16

Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren in Österreich

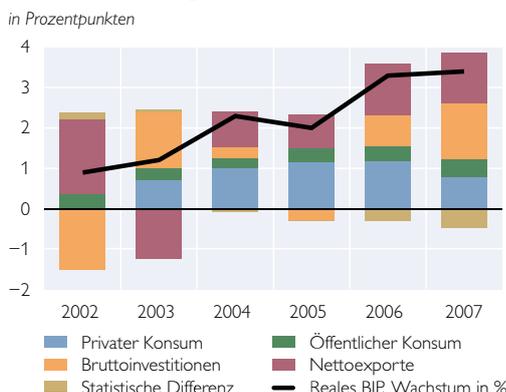
HVPI-Inflationsrate



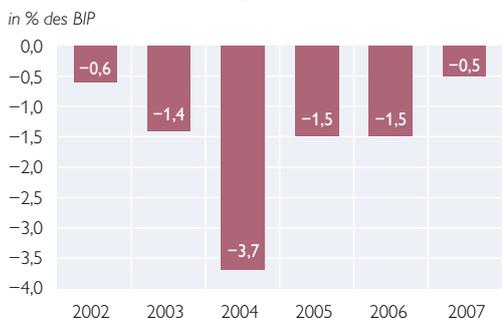
Arbeitsmarkt



Wachstumsbeiträge zum realen BIP



Gesamtstaatlicher Budgetsaldo



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, BMF, OeNB.

sich jedoch die Teuerung aufgrund des erwarteten Auslaufens des Lebensmittelpreisschocks und des Basiseffekts der vergangenen Energiepreissteigerungen merkbar abschwächen und gegen Jahresende bei etwas über 2% zu liegen kommen. Für den Jahresdurchschnitt 2008 erwartet die OeNB (auf Basis der Daten bis März 2008) eine Inflationsrate von 3,0%, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 0,8 Prozentpunkte bedeuten würde. Im Jahr 2009 sollte sich die Inflation dann weiter abschwächen und bei etwas über 2% zu liegen kommen.

Der österreichische Arbeitsmarkt war im Jahr 2007 in einer ausgezeichneten Verfassung. Die gute Konjunktur der beiden letzten Jahre schlug sich

in 114.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen gegenüber dem Jahr 2005 nieder, wovon 63.000 allein im Jahr 2006 geschaffen wurden. Der Großteil der Beschäftigungsausweitung entfiel auf die Dienstleistungsbranchen; die Beschäftigung nahm aber auch in der Industrie und im Bausektor zu, also in Sektoren mit einem hohen Anteil an Vollzeitarbeitsplätzen mit überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten. Der Arbeitskräftemangel in vielen Sektoren führte zu einer Teilöffnung des Arbeitsmarktes für Dreher, Schweißer und Fräser aus den zentral, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Für das Jahr 2008 ist eine weitere Teilöffnung des Arbeitsmarktes geplant. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat

Starker Rückgang der Arbeitslosigkeit

Auswirkungen der stark gestiegenen Rohöl- und Rohstoffpreise auf Österreichs Wirtschaft

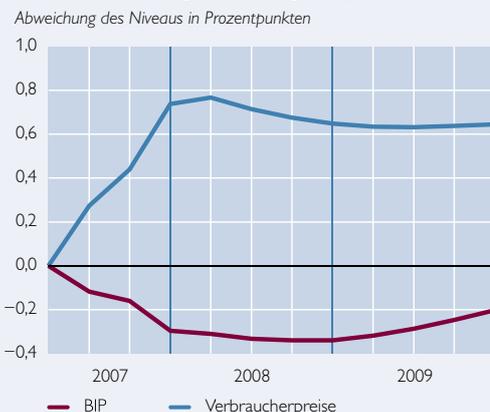
Der Preis für ein Barrel der Marke Brent stieg zwischen Dezember 2006 und Dezember 2007 von 62,3 USD auf 91,1 USD. Im Durchschnitt des Jahres 2007 bedeutet dies einen Anstieg um 7,2 USD auf 72,7 USD. Die Hauptursache für die Preissteigerung ist die stark steigende Nachfrage der dynamischen Volkswirtschaften in Asien. Dazu kommen Angebotsengpässe sowie eine Reihe von geopolitischen Risikofaktoren. Im Dezember 2007 bewegte sich der Preis für Rohöl der Marke Brent knapp unter der Grenze von 100 USD pro Barrel (gegen Ende Februar 2008 erstmals darüber). Um die Effekte des Anstiegs der Rohölpreise auf die österreichische Wirtschaft abschätzen zu können, wurde eine Simulation mit dem makroökonomischen Modell der OeNB durchgeführt. Dabei wurde ausgehend vom Niveau des Rohölpreises im vierten Quartal 2006 (59,7 USD pro Barrel der Marke Brent) simuliert, wie sich der in der Prognose vom Dezember 2007 unterstellte Verlauf der Rohölpreise (2008: 88,6 USD, 2009: 83,7 USD) auf die österreichische Wirtschaft auswirkt. Die Ergebnisse der Simulation zeigen, dass sich der Anstieg der Rohölpreise rasch in den Verbraucherpreisen niederschlägt. Zu Beginn des Jahres 2008 liegt das gesamtwirtschaftliche Preisniveau des VPI um knapp 0,8% über dem Wert, der sich im Fall eines konstanten Rohölpreises von 59,7 USD ergeben hätte. Anschließend gehen die Konsumentenpreise aufgrund der angenommenen rückläufigen Rohölpreise wieder zurück. Für die Jahre 2007 und 2008 ergibt sich damit ein zusätzlicher Impuls für die Inflationsrate von jeweils 0,35 Prozentpunkten. Die BIP-Wachstumsrate reagiert mit einer stärkeren Verzögerung als die Preise, wobei der maximale Effekt nach rund 1½ Jahren eintritt. Im Jahr 2007 sinkt das Wachstum des realen BIP um 0,14 Prozentpunkte, im Jahr 2008 um weitere 0,19 Prozentpunkte.

Auswirkungen des Rohölpreisanstiegs im Jahr 2007 auf die österreichische Wirtschaft

Entwicklung des Rohölpreises seit dem Jahr 2004



Effekte des Rohölpreisanstiegs im Jahr 2007



ging von 5,2% (2005) auf 4,4% im Jahr 2007 zurück. Damit wies Österreich die fünftniedrigste Arbeitslosenquote der EU auf. Gegen Ende des Jahres 2007 ließ die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt etwas nach, um in den ersten Monaten 2008 neuerlich wieder

an Schwung zu gewinnen. So fiel das Beschäftigungswachstum mit fast 3% sehr kräftig aus, der Rückgang der Arbeitslosigkeit beschleunigte sich gegenüber den letzten Monaten 2007 erheblich und auch die Dynamik auf dem Stellenmarkt erhöhte sich.

Inflationsbeschleunigung in Österreich seit Herbst 2007: Betrachtung nach Verbrauchsgruppen und Maßnahmen zur Rückführung

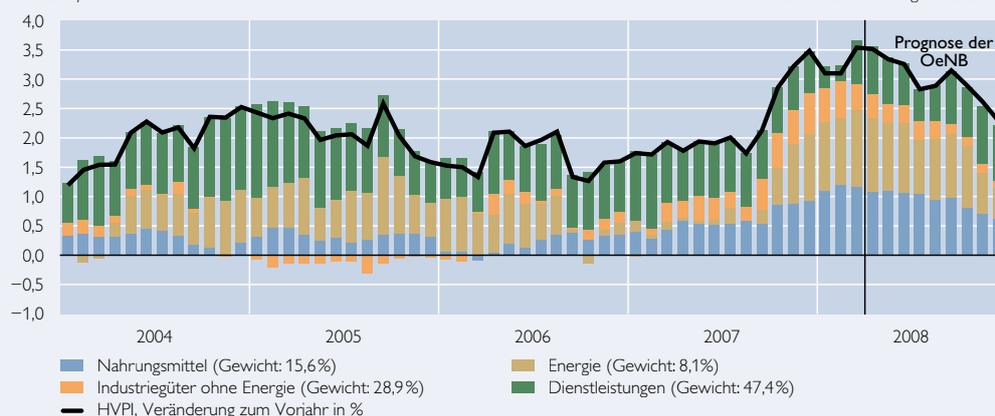
In Österreich waren die Lebensmittel- und die Energiepreise für den Anstieg der Teuerung im letzten Quartal des Jahres 2007 hauptverantwortlich. In beiden Bereichen haben insbesondere die Verteuerungen der Rohstoffe auf den internationalen Märkten – bei den Nahrungsmitteln die Weizen- und Milchpreise sowie bei der Energie die Rohölpreise – den Preisauftrieb in Österreich deutlich beeinflusst. Innerhalb der Nahrungsmittel zogen v.a. die Preise von Brot- und Getreideerzeugnissen (+4,5%), Milch, Käse und Eiern (+8,3%) sowie Obst (+4,4%) und Gemüse (+5,7%) im Jahresabstand kräftig an. Im Bereich Energie ist der starke Preisanstieg in erster Linie auf die meist zu Beginn des Jahres durchgeführten Preiserhöhungen der Versorgungsunternehmen bei Strom (+9,2%) und Gas (+8,3%) zurückzuführen, während die Jahresteuern der Treibstoffe im Jahr 2007 (+1,4%) wegen des bereits starken Anstiegs im Jahr 2006 geringer ausfiel. Die unterjährige Betrachtung der Treibstoffpreisentwicklung verdeutlicht jedoch, dass Preisrückgängen im ersten Halbjahr 2007 starke Preissteigerungen in den letzten drei Monaten des Jahres 2007 gegenüberstehen. Die Mineralölsteuererhöhung auf Diesel und Benzin im Juli 2007 erhöhte laut Berechnungen der OeNB die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte.

Die nicht energetischen Industriegüter wiesen im Jahr 2007 mit +1,3% zwar eine unterdurchschnittliche Teuerungsrate auf, diese war aber höher als im Jahr 2006 (+0,4%). Diese Produktgruppe trug damit zum Anstieg der Gesamtinflation maßgeblich bei. Innerhalb der Industriegüter war der Inflationsanstieg hauptsächlich von der Preisdynamik bei Bekleidung und Schuhen bedingt, deren Preise nach einem geringen Rückgang von 0,2% im Jahr 2006 mit +2,2% im Jahr 2007 stiegen. Bei Dienstleistungen betrug die Teuerungsrate im Jahr 2007 1,9% und war damit leicht unterdurchschnittlich. Ein wichtiger inflationsdämpfender Faktor in diesem Bereich waren im Jahr 2007 die Flugpreise, die sich im Jahresabstand um 24,7% verbilligten. Dies geht in erster Linie auf das wachsende Angebot von Billiganbietern auf dem heimischen Flugmarkt zurück.

HVPI-Inflationsrate und Beiträge ausgewählter Verbrauchsgruppen in Österreich

in Prozentpunkten

Letzte Beobachtung: März 2008



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Zur mittelfristigen Rückführung der Inflationsrate in Österreich auf ein mit Preisstabilität gemäß Definition des Eurosystems zu vereinbarendes Niveau von unter, aber nahe 2% müssen verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen greifen. Die Geldpolitik im Euroraum muss eindeutig und glaubwürdig dem vorrangigen Ziel, mittelfristig die Preisstabilität zu sichern, verpflichtet bleiben. Es ist weiters sehr wichtig, dass Zweitrundeneffekte bei Preisen und

Löhne vermieden werden und sich die Gewerkschaften bei Lohnforderungen und die Unternehmen bei ihrer Preispolitik zurückhalten. Auch der Strukturpolitik kommt eine wichtige Rolle zu. Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs wirken preisdämpfend. Längerfristig machen Innovationen zum Energiesparen bzw. zur Nutzung heimischer alternativer Energien Österreich widerstandsfähiger gegenüber internationalen Energiepreisschocks. Schließlich sollte auch die Budgetpolitik ihren Beitrag leisten. Die österreichische Wirtschaft hat zwei Jahre sehr kräftigen Wachstums hinter sich. Die Kapazitäten sind sehr gut ausgelastet, zusätzliche gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch ein Budgetdefizit kann in dieser Situation inflationstreibend wirken. Das bestehende Defizit sollte daher rasch rückgeführt werden. Der öffentliche Sektor sollte von weiteren Erhöhungen bei Abgaben, Gebühren und Tarifen Abstand nehmen.

Rekordüberschuss in der Leistungsbilanz

Im Jahr 2007 verzeichnet Österreichs Außenwirtschaft einen Rekordüberschuss der Leistungsbilanz von 8,8 Mrd EUR bzw. 3,2 % des BIP. Entscheidend für die Steigerung des Überschusses um 2½ Mrd EUR war der Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Trotz der Aufwertung des Euro zeigte die traditionell negative Güterbilanz einen Überschuss von 1,3 Mrd EUR. Den größten Beitrag zum positiven Leistungsbilanzergebnis, nämlich 12,3 Mrd EUR, erbrachte der Handel mit Dienstleistungen, wobei der Tourismus einen bisher nicht erzielten Überschuss von mehr als 6 Mrd EUR aufwies. Erstmals übertrafen aber die übrigen Dienstleistungen (Überschuss von 6,2 Mrd EUR) das Ergebnis des Reiseverkehrs. Diese Dienstleistungsexporte wuchsen nicht nur deutlich rascher als die Reiseverkehrseinnahmen, sie expandierten in den letzten

zehn Jahren mit 11 % p. a. auch deutlich schneller als die Güterexporte. Ein besonders dynamisches Segment innerhalb der unternehmensnahen Dienstleistungen sind die technologiebezogenen Dienstleistungen (EDV-Dienste, Architektur und Ingenieursleistungen, Forschung und Entwicklung, Patente sowie Lizenzen). Defizitär war die Bilanz der Vermögenseinkommen, was der negativen Vermögensposition Österreichs entspricht. Nach vorläufigen Schätzungen sind die Verpflichtungen der österreichischen Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland um etwa 50 Mrd EUR höher als das entsprechende Auslandsvermögen. Die wachsenden Leistungsbilanzüberschüsse stärken Österreichs Position als Investor auf den internationalen Kapitalmärkten. Im Jahr 2007 hat Österreich (netto) 6,3 Mrd EUR im Ausland investiert.

Robuste Konjunktur verbessert Budgetsalden in der EU – Strukturreformen unterstützen Wirtschaftswachstum

Die EU-Mitgliedstaaten betrachten die Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit gemeinsamen europäischen Interesses mit dem Ziel, Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität in der EU zu fördern. Folgerichtig haben die Staats- und Regierungschefs ihre nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken gemeinsamen Regeln der Haushaltsdisziplin und wirtschaftspolitischen Koordinierungsverfahren unterworfen. Diesbezüglich sind der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) in der Fiskalpolitik sowie die Lissabon-Strategie im

Bereich der allgemeinen Wirtschaftspolitik hervorzuheben. Neben den allgemeinen Zielen der EU tragen diese beiden Regelwerke zu einer Erhöhung der Flexibilität, zu einer stärkeren Widerstandsfähigkeit gegen Schocks und zur Glättung von Konjunkturzyklen bei.

Gesamtstaatlicher Budgetsaldo geht im Euroraum deutlich auf -0,6% des BIP zurück

Bei der Entwicklung der öffentlichen Haushalte konnten im Jahr 2007 Fortschritte verzeichnet werden. Wie auch

Öffentliches Defizit geht im Jahr 2007 im Euroraum auf 0,6% des BIP zurück

Tabella 2

Gesamtstaatliche Budgetsalden

	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ¹
<i>in % des BIP</i>						
Belgien	0,0	0,0	-2,3	0,3	-0,2	-0,4
Deutschland	-4,0	-3,8	-3,4	-1,6	0,0	-0,5
Irland	0,4	1,4	1,6	3,0	0,3	-1,4
Griechenland	-5,6	-7,4	-5,1	-2,6	-2,8	-2,0
Spanien	-0,2	-0,3	1,0	1,8	2,2	0,6
Frankreich	-4,1	-3,6	-2,9	-2,4	-2,7	-2,9
Italien	-3,5	-3,5	-4,2	-3,4	-1,9	-2,3
Luxemburg	0,5	-1,2	-0,1	1,3	2,9	2,4
Niederlande	-3,1	-1,7	-0,3	0,5	0,4	1,4
Österreich	-1,6	-3,7	-1,5	-1,5	-0,5	-0,7
Portugal	-2,9	-3,4	-6,1	-3,9	-2,6	-2,2
Finnland	2,5	2,4	2,9	4,1	5,3	4,9
Slowenien	-2,7	-2,3	-1,5	-1,2	-0,1	-0,6
Euroraum	-3,1	-2,9	-2,5	-1,3	-0,6	-1,0
Dänemark	-0,1	1,9	5,0	4,8	4,4	3,9
Schweden	-0,9	0,8	2,2	2,3	3,5	2,7
Vereinigtes Königreich	-3,3	-3,4	-3,4	-2,6	-2,9	-3,3
Bulgarien	0,0	1,4	1,8	3,0	3,4	3,2
Tschechische Republik	-6,6	-3,0	-3,6	-2,7	-1,6	-1,4
Estland	1,8	1,6	1,8	3,4	2,8	0,4
Zypern	-6,5	-4,1	-2,4	-1,2	3,3	1,7
Lettland	-1,6	-1,0	-0,4	-0,2	0,0	-1,1
Litauen	-1,3	-1,5	-0,5	-0,5	-1,2	-1,7
Ungarn	-7,2	-6,5	-7,8	-9,2	-5,5	-4,0
Malta	-9,9	-4,6	-3,0	-2,6	-1,8	-1,6
Polen	-6,3	-5,7	-4,3	-3,8	-2,0	-2,5
Rumänien	-1,5	-1,2	-1,2	-2,2	-2,5	-2,9
Slowakische Republik	-2,7	-2,4	-2,8	-3,6	-2,2	-2,0
EU-27	-3,1	-2,8	-2,5	-1,4	-0,9	-1,2

Quelle: Eurostat.

¹ Prognose der Europäischen Kommission (Frühjahr 2008).

**Gesamtstaatliches
Budgetdefizit
reduziert sich in
Österreich im Jahr
2007 auf 0,5%**

schon im Jahr 2006 nahmen die gesamtstaatlichen Budgetdefizite sowohl im Euroraum wie auch in der gesamten EU ab. Innerhalb der Gruppe jener Länder, die den Euro bereits eingeführt haben, sank das aggregierte Haushaltsdefizit deutlich von 1,3% (2006) auf 0,6% des BIP (2007). Der Rückgang in der gesamten EU war etwas geringer, aber nach wie vor signifikant. Die Budgetlücke verringerte sich von 1,4% (2006) auf 0,9% des BIP (2007). Im Euroraum verzeichnen nun sechs Länder einen ausgeglichenen Haushalt oder einen Budgetüberschuss, sieben Länder weisen Budgetdefizite auf, davon Griechenland mit 2,8% des BIP das höchste. In der gesamten EU weisen zwölf Länder einen ausgeglichenen Haushalt oder einen Budgetüberschuss auf, nur in einem Mitgliedstaat lag das Defizit über der aus Sicht des fiskalischen Konvergenzkriteriums kritischen 3-Prozent-Marke des BIP.

Der allgemeine Rückgang der Defizite war v. a. auf die robuste Konjunktur und auf das damit zusammenhängende überdurchschnittlich hohe Steuereinnahmewachstum zurückzuführen. Wie die Entwicklung der zyklisch bereinigten Haushaltssalden allerdings zeigt, wurden Teile dieser unverhofften Einnahmen nicht – wie im SWP vorgesehen – zur strukturellen Budgetkonsolidierung, sondern für Mehrausgaben eingesetzt. Die Verbesserung der zyklisch bereinigten Budgetzahlen fiel daher sowohl im Euroraum als auch in der EU schwächer aus als die der nominellen Salden. Eine weitere Vorgabe des SWP, nämlich eine jährliche Rückführung der strukturellen Budgetdefizite um 0,5 Prozentpunkte (bis zur Erreichung der mittelfristigen Budgetziele), wurde im Euroraum erreicht, in der gesamten EU allerdings knapp verfehlt.

Die weitere Verbesserung der Budgetsalden kommt laut Prognosen der

Europäischen Kommission im Jahr 2008 sowohl im Euroraum als auch in der gesamten EU zum Stillstand. Zum Teil ist dafür die erwartete Konjunkturabschwächung verantwortlich. Zudem sehen die Budgetvoranschläge für das Jahr 2008 in den meisten Staaten keine substanziellen Konsolidierungsbemühungen vor. Eine umsichtige Haushaltspolitik bleibt vor diesem Hintergrund eine wichtige wirtschaftspolitische Forderung, auch um die mittelfristigen Budgetziele (z. B. einen nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalt) zeitgerecht bis zum Jahr 2010 zu erreichen.

Auch der österreichische Staatshaushalt profitierte von der robusten Konjunkturentwicklung. Im Jahr 2007 kam es zu einer Reduktion des gesamtstaatlichen Budgetdefizits von 1,5% (2006) auf 0,5% des BIP (2007). Laut vorläufigem Gebarungserfolg des Bundes wurde das veranschlagte Budgetdefizit des Bundes für das Jahr 2007 um rund 1 Mrd EUR unterschritten, was zur Gänze einnahmenseitig bedingt war. Die Bundesausgaben lagen hingegen über dem vorläufig festgelegten Wert. Das Einnahmenplus ist hauptsächlich auf die konjunkturbedingt kräftige Entwicklung des Steueraufkommens zurückzuführen. Im Jahr 2007 stiegen die Bruttoabgaben (Steuerertrag vor Finanzausgleichs- und EU-Überweisungen) gegenüber dem Jahr 2006 um 7,1% (v. a. durch deutliche Zuwächse bei den Einkommens- und Vermögenssteuern, besonders bei der Lohnsteuer, der Kapitalertragsteuer auf Dividenden, der Zinsertragsteuer sowie der Körperschaftsteuer).

Der strukturelle Haushaltssaldo verbesserte sich in Österreich von –1,4% (2006) auf –1,0% des BIP (2007). Der vom SWP geforderte Konsolidierungspfad wurde damit leicht verfehlt. Im Jahr 2008 dürfte sich der

negative Finanzierungssaldo des Staats laut Europäischer Kommission (Prognose vom April 2008) wieder leicht verschlechtern. Die budgetären Ausweitungen u. a. in den Bereichen Soziales, Bildung, Familie, Pensionen, Umwelt und Forschung sowie die anhaltend dynamische Entwicklung der Ausgaben insbesondere im Gesundheitswesen werden die Erreichung der mittelfristigen Budgetzielsetzungen erschweren.

Laut dem aktualisierten österreichischen Stabilitätsprogramm für die Periode von 2007 bis 2010 soll bis zum Jahr 2010 ein Budgetüberschuss im Ausmaß von 0,4% des BIP erreicht werden. Ebenso soll dieses Jahr mit einem strukturell ausgeglichenen Haushalt abgeschlossen werden. Substanzielle Konsolidierungsbemühungen auf diesem Weg sind v. a. gegen Ende der Programmperiode geplant. So erfolgt die Anpassung an das genannte mittelfristige Budgetziel in den Jahren 2007 bis 2009 nur langsam und nicht im Einklang mit den Anforderungen des SWP, d. h., die jährlichen Verbesserungen des strukturellen Budgetsaldos werden unter 0,5% des BIP liegen. Dazu kommt, dass laut Berechnungen in der genannten Periode „gute Zeiten“ nach Definition im SWP vorliegen werden. Vor diesem Hintergrund sind verstärkte Konsolidierungsbemühungen notwendig.¹

In erster Linie soll eine sinkende Ausgabenquote die Verbesserung des Haushaltssaldos ermöglichen. Die geplanten Ausgabenrestriktionen sollen, trotz der bereits erwähnten Mehrausgaben, durch eine restriktive Personalpolitik und durch äußerste Zurückhaltung bei den gestaltbaren Ermessensausgaben realisiert werden. Die Einnahmen werden sich in der Pro-

grammperiode mehr oder weniger konstant entwickeln. Eine nachhaltige Erreichung der im Stabilitätsprogramm formulierten Ziele sollte durch weitere Reformen im Verwaltungsbereich und im Gesundheits- sowie Bildungswesen unterstützt werden.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich im Oktober 2007 auf einen neuen Finanzausgleich für die Periode von 2008 bis 2013 geeinigt. Diese Einigung stellt im Wesentlichen eine Fortschreibung des alten Finanzausgleichs dar und lässt substanzielle Strukturreformen und eine neue Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften vermissen. Als wesentliche Ergebnisse der neuen Finanzausgleichsregelungen können eine Verlängerung der Laufzeit auf sechs Jahre, zusätzliche Mittel für die Länder zur Krankenhausfinanzierung und eine Vereinbarung über die Kostentragung der 24-Stunden-Betreuung und Mindestsicherung genannt werden. Die Gebarung der Länder und Gemeinden blieb im Jahr 2007 unter den Erwartungen: Statt einem erwarteten Überschuss der Länder- und Gemeindehaushalte von 0,4% konnten laut vorläufigen Ergebnissen nur 0,2% des BIP realisiert werden. Dies ist deutlich weniger als im österreichischen Stabilitätsprogramm (nämlich 0,4% des BIP) vorgesehen war. Neben dem Bund sollten daher auch die Länder und Gemeinden ihren Konsolidierungsbeitrag weiterhin im erforderlichen und vereinbarten Ausmaß leisten.

Der seit dem Jahr 2005 zu beobachtende Rückgang der Staatsschuldenquoten sowohl im Euroraum als auch in der gesamten EU hielt im Jahr 2007 weiter an. Im Euroraum ging die Quote auf 66,4% des BIP zurück, wobei eine

Schuldenquoten
im Euroraum
und in Österreich
rückläufig

¹ Zur diesbezüglichen Einschätzung des IWF im Rahmen der Artikel IV-Konsultation mit Österreich im März 2008 siehe auch Kasten 4.

Reduktion in nahezu allen Staaten zu beobachten war. Mit 58,7% des BIP liegt die Schuldenquote in der gesamten EU allerdings weiterhin deutlich niedriger.

Auch Österreich befindet sich bei der Schuldenquote auf einem guten Weg: Bedingt durch das hohe nominelle BIP-Wachstum sank die Staatsschuldenquote 2007 auf 59,1 % des BIP. Damit liegt sie erstmals seit dem Jahr 1992 wieder unter dem Referenzwert von 60% des BIP. Die Schuldenquote Österreichs ist damit um etwa 6½ Prozentpunkte niedriger als im Durchschnitt der Länder des Euroraums. Prognosen der Europäischen Kommission erwarten, dass sie bis zum Jahr 2009 weiter auf knapp 57% des BIP zurückgehen wird. Laut österreichischem Stabilitätsprogramm soll sie im Jahr 2010 bei 55,4% liegen.

Strukturreformen stimulieren Wirtschaftswachstum in der EU

Strukturreformen sind für das nachhaltige Wachstum in allen EU-Mitgliedstaaten von großer Bedeutung. Für die Länder des Euroraums sind sie von besonderer Wichtigkeit, da sie deren wirtschaftliche Integration und Anpassungsfähigkeit positiv beeinflussen. Fortschreitende wirtschaftliche Verflechtung und positive Effekte der Gemeinschaftswährung fördern den Wettbewerb und den Handel auf dem Binnenmarkt, treiben Innovationen voran und sorgen damit für eine effiziente Versorgung der Bürger mit qualitativ hochwertigen Gütern und Dienstleistungen.

Vor diesem Hintergrund verständigten sich im Jahr 2000 die EU-Mitgliedstaaten auf eine europäische Wachstumsstrategie, die Lissabon-Strategie. Diese gab als Ziel vor, bis zum Jahr 2010 die EU zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschafts-

raum der Welt zu machen. Die in diesem Rahmen initiierten Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung zeigen nunmehr laut Europäischer Kommission Wirkung. Sie trugen zur wirtschaftlichen Dynamik der letzten Quartale und zu einem gesteigerten Potenzialwachstum bei. In ihrer Überprüfung der nationalen Reformprogramme (NRPs) vom Dezember 2007 kam die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass sich die Länder des Euroraums ihren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen gestellt und wichtige Strukturreformen durchgeführt haben. Positiv hervorgehoben wurden die Verbesserung der Budgetsalden im Jahr 2007, die fortschreitende Integration der europäischen Finanzmärkte sowie eine Effizienzsteigerung in den Tarifverhandlungsprozessen einiger Mitgliedstaaten. Laut Europäischer Kommission gibt es in den Ländern des Euroraums allerdings noch mehrere Bereiche, in denen verstärkter Handlungsbedarf besteht: Die Wettbewerbsintensität auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten ist nach wie vor zu gering. Gleiches gilt für die Mobilität der europäischen Arbeitnehmer. Schließlich ist die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Bezug auf die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung noch nicht sichergestellt. In dieser Hinsicht empfahl die Europäische Kommission verstärkte Maßnahmen zur Erreichung der mittelfristigen Budgetziele und eine generelle Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen. Weiters sollten wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden, um den Wettbewerb v. a. im Dienstleistungssektor zu erhöhen. Schließlich würde ein Umbau der Arbeitsmärkte in Richtung mehr Flexibilität bei gleichzeitig höherer Sicherheit deren Effizienz deutlich steigern.

Strukturreformen in Österreich und Bewertung durch internationale Organisationen

In Österreich wurde in den letzten Jahren eine Reihe von Strukturreformen durchgeführt. Durch Steuer-, Pensions-, Verwaltungs- und Arbeitsmarktreform sowie eine substantielle Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) wurde Österreichs Wirtschaft flexibler und die Standortqualität verbessert.

- Im Jahr 2007 wurden die meisten Reformen auf dem Arbeitsmarkt unter dem Leitthema **Flexicurity** umgesetzt: erhöhte Flexibilität der Arbeitserbringung bei gleichzeitig erhöhter sozialer Absicherung des Arbeitnehmers. Die kollektivvertraglich geregelten Arbeitszeitbestimmungen wurden flexibilisiert: Es ist nunmehr möglich, in bis zu 24 Wochen (statt wie bisher in bis zu 12 Wochen) die Höchstarbeitszeit auf 60 Stunden wöchentlich und 12 Stunden täglich (bisher 10) zu steigern. Im Gegenzug sind nun Mehrstundenzuschläge auch für Teilzeitbedienstete möglich. Die **Abfertigung Neu** wurde auf freie Dienstnehmer, Gewerbetreibende, neue und freiberuflich Selbstständige sowie Land- und Forstwirte ausgedehnt. Freie Dienstnehmer wurden zudem in die Arbeitslosen- und Krankenversicherung integriert. Die Kündigung von Lehrlingen wird erleichtert, im Gegenzug wird eine Ausbildungsgarantie bis zum Alter von 18 Jahren als Ziel verankert. Eine Mindestsicherung (rund 750 EUR pro Monat) und ein Mindestlohn (1.000 EUR pro Monat) sollen bis zum Jahr 2009 umgesetzt werden. Der Arbeitsmarkt wird punktuell in jenen Berufen für ausländische Arbeitskräfte geöffnet, bei denen der Stellenandrang unter 1,5 gemeldeten Arbeitslosen pro offene Stelle liegt. Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Bauwesen muss die Anmeldung von Beschäftigten nun vor Arbeitsbeginn erfolgen; Generalunternehmer haften für Subunternehmer. Die Mittel für Kinderbetreuungseinrichtungen wurden finanziell aufgestockt und die Auszahlung des Kindergelds flexibilisiert, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken. Viele Maßnahmen sind auf die Initiative bzw. die Einigung der Sozialpartner zurückzuführen.
- Im Bereich der Produktmärkte wurden die Ladenöffnungszeiten von 66 auf 72 Stunden pro Woche erhöht. Die Dienstleistungsrichtlinie der EU soll bis zum Jahr 2009 umgesetzt werden.
- Reformen zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen und der Verwaltung sind im Gang: derzeit wird am Projekt **Better Regulation** mit dem Ziel von 25 % Verwaltungskosteneinsparung gearbeitet, die Umsetzung soll bis zum Jahr 2010 erfolgen. Auch die Staatsreform ist noch in Diskussion, eine Expertengruppe erarbeitet Vorschläge.
- In den Evaluierungen internationaler Institutionen wird die gute Wirksamkeit von Strategien für mehr Innovation und höhere Ausgaben für F&E in Österreich besonders betont. Dies hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Ausgabenquote für F&E von 1,88 % des BIP (1999) auf 2,55 % (2007) gestiegen ist und laut Statistik Austria auch im Jahr 2008 auf 2,63 % weiter zunehmen wird. Weitere Verbesserungen sind in diesem Bereich jüngst wirksam geworden: So wurde mit 1. Jänner 2008 der Arbeitsmarkt für Forscher sowohl aus den neuen EU-Mitgliedstaaten als auch aus Drittstaaten geöffnet. Forscher dürfen hiermit nicht mehr nur in Forschungseinrichtungen, sondern in allen Bereichen der Wirtschaft ohne Einschränkung in Österreich arbeiten. Gleichzeitig werden Familienangehörige (Ehepartner und Kinder) von Forschern vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommen. Damit dürfen in Zukunft Forscher und ihre Familien in Österreich ohne Einschränkung arbeiten. So wurde einem zentralen Kritikpunkt des OECD-Länderberichts 2007 Rechnung getragen. Weiters findet derzeit eine Evaluierung der fiskalischen Förderung für F&E sowie des gesamten österreichischen Innovationsfördersystems statt. Mit Ergebnissen ist bis Ende 2008 zu rechnen. Der Österreichische Forschungsdialog (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung) und der Innovationsdialog (Bundeskanzleramt) sollen bis zum Forum Alpbach im Spätsommer 2008 Vorschläge ausarbeiten. Es wurde auch in einem Leitfaden dargestellt, wie durch öffentliches Beschaffungswesen Innovationsanreize gesetzt werden können.

- Im Bildungswesen wurden Anstrengungen unternommen, die Klassenschülerhöchstzahlen auf maximal 25 zu senken. Die Modellversuche **Neue Mittelschule** starten mit dem Schuljahr 2008/09. Die Deutschkenntnisse Fünfjähriger werden überprüft, bei negativen Ergebnissen erfolgt die Verpflichtung zum Kindergartenbesuch. Das Modell **Bildungskarenz Neu** soll Weiterbildung verstärkt fördern: Die Bildungskarenz ist nun bereits nach einem Jahr Beschäftigung möglich, das Weiterbildungsgeld wird von 436 EUR auf das fiktive Arbeitslosengeld erhöht (Steigerung um durchschnittlich 70 %).
- Im Umwelt- und Energiebereich wurde ein Klimafonds mit 500 Mio EUR zur Implementierung und Erforschung von Energie sparenden Technologien dotiert. Die Mineralölsteuer wurde im Juli 2007 erhöht.

Die Europäische Kommission erkannte bei der Überprüfung der von der EU initiierten nationalen Reformprogramme im Dezember 2007 für Österreich signifikante Fortschritte bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms. Betont wurde dabei die gute Wirksamkeit von Strategien für mehr Innovation und höhere Ausgaben für F&E sowie weitere Reformen der österreichischen Arbeitsmärkte. Es wurde jedoch auch angemerkt, dass bei der Stärkung des unternehmerischen Umfelds, bei der Förderung älterer und jüngerer Arbeitskräfte, der Hebung der Wettbewerbsintensität im Dienstleistungssektor sowie bei der Reduktion von Treibhausmissionen nur bedingt Fortschritte erzielt wurden. Zudem haben die generellen Politikempfehlungen für den Euroraum auch für Österreich Gültigkeit.

Der OECD Länderbericht 2007 und die Artikel IV-Konsultation des IWF mit Österreich im März 2008 berücksichtigen die Reformen des Jahres 2007 nur zum Teil. Beide heben die vergleichsweise gute wirtschaftliche Performance Österreichs hervor. Zwei Schwächen werden allerdings festgestellt: die Entwicklung der Produktivität im Dienstleistungssektor sowie die Entwicklung gewisser Arbeitsmarktsegmente (Junge, Frauen, Ältere). Wirtschaftspolitisch sollte mit folgenden Elementen gegengesteuert werden: verstärkter Wettbewerb im Dienstleistungssektor (z.B. durch Deregulierung bei freien Berufen, Stärkung der Ressourcen der Wettbewerbsbehörde); Förderung des Humankapitals (verpflichtendes Vorschuljahr für alle, Beseitigung der frühen Trennung im Sekundarbereich, Einführung von Autonomie und Standards im Sekundarbereich, Steigerung der Partizipation an tertiärer Ausbildung); Beseitigung der Anreize für einen frühen Pensionsantritt (Reform der Invaliditätspension, Erhöhung der Abschläge bei Frühpension).

In seiner Artikel IV-Konsultation mit Österreich im März 2008 unterstützt der IWF-Stab das Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts. Da aufgrund des derzeit stabilen Wachstums keine Notwendigkeit für diskretionäre Konjunkturstützungsmaßnahmen bestehe, sollte seiner Ansicht nach die Strukturanpassung auf der fiskalischen Ausgabenseite vorangetrieben werden. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass das für das Jahr 2010 geplante ausgeglichene Budget nicht erreicht werden könnte. Einsparungspotenziale sieht der IWF-Stab neben der beschleunigten Umsetzung der Verwaltungs-, der Gesundheits- und der Pensionsreform auf Länderebene, v.a. in einer Neuverteilung bzw. Neudefinition der Staatsaufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die Reformbemühungen im Rahmen des Finanzausgleichs sollten in Zukunft auf eine Effizienzsteigerung der Ausgabenpolitik von Gemeinden und Ländern gerichtet sein. Der neue mittelfristige Budgetrahmen werde begrüßt, es sollten so schnell wie möglich Länder und Gemeinden einbezogen werden. Um eine Verschlechterung des strukturellen Budgetsaldos zu vermeiden, sollte laut IWF die im Österreichischen Stabilitätsprogramm für das Jahr 2010 angekündigte Steuerreform erst nach Sicherstellung entsprechender Finanzierungen in Angriff genommen werden. Angesichts der hohen Arbeitskosten sollte v.a. eine Senkung der Lohnnebenkosten ins Auge gefasst werden. Weiters wird eine Vereinfachung des Steuersystems empfohlen.

Die Europäische Union – ein Erfolgsmodell

Die OeNB als Akteur in Europa

Die OeNB ist in zahlreichen europäischen und internationalen Gremien vertreten. Die Arbeit der OeNB konzentriert sich dabei v. a. auf die Ausschüsse und Arbeitsgruppen im Rahmen des ESZB, allen voran die Mitwirkung des Gouverneurs an den geldpolitischen und anderen Entscheidungen im EZB-Rat bzw. im Eurosystem. Darüber hinaus ist die OeNB etwa durch die Teilnahme am informellen Rat der EU-Finanzminister, an den Tagungen des IWF, an den regelmäßigen Treffen der Zentralbankgouverneure bei der BIZ und im Rahmen der OECD in die internationale Zusammenarbeit eingebunden.

Neben den gesetzlichen und statutarischen Mitgliedschaften unterhält die OeNB gute Beziehungen zu anderen Zentralbanken, zu internationalen Organisationen, zu wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern sowie zu Vertretern der Wissenschaft und der Forschung. Dies dient v. a. dazu, den Wissensaustausch zu fördern, die Interessen Österreichs in diversen Gremien zu vertreten und so die geld- und wirtschaftspolitische Entwicklung in Österreich und in Europa zu gestalten.

In diesem Zusammenhang ist der OeNB die Integration der Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas in das Eurosystem ein besonderes Anliegen. Der Aufbau langfristiger und partnerschaftlicher Beziehungen mit den Ländern dieser Region soll österreichische Wirtschaftsinteressen absichern und die OeNB als Kompetenzzentrum für Integrationsfragen innerhalb des Eurosystems stärken. Zentrale Instrumente zu diesem Zweck sind der Aufbau und die Weitergabe von Expertise in den

Bereichen Volkswirtschaft, Statistik und Finanzmärkte.

Vor dem Hintergrund ihrer vielfältigen internationalen Verpflichtungen und ihres strategischen Interesses verfolgt die OeNB Entwicklungen auf europäischer Ebene mit besonderer Sorgfalt. Auch im Jahr 2007 hat sich das institutionelle, wirtschaftliche und politische Umfeld der europäischen Zusammenarbeit bedeutend weiterentwickelt.

Die Europäischen Institutionen sollen ein neues Fundament bekommen

Im Jahr 2007 jährte sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit die Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft zum 50. Mal. Gleichzeitig stand das Jahr 2007 im Zeichen von Bemühungen um eine weitere Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit. Durch die Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon¹ am 13. Dezember 2007 erhielt die EU eine neue rechtliche Grundlage. Diese soll für die erweiterte Union der 27 Mitgliedstaaten eine effizientere Funktionsweise gegenüber dem derzeit gültigen Vertrag von Nizza gewährleisten.

Durch die Weiterentwicklung der EU-Verträge werden die Weichen für künftige Integrationsschritte im Hinblick auf Erweiterung und Vertiefung gestellt. Eine Reform des rechtlichen Fundaments wurde durch die jüngsten sowie mögliche zukünftige Erweiterungsschritte, aber auch durch die vertiefte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Kontext der Globalisierung notwendig. Der neue Vertrag soll die Handlungsfähigkeit und demokratische Legitimation der EU-Institutionen verbessern, die Kohärenz der Außen-

Vertrag von Lissabon wird unterzeichnet

¹ Originaltitel des Vertrags: „Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“. Siehe Amtsblatt der Europäischen Union 2007/C 306/01 und http://europa.eu/lisbon_treaty/index_de.htm.

politik erhöhen und zum Teil auch den in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnten EU-Verfassungsvertragsentwurf ersetzen.

Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon steht nun der Ratifizierungsprozess durch die Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten an. Damit die nächste Wahl des Europäischen Parlaments und auch die Bildung einer neuen Europäischen Kommission bereits nach dem neuen Regelwerk erfolgen können, muss der Vertrag rechtzeitig vor den Europawahlen im Juni 2009 in Kraft treten. In den meisten EU-Mitgliedstaaten kann der Vertrag durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. In Irland ist jedoch aufgrund der Verfassung zwingend ein Referen-

dum erforderlich. In einigen weiteren Staaten wurde ebenfalls bereits die Abhaltung eines solchen angedacht. Das könnte noch eine gewisse Hürde auf dem Weg zum Inkrafttreten der neuen Bestimmungen darstellen. Bis Ende Februar 2008 wurde der Vertrag von fünf Mitgliedstaaten (Ungarn, Slowenien, Malta, Rumänien und Frankreich) ratifiziert. In Österreich wurde der EU-Vertrag am 9. April 2008 ratifiziert.

Der Euro setzt seinen Weg in die neuen Mitgliedstaaten fort

Nach Slowenien am 1. Jänner 2007 führten Malta und Zypern am 1. Jänner 2008 als weitere Mitgliedstaaten der im Rahmen der Erweiterungsrunde

Kasten 5

Welche Neuerungen bringt der Vertrag von Lissabon?

In erster Linie bedeutet der neue EU-Vertrag eine klarere Abgrenzung von Kompetenzen, eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und geänderte institutionelle Bedingungen für die EU-Organe.

Der Europäische Rat wird in den Stand eines offiziellen Organs der EU erhoben und bekommt einen jeweils für zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten. Zusätzlich wird das Amt des „Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ eingeführt, das die bisherigen Funktionen des EU-Außenbeauftragten und des EU-Außenkommissars vereint. Der „Hohe Vertreter“ ist gleichzeitig Vizepräsident der Kommission. Die Zahl der EU-Kommissare wird ab 1. November 2014 um ein Drittel reduziert, wobei ein Rotationsprinzip eingeführt wird.

Das Europäische Parlament wird durch eine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens gestärkt. Weiters soll in Zukunft der Präsident der Kommission direkt vom Parlament gewählt werden, wodurch die demokratische Legitimation dieses Organs erhöht wird. Beim Abstimmungsverfahren im Ministerrat wird ab 1. November 2014 das Prinzip der „doppelten Mehrheit“ eingeführt. Das bedeutet, dass Beschlüsse nur mit einer Mehrheit von mindestens 55 % der Staaten, die mindestens 65 % der Gesamtbevölkerung der EU repräsentieren, gefasst werden können. Außerdem wird die Anwendung des Prinzips der qualifizierten Mehrheitsabstimmung bei Ratsentscheidungen ausgeweitet. In sensiblen Bereichen wie der Außen-, Steuer- und Sozialpolitik, der Erweiterung sowie bei Änderung von EU-Verträgen gilt aber weiterhin das Prinzip der Einstimmigkeit. Durch den Vertrag von Lissabon wird weiters die Europäische Grundrechtscharta rechtsverbindlich und kann folglich vor dem Europäischen Gerichtshof geltend gemacht werden.

In den für die WWU relevanten Bereichen kommt es durch den Vertrag von Lissabon im Großen und Ganzen zu keinen fundamentalen inhaltlichen Änderungen. Für die WWU sind neben den allgemeinen institutionellen Neuerungen v. a. die Verankerung der Preisstabilität im Zielkatalog des neuen Vertrags, der Organstatus sowie die Sicherstellung der Unabhängigkeit der EZB und die Stärkung der Eurogruppe von Bedeutung. Die im Vertrag von Maastricht festgelegten Rahmenbedingungen für die WWU wurden politisch bekräftigt.

2004 der EU beigetretenen Länder den Euro ein. Dem Euro-Währungsgebiet gehören nunmehr 15 der 27 EU-Mitgliedstaaten an, der Euro ist somit gesetzliches Zahlungsmittel für eine EU-Bevölkerung von rund 320 Millionen Menschen.

Die gemeinsame europäische Währung spielt darüber hinaus auch heute schon in vielen zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern eine große Rolle. Eine Reihe von Staaten orientiert sich geld- und wechselkurspolitisch an der Gemeinschaftswährung. Zurzeit nehmen fünf Mitgliedstaaten am Wechselkursmechanismus II (WKM II) teil. Der Außenwert ihrer Währungen wird dadurch innerhalb einer multilateral vereinbarten Schwankungsbreite von maximal $\pm 15\%$ am Euro ausgerichtet, wobei einige Länder unilateral striktere Wechselkursbindungen eingegangen sind. Estland und Litauen (im Rahmen des WKM II), aber auch Bulgarien sowie Bosnien und Herzegowina (außerhalb des WKM II) haben ihre Währungen im Rahmen von Currency-Board-Systemen fest an den Euro gebunden. In Montenegro und im Kosovo dient der Euro als offizielles Zahlungsmittel.² Auch bei der Fakturierung von Handelsströmen und auf den Kapitalmärkten spielt der Euro eine wichtige und in vielerlei Hinsicht größer werdende Rolle. Abgesehen davon verwendet die Bevölkerung Zentral-, Ost- und Südosteuropas den Euro bereits in größerem Umfang, und zwar ganz ohne gesetzliche Vorgabe und unabhängig vom jeweiligen Wechselkursregime. Bargeldhaltung, Ersparnisbildung und Kredit-

aufnahme in Euro sind heute in dieser Region nichts Ungewöhnliches (siehe auch den Abschnitt „OeNB als zentraler Akteur im Bereich Finanzmarktstabilität“).³

Wie die Europäische Kommission in einer Aussendung im Mai 2007 feststellte, verlief die technische Umstellung auf die Gemeinschaftswährung in Slowenien reibungslos. Der gewählte „Big-Bang“-Ansatz – nämlich die gleichzeitige unwiderrufliche Festschreibung der Wechselkurse und Einführung der Euro-Banknoten und Münzen – hat gut funktioniert und kann als Modell für zukünftige Erweiterungsrunden gelten. Auch die nur zweiwöchige Parallelumlaufphase von Euro und slowenischem Tolar war dank der professionellen Vorbereitung der Umstellung durch die beteiligten Institutionen ausreichend. Die OeNB hat die Einführung des Euro in Slowenien wesentlich unterstützt (siehe dazu auch den Abschnitt „OeNB sorgt für einen effizienten und sicheren Bargeldumlauf“).

In den ersten Monaten nach dem Beitritt zum Euroraum blieb die Inflation in Slowenien weitgehend niedrig. In einer Auswertung von März 2007 kam Eurostat zur Einschätzung, dass sich der auf den Euro zurückzuführende einmalige Inflationseffekt auf 0,3 Prozentpunkte belief. Gegen Jahresende 2007 und zu Beginn des Jahres 2008 stieg die Inflation allerdings deutlich an (auf 6,6% im März 2008). Zum Teil waren dafür weltweit höhere Preise von Energie und Lebensmitteln verantwortlich. Die vergleichsweise geringe Wettbewerbsintensität im slowenischen Ein-

Erfolgreiche
Euro-Einführung
in Slowenien

² Es handelt sich dabei um Sonderfälle, die im Zusammenhang mit dem Auseinanderfallen des ehemaligen Jugoslawiens zu sehen sind.

³ Siehe dazu auch Backé, P., D. Ritzberger-Grünwald und H. Stix. 2007. Der Euro auf dem Weg nach Zentral- und Osteuropa: Bargeld, Spareinlagen und Kredite. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q1/07. Wien: OeNB. 121–135. Eine weitere Studie der OeNB zu diesem Thema ist: Ritzberger-Grünwald, D. und H. Stix. 2007. Are Euro Cash Holdings in Central and Eastern Europe Driven by Experience or Anticipation? Results from an OeNB Survey. In: Focus on European Economic Integration 1/07. Wien: OeNB. 77–100.

**Malta und Zypern
treten 2008 der
Währungsunion bei**

zelhandel führte darüber hinaus dazu, dass Preiserhöhungen leichter an den Endverbraucher übergewälzt werden konnten. Besonders nach Ende der Periode der doppelten Preisauszeichnung im Juni 2007 kam es vermehrt zu Preissteigerungen. Vor allem saisonale Produkte, die das erste Mal seit Euro-Einführung auf den Markt kamen, wurden teurer. Zudem dürfte auch die starke wirtschaftliche Dynamik den Inflationsdruck zusätzlich erhöht haben.

In ihren Konvergenzberichten vom Mai 2007 haben die Europäische Kommission und die EZB den Konvergenzprozess von Malta und Zypern positiv bewertet. Beide Länder haben die geforderten Kriterien nachhaltig erfüllt. Damit stand ihnen der Weg offen, ab 1. Jänner 2008 den Euro einzuführen und dem Euroraum anzugehören. Die beiden Inselstaaten werden als besonders offene Volkswirtschaften von der Gemeinschaftswährung überdurchschnittlich profitieren. Abgesehen von den Vorteilen für den Güterhandel wird der Euro die beiden Länder für Touristen aus dem Euro-Währungsgebiet noch attraktiver machen und damit die Fremdenverkehrswirtschaft stimulieren.

Die Preise wurden während der Umstellungsphase von den Behörden und/oder den Verbraucherorganisationen in Zypern und Malta systematisch geprüft. Diese sehr genaue Überwachung führte in vielen Fällen dazu, dass der vor der Umstellung gültige Preis wieder eingesetzt wurde. Trotzdem stieg der Preisdruck aber in beiden Ländern zu Jahresbeginn 2008 leicht an.

Im Jahr 2008 steht – wie alle zwei Jahre – wieder ein tourlicher Konvergenzbericht der Europäischen Kommission und der EZB an, der die Fortschritte der Länder, die noch nicht an der dritten Stufe der WWU teilnehmen, auf ihrem Weg zum Euro überprüfen wird. Der abgedeckte Länder-

kreis wird Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn umfassen. Die Slowakei strebt als einziges der zu überprüfenden Länder eine Euro-Einführung schon im Jahr 2009 an.

EU wächst auf 27 Mitgliedstaaten

Im Jahr 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei. Dieser Schritt beendete die fünfte Erweiterungsrunde, die im Jahr 2004 mit der Aufnahme von zehn zentral-, ost- und südeuropäischen Staaten begonnen hatte. Der Beitritt Bulgariens und Rumäniens war der vorläufige Höhepunkt eines beachtlichen Transformationsprozesses der beiden Länder. Innerhalb einer vergleichsweise kurzen Zeit gelang es, ihre Volkswirtschaften von Planwirtschaften in funktionierende Marktwirtschaften umzuwandeln und die politischen sowie die rechtlichen Kriterien für einen EU-Beitritt zu erfüllen.

Allerdings hat die Europäische Kommission im Vorfeld der Erweiterung einige Schwachstellen identifiziert, in denen auch über den Beitritt hinaus weitere Verbesserungen notwendig sind. Dazu gehören v. a. die Korruptionsbekämpfung, die Gerichtsbarkeit, die Absorptionsfähigkeit von EU-Agrarfonds und Direktzahlungen sowie die Lebensmittelsicherheit. Eine Reihe von flankierenden Maßnahmen begleitete daher den Beitritt. So wurde u. a. ein Kooperationsverfahren für die Bereiche Justizreform und Korruptionsbekämpfung eingerichtet. Zum besseren Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft ist eine gesonderte Verordnung über die Agrarausgaben angenommen worden. Das EU-Recht sieht weiters umfangreiche Maßnahmen vor, um möglichen Gefahren in Bereichen wie der Lebensmittelsicherheit zu begegnen.

Malta und Zypern – am 1. Jänner 2008 bekam die Währungsunion zwei neue Mitglieder

Mit der Einführung des Euro in Zypern und Malta am 1. Jänner 2008 erhöhte sich die Mitgliederzahl des Euro-Währungsgebiets auf 15 Staaten. Sowohl Malta als auch Zypern genießen nun die Vorteile der Gemeinschaftswährung wie Preisstabilität, die Beseitigung von Wechselkursunsicherheiten, vollständige Preis- und Kostentransparenz, geringere Transaktions- und Informationskosten sowie eine größere Widerstandsfähigkeit gegen wirtschaftliche und finanzielle Schocks. Um diese Vorteile voll zu nutzen, muss an einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik festgehalten werden, die die Haushaltsdisziplin und weitere Strukturreformen sicherstellt und die Wettbewerbsfähigkeit weiter fördert.

Die Entscheidung über die Euro-Einführung der beiden Länder fiel bereits am 10. Juli 2007 im ECOFIN-Rat, nachdem die EZB und die Europäische Kommission in ihren jeweiligen Konvergenzberichten vom 16. Mai 2007 die wirtschaftliche Konvergenz der beiden Länder positiv beurteilt hatten und auch der Europäische Rat einen Beitritt zum Euroraum befürwortet hatte. Ebenfalls am 10. Juli 2007 wurde vom ECOFIN-Rat auch der unwiderrufliche Umrechnungskurs der maltesischen Lira (MTL) und des zypriotischen Pfund (CYP) mit 0,429300 MTL pro Euro bzw. 0,585274 CYP pro Euro festgesetzt, was dem Leitkurs im WKM II entsprach.

Der Parallelumlauf von alter und neuer Währung (d.h., beide sind gesetzliches Zahlungsmittel) dauerte sowohl in Malta als auch in Zypern bis zum 31. Jänner 2008. Der kostenlose Bargeldumtausch war bei maltesischen Kommerzbanken bis 31. März 2008 und ist bei zypriotischen Banken bis zum 30. Juni 2008 möglich. Bei den Zentralbanken der beiden Länder können die Währungen wesentlich länger umgetauscht werden (Malta: Münzen bis 1. Februar 2010, Banknoten bis 31. Jänner 2018; Zypern: Münzen bis 31. Dezember 2009, Banknoten bis 31. Dezember 2017). Die doppelte Preisauszeichnung war in Malta seit 1. Juli 2007 verpflichtend und bleibt bis Ende Juni 2008 in Kraft. In Zypern ist die doppelte Preisauszeichnung von 1. September 2007 bis 20. September 2008 vorgeschrieben. Damit versuchten beide Länder Preissteigerungen im Zuge der Euro-Einführung hintanzuhalten.

Voraussetzung für den Beitritt Maltas und Zyperns zum Euroraum war eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik, die durch strukturelle Reformen gefördert wurde. Die erreichte nominelle Konvergenz zum Euroraum im Jahr 2006 manifestierte sich in niedrigen Inflationsraten (2,6 % in Malta; 2,2 % in Zypern), in niedrigen bzw. rückläufigen Budgetdefiziten (2,6 % des BIP in Malta; 1,2 % des BIP in Zypern), einer rückläufigen Staatsverschuldung (64,2 % des BIP in Malta; 64,8 % des BIP in Zypern), der Konvergenz der lang- und kurzfristigen Zinsen sowie einem hohen Grad an Wechselkursstabilität während der Teilnahme am WKM II seit Mai 2005.

Kennziffern für Malta und Zypern im Vergleich zum Euroraum

	Malta		Zypern		Euroraum (EA-13)	
	1999	2007	1999	2007	1999	2007
Bevölkerung, in Millionen	0,4	0,4	0,7	0,8	305,7	319,3
Bevölkerung, in % der Gesamtbevölkerung des Euroraums	0,1	0,1	0,2	0,2	x	x
BIP, in % des Euroraum-BIP	0,1	0,1	0,1	0,2	x	x
BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten), in % des Euroraum-BIP	70,9	70,5	76,8	84,5	x	x
BIP pro Beschäftigten, in % des Euroraum-BIP	84,9	82,3	72,3	78,0	x	x
Beschäftigungsquote ¹	54,5	55,7	65,4	71,0	61,3	64,7
Arbeitslosenquote ¹	6,4	6,5	5,1	4,0	9,4	7,4

Quelle: Eurostat.

¹ Daten erst ab dem Jahr 2000.

Im Juni 2007 legte die Europäische Kommission die ersten Berichte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens zur Überprüfung der Fortschritte in den Bereichen Justiz sowie Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität vor. Zweck dieser Berichte ist es zu kontrollieren, inwieweit die im Rahmen des Beitritts gemachten Vorgaben eingehalten wurden und ob diese angepasst werden müssen. So werden z. B. die Gewährleistung transparenter und leistungsfähiger Gerichtsverfahren und die Ergreifung weiterer Maßnahmen zur Prävention und Zurückdrängung von Korruption überprüft.

Für beide Länder kam die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass in unterschiedlichem Ausmaß Fortschritte erzielt wurden. Vor allem im Bereich der Korruptionsbekämpfung sind weitere Maßnahmen notwendig. Angesichts der erst kurzen EU-Mitgliedschaft von Bulgarien und Rumänien wurde vereinbart, das Kooperations- und Kontrollverfahren aufrechtzuerhalten und die Lage Mitte des Jahres 2008 erneut umfassend zu evaluieren. In einem Zwischenbericht vom Februar 2008 mahnte die Kommission abermals weitere Bemühungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung und im Fall von Bulgarien auch bei der organisierten Kriminalität ein.

Verhandlungen über zukünftige EU-Erweiterungsschritte werden fortgesetzt

Die Erweiterung hat zu Frieden, Sicherheit, Freiheit, Demokratie und Konfliktverhütung beigetragen und Wohlstand und Wachstumschancen in ganz Europa gefördert. Sie zählt damit zu den wichtigsten und erfolgreichsten politischen Instrumenten der EU.

Der erneuerte Konsens über die Erweiterung, der beim Europäischen Rat

im Dezember 2006 erreicht wurde, beruht auf den Grundsätzen der Konsolidierung von Verpflichtungen, der fairen und strengen Konditionalität und der besseren Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Weiters soll das Tempo der Erweiterung der Fähigkeit der EU zur Aufnahme neuer Mitglieder Rechnung tragen. Derzeit haben Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei den Status von Beitrittskandidaten.

Im November 2007 verabschiedete die Europäische Kommission einen Bericht zur Erweiterungspolitik, in dem sie die Fortschritte der Beitrittskandidaten auf ihrem Weg in die EU überprüfte. Sie gelangte dabei zu dem Schluss, dass Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien stetige, wenn auch ungleichmäßige Fortschritte erzielt haben. Weiters stellte die Europäische Kommission fest, dass v. a. die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien nun in eine entscheidende Phase treten. Im Fall der Türkei wurde ein noch substanzieller Reformbedarf ausgemacht. Unverzögerlicher Handlungsbedarf bestehe laut Europäischer Kommission in den Bereichen Meinungs- und Religionsfreiheit, bei der Lösung der sozialen Probleme im Südosten und bei der Aufhebung der Beschränkungen der direkten Verkehrsverbindungen mit Zypern.

Bei den Verhandlungen mit Kroatien wurden bisher 18 von 33 Verhandlungskapiteln geöffnet. Zwei davon (Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur) konnten bereits vorläufig geschlossen werden. Mit der Türkei wurden bisher 6 von 33 Kapiteln geöffnet. Eines dieser Kapitel (Wissenschaft und Forschung) wurde bereits vorläufig geschlossen. Da die Türkei nach wie vor nicht allen ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommt – konkret handelt es sich dabei um die Ausdeh-

nung der bestehenden Zollunion mit der EU auf die neuen Mitgliedstaaten und insbesondere auf Zypern – können Verhandlungskapitel, die für diese

Beschränkungen relevant sind, nicht geöffnet werden. Weiters wird kein Kapitel mehr vorläufig abgeschlossen, bevor die Türkei nicht alle vertragli-

Kasten 7

Mit Bulgarien und Rumänien wächst die EU auf 27 Mitgliedstaaten

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU erhöhte sich die Bevölkerungsanzahl der EU um etwa 30 Millionen Menschen, was rund 6% der EU-27-Bevölkerung entspricht. Im Vergleich dazu beläuft sich die zusätzliche Wirtschaftsleistung, die Bulgarien und Rumänien in die EU einbringen, auf 101 Mrd EUR oder etwa 1,1% des BIP der EU-27. Diese Zahlen deuten bereits darauf hin, dass sich die beiden Länder noch in einer vergleichsweise frühen Phase der wirtschaftlichen Konvergenz befinden. Das BIP pro Kopf (gemessen zu Kaufkraftparitäten) erreichte im Jahr 2007 lediglich rund 40% des EU-Durchschnitts. Trotzdem war der wirtschaftliche Aufholprozess der beiden Länder in den letzten Jahren beachtlich. Aufgrund einer soliden Wachstumsperformance konnte der Abstand der Pro-Kopf-Einkommen zur EU seit dem Jahr 1999 deutlich verringert werden. Angetrieben wurde dieser Prozess in erster Linie von steigender Arbeitsproduktivität. Die Arbeitslosenquoten befinden sich in etwa auf dem Niveau des EU-Durchschnitts. Während aber in Bulgarien die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich gesunken ist, stieg sie in Rumänien etwas an.

Hinsichtlich der sektoralen Struktur unterscheiden sich Bulgarien und Rumänien noch deutlich vom Rest der EU. Die Landwirtschaft, die Industrie und das Baugewerbe haben sowohl an der Wertschöpfung als auch an der Beschäftigung einen größeren Anteil als im Schnitt der EU-27. Der Dienstleistungssektor ist hingegen deutlich schwächer ausgeprägt. In den letzten Jahren war allerdings eine graduelle Angleichung der Wirtschaftsstrukturen zu beobachten. Nach wie vor ist aber die Landwirtschaft sowohl im Hinblick auf die Wirtschaftsleistung als auch Beschäftigung deutlich überrepräsentiert.

Kennziffern für Bulgarien und Rumänien im Vergleich zur EU

	Bulgarien		Rumänien		EU-27	
	1999	2007	1999	2007	1999	2007
Bevölkerung, in Millionen	8,2	7,6	22,5	21,5	482,2	496,2
Bevölkerung, in % der EU-Gesamtbevölkerung	1,7	1,5	4,7	4,3	x	x
BIP, in % des BIP der EU	0,1	0,2	0,4	1,0	x	x
BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten), in % des BIP der EU	27,0	38,3	25,8	41,5	x	x
BIP pro Beschäftigten, in % des BIP der EU ¹	30,7	35,7	24,9	41,8	x	x
Beschäftigungsquote ²	51,5	61,7	64,2	58,8	62,1	65,4
Arbeitslosenquote ²	16,4	6,9	7,7	6,8	9,4	7,2
Sektorale Verteilung der Wirtschaftsleistung, in % der Gesamtwertschöpfung						
Landwirtschaft	16,3	6,2	14,9	8,8	2,5	1,9
Industrie und Baugewerbe	28,8	32,3	33,3	35,9	28,0	26,5
Dienstleistungen	54,8	61,5	51,8	55,2	69,4	71,7
Sektorale Verteilung der Beschäftigung, in % der Gesamtbeschäftigung ²						
Landwirtschaft	13,1	8,1	45,2	30,6	8,0	5,9
Industrie und Baugewerbe	32,7	34,5	25,8	30,7	29,3	27,5
Dienstleistungen	53,7	57,4	29,0	38,7	62,4	66,4

Quelle: Eurostat.

¹ Daten für Rumänien erst seit dem Jahr 2001.

² Daten erst seit dem Jahr 2000.

chen Verpflichtungen erfüllt. Die Verhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurden noch nicht aufgenommen.

Die Heranführung der Länder des Westbalkans an die EU wurde u. a. mit der Unterzeichnung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Mon-

tenegro im Jahr 2007 weiter vorangetrieben. Ein solches Abkommen sieht u. a. vor, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu fördern und nach einer Übergangszeit eine mit den Regeln der WTO konforme, weit gehende Freihandelsregelung zwischen der EU und Montenegro zu schaffen.



OeNB als zentraler Akteur im Bereich Finanzmarktstabilität

Finanzmarktstabilität in Österreich weiter hoch

Die österreichischen Banken sind verglichen mit anderen Banken in der EU bzw. in den USA von der US-Subprime-Krise nur in geringem Ausmaß betroffen. Die OeNB verfolgt die Marktentwicklungen sehr genau und steht seit Beginn der Turbulenzen im Sommer 2007 gemeinsam mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde FMA in laufendem Kontakt mit den österreichischen Banken. Die vergleichsweise bescheidenen Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen können insbesondere auf die Ausrichtung der österreichischen Banken auf das weniger zyklische Privatkundengeschäft, auf ihre solide Einlagenbasis sowie auf die Konzentration der Geschäftstätigkeit auf die zentral-, ost- und südosteuropäischen Märkte zurückgeführt werden.

Ungeachtet der Finanzmarkturbulenzen konnten die österreichischen Banken im Jahr 2007 ihre Geschäfts- und Ertragslage weiter stärken. Der österreichische Bankensektor entwickelte sich, auch dank eines weiterhin dynamischen Wachstums in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, im Jahr 2007 gut. Die unkonsolidierte¹ Bilanzsumme stieg im Jahresverlauf um 12,8% auf 900 Mrd EUR, wobei bereits 39% der Aktiva auf das Auslandsgeschäft entfielen. Auf konsolidierter Basis ist die Bilanzsumme ähnlich stark gewachsen. Die verbesserte Gewinnsituation, die v. a. auf die Geschäftsaktivitäten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa zurückgeführt werden kann, und auch die

solide Eigenmittelausstattung tragen zu einer verbesserten Risikotragfähigkeit bei. Auch die regelmäßig von der OeNB durchgeführten Stresstests bestätigen diese Entwicklung.

Die österreichischen Banken konnten im Jahr 2007 die Gewinne stärker steigern als ihr Geschäftsvolumen, was die Profitabilität deutlich verbesserte. Das unkonsolidierte Betriebsergebnis stieg gegenüber dem Jahr 2006 um 14,4% auf 6,7 Mrd EUR, wobei die unkonsolidierten Betriebserträge mit +5,4% deutlich stärker wuchsen als die unkonsolidierten Betriebsaufwendungen (+0,5%). Dies führte zu einer weiteren Verbesserung der als Maßzahl zur Messung der Bankeneffizienz dienenden Aufwand-Ertrag-Relation² auf 62,0%. Trotz eines Rückgangs der Zinsspanne³ auf unter 1% und einem vergleichsweise niedrigen Zuwachs (+3,2%) blieb das Zinsgeschäft im Jahr mit einem Anteil von rund 42% die mit Abstand bedeutendste Quelle der unkonsolidierten Betriebserträge. Wachstumstreibend war weiterhin das Provisionsgeschäft (+9,5%), dessen Anteil an den Betriebserträgen um 1,1 Prozentpunkte auf 27% stieg. Die Betriebsaufwendungen blieben infolge eines moderaten Anstiegs der Sachaufwendungen (+5,3%) und eines nahezu unveränderten Personalaufwands (+0,3%) weitgehend stabil. In Summe ergab sich für das Jahr 2007 eine unkonsolidierte Gesamtkapitalrendite (Return on Assets) von 0,53% (nach 0,5% im Jahr 2006).

Auch die konsolidierte Ertragsituation entwickelte sich dank des Zentral-,

US-Subprime-Krise
trifft österreichische
Banken nur wenig

Ertragslage der
österreichischen
Banken erneut
verbessert

¹ Die unkonsolidierte Betrachtung wird insbesondere zur Analyse der Entwicklungen in Österreich herangezogen. Das Auslandsgeschäft über Tochterbanken wird hierbei nicht erfasst.

² Betriebsaufwendungen in Prozent der Betriebserträge.

³ Nettozinsergebnis in Prozent der Bilanzsumme.

Banken setzen Expansion in Osteuropa fort

Ost- und Südosteuropageschäfts weiterhin sehr dynamisch. Sowohl das Zins- als auch das Provisionsgeschäft stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Viertel. Aufgrund eines geringeren Wachstums auf der Ausgabenseite (sowohl bei den Sach- als auch Personalkosten) konnte im Jahr 2007 auch auf konsolidierter Ebene eine Verbesserung der Aufwand-Ertrag-Relation erreicht werden.

Die Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken war weiterhin solide. Die konsolidierte Eigenmittelquote betrug Ende 2007 12,1 % und lag somit deutlich über der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalerfordernis von 8 %.

Die Geschäfte in Zentral-, Ost- und Südosteuropa sind unverändert der Motor der dynamischen Entwicklung der österreichischen Großbanken. In einem Jahr ohne größere Bankenübernahmen trug v. a. das organische Wachstum zur rasanten Entwicklung bei. Zur Jahresmitte 2007 zeigte die konsolidierte Segmentberichterstattung der sechs in dieser Region aktiven österreichischen Großbanken bereits einen Anteil von 24,5 % an der konsolidierten Bilanzsumme aller österreichischen Ban-

ken (+5,9 Prozentpunkte im Jahresvergleich). Gemessen am konsolidierten Gewinn vor Steuern aller österreichischen Banken lag der entsprechende Anteil sogar bei 41,7 % (+6,2 Prozentpunkte). Diese Entwicklung spiegelt die insgesamt hohe Kreditnachfrage aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung in der Region wider, wenngleich lokale Unterschiede bestehen. So stieg die aggregierte Summe vergebener Kredite von vor Ort tätigen österreichischen Tochterbanken Ende Juni 2007 auf mittlerweile über 120 Mrd EUR. Die OeNB beobachtet diese Entwicklung sehr genau, da ein rasantes Kreditwachstum zwar den Aufholprozess dieser Länder widerspiegelt, aber auch potenzielle Risiken birgt.

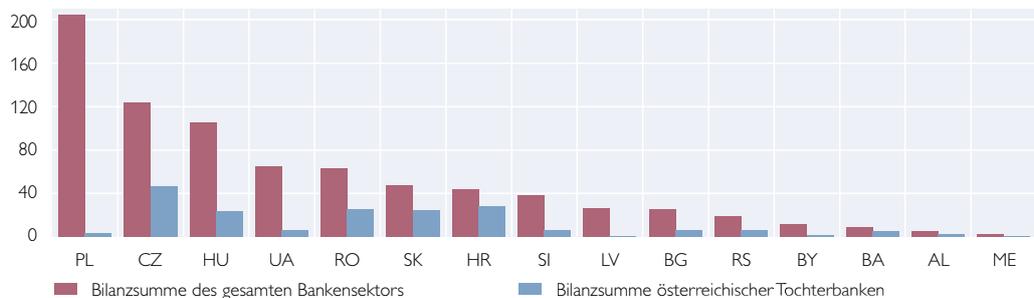
Bemerkenswert ist v. a. die rege Expansion der österreichischen Großbanken in Südosteuropa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Infolge der letzten Erweiterungsrunde der EU mit Bulgarien und Rumänien sowie dank der positiven Geschäftsentwicklung in diesen Ländern halten Österreichs Banken nach wie vor gut zwei Drittel der aggregierten Bilanzsumme ihrer Tochterbanken innerhalb

Grafik 17

Engagement österreichischer Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Stand: Ende Juni 2007

in Mrd EUR



Quelle: OeNB, nationale Zentralbanken.

Anmerkung: Aufgrund seiner Größe (rund 500 Mrd EUR) scheint der russische Bankenmarkt in der Grafik nicht auf.

Länder: Albanien (AL), Bosnien und Herzegowina (BA), Bulgarien (BG), Weißrussland (BY), Tschechische Republik (CZ), Kroatien (HR), Ungarn (HU), Lettland (LV), Montenegro (ME), Polen (PL), Rumänien (RO), Serbien (RS), Slowakei (SK), Slowenien (SI), Ukraine (UA).

der EU. Dies schränkt insbesondere Risiken aus institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen ein. Unter makroprudenziellen Überlegungen ist jedoch zu berücksichtigen, dass es in einigen Ländern – sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU – makroökonomische Ungleichgewichte gibt und dass auch aus der Erschließung neuer Märkte im Osten und Südosten Europas weitere Risiken entstehen. Grafik 17 stellt einen Überblick über die Geschäftsaktivitäten in dieser Region dar, wobei sich die Größe des Bankensektors und der Marktanteil österreichischer Banken in den jeweiligen Ländern ablesen lassen. Die österreichischen Großbanken haben bei ihrer Expansion ein adäquates Risikomanagement und Risikovorsorgen sicherzustellen.

Die weiter zunehmende Präsenz der österreichischen Banken in zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern hat auch die Bedeutung dieser Region für die Stabilitätsanalysen der OeNB sukzessive erhöht. Neben einer Intensivierung der Kontakte zu den Zentralbanken in diesen Ländern werden auch die eingesetzten Analyseinstrumente der OeNB laufend verbessert, um diese Aktivitäten noch umfassender berücksichtigen zu können. Auch das mit Jahresanfang 2008 eingeführte neue Meldewesen für ausländische Tochterbanken wird es der OeNB noch besser ermöglichen, die lokale Geschäftstätigkeit der österreichischen Tochterbanken aufmerksam zu beobachten und ihre Risikotragfähigkeit zu analysieren.

Der Fremdwährungskreditanteil bei Privaten war in Österreich auf hohem Niveau rückläufig. Sowohl die Fremdwährungskredite an nichtfinanzielle Unternehmen als auch an private Haushalte⁴ gingen gegenüber ihren histori-

schen Höchstständen zurück. So waren mit Stand Dezember 2007 8,1 % aller Ausleihungen nichtfinanzieller Unternehmen und 27,5 % aller Ausleihungen an private Haushalte in einer Fremdwährung denominiert. Die historischen Höchststände wurden dabei bei nichtfinanziellen Unternehmen im dritten Quartal 2000 mit 18,7 % und bei privaten Haushalten im zweiten Quartal 2006 mit 31,5 % erreicht. Der Rückgang bei Fremdwährungskrediten kann u. a. auf ein erhöhtes Risikobewusstsein der Kreditnehmer zurückgeführt werden. Um diese Entwicklung weiter zu unterstützen, hat die OeNB, gemeinsam mit der FMA und der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), im Jahr 2007 den Informationsfolder über Risiken von Fremdwährungskrediten aktualisiert und neu aufgelegt. Die OeNB wird auch in Zukunft besonderes Augenmerk auf die Entwicklung dieser Kredite legen.

Das Gesamtvolumen der Fremdwährungsausleihungen österreichischer Banken an inländische Kunden ging im Jahr 2007 um 10,3 % auf 46,7 Mrd EUR zurück. Davon entfielen rund 10 Mrd EUR auf nichtfinanzielle Unternehmen und rund 32 Mrd EUR auf private Haushalte. Die Währungsaufteilung blieb nahezu unverändert. Die dominierende Währung war weiterhin der Schweizer Franken mit einem Anteil von rund 89 %, gefolgt vom US-Dollar mit ungefähr 5 % und dem japanischen Yen mit rund 3,5 %.

Aus Sicht der Finanzmarktstabilität ist die Entwicklung von Fremdwährungskrediten auch deshalb zu beobachten, da für den Kreditnehmer neben dem Wechselkursrisiko oft auch das Risiko von Wertschwankungen bei Tilgungsträgern besteht. Analysen der OeNB zeigen, dass rund 79 % aller For-

Fremdwährungskredite verlieren im Inland etwas an Bedeutung

⁴ Der Sektor Private Haushalte umfasst hier auch private Organisationen ohne Erwerbszweck.

derungen in einer Fremdwährung an inländische nichtfinanzielle Unternehmen und inländische Haushalte endfällig und davon wiederum rund 77% mit Tilgungsträgern unterlegt waren.

Auch in Zentral-, Ost- und Südosteuropa gewannen Fremdwährungskredite an Bedeutung, wobei österreichische Tochterbanken aktiv dazu beitragen. Laut einer gemeinsam von OeNB und FMA durchgeführten Umfrage betrug das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen dieser Institute im Juni 2007 rund 57 Mrd EUR. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Kroatien, Ungarn, Rumänien und Russland. Insgesamt waren rund 60% aller Fremdwährungsausleihungen in Euro, rund 20% in Schweizer Franken und der Rest in US-Dollar vergeben, wobei die Währungsaufteilung von Land zu Land sehr unterschiedlich ist.

Der österreichische Versicherungssektor entwickelte sich im Jahr 2007 insgesamt positiv. In der Lebensversicherungssparte wurde die Nachfrage weiterhin maßgeblich vom Boom bei fondsgebundenen Lebensversicherungen und bei der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge getragen. Die Leistungen der Versicherungsunternehmen wurden insbesondere durch abreifende Lebensversicherungsverträge beeinflusst. Während die Versicherungsunternehmen im ersten Halbjahr 2007 durch die günstige Entwicklung der Aktienmärkte ihre guten Kapitalanlageergebnisse weiter erhöhten, wirkten sich in der zweiten Jahreshälfte 2007 die beginnenden Finanzmarkturbulenzen aus. Dies führte zu einer insgesamt schwächeren Entwicklung bei Kapitalanlagen von Versicherungen. Eine Befragung der FMA ergab, dass die österreichi-

schen Versicherungsunternehmen kaum direkt in US-Subprime-Wertpapieren investiert waren. Einige Versicherungsunternehmen profitierten weiterhin von ihrer Expansion in die zentral-, ost- und südosteuropäischen Länder.

Die österreichischen Investmentfonds entwickelten sich im Jahr 2007 zurückhaltend. Der Vermögensbestand erhöhte sich dank der Kursgewinne im ersten Halbjahr leicht. In der zweiten Jahreshälfte verringerte er sich aber aufgrund von höheren Abflüssen und geringeren Kursgewinnen infolge der Finanzmarkturbulenzen wieder. Ende 2007 betrug der Vermögensbestand österreichischer Investmentfonds 165,6 Mrd EUR, was im Jahresvergleich einem Rückgang um 1,9% entspricht. Auch die österreichischen Pensionskassen, deren Aktienanteil rund 40% beträgt, waren von den Turbulenzen auf den Aktienmärkten betroffen. In den ersten drei Quartalen 2007 erwirtschafteten die 13 betrieblichen und 6 überbetrieblichen Pensionskassen eine kapitalgewichtete Rendite von 3%, gegenüber durchschnittlich 7,3% p. a. in den ersten drei Quartalen 2004 bis 2006.

Der österreichische Aktienmarkt, der bis Mitte Juli 2007 wiederholt neue Rekordstände erreichte, verzeichnete in der zweiten Jahreshälfte deutliche Kursrückschläge. Dennoch konnte der ATX⁵ der Wiener Börse das Jahr 2007 mit einem leichten Plus von 1,1% abschließen und notierte zu Jahresende bei 4.513 Punkten. Im Juli 2007, kurz bevor die Auswirkungen der US-Subprime-Krise auch auf den österreichischen Aktienmarkt übergriffen, übersprang der ATX erstmals die Marke von 5.000 Punkten. In den ersten Monaten des Jahres 2008 hat sich der

Abschwächung bei anderen Finanzintermediären und auf dem österreichischen Aktienmarkt

⁵ Der ATX (Austrian Traded Index) umfasst jene 20 Aktien, die zu den liquidesten und höchstkapitalisierten Werten des Prime-Segments der Wiener Börse gehören.

Kursrückgang im Einklang mit der Entwicklung auf den internationalen Aktienmärkten fortgesetzt. Trotz der jüngsten Kursverluste ist die längerfristige Entwicklung des österreichischen Aktienmarktes sehr positiv. Von Ende 2002 bis Ende 2007 stieg der ATX um knapp 300%. Die Marktkapitalisierung inländischer Aktien erreichte Ende 2007 etwas mehr als 58% des BIP – im Fünf-Jahres-Vergleich stieg sie um 44 Prozentpunkte. Die börsennotierten Unternehmen nutzten v. a. im ersten Halbjahr 2007 die günstigen Finanzierungsbedingungen und begaben bei Kapitalerhöhungen und Neunotierungen im Jahr 2007 Aktien im Wert von mehr als 12 Mrd EUR.

IWF stellt österreichischem Finanzmarkt gutes Zeugnis aus

Im Rahmen des weltweit zum Einsatz kommenden Financial Sector Assessment Program (FSAP) wurde der österreichische Finanzplatz Ende 2007 einer planmäßigen Überprüfung durch den IWF unterzogen. Dabei handelte es sich um ein Update des in Österreich erstmals im Jahr 2003 durchgeführten Programms, das im Wesentlichen dazu dient, mittels einer Stärken/Schwächen-Analyse Prioritäten für die Weiterentwicklung des Finanzsystems aufzuzeigen. Im Vorfeld der Ende November/Anfang Dezember durchgeführten Vor-Ort-Mission des IWF-Prüfteams wurden vom Bundesministerium für Finanzen (BMF), von der FMA und der OeNB umfangreiche Datenanfragen sowie Fragebögen beantwortet, anhand internationaler Standards Self-Assessments durchgeführt und Informationen über den Finanzplatz aufbereitet. Dar-

über hinaus bildeten auch die erstmals unter Beteiligung von österreichischen Großbanken durchgeführten, auf komplexen Szenarien aufbauenden Stress-tests eine zentrale Grundlage für die Beurteilung.

Als vorläufiges Ergebnis der Überprüfung stellte der IWF Österreich erneut ein gutes Zeugnis aus. Insbesondere hielt er fest, dass „Österreichs Finanzsystem weiter gestärkt“ worden und schockresistent sei. Zudem seien die Chancen der Öffnung der Märkte in Zentral-, Ost- und Südosteuropa frühzeitig genutzt worden, was sich jetzt in entsprechend erhöhten Erträgen und einer verbesserten Risikostreuung zeige. Aufgrund ihrer soliden Einlagenbasis und der Originate-and-Hold-Strategie⁶ seien die österreichischen Banken auch von den jüngsten Finanzmarkturbulenzen relativ gering betroffen. Gleichzeitig wies der IWF darauf hin, dass die aus dem Zentral-, Ost- und Südosteuropageschäft resultierenden Risiken einer genauen Beobachtung bedürfen. Im Hinblick darauf unterstrich er neuerlich die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden und betonte, dass diese weiter zu forcieren sei.

In Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Aufsicht kam der IWF zum Urteil, dass diese – ausgehend von einem hohen Niveau – weiter verbessert worden seien. In einigen Punkten sah der IWF jedoch noch Verbesserungspotenzial. So empfahl er etwa eine weitere Stärkung der Corporate-Governance-Prinzipien, erachtete eine Einschränkung der weit reichenden Amtshaftungsregelungen in Österreich für notwendig und sprach sich für eine

**Österreichisches
Finanzsystem wurde
weiter gestärkt**

⁶ Darunter versteht man die Strategie, dass Banken auch nach der Kreditvergabe (Originate) die Kreditforderungen in ihrer Bilanz halten (Hold). Banken mit dieser Strategie konzentrieren sich meist auf das Privatkundengeschäft. Banken, die das Geschäftsmodell Originate-to-Distribute verfolgen, verkaufen (Distribute) demgegenüber den Kredit nach der Vergabe (Originate).

klare Definition der Verantwortlichkeiten der Wirtschaftsprüfer sowie die weitere Stärkung ihrer Unabhängigkeit aus. Generell forderte der IWF auch eine stärkere personelle Ausstattung der Aufsicht sowie einen weiteren Ausbau der Vor-Ort-Prüfungen bei Finanzinstituten, grenzüberschreitende Krisensimulationsübungen und intensive Stresstests auch bei Versicherungen und Pensionskassen. Angesichts der in den letzten Jahren erfolgten Umsetzung äußerst komplexer, neuer regulatorischer Vorschriften (u. a. Basel II; Markets in Financial Instruments Directive – MiFID, umgesetzt in österreichisches Recht durch das Wertpapieraufsichtsgesetz – WAG 2007)⁷ und der durchgeführten Finanzmarktaufsichtsreform hielt der IWF zudem eine längere Phase der Konsolidierung des aufsichtlichen sowie regulatorischen Rahmens für angebracht. Die endgültigen Ergebnisse des FSAP werden voraussichtlich im zweiten Quartal 2008 vorliegen.

Im März 2008 fand die jährliche Artikel IV-Konsultation des IWF in Österreich statt. Die vorläufigen Ergebnisse des FSAP-Updates fanden Berücksichtigung und wurden um die Entwicklungen seit Jahresbeginn 2008 ergänzt. In Bezug auf den österreichischen Finanzsektor wurde die Robustheit des Finanzsektors erneut bestätigt. Hinsichtlich des regulatorischen sowie aufsichtlichen Rahmens wurde neuerlich das Erfordernis einer engen Zusammenarbeit zwischen FMA und OeNB hervorgehoben. Der IWF erwähnte die Expansion österreichischer Finanzinstitute in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die zu höheren Erträgen

führe, wies jedoch auf die damit verbundenen potenziellen Risiken hin.

Reform der Finanzmarktaufsicht in Österreich

Die im Jahr 2007 beschlossene Reform der Finanzmarktaufsicht behält in organisatorischer Hinsicht das duale Aufsichtssystem mit FMA und OeNB bei, stärkt jedoch die Kompetenz der OeNB in der Bankenaufsicht und führt damit insgesamt zu einer neuen Form der Zusammenarbeit.

Formal eingeleitet wurde der Reformprozess durch das Anfang 2007 vorgelegte neue Regierungsprogramm, in dem eine Evaluierung der Finanzmarktaufsicht mit dem Ziel angekündigt wurde, „die Finanzmarktaufsicht schlagkräftiger und effizienter zu gestalten und dabei Doppelgleisigkeiten und Schnittstellenprobleme zu vermeiden“. Unter Berücksichtigung der Anregungen des Mitte 2007 veröffentlichten Rechnungshofberichts⁸ über die Prüfung der FMA und der Aufsichtssagenden von OeNB und BMF sowie der Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses des Nationalrats hinsichtlich der Finanzmarktaufsicht wurde Anfang November 2007 eine diesbezügliche Regierungsvorlage vorgelegt. Diese wurde im Dezember 2007 vom Gesetzgeber beschlossen und trat bereits mit 1. Jänner 2008 in Kraft.⁹

Die OeNB initiierte gemeinsam mit der FMA ein umfassendes Projekt, das eine optimale Umsetzung der Reform in beiden Institutionen zum Ziel hat. Insbesondere konnte auf diese Weise trotz der kurzen Vorlaufzeit eine den neuen Kompetenzen entsprechende Auf-

**Gemeinsames
Projekt von OeNB
und FMA stellt
reibungslose
Umsetzung der
Reform sicher**

⁷ BGBl. I Nr. 60/2007.

⁸ Rechnungshof. 2007. Finanzmarktaufsichtsbehörde und Aufsichtssagenden der Oesterreichischen Nationalbank und des BMF. In: Reihe Bund 2007/10. 57–134.

⁹ BGBl. I Nr. 108/2007.

Kompetenzverteilung zwischen FMA und OeNB in der Bankenaufsicht

- Die FMA bleibt als unabhängige und weisungsfreie Allfinanzaufsicht bestehen. Im Bereich der Bankenaufsicht nimmt sie weiterhin die Behördenfunktion wahr.
- Die OeNB erhält die Zuständigkeit für sämtliche Vor-Ort-Prüfungen. Als Grundlage für diese Prüfungen ist von der FMA und der OeNB ein Prüfungsprogramm inklusive der einzelinstitutsbezogenen Prüfungsschwerpunkte sowie des Zeitpunkts des Prüfungsbeginns festzulegen. Die Prüfungsaufträge an die OeNB werden weiterhin grundsätzlich von der FMA erteilt, doch erhält die OeNB nunmehr das Recht bzw. die Pflicht, die FMA um die Ausweitung einer laufenden Prüfung bzw. um die Einleitung einer im Prüfungsprogramm nicht vorgesehenen Prüfung zu ersuchen, wenn dies erforderlich erscheint. Die FMA muss über diese Ersuchen der OeNB unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entscheiden. Zudem ist die OeNB nunmehr berechtigt, Vor-Ort-Prüfungen aus „makroökonomischen Gründen“ (z. B. Prüfung systemrelevanter Institute) aus eigener Initiative, d. h. ohne Prüfungsauftrag der FMA, durchzuführen.
- Die OeNB ist künftig für die gesamte Einzelbankanalyse zuständig. Korrespondierend dazu ist die Verpflichtung der OeNB vorgesehen, der FMA alle Analyseergebnisse und relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen und sie unverzüglich zu informieren, wenn eine wesentliche Veränderung der Risikolage besteht oder ein Verdacht auf Verletzung von bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen vorliegt; auf Ersuchen der FMA müssen zusätzlich bestimmte Einzelbankanalysen erstellt bzw. weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen gegeben werden.
- Die OeNB betreibt eine gemeinsame Datenbank, die als Grundlage für die Einzelbankanalyse vorgesehen ist. Darin sind diverse Meldedaten, relevante Informationen der FMA aus ihrer bankaufsichtlichen Tätigkeit sowie Analysedaten und -ergebnisse der OeNB einzustellen. Neben Effizienzüberlegungen soll auf diese Weise insbesondere auch ein laufendes gemeinsames Informationsniveau sichergestellt werden, das für eine reibungslos funktionierende Schnittstelle zwischen Prüfungs- und Analysetätigkeiten einerseits und behördlichen Entscheidungen andererseits unabdingbar ist.
- Die FMA hat sich so weit wie möglich auf die Prüfungen, Gutachten und Analysen der OeNB sowie die in die Datenbank eingestellten Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit.
- Die OeNB hat künftig auch eine Gutachterstellung in Bewilligungsverfahren für den fortgeschrittenen Messansatz zum operationalen Risiko und damit nunmehr in sämtlichen bankaufsichtlichen Modellgenehmigungsverfahren. Zudem erhält die OeNB zusätzliche Anhörungsrechte vor der Erteilung einer Bewilligung für die Verschmelzung oder Spaltung von Kreditinstituten.
- Im Außenverhältnis wird der neuen Kompetenzverteilung schließlich dahin gehend Rechnung getragen, dass der – aus verfassungsrechtlichen Gründen vom Bundesminister für Finanzen vorzunehmende – Abschluss von Memoranda of Understanding nunmehr auf Basis eines gemeinsamen Vorschlags von FMA und OeNB erfolgt.

gabenwahrnehmung ab 1. Jänner 2008 sichergestellt werden.

Die Reform stellt für die OeNB, v. a. aber für den österreichischen Finanzplatz ein gutes Ergebnis dar. Zahlreiche Schnittstellen und Doppelgleisigkeiten werden bereinigt und eine internationaler Best Practice entspre-

chende Verbindung von mikro- und makroprudenzieller Analyse gewährleistet. Daher sollte auch durch die nunmehr geplante Organisationsform ein effektiver und effizienter – auf einer gemeinsamen Verantwortung von FMA und OeNB beruhender – Aufsichtsprozess erreicht werden.

Für die Gesamtbeurteilung der Reform ist zudem wesentlich, dass in Ergänzung zu den Änderungen im Bereich der Bankenaufsicht und unter Berücksichtigung erster Lehren aus der US-Subprime-Krise nunmehr der Finanzmarktstabilitätsauftrag der OeNB explizit in § 44b Nationalbankgesetz

verankert wurde. Demgemäß hat die OeNB im öffentlichen Interesse das Vorliegen all jener Umstände zu beobachten, die für die Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe erhält die OeNB erweiterte Datenzugangsrechte. Künftig kann

Kasten 9

Organisation der Bankenaufsicht in Europa

In den EU-Mitgliedstaaten bestehen eine Reihe unterschiedlicher Modelle für die Banken- bzw. Finanzmarktaufsicht, die sich im Wesentlichen in sektorale (d.h., für jeden Finanzdienstleistungssektor besteht eine eigene Behörde), funktionale (d.h. jeweils eine Behörde für die prudenzielle Aufsicht und für die sogenannte Verhaltensaufsicht) und integrierte (d.h. Allfinanzaufsicht) Aufsichtsmodelle kategorisieren lassen. Ungeachtet des allgemein anerkannten Grundsatzes, dass es kein „absolut bestes“ Aufsichtssystem gibt und jedes Land die seinen rechtlichen Rahmenbedingungen, Traditionen und nationalen Charakteristiken in optimaler Weise Rechnung tragende Aufsichtsstruktur zu definieren hat, lassen sich auf EU-Ebene gewisse allgemeine Tendenzen in den Reformen der letzten Jahre erkennen,¹ nämlich

- ein Trend zur Reduktion (Konsolidierung) der Anzahl der nationalen Aufsichtsbehörden,
- eine enge – in den letzten Jahren noch weiter verstärkte – Einbindung der Zentralbanken in die prudenzielle Aufsicht selbst in jenen Fällen, in denen die Zentralbanken nicht die direkte Aufsichtsverantwortung haben, sowie
- ein zunehmender Trend zur Formalisierung der Zusammenarbeit zwischen Zentralbanken und Aufsichtsbehörden.

Von den derzeit 27 EU-Mitgliedstaaten ist in 24 Mitgliedstaaten die Zentralbank in der einen oder anderen Form in die Bankenaufsicht involviert. In immerhin 14 Mitgliedstaaten ist sie die zuständige Behörde oder zumindest gesetzlich mit der Wahrnehmung bankaufsichtlicher Aufgaben betraut. Eine Übersicht über die Bankenaufsichtsmodelle in den einzelnen Mitgliedstaaten bietet die folgende Tabelle:

Bankenaufsichtsmodelle in der EU

Sektorales Modell ¹	Funktionales Modell ²	Integriertes Modell ³	Zentralbank hat Aufsichtsverantwortung/-aufgaben ⁴
BG, GR, ES, FR ⁵ , CY, LT, LU, PT ⁵ , RO, SI, FI	FR, IT, NL, PT	BE, CZ, DK, DE, EE, IE, LV, HU, MT, AT, PL, SK, SE, UK	BG, CZ, DE, GR, ES, IT, CY, LT, NL, AT, PT, RO, SI, SK

Quelle: EZB.

¹ Für jeden Finanzdienstleistungssektor (klassisch: Banken, Versicherungen, Wertpapierbereich) besteht jeweils eine eigene Aufsichtsbehörde.

² Die Aufsichtsverantwortung ist auf Basis der Zielsetzungen der Aufsichtstätigkeit in den einzelnen Sektoren geregelt, d.h., die Zuständigkeit für die prudenzielle Aufsicht auf der einen und die Verhaltensaufsicht (Conduct-of-Business; z.B. Einhaltung von Transparenzbestimmungen und Informationspflichten, Wohlverhalten auf den Märkten etc.) auf der anderen Seite ist jeweils unterschiedlichen Behörden zugewiesen (Twin Peaks-Modell).

³ Allfinanzaufsicht, d.h., eine Behörde ist für die Beaufsichtigung (grundsätzlich) des gesamten Finanzsektors zuständig.

⁴ In Deutschland besteht wie in Österreich eine eigenständige Allfinanzaufsicht (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht), die in der Bankenaufsicht die Behördenfunktion wahrnimmt, während der Deutschen Bundesbank die Aufgabe der laufenden Aufsichtswahrnehmung übertragen ist. In Estland, Irland und Finnland wird die Bankenaufsicht jeweils von einer unabhängigen Einrichtung wahrgenommen, die jedoch mit der Zentralbank in einer gemeinsamen Organisationseinheit steht.

⁵ In Frankreich und Portugal besteht eine Kombination aus sektoralem und funktionalem Modell.

¹ Siehe auch den EZB-Kurzbericht „Recent developments in supervisory structures in EU and acceding countries“ vom Oktober 2006.

die OeNB nicht nur die in der gemeinsamen OeNB/FMA-Datenbank eingestellten bankaufsichtlichen Daten in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht auswerten, sondern es sind ihr auch die für ihre Analysen erforderlichen Daten von anderen Finanzintermediären (insbesondere Versicherungen und Pensionskassen) zur Verfügung zu stellen. Mit diesen erweiterten Kompetenzen ist die Verpflichtung der OeNB verbunden, Feststellungen grundsätzlicher Art oder besonderer Bedeutung auf dem Gebiet der Finanzmarktstabilität dem BMF und der FMA mitzuteilen. Auf Verlangen hat sie die erforderlich erscheinenden sachlichen Aufklärungen zu geben und Unterlagen zur Verfügung zu stellen sowie Gutachten zu erstatten.

Basel II führt zu intensiver Begutachtungstätigkeit der OeNB und zu Änderungen im Meldewesen

Die neuen Eigenmittelanforderungen für Kreditinstitute (Basel II) sind mit 1. Jänner 2007 in Kraft getreten. Die OeNB hat im Jahr 2007 durch die Überprüfung der Umsetzung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Stabilität des österreichischen Finanzplatzes geleistet. Die neuen Eigenmittelanforderungen sehen im Bereich des Kreditrisikos sowohl einfache als auch fortgeschrittene, d. h. auf internen Ratings basierende (IRB)-Verfahren vor. Kreditinstitute, die ein fortgeschrittenes Verfahren anwenden, also beabsichtigen, interne Ratings (Bonitätsbeurteilungen) zur Ermittlung des Eigenmittelerfordernisses für ihr Kreditrisiko heranzuziehen, müssen darlegen, dass ihre Modelle zur Bonitätsbeurteilung eines Kreditnehmers umfassenden qualitativen und quantitativen Anforderungen genügen.

Im Auftrag der FMA begutachtet die OeNB die Erfüllung dieser Anforderungen. Auf Basis dieses Gutachtens

entscheidet die FMA, ob die jeweilige Bank die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt und den IRB-Ansatz anwenden darf. Die OeNB unterstützt – in Zusammenarbeit mit der FMA und oft auch mit ausländischen Aufsichtsbehörden – die österreichischen Banken bei der Umsetzung dieser umfangreichen Projekte bereits seit einigen Jahren. Während anfangs erste, nicht verbindliche Konsultationen stattgefunden haben, werden seit Mitte 2006 laufend Gutachten über Aufbau und Anwendung der entsprechenden Modelle erstellt, die zum Teil mit sehr aufwändigen und langen Vor-Ort-Prüfungen verbunden sind.

Im Zusammenhang mit Basel II wurde mit 1. Jänner 2007 ein risikoorientiertes Meldewesen eingeführt. Dies stellte die größte Änderung seit der Implementierung des bankaufsichtlichen Meldewesens in Österreich dar. In der Ausgestaltung des neuen Meldewesens wurde v. a. den geänderten Rahmenbedingungen in der heimischen Bankenlandschaft Rechnung getragen. So werden verstärkt Daten von Bankkonzernen und von Auslandstochterbanken sowie detaillierte Risikoinformationen erhoben. Der neuen Meldestruktur folgend werden seit dem Jahr 2007 sukzessive der Vermögens-, Erfolgs-, und Risikoausweis (VERA) sowie der Ordnungsnormenausweis (ONA) erhoben. Innerhalb des VERA wird je nach Konsolidierungskreis unterschieden und in vierteljährlicher Frequenz eine Rohbilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung sowie Informationen zum Kredit-, Aktienpositions-, Zins-, Länder- und Fremdwährungsrisiko erhoben. Der ONA dient zur Überwachung der Einhaltung der ordnungspolitischen Normen für Kreditinstitute, die im Bankwesengesetz (BWG) geregelt sind. Die Meldungen beinhalten Daten zu den Mindesteigenkapitalerfordernissen

Risikoorientiertes Meldewesen der Banken ermöglicht Verfeinerung der Analysen

nach Basel II, zu den Eigenmitteln, zur Liquidität, zu den Großveranlagungen und zu den Nichtfinanzbeteiligungen. Die Daten werden sowohl auf Einzelinstitutsbasis als auch auf konsolidierter Basis für Kreditinstitutsgruppen gemäß § 30 BWG in monatlicher und vierteljährlicher Frequenz erhoben. Die nun zusätzlich zur Verfügung stehenden Daten ermöglichen eine Weiterentwicklung der Off-Site-Analysemöglichkeiten.

Ausgelöst durch Basel II kam es auch zu einer Neugestaltung der Großkreditmeldung. In intensiven Verhandlungen mit den meldenden Kredit- und Finanzinstituten sowie Vertragsversicherungen wurden je nach Meldergruppe unterschiedliche Anforderungsprofile festgelegt. Ziel war es, den Meldekomfort durch den lückenlosen Einsatz elektronischer Techniken zu erhöhen und zugleich das Informationsangebot im Rahmen der Obligo-Meldung an die OeNB auszuweiten. Eine weitere Zielsetzung war es, die Fülle der ab Anfang 2008 verfügbaren Informationen zur Risikosituation eines Kreditengagements auch der Aufsicht in bestmöglicher Form zur Verfügung zu stellen. Die OeNB hatte im Jahr 2007 den Vorsitz in einer europäischen Experten-Gruppe zu Kreditevidenzen inne und konnte so Akzente zur Weiterentwicklung im europäischen Datenaustausch setzen.

Enge Einbindung der OeNB in internationale und EU-weite Aufsichtsaktivitäten

Einen wesentlichen Schwerpunkt der OeNB-Aktivitäten stellte im Jahr 2007 erneut die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden dar. Dies betrifft zunächst bilaterale Kontakte, die vor dem Hintergrund der grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten der

österreichischen Banken zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auf Initiative der OeNB wurde daher jüngst insbesondere die Zusammenarbeit mit den Zentralbanken der östlichen Nachbarländer weiter vertieft. Darüber hinaus hat sich auch die multilaterale Zusammenarbeit von Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden auf internationaler bzw. europäischer Ebene in den letzten Jahren etabliert bzw. weiter intensiviert. Auf Ebene des ESZB ist das bei der EZB angesiedelte Banking Supervision Committee (BSC) anzuführen, in dem regelmäßig aktuelle Themen zur Finanzmarktstabilität von gesamteuropäischer Bedeutung erörtert werden. Die OeNB ist in die Arbeiten des BSC und dessen Arbeitsgruppen aktiv eingebunden. So hatte sie bis Ende 2007 den Vorsitz in der BSC Working Group on Developments in Banking inne und übernahm zuletzt den Vorsitz in der neu eingerichteten Task Force on Liquidity Stress Testing and Contingency Funding Plans. Darüber hinaus bereitete die OeNB federführend einen gemeinsamen Workshop der BSC Working Group on Macro-Prudential Analysis und des IWF zum rasanten Kreditwachstum in Zentral- und Osteuropa vor, der Ende Jänner 2008 in Wien stattfand.

Des Weiteren war die OeNB auch aktiv in die Arbeiten des Committee of European Banking Supervisors (CEBS) eingebunden, das neben der Beratung der Europäischen Kommission in bankaufsichtlichen Fragestellungen v. a. die Förderung konvergenter Aufsichtspraktiken der EU-Aufsichtsbehörden und deren enge Kooperation zum Ziel hat. Nachdem in den letzten Jahren insbesondere Leitfäden (Guidelines) zu diversen Basel II-Themenstellungen verfasst wurden, standen im Jahr 2007 praktische Basel II-Implementierungsfragen im Zentrum der Aktivitäten. Diese

Internationale Zusammenarbeit weiter ausgebaut

werden anhand ausgewählter grenzüberschreitend tätiger Banken identifiziert und im Rahmen von Expertengruppen (Operational Networks) mit dem Ziel einer gemeinsamen Lösungsfindung behandelt. Ergänzt um Maßnahmen wie gemeinsame Ausbildungskurse und Austauschprogramme von Mitarbeitern nationaler Behörden soll auf diese Weise eine europäische Aufsichtskultur entwickelt werden. Zur Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens leitete CEBS auch Konsultationsverfahren zu den Themen Hybridkapital¹⁰ und Großveranlagungen ein, deren Ergebnisse voraussichtlich in die für Herbst 2008 geplante Änderung der Eigenkapitalrichtlinie einfließen werden.

Die Funktionsweise des CEBS bzw. des Lamfalussy-Verfahrens im Allgemeinen war im Jahr 2007 Gegenstand einer umfassenden Überprüfung, die vorläufig in den Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rats vom Dezember 2007 mündete. Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU hielten darin fest, dass die bisher gewonnene Erfahrung mit dem Lamfalussy-Verfahren insgesamt positiv sei, da dieses die Effizienz und Wirksamkeit des Regulierungs- und Aufsichtsrahmens der EU sowie die Qualität des Rechtsetzungsverfahrens gemäß den Zielen der „besseren Rechtsetzung“ wesentlich gesteigert habe. Insbesondere wurden Verbesserungen bei der Konsultation, der Transparenz und der Folgenabschätzung erzielt. Gleichzeitig identifizierte der ECOFIN-Rat eine Reihe von Verbesserungspotenzialen auf allen vier Stufen des Verfahrens, für deren Umsetzung ein detail-

lierter Fahrplan festgelegt wurde. So sollen etwa – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei der Umsetzung von Basel II und MiFID – bei legislativen Maßnahmen realistische Fristen für die Umsetzung festgesetzt sowie Optionen und Ermessensspielräume begrenzt werden. Zudem wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, alle noch offenen Maßnahmen des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen umzusetzen. Schwerpunktmäßig betrafen die Schlussfolgerungen die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden: So soll etwa die Rolle der Level 3-Ausschüsse¹¹ klarer festgelegt, ihre Funktionsweise weiter gestärkt und Mehrheitsbeschlüsse ermöglicht werden. Weiters soll u. a. die Beseitigung von Hindernissen für den Informationsaustausch, der Ausbau von Delegationsmöglichkeiten und die weitere Verbesserung der grenzüberschreitenden Aufsichtszusammenarbeit forciert werden. Vereinbart wurde zudem, dass sich der informelle ECOFIN-Rat im April 2008 mit diesem Themenkomplex unter einer längerfristigen Perspektive befassen wird.

Im Oktober 2007 verabschiedete der ECOFIN-Rat zudem auch spezifische Schlussfolgerungen zum Thema Finanzmarktstabilität. In diesen wurden konkrete Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Sicherungsmechanismen für eine länderübergreifende Finanzmarktstabilität innerhalb der EU vereinbart, wie z. B. die Heranziehung eines gemeinsamen – im Rahmen des ESZB entwickelten – Analyserahmens für die Bewertung der systemischen Auswirkungen potenzieller Krisen.

¹⁰ Darunter versteht man Kapital, das sowohl Eigenschaften von Fremd- wie auch Eigenkapital aufweist.

¹¹ Im Bankenbereich ist auf Level 3 das CEBS angesiedelt.

Aktivitäten der OeNB zur Wahrung der Finanzmarktstabilität

Im Rahmen ihres Stabilitätsauftrags beobachtet die OeNB regelmäßig jene Entwicklungen, die für die Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind. Dies beinhaltet die regelmäßige Analyse der Veränderungen und Weiterentwicklungen im Finanzsektor sowie der potenziellen, insbesondere auch systemischen Risiken, die sich beispielsweise aus makroökonomischen Schocks ergeben könnten. Die laufende Beschäftigung mit den Veränderungen und Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten ist durch die zunehmende Komplexität bei Finanzprodukten sowie durch neue Möglichkeiten des Risikotransfers gekennzeichnet. Um ein umfassendes Bild zu erhalten, müssen auch verstärkt die Zentral-, Ost- und Südosteuropaaktivitäten österreichischer Finanzintermediäre beleuchtet werden. Das Ziel dieser Analysen ist es, möglichst frühzeitig unerwünschte Entwicklungen zu erkennen, um zeitgerecht gegensteuern und gegebenenfalls präventive Maßnahmen setzen zu können.

Informationsaustausch mit österreichischen Banken intensiviert

In Wahrnehmung ihres Auftrags führte die OeNB gemeinsam mit der FMA im Jahr 2007 u. a. Erhebungen zum Fremdwährungskreditvolumen österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa sowie zur Exponierung gegenüber Hedgefonds durch. Seit dem Beginn der Finanzmarkturbulenzen im Sommer 2007 wurde der Informationsaustausch mit österreichischen Banken zur Analyse relevanter Marktentwicklungen und zur Exponierung der Banken gegenüber diesen Entwicklungen intensiviert. Die Ergebnisse der Analysen werden regelmäßig mit Aufsichtsbehörden und Finanzintermediären diskutiert bzw. im halbjährlich

Stresstests ein wichtiges Analyseinstrument

erscheinenden Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB publiziert.

Mit der Veröffentlichung des Leitfadens zum Management des Zinsrisikos im Bankbuch erweiterten die OeNB und die FMA ihre Leitfadensreihe zu Basel II. Die Etablierung von funktionstüchtigen Systemen zur Begrenzung und Steuerung von Zinsrisiken ist angesichts veränderter Rahmenbedingungen eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit für jedes Kreditinstitut. Der Leitfaden zum Management des Zinsrisikos im Bankbuch soll Hilfestellung bei der Gestaltung der erforderlichen Strategien und Verfahren zur Erfassung, Steuerung und Überwachung von Zinsrisiken bieten.

Die Off-Site-Analyse spielt in Österreich aufgrund der hohen Anzahl an Banken im Aufsichtsprozess eine besonders wichtige Rolle. Die in den letzten Jahren komplett überarbeiteten und modernisierten Analyseinstrumente werden weiterhin am aktuellen Stand der Wissenschaft ausgerichtet und um neue Analysemethoden ergänzt. So wurden im Jahr 2007 nicht nur die Analysemodelle für das neue Meldewesen adaptiert, sondern auch bei der Zusammenführung der diversen Analyseergebnisse zu einem Gesamturteil über die untersuchten Banken eine verbesserte Methodik implementiert. Durch die laufende Verbesserung der Analyselandschaft sollen potenzielle Problemfälle im Bankenbereich zuverlässig und möglichst frühzeitig aufgezeigt werden, um rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Stresstests gewannen zur Abschätzung der Schockresistenz des Banken- und Finanzsystems in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Dabei wird versucht, die Auswirkung hypothetischer Krisenszenarien auf das Bankensystem quantitativ zu erfassen. Typi-

sche Krisenszenarien, die dabei betrachtet werden, sind Kursstürze auf den Aktienmärkten, massive Zinsschwankungen oder Wechselkurschocs, aber auch makroökonomische Krisenszenarien, wie z. B. eine Rezession, in deren Folge sich die Bonität der Kreditnehmer der Banken verschlechtert.

Die OeNB entwarf ab dem Jahr 2000 eine Reihe von Stresstests für das Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und Ansteckungsrisiko auf dem Interbankenmarkt, die auch im Zuge des ersten FSAP des IWF in Österreich (im Jahr 2003) weiterentwickelt wurden. Die Ergebnisse werden seither regelmäßig im Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB veröffentlicht. In den vergangenen Jahren wurden eigene Stresstests für die Aktivitäten der österreichischen Banken in den zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern entwickelt.

Im Zuge des jüngsten österreichischen FSAP-Updates Ende 2007 wurden die bestehenden Modelle substanziell weiterentwickelt. Mithilfe von makroökonomischen Modellen wurden zwei gesamtwirtschaftliche Krisenszenarien entwickelt. Ein Szenario ging von einem Vertrauenschock, der die Märkte in Zentral-, Ost- und Südosteuropa betraf, aus und zielte auf die Risikopositionen der österreichischen Banken in dieser Region ab. Das andere nahm einen globalen Konjunkturabschwung an und fokussierte auf das inländische Kreditportfolio. Erstmals wurden auch die sechs größten österreichischen Banken in die Stresstests einbezogen, um die Auswirkungen dieser Szenarien auf Basis ihrer internen Risikomanagementsysteme abzuschätzen. Das Ergebnis bestätigte frühere Stresstests, wonach die österreichischen Großbanken eine hohe Schockresistenz aufweisen.

Dank der zahlreichen Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Stress-

tests hat sich die OeNB unter den Zentralbanken eine hohe Reputation in diesem Bereich aufgebaut. Diese wird durch zahlreiche Einladungen zu einschlägigen internationalen Konferenzen, Informationsbesuchen anderer Zentralbanken bei der OeNB und entsprechende Kooperationen (z. B. mit der Bank of England) bestätigt. Auch der IWF hat bereits mehrfach die Expertise der OeNB auf dem Gebiet der Stresstests für FSAPs in anderen Ländern sowie für entsprechende technische Hilfestellung für andere Zentralbanken erbeten.

Der gemäß § 44a NBG bestehende Gesetzesauftrag zur Aufsicht über die Zahlungssysteme wurde von der OeNB im Jahr 2007 durch die laufende Überwachung der Systemsicherheit der in Österreich betriebenen multilateralen Zahlungssysteme sowie der sicheren Teilnahme österreichischer Banken an internationalen Zahlungssystemen erfüllt. Insgesamt war das Jahr 2007 durch einen hohen Grad an Systemstabilität gekennzeichnet. Dies zeigten sowohl regelmäßige Analysen der Zahlungssystemstatistik als auch mehrere Einzelüberprüfungen, basierend auf den Aufsichtsgrundsätzen der OeNB. Letztere beinhalten die von der OeNB herausgegebenen Anforderungen zur Gewährleistung der Systemsicherheit. Sie wurden im Jahr 2007 im Bereich der E-Geldsysteme hinsichtlich der organisatorischen und technischen Systemsicherheit um die Anforderungen des Report on Electronic Money System Security Objectives According to the Common Criteria Methodology (kurz EMSSO) erweitert und in den laufenden Prüfungsprozess integriert. Im Bereich der für die Wertpapierabwicklung und -abrechnung relevanten österreichischen Systeme erfolgte eine fundierte Erfassung sämtlicher struktureller und operationaler Grundlagen. In ihrer Prü-

Zahlungssystem-
aufsicht entwickelt
sich weiter

fungstätigkeit wurde die OeNB auch im Jahr 2007 in bewährter Weise von dem als Überwachungsstelle akkreditierten Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria (A-SIT) unterstützt.

Die meisten österreichischen Zahlungssysteme verzeichneten auch im Jahr 2007 deutliche Steigerungen ihres Transaktionsaufkommens. Wie bereits in den Vorjahren wurde die höchste Transaktionsanzahl über Zahlungssysteme mit Lastschriftfunktion abgewickelt; das höchste Wertevolumen floss über das von der OeNB betriebene Zahlungssystem ARTIS/TARGET bzw. über dessen Nachfolgesystem HOAM.AT/TARGET2. Insgesamt entwickelte sich der Markt sehr dynamisch, was auch die sechs neuen Melder der Zahlungssystemstatistik zeigen (siehe das Kapitel „Wesentliche operative Rolle der OeNB bei Schaffung des harmonisierten Euro-Zahlungsverkehrsraums“).

Vor dem Hintergrund des Finanzmarktstabilitätsauftrags der OeNB sowie aktueller Initiativen auf EU- und Eurosystemebene hat das Thema Business Continuity¹² in der OeNB weiter an Bedeutung gewonnen. Mit der Zielsetzung, die Stabilität des österreichischen Finanzplatzes auch bei Ausfällen kritischer Infrastrukturen und/oder Marktteilnehmer bestmöglich sicherzustellen, wurde im Jahr 2007 mit einer Bestandsaufnahme bestehender Business Continuity-Vorkehrungen begonnen, die als Grundlage für weiterführende Aktivitäten dienen soll.

Verstärktes Augenmerk wurde im Jahr 2007 gemeinsam mit A-SIT auch dem Themenkomplex Sicherheit im Electronic Banking gewidmet. Sichere Verfahren aufseiten der Endkunden (digitale Signatur oder spezielle TAN-Generatoren¹³) sollten die Autorisierungsdaten mit den Transaktionsdaten verknüpfen und auf den zwei unabhängigen Sicherheitsfaktoren „Wissen“ (z. B. PIN¹⁴) und „Besitz“ (z. B. Signaturkarte) beruhen. Zur Sicherung des nachhaltigen Vertrauens der Bevölkerung in diese Systeme bzw. in elektronische Zahlungsmedien generell ist es daher erforderlich, dass die Banken die im Rahmen ihrer E-Banking-Systeme angewendeten Sicherheitsverfahren laufend dem Stand der Technik anpassen und dass gleichzeitig die Kunden verstärkt diese weiterentwickelten Verfahren bei ihren Transaktionen anwenden.

Unter Mitwirkung der OeNB wurde auch die Entwicklung eines eurosystemweit einheitlichen Aufsichtsregimes für Kartenzahlungssysteme zum Abschluss gebracht, das im Hinblick auf die Bedeutung von Kartenzahlungen und der diesen im einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum SEPA künftig zugeordneten Rolle eine hohe Bedeutung zukommt. Der Bericht „Oversight Framework for Card Payment Schemes“ wurde nach Abhaltung einer mehrmonatigen Marktkonsultation im Herbst 2007 vom EZB-Rat verabschiedet und bildet ab dem Jahr 2008 die Grundlage für die kooperative Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Kartenzahlungssysteme.

¹² Darunter versteht man Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen bzw. zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs.

¹³ TAN: Transaktionsnummer.

¹⁴ PIN: persönliche Identifikationsnummer.

Erfolgreiche Veranlagung der Währungsreserven durch die OeNB unter erschwerten Marktbedingungen

Volatiles Marktumfeld für das Treasury der OeNB

Die *globalen Finanzmärkte* sind im Jahr 2007 in Turbulenzen geraten. Nach einer langjährigen Boomphase, die – abgesehen von kleineren Korrekturen – in der ersten Jahreshälfte noch unvermindert anhielt, breitete sich im Sommer im Zuge der Probleme auf dem *Subprime-Sektor* in den USA eine Vertrauens- und Liquiditätskrise über das gesamte internationale Finanzsystem aus (siehe auch Kasten 1). Anleger suchten Zuflucht in „sicheren Häfen“, die sie einerseits vor Verlusten schützen, andererseits die gewünschte Liquidität gewährleisten sollten. Die Stabilität des Systems konnte nur durch rasches und entschlossenes Eingreifen der wichtigsten Zentralbanken abgesichert werden.

Auch auf den Devisenmärkten hinterließen die Finanzmarkturbulenzen deutliche Spuren. Der US-Dollar setzte im Lauf des Jahres 2007 den gegenüber anderen wichtigen Währungen seit Frühjahr 2002 zu beobachtenden und nur im Jahr 2005 für kurze Zeit unterbrochenen Abwärtstrend fort. Der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro verschlechterte sich von Jahresbeginn 2007 (1,32 USD pro Euro) bis Ende Dezember 2007 auf 1,47 USD pro Euro. Dies entspricht einem Wertverlust des US-Dollar von rund 10%. Der Großteil dieses Kursverlusts ereignete sich allerdings nach Ausbruch der US-Subprime-Krise im August 2007. Der US-Dollar ist gemessen an seinem Handelsvolumen nach wie vor die mit Abstand wichtigste internationale Währung, dürfte aber auch im Jahr 2007

– ähnlich wie bereits in den Jahren zuvor – merklich an Bedeutung verloren haben.¹

In den ersten Monaten 2008 verlor der US-Dollar gegenüber dem Euro weiter an Wert. Am 27. Februar 2008 überschritt der Wechselkurs die Marke von 1,50 USD pro Euro und erreichte am 23. April 2008 mit etwas über 1,59 USD pro Euro den bis dahin höchsten Stand.

Gänzlich anders als in den Vorjahren präsentierten sich im Jahr 2007 die Wechselkursentwicklungen des japanischen Yen. Gegenüber dem Euro trat die japanische Währung aus einem seit Jahresbeginn 2000 anhaltenden Abwärtstrend heraus und gelangte unter starken Ausschlägen in einen Seitwärtstrend. Sie bewegte sich zwischen 168,80 und 151,23 JPY pro Euro – was zeitweise einer Schwankung von $\pm 10\%$ entsprach. Ursache für den Trendbruch dürfte insbesondere die Tatsache gewesen sein, dass Marktakteure unter dem Eindruck des neuen Marktumfelds, d. h. wesentlich volatilerer Finanz- und Devisenmärkte, öfter als sonst üblich sogenannte *Carry Trades* (zur Erklärung siehe das Glossar) aufzulösen begannen. Die steigende Risikoaversion und Volatilität auf den Finanzmärkten dürfte Carry Trader im zunehmendem Maße davon abgehalten haben, darauf zu spekulieren, dass die Zinsdifferenz zwischen der Tiefzinswährung Yen (und somit Finanzierungswährung) gegenüber anderen Hochzinswährungen (und somit Investitionswährungen wie z. B. dem australischen Dollar oder dem neuseeländischen Dollar) *nicht* durch

US-Subprime-Krise erfasst internationale Finanzmärkte – Zentralbanken im Krisenmanagement äußerst aktiv

US-Dollar weiterhin im längerfristigen Abwärtstrend

Höhere Risikoaversion der Anleger führt zu Auflösungen von Carry Trades mit Yen als Finanzierungswährung

¹ Dies geht aus dem BIZ-Bericht „Triennial Central Bank Survey – Foreign exchange and derivatives market activity in 2007“ vom Dezember 2007 (insbesondere aus der Tabelle auf Seite 11) hervor.

eine Veränderung des Wechselkurses kompensiert wird. Der japanische Yen war daher als Finanzierungswährung nicht mehr so gefragt wie in den Jahren zuvor.

Staatsanleihemarkt
als „sicherer Hafen“

Eine der markantesten Folgen der US-Subprime-Krise im Sommer 2007 war die Flucht der Anleger aus risikobehafteten Anlagekategorien. Für *Staatsanleihen* war dieser Drang nach mehr Sicherheit von besonderem Vorteil. Hatten die Renditen langfristiger Staatsanleihen bis 13. Juni 2007 im Zuge einer damals noch günstigeren Konjunktüreinschätzung in den USA stark nach oben tendiert (z. B. Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit auf dem US-amerikanischen Anleihemarkt um 65 Basispunkte auf 5,30% bzw. auf dem Anleihemarkt des Euroraums um 70 Basispunkte auf 4,70%), so setzte im Sommer ein massiver Umschwung ein, der nahezu sämtliche wichtige Staatsanleihemärkte erfasste. Die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen der USA fielen bis zum Jahresende 2007 auf das Niveau von 4,07% zurück, jene des Euroraums bis auf 4,34%. Da es bei den Unternehmensanleihen ab dem Sommer 2007 zu breit angelegten Neubewertungen kam, weiteten sich die Abstände zu den Staatsanleihen im selben Zeitraum teilweise drastisch aus.

Renditen von
Unternehmensanleihen im Verhältnis zu
Staatsanleihen
weiten sich teilweise
stark aus

Aktienmärkte
– insbesondere
der Bankensektor –
geraten stark
unter Druck

In den ersten Monaten 2008 setzte sich der Renditerückgang – unterbrochen von einer einige Wochen andauernden Konsolidierungsphase – fort. Renditen für zehnjährige Staatsanleihen der USA unterschritten zeitweise die Marke von 3,30%, jene des Euroraums die Marke von 3,70%. Ab Mitte März 2008 kam es – insbesondere hervorgerufen durch höhere Inflations-

erwartungen – zu Renditeanstiegen. Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen in den USA kletterten auf 3,87%, jene im Euroraum auf 4,18% (Ende April 2008).

Ganz im Gegensatz zum Markt für Staatsanleihen reagierten die *Aktienmärkte*. Als die Turbulenzen auf den Geld- und Kreditmärkten heftiger wurden, griff der Rückzug aus risikoreichen Vermögenswerten ganz besonders auch auf diese Veranlagungskategorie über. Gemessen am MSCI-World-Index² ging der weltweite Aktienmarkt – nach einer seit März 2003 andauernden Hausse (mit einem Kursanstieg von rund 23% p. a.) – in zwei Schwüngen von Juni 2007 bis Jahresende 2007 um insgesamt rund 6% zurück. Hervorzuheben ist, dass im sektoralen Bereich die Bankaktien wegen der sehr hohen Abschreibungen besonders schwer unter Druck kamen: Der MSCI für den Sektor Financials ging von Sommer 2007 bis Jahresende 2007 weltweit um rund 18% zurück.

In den ersten Monaten des Jahres 2008 beschleunigten sich die massiven Kursrückgänge auf den Aktienmärkten: Der MSCI-World-Index erlitt bis Mitte März 2008 weitere Einbrüche in Höhe von rund 16%, der MSCI für den Sektor Financials sogar Einbrüche in Höhe von rund 19%. Anschließend konnten sich die Aktienmärkte wieder etwas erholen. Der MSCI-World-Index stieg bis Ende April 2008 um 11%, jener des Sektors Financial um 18%.

Die *Aktienmärkte der aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften*, die gemessen am MSCI-Asien-Index seit Jahresmitte 2003 mit jährlichen durchschnittlichen Kursanstiegen von 58% (China

² Als einer der wichtigsten Aktienindizes der Welt wird der MSCI-World-Index vom US-amerikanischen Finanzdienstleister Morgan Stanley Capital International (MSCI) als Kursindex berechnet. Er enthält Aktien aus 24 Ländern und wird seit dem 31. Dezember 1969 (Ausgangswert: 100 Punkte) berechnet.

sogar +147% p. a.) eine weit stärkere Dynamik erkennen ließen als die Aktienmärkte der entwickelten Volkswirtschaften, wurden von den Finanzmarkturbulenzen im Sommer 2007 zeitverzögert erfasst. Von 17. August bis 29. Oktober 2007 verzeichnete dieser Markt mit +40% zunächst noch kräftige Kursanstiege (China: +80%), ab November 2007 kam es aber ebenfalls zu Kurseinbrüchen – zunächst um rund 8% bis Jahresende 2007 (China: –18%), und dann in den ersten Monaten des Jahres 2008 um weitere rund 18% (China: –32%). Ab Mitte März bis Ende April 2008 konnten auch die Aktienmärkte aufstrebender asiatischer Volkswirtschaften wieder Kursanstiege verzeichnen (Asien: +18%; davon China: +29%).

Insgesamt ist festzustellen, dass die weltweiten Aktienmärkte seit den Verwerfungen im Finanzsektor einer wesentlich höheren *Volatilität* ausgesetzt waren als in den Boomjahren zuvor. Am Beispiel des Volatilitätsindex VIX der Chicagoer Börse CBOE auf den S&P 500³ lässt sich dies besonders gut verdeutlichen: Hatte die Volatilität im Zeitraum von Anfang 2004 bis Ende Mai 2007 durchschnittlich nur rund 14 betragen, so stieg ihr Durchschnitt für den Zeitraum von Anfang Juni 2007 bis Jahresende 2007 auf rund 21. Im August und November 2007 sowie zuletzt im Jänner und März 2008 erreichte die Volatilität Spitzenwerte von über 30. Zuletzt lag die sie bei knapp 20.

Der *Goldpreis in US-Dollar pro Unze* befindet sich seit einigen Jahren in einem deutlichen Aufwärtstrend. Bereits im September 1999, unmittelbar nach Beginn des ersten Goldabkommens der Zentralbanken (siehe Kasten 10), setzte Gold – erstmals seit längerer Zeit

– zu einem über wenige Tage verteilten Preissprung von rund 25% an. Diese markante Bewegung könnte als ein erstes Signal für das Ende einer jahrzehntelang währenden Marktschwäche interpretiert werden. Seither ist der Goldpreis in US-Dollar pro Unze im Durchschnitt jährlich um mehr als 30% gestiegen. Eine Reihe von Faktoren – u. a. gezielte Selbstbeschränkung der Zentralbanken hinsichtlich der Goldverkäufe, stagnierende Produktion, allgemeine Rohstoffhausse, Rückgang des US-Dollar-Kurses, geopolitische Risiken – dürften dafür maßgeblich gewesen sein. Hinzu kam besonders in den letzten Monaten noch der Sonderfaktor, dass Gold als einziges Finanzinstrument ohne Kreditrisiko besonders gerne als sicheres Investment herangezogen wurde.

Im Jahr 2007 bewegte sich der Goldpreis bis Ende August 2007 zunächst in einem Seitwärtstrend zwischen 610 und 690 USD pro Unze. Im Zuge der erhöhten Finanzmarkturbulenzen stieg er von Anfang September 2007 bis Jahresende 2007 um rund 24% auf 836,50 USD pro Unze. Wegen des Verfalls des US-Dollar-Kurses war der Preisanstieg von Gold in Euro mit 16% auf 568,24 EUR deutlich weniger ausgeprägt. Von Jahresbeginn 2008 bis 17. März 2008 setzte sich die Goldhausse fort, durchbrach die historischen Höchstkurse 840 USD pro Unze aus dem Jahr 1980 und erreichte am 17. März 2008 sogar Niveaus deutlich über der Marke von 1.000 USD. In den darauf folgenden Tagen brach der Preis infolge von Gewinnmitnahmen wieder deutlich ein und notierte Anfang April 2008 wieder unter der Marke von 900 USD pro Unze.

Volatilität auf internationalen Aktienmärkten ungewöhnlich hoch

Längerfristiger Aufwärtstrend des Goldpreises beschleunigt ...

... erstmals wird die 1.000 USD-Marke durchbrochen

³ CBOE: Chicago Board Options Exchange; S&P 500: Standard & Poors 500-Index.

Portfoliomanagement der OeNB auch unter schwierigen Marktbedingungen sehr erfolgreich

Grundprinzip für alle Teilportfolios der OeNB: (1) Sicherheit, (2) Liquidität, (3) Ertrag

Ende 2007 betrug das Veranlagungsvolumen des OeNB-Treasury, das sich aus Währungsreserven und anderen Vermögenswerten zusammensetzt, rund 24 Mrd EUR. Dieses gliedert sich in

verschiedene Teilportfolios mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Richtlinien: Gold-, Fremdwährungs- und Euro-Veranlagungen, die den geldpolitischen Teil bilden, sowie die Veranlagungen der Eigenmittel (Own Funds), der Pensionsreserve und der für den Jubiläumsfonds zur Förderung der For-

Kasten 10

Näheres zum Goldabkommen der Zentralbanken

Historisch bedingt – insbesondere wegen des internationalen Goldstandards, der bis in die ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts hereinreichte und in weiterer Folge wegen des Währungssystems von Bretton Woods, das bis zum Beginn der 1970er-Jahre fort dauerte – gehören die Zentralbanken auch heute noch zu den größten Goldhaltern der Welt. Ende des Jahres 2007 betrug der weltweite offizielle Goldbestand der Zentralbanken laut IWF 29.873 Tonnen – das sind 19% des gesamten Goldweltbestands und deutlich mehr als die globale Goldproduktion von zehn Jahren. Hinzu kommt noch, dass sich der Hauptanteil des offiziellen Goldbestands auf wenige Länder und den IWF konzentriert: So halten zehn Zentralbanken rund 70% bzw. der IWF weitere 10% der gesamten offiziellen Goldreserven.

Anders als noch vor Beginn der 1970er-Jahre, als Gold den zentralen monetären Anker innerhalb des internationalen Währungsgefüges darstellte, fungiert Gold heute auch für Zentralbanken nur mehr als einer unter mehreren investierbaren Vermögenswerten. Seit dem De-facto-Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems und die dadurch entstandene Möglichkeit für Zentralbanken, freier über ihre Goldbestände disponieren zu können, werden offizielle Goldverkäufe von Marktteilnehmern daher mit großer Aufmerksamkeit wahrgenommen. Die oben angeführten Größenordnungen der offiziellen Goldhaltung lassen unschwer erkennen, dass bereits der Verkauf kleinerer Anteile aus diesen Beständen erhebliche Auswirkungen auf den Goldpreis haben kann.

Dieser Tatsache Rechnung tragend hat eine Reihe von (europäischen) Zentralbanken – darunter auch die OeNB – seit September 1999 zwei Goldabkommen unterzeichnet, in den sie ihre jährlichen Goldverkäufe freiwillig beschränken und die Angebotsseite des Goldmarktes mit mehr Transparenz versehen – eine Maßnahme, die zur Stabilisierung des Goldmarktes beitragen soll. Dabei wurde für den Zeitraum von 1999 bis 2004 eine jährliche Goldverkaufsobergrenze von insgesamt 400 Tonnen bzw. für den Zeitraum von 2005 bis 2009 von 500 Tonnen vereinbart. Zudem beschlossen die Teilnehmer des Abkommens, die sonstigen Goldgeschäfte (wie etwa Goldleihegeschäfte) nicht weiter auszuweiten. Mittlerweile hat sich die Zahl der Signatar-Zentralbanken von 14 auf 17 erweitert. Am 22. Dezember 2006 schloss sich die slowenische Zentralbank, Banka Slovenije, diesem Abkommen an. Am 25. Jänner 2008 wurden auch die Central Bank of Cyprus und die Central Bank of Malta Teil dieses Abkommens.

Die zehn Länder, deren Zentralbanken die weltweit größten Goldreserven halten

Stand Ende 2007

	in Tonnen
USA	8.134
Deutschland	3.417
Frankreich	2.603
Italien	2.452
Schweiz	1.145
Japan	765
Niederlande	621
China	600
Russland	450
Taiwan	423
Memo: IWF	3.217
EZB	563
Österreich	280

Quelle: IWF, Gold Fields Mineral Services Ltd.

schungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft (inklusive FTE-Nationalstiftung) gewidmeten Reserveposition. Völlig getrennt von den übrigen Aktivitäten wird im Sinne eines dezentralen Ansatzes der an die EZB übertragene Teil der Währungsreserven im Gegenwert von rund 1 Mrd EUR veranlagt.

Einen besonderen Stellenwert in der Reserveveranlagung nimmt Gold ein. Zu Jahresende 2007 betrug der Goldbestand der OeNB rund 280 Tonnen. Der Preisanstieg des Goldes und der gleichzeitige Wertverfall des US-Dollar in den letzten Jahren haben deutlich gezeigt, wie wichtig Gold auch als Medium der Portfoliodiversifizierung für eine Zentralbank ist. Auch in Zeiten höherer geopolitischer Anspannungen innerhalb und außerhalb von Europa ist auf die besondere Rolle des Goldes als Veranlagungswert Bedacht zu nehmen. Im dritten Jahr des derzeit laufenden Goldabkommens zwischen den Zentralbanken (vom 26. September 2004 bis 26. September 2009) verkaufte die OeNB 8,75 Tonnen Gold, im Jahr 2006 13,75 Tonnen (siehe auch Kasten 10).

Die Veranlagungsphilosophie des Treasury der OeNB mit der Prioritätenreihung von erstens Sicherheit, zweitens Liquidität und drittens Ertrag erfordert, dass sowohl im Bereich des Risikomanagements als auch des Portfoliomanagements laufend innovative Schritte gesetzt werden. Deswegen erfuhr das bereits seit einigen Jahren bestehende zweistufige Benchmarkkonzept, das es erlaubt, strategische und taktische Veranlagungsentscheidungen entsprechend den hierarchischen Strukturen effizient und rasch umzusetzen, im Jahr 2007 weitere Verfeinerungen.

Das Portfoliomanagement bedient sich neben den Risikoberechnungen auch eines integrierten Leistungsmesssystems. Damit können die unmittelbaren Auswirkungen einzelner Portfolioentscheidungen auf die Gesamtentwicklung der Portfolios zeitnah nachvollzogen werden. Zielabweichungen sind rascher korrigierbar und Investmentideen können innerhalb eines disziplinierten Kommunikationsablaufs leichter übermittelt werden. Im Rahmen wöchentlicher Investmentkomiteesitzungen werden Markt- und Portfolioentwicklungen bzw. -risiken von allen am Investmentprozess Beteiligten analysiert. So konnten auch in einem schwierigen Marktumfeld erhöhter Turbulenzen und Volatilitäten gute Ergebnisse erzielt und Risiken vermieden werden. Die in der OeNB bestehenden Risikomessmethoden wurden einer umfassenden Evaluierung unterzogen (siehe dazu ausführlicher den Abschnitt „Risikomanagement“ im Kapitel „Anhang zum Jahresabschluss 2007“).

Besonders erfolgreich war auch wieder das Management des an die EZB übertragenen Teils der Währungsreserven, den die OeNB im Namen und auf Rechnung der EZB gemäß den Richtlinien der EZB veranlagt. Das im Zuge einer Währungsspezialisierung vor zwei Jahren zugeteilte Yen-Portfolio wird neben den Zentralbanken in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Finnland und Portugal von der OeNB veranlagt. Ein Vergleich der jeweiligen Portfolios für das Jahr 2007 hat wieder gezeigt, dass die Veranlagungsaktivität der OeNB von besonders hoher Professionalität ist.

Gold als wichtiges
Medium der
Portfolio-
diversifizierung

Goldverkäufe im
dritten Jahr
des zweiten
Goldabkommens

Hochprofessionelle
Veranlagung des
zugeteilten Anteils
des EZB-Portfolios
durch die OeNB

Modernes Risiko-
management als
wichtiges Instru-
mentarium in der
OeNB-Veranlagung

Verlässliche Statistiken der OeNB weisen den Weg durch die globalisierte Wirtschaft

Finanzstatistiken sind Kernkompetenz der OeNB

2007 – ein bewegtes Jahr für den Bereich Statistik der OeNB

Die OeNB hat ihre Position als wichtigster Anbieter finanzstatistischer Daten in Österreich im Jahr 2007 weiter ausgebaut. Die umfangreiche Palette statistischer Produkte, die v. a. die Bereiche Monetär-, Zinssatz-, Bankenaufsichts- und Außenwirtschaftsstatistik sowie die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung (GFR) abdeckt, wurde neuerlich erweitert und optimiert. So beleuchten neue harmonisierte Euro-Raumstatistiken wesentliche Wirtschaftstrends im gemeinsamen Währungsraum. Neben den erwähnten Daten werden auch zahlreiche weitere Statistiken zu Verbraucherpreisen, Zinssätzen, Konjunktur, öffentlichen Finanzen oder Unternehmensbilanzen zur Verfügung gestellt. Das Online-Angebot der OeNB stellt den Anspruch, umfassende, hochwertige und gut dokumentierte Statistiken möglichst benutzerfreundlich anzubieten. Es umfasst rund 240 Tabellen, die im Jahr 2007 von österreichischen wie auch internationalen Nutzern mehr als drei Millionen Mal aufgerufen wurden. Flexible Abfragetools erlauben mittels Auswahl von Indikatoren und Zeiträumen zielgerichtete Datenauswertungen und den unkomplizierten Export in gängige Datenformate. Persönliche Unterstützung finden Datennutzer bei der Statistik-Hotline, die (täglich zwischen 9 und 16 Uhr unter der Telefonnummer 01/40420-5555) Fragen zum Statistik-Angebot der OeNB beantwortet.

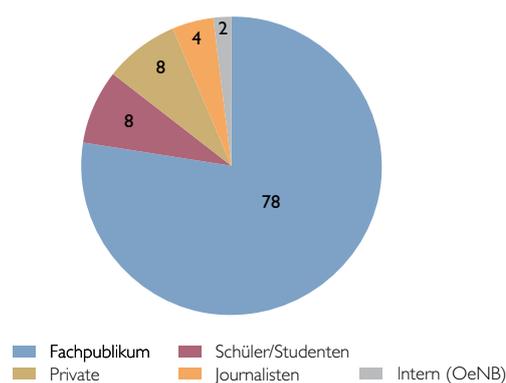
OeNB kooperiert mit in- und ausländischen Statistik-Institutionen

Vielfältige Nutzergruppen – neben Geschäftsbanken, Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern auch nichtfinanzielle Unternehmen, öffentliche Einrichtungen, Studenten und Schüler oder interessierte Privatpersonen – verlangen nach bedarfsgerech-

Grafik 18

Kundenstruktur der Statistik-Hotline der OeNB im Jahr 2007

Anteil an den gesamten Anfragen in %



Quelle: OeNB.

ten Produkten. Die OeNB deckt diesen Informationsbedarf in Form von tiefgehenden Analysen, aktuellen Kurzberichten oder Sonderheften mit speziellen Schwerpunktthemen ab. Journalisten nutzten im Jahr 2007 neben der Statistik-Hotline fünf Pressekonferenzen zur Kommunikation mit den Statistikexperten der OeNB.

Die Produktion hochwertiger und rasch verfügbarer Statistiken ist in einer zunehmend internationalisierten, sich ständig wandelnden Wirtschaftswelt nur durch leistungsfähige Erhebungssysteme sowie die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Statistik-Institutionen möglich. Die intensive Kooperation der OeNB mit anderen Zentralbanken führt zu einem stetigen Wissensaustausch und erlaubt die aktive Gestaltung und Weiterentwicklung international gültiger statistischer Konventionen und Methoden. Auf nationaler Ebene kooperiert die OeNB insbesondere mit der Statistik Austria, um die Produkte in gewohnt hoher Qualität, aber auch möglichst kosteneffizient und unter geringstmöglicher Belastung

der Melder anzubieten. Das seit dem Jahr 2002 bestehende Kooperationsabkommen wurde im Jahr 2007 infolge der guten Erfahrungen für weitere fünf Jahre verlängert. Synergien ergeben sich hier v. a. im Bereich gemeinsam erstellter Produkte wie der österreichischen Zahlungsbilanz oder der GFR, wobei sich die Konzentration auf die jeweils eigene Expertise – die OeNB im Finanzbereich, die Statistik Austria in der Realwirtschaft – als entscheidender Vorteil erwiesen hat. Weiters wurde die seit mehreren Jahren gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Österreich durch einen im Jahr 2007 abgeschlossenen Kooperationsrahmenvertrag formalisiert. Nicht zuletzt sucht die OeNB fortlaufend den Kontakt zu Wirtschaftsforschungsinstituten, Universitäten und anderen akademischen Einrichtungen, um Wissen zu transferieren und gleichzeitig selbst vom modernen Know-how dieser Institutionen zu profitieren.

Europäische Wertpapierstammdatenbank nimmt Gestalt an

Die Nachfrage von Analysten und Entscheidungsträgern nach qualitativ hochwertigen und detailliert gegliederten Wertpapierdaten hat in den letzten Jahren aufgrund der steigenden Bedeutung und Vielfalt von Wertpapierinvestitionen stark zugenommen. Die umfassende Kenntnis aktueller Entwicklungen auf den Wertpapiermärkten wird für wirtschaftspolitische Entscheidungsträger ebenso wie für jeden Einzelnen zunehmend wichtig, um die Vorgänge der Wirtschaft verstehen und entsprechend agieren zu können. Detaillierte, rasch verfügbare Wertpapierinformationen geben wichtige Aufschlüsse über die Vermögensentwicklung von Unternehmen und privaten Haushalten. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Beaufsichtigung des Bankensystems und

erleichtern das Erkennen krisenhafter Finanzmarktentwicklungen. Die intensive Weiterentwicklung bestehender Wertpapierstatistiken muss daher auch künftig hohe Priorität haben.

Vor diesem Hintergrund sieht die EZB zur Erhebung von grenzüberschreitenden Wertpapierinvestitionen (dargestellt in der Zahlungsbilanz und in der Internationalen Vermögensposition) ab dem Jahr 2009 für die Länder des Euroraums verpflichtend vor, dass die Daten nicht wie bisher in hoch aggregierter Form, sondern auf Basis einzelner Wertpapiere erhoben werden. Auch zur Ermittlung der Aktiva von Investmentfonds empfiehlt die EZB die Verwendung eines solchen Erhebungssystems, das international unter dem Namen „Security-by-security (sec-by-sec) reporting system“ bekannt ist.

Ein Erhebungssystem auf Basis von Einzelwertpapieren sieht vor, dass der Melder den Betrag der Investition oder Verbindlichkeit zusammen mit einer Wertpapierkennnummer (meist die ISIN – International Securities Identification Number) meldet und dass die für die Statistik verantwortliche Zentralbank die verlangten Klassifikationen (und ergänzenden Berechnungen) selbst durchführt. Derartige Erhebungssysteme versprechen geringere Melderbelastung, Qualitätssteigerungen und größere Flexibilität für die Zentralbank, um auf neue Anforderungen zu reagieren. In der OeNB ist ein solches Erhebungs- und Datenverarbeitungssystem bereits seit Anfang der 1990er-Jahre erfolgreich implementiert und seit dem Jahr 2005 in einer modernisierten Form im Einsatz. Fast alle Statistiken der OeNB zu Wertpapieren werden von diesem Wertpapierinformationssystem bereits erzeugt oder zumindest unterstützt. Auch international hat sich die OeNB in diesem Bereich als Vorreiter etabliert.

Zentrale Verwaltung von Wertpapierdaten bringt entscheidende Vorteile

Steigender Bedarf an Wertpapierstatistiken

Um die verlangten Klassifikationen (z. B. nach Wertpapierart, Laufzeit, volkswirtschaftlichem Sektor bzw. wirtschaftlicher Tätigkeit des Emittenten, Zinsart etc.) und Berechnungen in der Zentralbank durchführen zu können, ist eine Wertpapierstammdatenbank notwendig, mit deren Hilfe die gelieferten Wertpapiere vorschriftsgemäß klassifiziert werden können. Das ESZB-Projekt Centralised Securities Database (CSDB) wurde vor einigen Jahren ins Leben gerufen, um

- zu vermeiden, dass jede Zentralbank, die auf ein solches Erhebungssystem umsteigen muss, ihre eigene Wertpapierstammdatenbank aufbauen muss und um
- größtmögliche Symmetrie und Konsistenz der Klassifizierungen über eine gemeinsame Wertpapierstammdatenbank zu erreichen.

Die CSDB liefert als zentralisierte Wertpapierstammdatenbank umfangreiche Informationen zu allen Unternehmensemissionen in der EU und zu allen Wertpapieren in den Portfolios der Investoren in der EU. Seit dem Jahr 2005 werden Daten aus der CSDB an die Zentralbanken geliefert. Mit Finalisierung der Projektphase 2 im Jahr 2009 sollte neben der Datenqualität auch der Datenaustausch modernsten Standards entsprechen.

Im Dezember 2007 wurde die OeNB – aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung – neben einigen anderen Zentralbanken ersucht, in einer Pilotphase den Online-Zugriff auf die CSDB hinsichtlich verschiedener Funktionalitäten (wie der Online-Korrektur oder des Data Quality Management-Instruments) zu testen. Die Finalisierung dieser Projektphase ist für Mitte 2008 vorgesehen. Die dann bestehende Möglichkeit für Zentralbanken, Daten direkt in der CSDB korrigieren zu können, wird sich weiter positiv auf die Daten-

qualität auswirken. Im Anschluss an diesen Projekt-Meilenstein ist die notwendige Automatisierung des Datenaustauschs geplant; die damit verbundene erhöhte Flexibilität wird die Datenqualität und den Komfort ebenfalls anheben.

Der CSDB kommt innerhalb der Statistik-Direktion der EZB ein hoher Stellenwert zu. Sie dürfte die Produktion von Wertpapierstatistiken in den Zentralbanken mittelfristig revolutionieren. Die Expertise der OeNB in diesem Bereich ist von der EZB schon häufig in Anspruch genommen worden und auch für die kommende Phase des Projekts sehr erwünscht.

Höherer Informationsnutzen durch neue Dienstleistungserhebung

Die Einführung eines Direktbefragungssystems für die österreichische Zahlungsbilanz im Jahr 2006 (die OeNB hat darüber im Geschäftsbericht 2006 informiert) war ein weiterer und wichtiger Schritt zur Erhöhung der Qualität der heimischen Außenwirtschaftsinformation. Im Bereich des Dienstleistungsverkehrs ist nun eine genauere Zuordnung von Exporten und Importen zu den verschiedenen Dienstleistungsarten möglich. So beinhaltet eine direkte Befragung von Außenwirtschaftstreibenden eine höhere Detailkenntnis als Informationen aus dem Zahlungsverkehr. Im Zuge des Systemwechsels konnte deshalb die „erweiterte Dienstleistungsklassifikation der Zahlungsbilanz“, wie sie von IWF und OECD definiert wird, umgesetzt werden. Sie enthält rund 50 Standardpositionen. Die Position Nicht aufteilbare Leistungen ist dem entsprechend aus der österreichischen Zahlungsbilanz verschwunden. Für Spezialfragen erlaubt das neue Erhebungssystem darüber hinaus auch, zwischen den verschiedenen

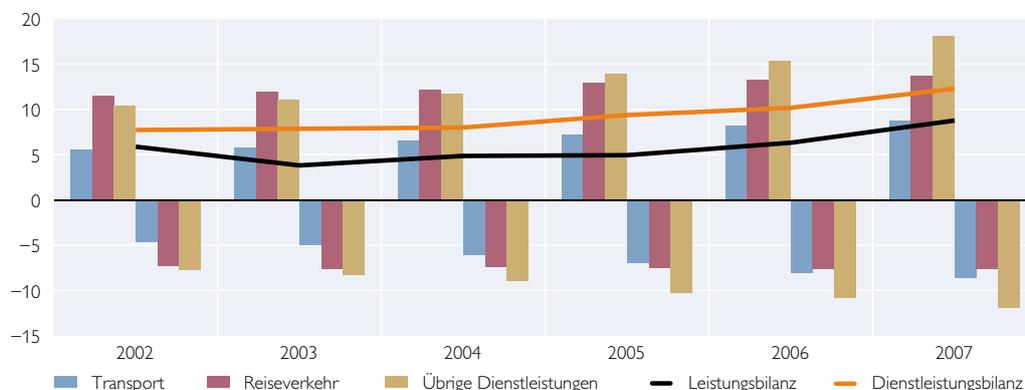
Hohe Detailkenntnis über den Dienstleistungsverkehr in Österreich

OeNB testet Online-Zugriff auf CSDB

Grafik 19

Österreichische Dienstleistungsexporte (positiv) und -importe (negativ)

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

anbietenden und nachfragenden Wirtschaftsbranchen im Dienstleistungsverkehr zu unterscheiden.

Die Umstellung der Außenwirtschaftsstatistik hat jedoch dazu geführt, dass ein Bruch in der Datenreihe aufgrund der neuen Methodologien entstanden ist. Die OeNB hat deshalb gemeinsam mit der Statistik Austria, dem Kooperationspartner in der Erstellung der österreichischen Leistungsbilanz, die Jahre zwischen 1995 und 2006 nach dem neuen Statistikkonzept und in Abstimmung mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung rückgerechnet. Damit steht Interessierten eine konsistente, nach Detailkomponenten und Einzelländern gegliederte Zeitreihe der österreichischen Außenwirtschaft zur Verfügung.

Die durch das Direktbefragungssystem verbesserte Detailkenntnis über Außenwirtschaftstransaktionen hat im Ergebnis rückwirkend sowohl zu einer Erhöhung des Überschusses aus dem Dienstleistungsverkehr und damit auch der Leistungsbilanz, als auch zu einer Verringerung der Handelsvolumina geführt. Im Einzelnen betrachtet gibt es

zwei Hauptkomponenten zu deren Erklärung: der Wegfall nicht aufteilbarer Leistungen und die Neugestaltung der Reiseverkehrsstatistik. Damit im Zusammenhang stehen auch das neue Berechnungskonzept zur Bereinigung der Güterimporte um Dienstleistungskomponenten (cif/fob-Korrektur¹), weiters die neue, VGR-konforme Berechnung von Versicherungsdienstleistungen sowie genauere Abgrenzungen zum Kapitalverkehr, z. B. bei Finanzdienstleistungen und Leasing.

Im Anschluss an die Umstellungsmaßnahmen zum Erhebungssystem plant die OeNB zusammen mit der Statistik Austria weitere Maßnahmen zur Verbreiterung des Informationsangebots zum Dienstleistungsverkehr Österreichs durchzuführen. So erlaubt die Direktbefragung, Exporte und Importe von Dienstleistungen mit Informationen über die Unternehmensstruktur zu verknüpfen. Durch die Zusammenführung dieser Informationen können Fragen nach dem Exportpotenzial österreichischer Dienstleister sowie nach der Importintensität der heimischen Wirtschaft in Abhängigkeit von Unternehmenskenn-

Neue Datenreihe zur österreichischen Leistungsbilanz verfügbar

Neue Strukturinformationen zum grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr

¹ cif: cost, insurance, freight; fob: free on board.

Wertpapiere gewinnen langfristig an Bedeutung

zahlen wie Beschäftigtenzahl, Branche, Umsatz und Firmenstandort beantwortet werden. Die Ergebnisse können Unternehmen, Politik und Interessenvertretungen in der effizienten Gestaltung von Exportförderungsstrategien unterstützen. Darüber hinaus schließt die Zusammenführung der Statistiken bislang bestehende Informationslücken in der Analyse der österreichischen Außenwirtschaft und ist deshalb auch für Wirtschaftsforscher, Universitäten und internationale Organisationen wie Eurostat, EZB, IWF, OECD, UNO und WTO von Relevanz.

Statistiken zum Finanzvermögen und der Verschuldung privater Haushalte wesentlich weiterentwickelt²

Statistiken zu privaten Haushalten nun bis 1980 verfügbar

Die Datenreihe der OeNB zum Geldvermögen und der Verschuldung des Haushaltssektors wurde im Jahr 2007 inhaltlich wesentlich weiterentwickelt und bis zum Jahr 1980 rückgerechnet: Sie erlaubt es nun, Konsumententwicklung und Ersparnisbildung dem Finanzverhalten des Haushaltssektors über mehrere Konjunkturzyklen gegenüberzustellen. Im Zeitraum von 1980 bis 2007 erhöhte sich das Geldvermögen des Haushaltssektors von 120% des nominell verfügbaren Nettoeinkommens auf 250%, während die Verschuldung von 61% auf 87% anstieg. Geldvermögen und Verschuldung des Haushaltssektors lagen damit im Jahr 2007 jeweils unter dem Durchschnitt des Euroraums (325% bzw. 109%).

Ersparnisse der privaten Haushalte fließen vorzugsweise in Finanzaktiva

Neben deutlich höheren Volumina beeindruckt v. a. auch die in den vergangenen 27 Jahren stark geänderte

Veranlagungsstruktur: Während zum Jahresresultimo 1980 tendenziell eher kurzfristige Veranlagungen, wie Bankeinlagen und die Bargeldhaltung, mit einem Anteil von mehr als 75% am Geldvermögen dominierten, war Ende 2007 weniger als die Hälfte in diese Instrumente veranlagt. Im selben Zeitraum gewannen langfristig orientierte Veranlagungsformen deutlich an Gewicht. Verzinsliche Wertpapiere, Aktien, GmbH-Anteile und insbesondere Investmentzertifikate stiegen von 10% auf knapp ein Drittel des gesamten Finanzvermögens. Versicherungsansprüche und – in weiterer Folge – auch Ansprüche gegenüber betrieblichen und überbetrieblichen Pensionskassen stiegen von 13%, einem für das Jahr 1980 relativ hohen Anteil, auf ein Fünftel des gesamten Geldvermögens.

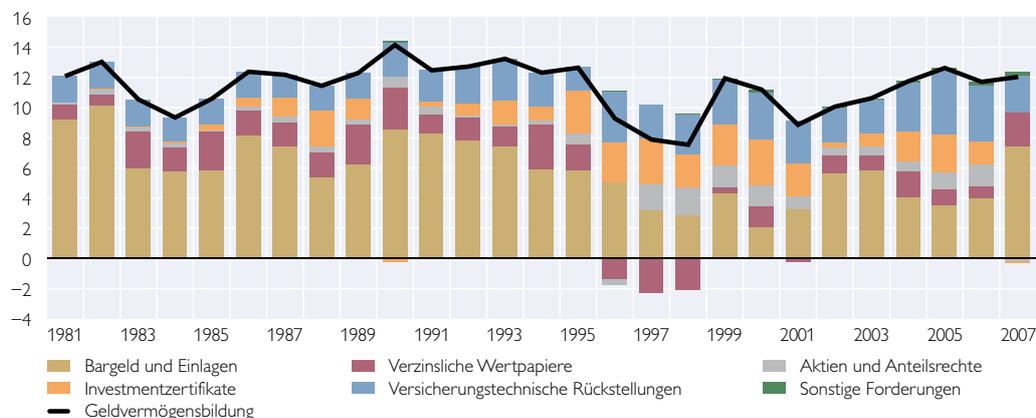
Konjunkturabhängig schwankte die Sparquote im Zeitraum von 1980 bis 2007 zwischen 7,3% und 13,7%. Die hohe Korrelation von Ersparnis- und Geldvermögensbildung während der gesamten Beobachtungsperiode macht deutlich, dass der Vermögensaufbau der privaten Haushalte v. a. in Finanzaktiva und weniger in Realvermögen floss. Diese waren daher auch wesentlich volatiler als die Neuverschuldung.³ In konjunkturellen Hochphasen stiegen sowohl Geldvermögensbildung als auch Neuverschuldung, wobei sich erstere deutlich dynamischer verhielt. Der Finanzierungssaldo aus der Geldvermögensbildung abzüglich der Kreditfinanzierung betrug im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 2007 7,5% des verfügbaren Einkommens bzw. 4,8% der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung.

² Details zu den Datenberechnungen finden sich in: OeNB. 2007. Finanzvermögen 2006. Aktuelle Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung. Sonderheft Statistiken Juni 07. Wien: OeNB.

³ Die Geldvermögensbildung in Prozent des verfügbaren Nettoeinkommens lag im Durchschnitt bei 11,4%. Die Schwankungsbreite (Standardabweichung) betrug 1,6 Prozentpunkte. Hingegen lag die Neuverschuldung in Relation zum verfügbaren Einkommen bei 3,9% mit einer Schwankungsbreite von 0,8 Prozentpunkten.

Geldvermögensbildung des Haushaltssektors

in % des verfügbaren Einkommens; Beiträge der einzelnen Finanzierungsinstrumente in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, OeKB, Staatsschuldenausschuss, Statistik Austria, Wiener Börse AG.

In Phasen des Konjunkturaufschwungs zu Beginn der 1980er-Jahre und um das Jahr 1990 stieg die Geldvermögensbildung infolge der höheren Ersparnisbildung stark an. Die privaten Anleger konzentrierten sich allerdings – nicht zuletzt aufgrund des geringen Angebots sowie der Finanzkrisen von 1987 bis zur Mitte der 1990er-Jahre – auf die Erhöhung von Bankeinlagen sowie den Erwerb von Bankanleihen. Die Zusammensetzung der Finanzierungsinstrumente änderte sich erstmals in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre markant. Die einzelnen Beiträge spiegelten erstmals einen Substitutionseffekt in den Portfolioentscheidungen wider und veranschaulichten damit die tendenziell stärkere Bedeutung von Kapitalmarktinvestitionen. Bankeinlagen und Wertpapiere⁴ wurden, nicht zuletzt entsprechend den vorherrschenden Entwicklungen auf den Finanzmärkten, gegenläufig gewichtet. Nach einer Staginationsphase zwischen 2001 und 2003 erhöhte sich – mit den positiven Kursentwicklungen auf den Aktienmärkten –

ab dem Jahr 2004 bis zum Jahr 2006 auch der Beitrag der handelbaren Wertpapiere an den gesamten Finanzinvestitionen auf mehr als ein Drittel. Darüber hinaus kam es zu einer Verbreiterung des Spektrums an Wertpapieren, die der Haushaltssektor für seine Veranlagungen nutzte.

Die Geldvermögensbildung lag in Relation zum verfügbaren Einkommen, nicht zuletzt aufgrund gestiegener Ersparnisbildung, sowohl im Jahr 2006 als auch 2007 über dem langjährigen Durchschnitt. Rückschläge auf den Aktienmärkten sowie eine schwächere Entwicklung auf den Rentenmärkten in den letzten beiden Jahren veranlassten Privatanleger, ihre Wertpapierinvestitionen wieder zurückzunehmen und – zusätzlich begünstigt durch Zinssteigerungen – Bankeinlagen wieder zu bevorzugen. Im Jahr 2007 betrug der Beitrag der Wertpapierinvestitionen an der gesamten Geldvermögensbildung nur mehr 16% (2006: 32%). Mit dieser Entwicklung liegt Österreich im Trend des Euroraums.

Jüngste Aktienmarktschwäche begünstigt Bankeinlagen

⁴ Verzinliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate.

Private Organisationen ohne Erwerbszweck werden nun getrennt von privaten Haushalten dargestellt

Eine weitere Neuerung betrifft die nunmehr getrennte Darstellung des Geldvermögens und der Verpflichtungen für private Haushalte sowie für private Organisationen ohne Erwerbszweck (POoE), die bislang nur gemeinsam als Aggregat „Haushaltssektor“ ausgewiesen wurden. Die Daten zum Finanzvermögen der privaten Haushalte sollen den Zusammenhang von Mikro- und Makrodaten besser aufzeigen. Die Aggregatsdaten aus der GFR, die auf Quartalsbasis mit einer Verzögerung von drei Monaten zur Verfügung stehen, sind als Trendindikator für das Fi-

nanzverhalten der privaten Haushalte verwendbar. Die ab der Berichtsperiode erstes Quartal 2006 verfügbaren Daten zeigen, dass die privaten Haushalte in einer Bestandsrechnung mehr als 90% des Haushaltssektors ausmachen. Die Vermögensstruktur und das Finanzverhalten von Haushalten auf der einen Seite und POoE einschließlich der Privatstiftungen auf der anderen Seite weichen deutlich voneinander ab. Dies ist zu einem guten Teil durch Finanzinvestitionen der Privatstiftungen erklärbar. Am deutlichsten sind diese Unterschiede bei den Wertpapierinvestitionen.



Wesentliche operative Rolle der OeNB bei Schaffung des harmonisierten Euro-Zahlungsverkehrsraums

Im Zentrum der Aktivitäten im Zahlungsverkehr stand die Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area – SEPA). Wesentliche Zielsetzungen dabei sind eine sichere, kostengünstige und schnelle Abwicklung der Transaktionen. Bei der Realisierung von SEPA spielt die OeNB nicht nur für den österreichischen Finanzplatz, sondern auch darüber hinaus bereits seit mehreren Jahren eine wesentliche operative Rolle.

Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA seit Jänner 2008

Seit dem Jahr 1992 profitieren Bürger und Unternehmen vom europäischen Binnenmarkt. In den Jahren 1999 und 2002 wurden mit der erfolgreichen Einführung des Euro als Buch- und Bargeld weitere Meilensteine in der europäischen Integration gesetzt. Seit 28. Jänner 2008 erfolgt der bis dahin fragmentierte bargeldlose Zahlungsverkehr in Europa (hier definiert als die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz) in einheitlicher Form. Nach intensiven Vorbereitungen aller Akteure begann an diesem Tag in den Bereichen Überweisungen und Kartenzahlungen die neue Ära des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums SEPA. Der dritte Eckpfeiler – die SEPA-Lastschrift – folgt erst im Jahr 2009, da ein flächendeckender Einsatz aufgrund der Verzögerung der Richtlinie über Zahlungsdienste (für nähere Ausführungen siehe Kasten 11) und die dadurch bedingte spätere Umsetzung der europaweit einheitlichen Rechtsgrundlage, die insbesondere für grenzüberschreitende Lastschriften wichtig ist, vor dem Jahr 2009 nicht möglich ist.

Die SEPA-Überweisung (SEPA Credit Transfer – SCT) ist ein vollautomatisiertes Zahlungsinstrument für Inlands- und grenzüberschreitende Euro-Überweisungen im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum und wird seit 28. Jänner 2008 ohne Betragslimit parallel zu den nationalen Lösungen angeboten. Überweisungen werden so schneller und einfacher; zwischen Euro-Inlands- und -Auslandszahlungen wird nicht mehr unterschieden. Mit der neuen SEPA-Zahlungsanweisung erfolgt eine Euro-Überweisung innerhalb von maximal drei Bankarbeitstagen, und das unabhängig davon, in welchem SEPA-Teilnehmerland der Empfänger sein Konto hat. In den ersten Tagen wurden von Österreich über die OeNB-Infrastruktur STEP2 täglich bis zu 7.300 SEPA-Überweisungen mit einem Gesamtwert von über 60 Mio EUR in den SEPA-Raum gesendet.

Das neue, in allen Ländern des Euro-raums einheitliche SEPA-Lastschriftverfahren (SEPA Direct Debit – SDD) wird voraussichtlich ab November 2009 flächendeckend in den SEPA-Ländern eingeführt und die bisher ausschließlich im Inland angebotenen Einzugs- und Lastschriftverfahren sukzessive ablösen. Ein Vorteil für den Kunden wird darin bestehen, dass es künftig eine Widerspruchsfrist (aus beliebigen Gründen) von europaweit einheitlich acht Wochen ab Belastungsdatum geben wird. In Österreich ist derzeit im Rahmen der Einzugsermächtigung die Einspruchsfrist mit sechs Wochen beschränkt. Hat der Kunde überhaupt kein Mandat erteilt oder ist dieses ungültig, so hat er sogar bis zu 13 Monate nach der Belastung die Gelegenheit zu widerrufen. Neu ist auch, dass jede

Die SEPA-Überweisung

Die SEPA-Lastschrift

**SEPA-Karten –
Umstellung
in Österreich**

Lastschrift mit einem Fälligkeitstermin versehen wird und der Zahlungspflichtige über den exakten Tag der Kontobelastung Bescheid weiß.

Die Umstellung auf mit dem EMV-Standard¹ konforme Debit- und Kreditkarten wurde in Österreich bereits im Jahr 2004 begonnen und ist, mit Ausnahme der Kreditkarten von Diners Club und American Express, die zeitgerecht nach einem internationalen Plan umstellen werden, bereits abgeschlossen. Bei den zentral verwalteten Foyerbankomaten wurden die erforderlichen Schritte gesetzt, sodass diese plangemäß bis zum Jahr 2010 umgestellt werden können. Alle POS-Terminals² wurden bereits durch neue Geräte ersetzt bzw. werden durch Softwareaktualisierungen bis spätestens zum Jahr 2010 aufgerüstet.

Die SEPA-Standardisierungen ermöglichen mehr Wettbewerb im Kartenzahlungsverkehr. So haben im Jahr 2007 die österreichischen Kartenorganisationen Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme GmbH und VISA-SERVICE Kreditkarten AG nicht nur ihre Firmennamen in PayLife Bank GmbH und in card complete Service Bank AG geändert, sondern auch jeweils ihr Produktportfolio um VISA- bzw. MasterCard-Produkte erweitert. Auf Drängen der Europäischen Kommission ist weiters eine Entflechtung der Eigentümerstruktur von PayLife und card complete in Umsetzung, da einige österreichische

Banken an beiden Gesellschaften beteiligt sind und somit der Wettbewerb laut Europäischer Kommission potenziell behindert werde.

Ein weiteres Resultat der europäischen SEPA-Initiative im Kartenzahlungsverkehr ist die Gründung der Euro Alliance of Payment Schemes (EAPS) am 7. November 2007. Als Alternative zu VISA und MasterCard setzt sich dieses europaweite Kartennetzwerk mit Sitz in Brüssel aktuell aus sechs nationalen Kartenorganisationen³ mit einem Volumen von 222 Millionen Karten sowie über 189.000 Geldausgabeautomaten zusammen. Die Teilnahme an EAPS steht jedem Zahlungssystem als Issuer und/oder Acquirer offen, sofern die entsprechenden SEPA-Kriterien erfüllt werden und eine wechselseitige Akzeptanz der Produkte aller Teilnehmer ermöglicht wird. Die Schaffung alternativer Kartensysteme⁴ zu VISA und MasterCard wird vom Europäischen System der Zentralbanken begrüßt.

**Wesentliche Beiträge
der OeNB zur erfolgreichen
SEPA-Einführung**

Mit ihrem seit November 2003 erfolgreich betriebenen Zugang zum paneuropäischen Clearinghaus STEP2 etablierte sich die OeNB bereits frühzeitig und nachhaltig als kompetenter Partner heimischer Banken in der zunehmend integrierten europäischen Zahlungsverkehrslandschaft. Die technische und be-

¹ Die Buchstaben EMV stehen für die drei Gesellschaften, die den Standard entwickelten: Europay, MasterCard und VISA.

² Umgangssprachlich als Bankomatkassa bezeichnet; POS: Point of Sale.

³ Es handelt sich hierbei um COGEBAN für Pago Bancomat Scheme und Bancomat Scheme (IT), EPCS European Payment Card Solution GmbH für das Electronic Cash Scheme sowie das Deutsche Geldautomatensystem (DE), EUFISERV s.c.r.l., für europaweite Bankomatabwicklung (mit Sitz in Brüssel), EURO 6000 S.A., Zahlungskartenscheme (ES), LINKInterchange Network Ltd., Bankomatabwicklung (UK) und SIBS (Sociedade Interbancária de Serviços S.A.) für Multibanco (PT).

⁴ Ein Kartenscheme legt die technischen, rechtlichen und kommerziellen Regeln, die zur Abwicklung einer bestimmten Kartenmarke, wie z. B.: VISA, MasterCard etc., nötig sind, fest.

Richtlinie über Zahlungsdienste auf dem Binnenmarkt

Entstehung der Richtlinie: Am 1. Dezember 2005 wurde ein Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission unter dem Namen *New Legal Framework*, der später in *Payment Services Directive (PSD)* umbenannt wurde, veröffentlicht. Ziel war es, die Basis für einen einheitlichen Rechtsrahmen für Zahlungsdienste im europäischen Binnenmarkt (SEPA) zu schaffen. Dies war nötig, da die Zahlungsverkehrsmärkte der EU, die bisher aufgrund ihrer nationalen Ausrichtung unterschiedlich organisiert waren, u. a. auch auf zuletzt 27 verschiedenen Rechtssystemen basierten. Nach der Einigung über die Inhalte der Richtlinie, erfolgten Ende 2007 die letzten formalen Schritte zur Veröffentlichung des finalen Richtlinien texts im Amtsblatt der Europäischen Union am 5. Dezember 2007.¹ Die Mitgliedstaaten sind nun angehalten, die Richtlinie bis zum 1. November 2009 in nationales Recht umzusetzen.

Der **Geltungsbereich der PSD** erstreckt sich auf Zahlungsdienste innerhalb der EU, die in Euro oder in der Währung eines anderen Mitgliedstaats außerhalb des Euroraums geleistet werden. Wesentliche Inhalte sind neben der Schaffung einer neuen Kategorie von Zahlungsdienstleistern auch Regelungen bezüglich der Transparenz der Vertragsbedingungen, der Informationspflichten, der Rechte und Pflichten von Zahlungsdienstleistern und Konsumenten sowie Bestimmungen zur Ausführung von Transaktionen.

Die **neue Kategorie von Zahlungsdienstleistern**, die im Hinblick auf die Wettbewerbsförderung geschaffen wurde, ist jene der Zahlungsinstitute. Diese dürfen ähnliche Dienste wie Kreditinstitute anbieten und unterliegen je nach ausgeführter Tätigkeit, dem jeweiligen Risiko entsprechend, einem abgestuften Aufsichtsregime.² Mit den **Regelungen zur Transparenz der Vertragsbedingungen** und den **Informationspflichten**, denen die Zahlungsdienstleister unterliegen, wird u. a. eine erhöhte Vergleichbarkeit der angebotenen Dienste für den Kunden gewährleistet. Unter die **Bestimmungen über Rechte und Pflichten** von Zahlungsdienstleistern und Zahlungsdienstempfängern fällt z. B. die neue Haftungsregelung, wonach der Kunde bei Verlust oder Diebstahl seines Zahlungsinstruments nur noch bis zu 150 EUR haftet, wenn von seinem Konto nicht genehmigte Zahlungen erfolgen.³ Eine neue Regelung tritt für die **Ausführungszeit** von Zahlungsaufträgen in Kraft. Demnach wird die Ausführungszeit für eine Überweisung ab dem Jahr 2012 nur noch einen Bankgeschäftstag betragen dürfen, d. h., die Kunden werden nach einer maximalen Abwicklungszeit von nur einem Bankgeschäftstag über den Überweisungsbetrag verfügen können. Bis zum 1. Jänner 2012 gilt jedoch die Übergangsregelung von einer maximalen Ausführungszeit von drei Bankgeschäftstagen.

Umsetzung der PSD: Da es für die Realisierung von SEPA und für das Funktionieren des Zahlungsverkehrsbinnenmarktes unerlässlich ist, dass die Richtlinie rasch und in einheitlicher Weise in allen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt wird, unterstützen die Dienststellen der Europäischen Kommission die Mitgliedstaaten bei der Implementierung dahin gehend, dass sie seit Beginn des Jahres 2008 regelmäßige Implementierungsworkshops mit den zuständigen Vertretern der nationalen Ministerien in Brüssel abhalten. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, das gemeinsame Verständnis über den Richtlinien text zu gewährleisten und mögliche Interpretationsfragen rechtzeitig zu klären.

¹ Amtsblatt der Europäischen Union L 319/1.

² Etwa bei Anfangs- und Eigenkapitalanforderungen oder bei Bestimmungen zur Sicherung der Kundengelder.

³ Dies gilt nur insofern, als er nicht grundsätzlich gegen seine Sorgfaltspflichten verstoßen hat.

triebswirtschaftliche Attraktivität des OeNB-STEP2-Zugangs unterstreicht der mit rund 130 Banken aus sieben Ländern breite Nutzerkreis, für den die OeNB im Jahr 2007 täglich durchschnittlich 26.000 Einzelüberweisun-

gen im Gegenwert von 78,6 Mio EUR pro Tag abgewickelt hat.

Lag der Fokus der Erstimplementierung des STEP2-Services im Jahr 2003 vornehmlich auf einer effizienten und sicheren Abwicklung von grenzüber-

schreitenden Euro-Zahlungen im Sinne der EU-Verordnung 2560/2001,⁵ so wurden in den darauffolgenden Jahren die neuen Anforderungen aus dem einheitlichen Zahlungsverkehrsraum SEPA berücksichtigt und mit der sogenannten SEPA-Überweisung das erste Zahlungsinstrument entwickelt, das die einschlägigen Anforderungen fachlich und technisch umfassend berücksichtigt. Am 25. Jänner 2008 – zum frühest möglichen Zeitpunkt – erweiterte die OeNB ihr STEP2-Angebot um eben jene SEPA-Überweisung, die einen wesentlichen Meilenstein in der endgültigen Integration des europäischen Zahlungsverkehrsraums darstellt. Umfangreiche Testaktivitäten, die gemeinsam mit den nutzenden Kreditinstituten und Rechenzentren durchgeführt wurden, trugen maßgeblich zur Qualitätssicherung im Sinne einer stabilen Interbankenzahlungsverkehrsabwicklung bei.

Clearingplattform
STEP.AT in Betrieb
genommen

Am 2. Juli 2007 nahm die OeNB unter der Bezeichnung STEP.AT eine Clearingplattform für regionale Interbankenzahlungen in Betrieb, die den Finanzplatz an die europaweit gängige Praxis einer multilateralen Zahlungsverkehrsabwicklung über zentrale Schnittstellen heranführen wird. STEP.AT wird neben den bislang im heimischen Zahlungsverkehr gebräuchlichen Formaten auch die neuen SEPA-Instrumente verarbeiten und komplettiert somit das Zahlungsverkehrsproduktportfolio der OeNB. Des Weiteren stellt die SEPA-konforme Abwicklung im regionalen Zahlungsverkehr einen wichtigen Beitrag zur geplanten Ablöse proprietärer Formate dar.

TARGET2 ist
gestartet

Mit den beiden SEPA-konformen Diensten STEP2-Zugang und STEP.AT eröffnet die OeNB der heimischen Kre-

ditwirtschaft die Möglichkeit, Synergien bei der Umsetzung neuer Herausforderungen im Zahlungsverkehr zu nutzen, und erfüllt dadurch ihren gesetzlichen Auftrag zur Gewährleistung eines effizienten und sicheren Zahlungsverkehrs.

TARGET2: Euro-Zahlungsverkehr wird noch sicherer

TARGET2 ist ein Zahlungsverkehrssystem zur Abwicklung von Zahlungen in Echtzeit, das überwiegend für Großbetragszahlungen in Euro zwischen Banken genutzt wird. TARGET2 wird vom Eurosystem betrieben und steht unter der Verantwortung des EZB-Rats. Drei Zentralbanken des Eurosystems (Banca d'Italia, Banque de France und Deutsche Bundesbank) stellen gemeinsam die technische Infrastruktur für TARGET2, die Single Shared Plattform (SSP), zur Verfügung und betreiben diese im Namen des Eurosystems.

TARGET2 bietet den Kreditinstituten eine einheitliche Plattform mit gleichen technischen Zugangsmöglichkeiten im gesamten Euroraum und erweiterten Möglichkeiten des Liquiditätsmanagements. Die rechtlichen Rahmenbedingungen wurden europaweit harmonisiert. Die einheitliche technische Plattform bietet eine einheitliche Preisstruktur und gleiche Dienstleistungen an. Direkt teilnehmenden Banken ist es möglich, ihren Zahlungsverkehr im gesamten Euroraum zu den gleichen Bedingungen abzuwickeln.

Am 19. November 2007 wurde der TARGET2-Betrieb in den Ländern der ersten Migrationsgruppe (Deutschland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Slowenien und Zypern) gestartet. Die OeNB und die österreichi-

⁵ Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro.

sche Bankengemeinschaft gehören somit zu den Pionieren dieses Systems. Die Verlagerung des österreichischen Zahlungsverkehrs auf die SSP war eine technische und organisatorische Aufgabe von hoher Komplexität. Dank der ausgezeichneten Zusammenarbeit im Vorfeld der Migration, v. a. im Rahmen des nationalen Migrationsteams, konnte der Umstieg von der OeNB und der österreichischen Bankengemeinschaft erfolgreich bewältigt werden.

Am 18. Februar 2008 folgte die Anbindung der Länder der zweiten Migrationsgruppe an TARGET2 (Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, die Niederlande, Portugal und Spanien). Für den 19. Mai 2008 ist der Beitritt der dritten und letzten Gruppe geplant (Dänemark, Estland, Griechenland, Italien, Polen und die EZB).

Nach Anschluss aller Teilnehmerländer wird mit einem Transaktionsvolumen von über 2.300 Mrd EUR pro Tag gerechnet. Um eine dem entsprechende Sicherheit bieten zu können, verfügt TARGET2 über zwei Rechenzentren in europäischen Ländern. Jedes dieser Rechenzentren verfügt nochmals über ein gleichwertiges, separates Ausfallzentrum. Mit dieser Struktur kann für den europäischen Zahlungsverkehr ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet werden.

Der Umstieg auf TARGET2/SSP war eine der größten Innovationen der OeNB und stellt im europäischen Kontext einen wesentlichen Meilenstein auf dem Weg zum harmonisierten Euro-Zahlungsverkehr dar. Durch die frühe Teilnahme an TARGET2 konnte die Entwicklung des neuen Systems durch Experten der OeNB entscheidend mitgestaltet werden. Dadurch war es möglich, die Bedürfnisse des österreichischen Marktes auf europäischer Ebene wirkungsvoll zu vertreten und den Finanzplatz Österreich zu stärken.

Während und auch nach Abschluss der Migrationsphase übernimmt die OeNB wichtige Aufgaben im Rahmen von TARGET2. So bleibt die OeNB als nationaler Helpdesk wichtigster Ansprechpartner für die österreichischen Banken. Die Durchführung bestimmter Geschäftsbereiche wie Mindestreserve und Bargeldversorgung und die Verwaltungskompetenz für die Konten der heimischen Banken verbleibt weiterhin bei der OeNB. Die Weiterentwicklung von TARGET2 und die Vertretung der Interessen des österreichischen Marktes sind auch in Zukunft wichtige Aufgaben der OeNB.

TARGET2-Securities – neue technische Plattform für effizientere Wertpapierabwicklung

Mit der Initiative TARGET2-Securities (T2S) verfolgt das Eurosystem das Ziel, die Wertpapierabwicklung in Zentralbankgeld insbesondere im Euroraum zu harmonisieren. Durch die Konzentration von Wertpapier- und Zentralbankgeldkonten auf einer technischen Plattform sollen Wertpapierzentralverwahrer unterstützt werden, einen in den Grundfunktionen einheitlichen, neutralen und grenzüberschreitenden Ausgleich von Wertpapieren und Zahlungen (Settlement) anbieten zu können. In T2S würde es in der Abwicklung keine Unterscheidung zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Wertpapiertransaktionen geben. T2S beschleunigt die Integration und Harmonisierung der dem Wertpapierhandel nachgelagerten Finanzdienstleistungen.

Im Jahr 2007 hat das Eurosystem in enger Kooperation mit den Marktteilnehmern, insbesondere mit den Zentralverwahrern und deren Kunden, einen umfassenden Entwurf zu den Kundenanforderungen an T2S erarbeitet, der im Rahmen einer öffentlichen Marktkonsultation kommentiert wer-

**Entscheidungs-
findung
T2S-Umsetzung**

den konnte. Nach Einarbeitung der Rückmeldungen von den Marktteilnehmern soll die finale Version der Kundenanforderungen gemeinsam mit einer aktualisierten Studie über die Wirtschaftlichkeit von T2S im Sommer 2008 im EZB-Rat diskutiert werden. Danach wird gegebenenfalls die nächste Projektphase, nämlich die Umsetzungsphase, eingeleitet. Die Entscheidung für eine Umsetzung von T2S setzt die Unterstützung der T2S-Initiative durch die Marktteilnehmer voraus.

Zur Information der österreichischen Marktteilnehmer und für die Abstimmung von österreichischen Positionen zu T2S mit den Marktteilnehmern hat die OeNB eine National User Group (NUG) gegründet. Zusätzlich werden in den regelmäßig stattfindenden NUG-Sitzungen die nationalen Besonderheiten und die nationalen Anforderungen an T2S gemeinsam mit dem österreichischen Zentralverwahrer (Österreichische Kontrollbank) und den österreichischen Kreditinstituten diskutiert.

Auf der im Jahr 2007 neu eingerichteten T2S-Internetseite der OeNB (www.t2s.at) werden Informationen zu T2S, u. a. auch alle Dokumente, die einer öffentlichen Marktkonsultation unterzogen werden, zur Verfügung gestellt.

Entwicklung der OeNB-Tochtergesellschaften im Zahlungsverkehr

Die OeNB hat am 26. September 2007 mit dem griechischen Konzern Inform P. Lykos S.A. (Lykos) eine Vereinbarung zur Übernahme von 85 % der Anteile an AUSTRIA CARD Plastikarten und Ausweissysteme GmbH (Austria

Card) durch eine Lykos-Tochtergesellschaft getroffen. Die Anteilsübertragung wurde mit 1. Jänner 2008 wirksam, wobei die OeNB mit 15 % an Austria Card beteiligt bleibt. Die Minderheitsbeteiligung der OeNB unterstreicht das Bekenntnis der beiden Eigentümer, die Austria Card als strategischen Zulieferer für die österreichischen Banken und Bankengruppen auf dem Standort Wien zu erhalten und weiter zu entwickeln. Zusätzlich haben sich beide Eigentümer darauf verständigt, die führende Position in Zentral- und Osteuropa zu halten. Der Standort Wien ist seitens der Lykos-Gruppe als Hauptsitz für das Bankkartengeschäft in Zentral- und Osteuropa vorgesehen. Gemeinsame Anstrengungen der Lykos-Gruppe und der Austria Card in Forschung und Entwicklung sollen sicherstellen, dass die derzeitigen Austria Card-Kunden auch weiterhin hochwertige Produkte und Dienstleistungen auf dem neuesten Stand der Technik beziehen können.

Im Rahmen der Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH wurde im Jahr 2005 das Austrian Payments Council (APC) gegründet. Im APC koordinieren die österreichischen Kreditinstitute, die OeNB, die Sparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer Österreich und der Verband der österreichischen Banken und Bankiers gemeinsam die Umsetzung von SEPA in Österreich. Im Jahr 2007 bestand die Hauptaufgabe des APC darin, die SEPA-Zahlungsinstrumente optimal in die österreichische Zahlungsverkehrslandschaft einzubetten.

OeNB sorgt für einen effizienten und sicheren Bargeldkreislauf

Der Euro-Bargeldumlauf steigt weiter

Der gesamte Euro-Bargeldumlauf belief sich Ende 2007 auf 12,1 Milliarden Banknoten im Wert von 676,6 Mrd EUR und 75,8 Milliarden Münzen im Wert von 19,2 Mrd EUR. Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2006 eine Wertsteigerung des Banknotenumlaufs um 7,7% und des Münzumschs um 7,6%. Der gesamte Euro-Bargeldumlauf betrug somit 695,9 Mrd EUR. Bereits um die Jahreswende 2006/07 hat der Euro den US-Dollar im Bargeldumlauf (in Euro gerechnet) übertrifft. Ein wichtiger Grund für die weiter steigende Nachfrage nach Euro-Bargeld ist die Etablierung des Euro auch außerhalb des Euroraums als Transaktions- und Anlagewährung.

Bargeldsicherheit und effizienter Bargeldkreislauf in Österreich

Der Euro ist das gesetzliche Zahlungsmittel für den gesamten Euroraum. Aus diesem Grund kann der nationale

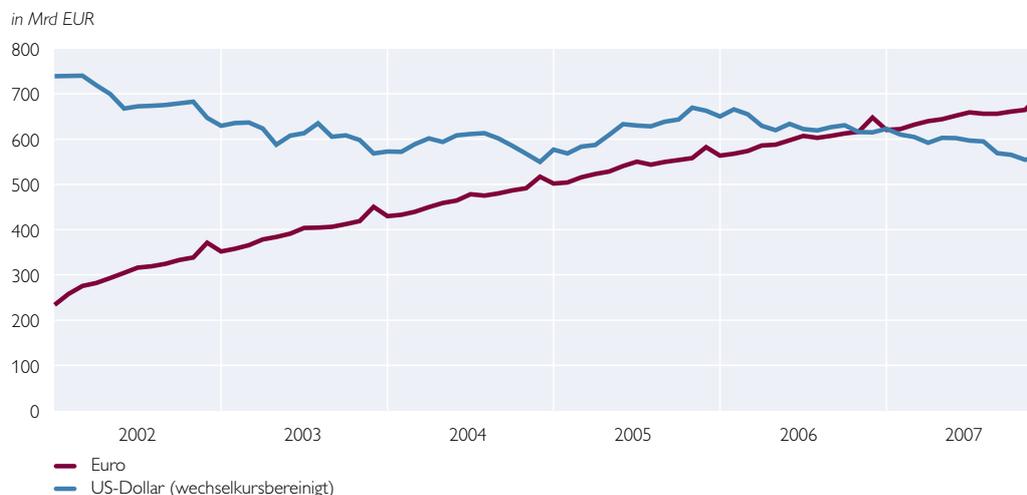
Banknotenumlauf eines bestimmten Mitgliedstaats nur auf Basis der Wirtschaftsleistung und der Präferenz für bare oder unbare Zahlungsmittel geschätzt werden. Schätzungen der OeNB zufolge befinden sich in Österreich etwa 330 bis 350 Millionen Stück Banknoten im Umlauf. Dies entspricht einem Wert von rund 16 bis 17 Mrd EUR.

Der Trend der vergangenen Jahre, wonach mehr Banknoten nach Österreich fließen als von Österreich in den restlichen Euroraum bzw. in andere Länder, hält weiter an. Dies trifft insbesondere bei den 20 und 50 Euro-Banknoten zu. Gründe dafür sind die geografische Nähe zu Ländern, die nicht dem Euroraum angehören, die starke Präsenz österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa sowie die Bedeutung Österreichs als Tourismusland. Diese Banknotenzuflüsse führen zu steigenden Banknotenbeständen in den Tresoren der OeNB, die – nach entsprechender Bearbeitung – wieder

Bargeldumlauf im Euroraum und in Österreich

Grafik 21

Euro- und US-Dollar-Bargeldumlauf



innerhalb des Euroraums verteilt werden müssen. Auf diese Weise trägt die OeNB zur Effizienz der Bargeldversorgung im Euroraum bei.

Die Positionierung der OeNB als Kompetenz- und Logistikzentrum bzw. als Drehscheibe für Bargeld wurde durch die Ausweitung der strategischen Bargeldreserven für das Eurosystem bestätigt. Auch nach Abschluss der Euro-Einführung in Slowenien wurde die erfolgreiche Kooperation zwischen der slowenischen Zentralbank, Banka Slovenije, und der OeNB weiter fortgeführt. Aufgrund der geografischen Lage Österreichs, der Expertise der OeNB in der Bargeldlogistik und insbesondere der Zusammenarbeit mit Slowenien wurde der Erfahrungs- und Informationsaustausch mit der Národná banka Slovenska vor dem Hintergrund der geplanten Euro-Einführung in der Slowakei am 1. Jänner 2009 intensiviert.

Eine zentrale Rolle in den Bemühungen der OeNB um Bargeldsicherheit spielt die Bargeldbearbeitung. Um eine hohe Umlaufqualität der Banknoten zu erreichen, wurden vom Eurosystem Mindestanforderungen festgelegt, die im Rahmen der Bearbeitung bzw. Sortierung der Banknoten ange-

wendet werden. Diese inkludieren eine umfangreiche Liste von Merkmalen, wie Verschmutzung, Risse, Löcher, Verknitterung, Lappigkeit, Falten oder Entfärbung. Werden die Mindeststandards nicht erreicht, wird die Banknote automatisch vernichtet. Je besser der Zustand einer Banknote ist, desto leichter lassen sich von der Bevölkerung die Sicherheitsmerkmale überprüfen. Im Jahr 2007 wurden von den Sortiermaschinen der OeNB und der Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) etwa 1,2 Milliarden Banknoten bearbeitet. Das entspricht dem Niveau des Jahres 2006.

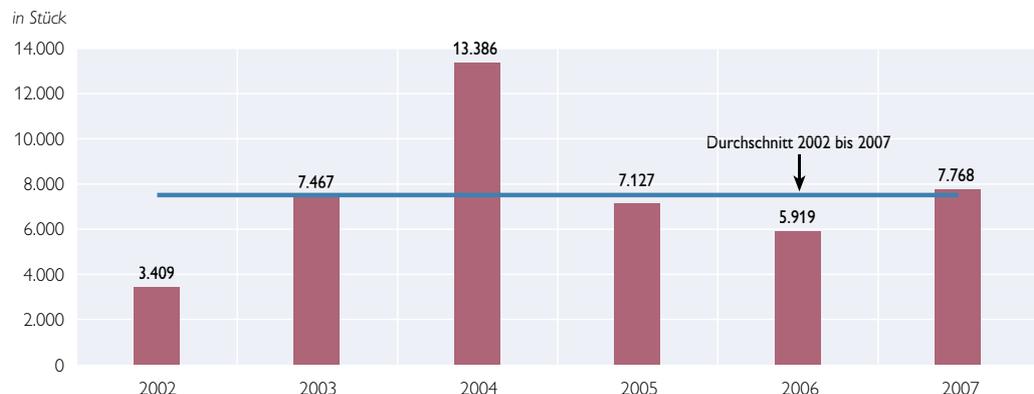
Trotz des stetig steigenden Banknotenumlaufs im Euroraum hat sich die Anzahl der entdeckten Fälschungen europaweit auch im Jahr 2007 leicht verringert. Die Gesamtzahl der Euro-Fälschungen ging um 0,6% auf 561.000 Stück zurück. Im gleichen Zeitraum wurden in Österreich 7.768 Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Dies stellt zwar einen Anstieg gegenüber dem Jahr 2006 dar, liegt jedoch im langjährigen Durchschnitt von etwa 7.500 Fälschungen pro Jahr. Zum Vergleich: Im Lauf des Jahres 2007

Anzahl der Fälschungen auf konstantem Niveau

Geplante Euro-Einführung in der Slowakei

Grafik 22

Fälschungen aus dem Euro-Bargeldumlauf in Österreich



Quelle: OeNB.

wurden insgesamt knapp über 1 Milliarde Banknoten von der OeNB ausgegeben und über 1,2 Milliarden Banknoten eingeliefert.

Die am häufigsten gefälschte Banknote in Österreich war mit einem Anteil von 32 % die 100 Euro-Banknote, gefolgt von der 50 Euro-Banknote mit 28,8 % und der 200 Euro-Banknote mit 26,4 %. Durch den starken Anstieg bei den höheren Kategorien erhöhte sich der durch Fälschungen entstandene Schaden auf 881.655 EUR.

Trotz modernster Reproduktionstechniken der Fälscher ist es jedem Bargeldnutzer nach wie vor möglich, durch die einfachen Prüfschritte FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN eine Fälschung auch ohne technische Hilfsmittel zu erkennen. Dadurch sollte die Gefahr, mit einer Fälschung konfrontiert zu werden, gering bleiben.

Damit dieses Wissen um die Sicherheitsmerkmale einer möglichst breiten Öffentlichkeit vermittelt werden kann, wurde im vierten Quartal 2007 eine Kooperation mit mehreren österreichischen Radiosendern gestartet. In den ausgestrahlten Sendungen standen die Euro-Sicherheitsmerkmale im Mittelpunkt. Der Erfolg der Maßnahme konnte direkt am Fälschungsaufkommen im Vorweihnachtsgeschäft, das im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedriger war, verfolgt werden.

Neben diesen speziellen Aktionen in den breitenwirksamen Medien wurde im Jahr 2007 die gezielte Schulung von Bargeldexperten (Kassiere in Banken und im Handel, Exekutive etc.) weiter ausgebaut. Dieses kostenlose Angebot der OeNB und ihrer Zweiganstalten in den Bundesländern wurde von der Bevölkerung mit großem Interesse angenommen. Insgesamt konnten in den letzten vier Jahren über 30.000 Menschen in solchen Schulungen erreicht werden.

OeNB-Testzentrum leistet wichtigen Beitrag zur Bargeldsicherheit

Technische Hilfsmittel, wie Banknotenprüfgeräte, Zähl- und Sortiermaschinen, Cash-Recycling-Systeme sowie Münzzählgeräte, helfen, die Echtheit von Banknoten und Münzen schnell und zuverlässig zu prüfen. Damit jedoch diese Geräte Falschgeld lückenlos identifizieren können, müssen auch sie Prüfungen unterworfen und ihre Software regelmäßig aktualisiert werden. Entsprechend den Vorgaben der EZB bietet das OeNB-Testzentrum in Wien kostenlos Gerätetests für Hersteller an. Die Ergebnisse werden auf den Websites der EZB und der OeNB publiziert. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 83 Geräte getestet. Darunter waren acht neu entwickelte Geräte (Prototypen). Inzwischen ist das OeNB-Testzentrum bei der Überprüfung von Bargeldbearbeitungsmaschinen und beim Test der dazugehörigen Sensorik über die Grenzen Österreichs hinaus anerkannt. So ließen Teststeller nicht nur aus Österreich, sondern u. a. auch aus Italien, Schweden, der Schweiz, den USA, der Volksrepublik China oder Japan ihre Geräte und Sensoren im OeNB-Testzentrum überprüfen. In Zusammenarbeit mit der Münze Österreich Aktiengesellschaft wurden im Jahr 2007 erstmals auch Münzbearbeitungsgeräte in die Tests aufgenommen.

Neben den nationalen Zentralbanken sind im Euroraum auch Kreditinstitute und andere professionelle Bargeldakteure (wie z. B. Wechselstuben) grundsätzlich berechtigt, aus dem Umlauf stammende Euro-Banknoten wieder auszugeben. Um die Fälschungssicherheit und die Umlauffähigkeit sicherzustellen und eine einheitliche Grundlage für den gesamten Euroraum zu bieten, erstellte die EZB einen Handlungsrahmen für die Falschgeldererkennung und

Vermittlung der Sicherheitsmerkmale an die Bevölkerung

OeNB-Testzentrum ist international anerkannt

die Sortierung von Banknoten nach Umlauffähigkeit. Der Handlungsrahmen gewährleistet, dass Kreditinstitute und andere professionelle Bargeldakteure die Euro-Banknoten nur dann wieder an ihre Kunden auszahlen, wenn die Banknoten zuvor auf ihre Umlauffähigkeit und Echtheit geprüft wurden. Diese Prüfungen können entweder durch Banknotenbearbeitungsautomaten, die von einer nationalen Zentralbank getestet wurden, oder durch entsprechend geschultes Personal erfolgen.

In Österreich wurde durch die Unterzeichnung eines Abkommens mit den österreichischen Bankenverbänden die Umsetzung des EZB-Handlungsrahmens im Jahr 2007 abgeschlossen. Österreich war somit in der ersten Gruppe der Länder im Euroraum, die den Handlungsrahmen umgesetzt haben. Dass die Umsetzung keine einfache Aufgabe ist, zeigt die Tatsache, dass manche Länder des Euroraums längere Übergangsfristen beantragt haben. Kreditinstitute und andere professionelle Bargeldakteure, die Banknotenbearbeitungsautomaten zum Zweck der Wiederausgabe im Einsatz haben, sind

gemäß dem Abkommen verpflichtet, regelmäßig Daten über ihre Wiederausgabeaktivitäten bereitzustellen. Als eine der ersten Zentralbanken des Eurosystems konnte die OeNB Daten gemäß dem Handlungsrahmen an die EZB übermitteln.

OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr

Die *Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH* (OeBS) ist in Österreich für den Druck von Banknoten und die Entwicklung von Sicherheitsmerkmalen zuständig. Eigentümerin der OeBS ist zu 100% die OeNB. Im Eurosystem übernimmt die OeBS den Druck jenes Anteils am jährlichen Produktionsvolumen der Euro-Banknoten, der Österreich aufgrund des Kapitalschlüssels zugeschrieben ist.

Im Jahr 2007 produzierte die OeBS 231,3 Millionen 10 Euro-Banknoten (18% der gesamten Produktion dieser Banknote im Euroraum für das Jahr 2007). Auch im Jahr 2008 übernimmt die OeBS wieder einen Teil der Produktion der 10 Euro-Banknote.

Umsetzung des Handlungsrahmens für die Falschgelderkennung und die Sortierung nach Umlauffähigkeit abgeschlossen

Banknotenproduktion in Österreich

Grafik 23

OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr

 <p>Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (100%)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Banknoten- und Sicherheitsdruck • Handel mit Druckerzeugnissen • Forschungs- und Entwicklungsleistungen 	 <p>GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (91,4%)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geldbearbeitung • Versorgung mit und Entsorgung von Banknoten und Münzen • Logistik 	 <p>Münze Österreich Aktiengesellschaft (100%)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prägung, Inverkehrsetzung und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen • Erzeugung und Verkauf von Gegenständen aus unedlen Metallen • Engineering- und Consultingleistungen
--	---	--

Die *GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA)* ist mit der Geldbearbeitung, der Ver- und Entsorgung von Banknoten und Münzen und dem Valutenhandel befasst. Mehrheits-eigentümerin der GSA ist mit derzeit 91,4% die OeNB. 8,6% halten v. a. österreichische Geschäftsbanken. Durch diese Zusammenarbeit zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken konnten Skalenerträge erzielt werden. Damit trägt die GSA in ihrer Funktion als Serviceeinrichtung für den Zahlungsverkehr zur gesamtwirtschaftlichen Effizienz der Bargeldversorgung bei. Mit der Euro-Einführung in Slowenien am 1. Jänner 2007 hat die GSA ihre Aktivitäten über die Grenzen Österreichs hinaus ausgeweitet. Heute zählen auch slowenische Unternehmen zu den Kunden der GSA.

Die *Münze Österreich Aktiengesellschaft* ist mit der Prägung, Inverkehrsetzung und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen sowie mit der Erzeugung und dem Verkauf von Produkten aus edlen und unedlen Metallen befasst. Eigentümerin der Münze Österreich ist zu 100% die OeNB. Im Jahr 2007 übernahm die OeNB 456 Millionen Stück von der Münze Österreich produzierte und für den Umlauf bestimmte Euro-Münzen im Gegenwert von 83,2 Mio EUR.

Münzproduktion
in Österreich

Präklusivtermin „Josef Ressel“

Am 31. August 2007 endete die Präklusivfrist der 500 Schilling-Banknote mit dem Porträt von Josef Ressel. Diese Banknote wurde im Jahr 1966 erstmals ausgegeben. Vor nunmehr bereits 20 Jahren, am 31. August 1987, verlor sie ihre Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel.

Kasten 12

Banknoten mit zeitlich begrenztem Umtausch (Präklusivfristen)



Notenkategorie: **50** (III. Form)
Porträt Vorderseite: **Ferdinand Raimund**
Ausgabedatum: 15. Februar 1972
Präklusivtermin: 31. August 2008



Notenkategorie: **20** (IV. Form)
Porträt Vorderseite: **Carl Ritter von Ghega**
Ausgabedatum: 4. November 1968
Präklusivtermin: 30. September 2009



Notenkategorie: **500** (III. Form)
Porträt Vorderseite: **Otto Wagner**
Ausgabedatum: 20. Oktober 1986
Präklusivtermin: 20. April 2018



Notenkategorie: **1.000** (IV. Form)
Porträt Vorderseite: **Erwin Schrödinger**
Ausgabedatum: 14. November 1983
Präklusivtermin: 20. April 2018

Für alle weiteren Schilling-Banknoten gibt es keine Präklusivfristen mehr.

Letztlich fanden insgesamt 361.672 Stück dieser Banknote nicht mehr den Weg zur OeNB zurück. Der Gegenwert der ausständigen Banknoten von umgerechnet 13,1 Mio EUR wurde dem Bundesministerium für Finanzen überwiesen.

In den nächsten Jahren endet bei vier weiteren Banknoten die Präklusivfrist. Es handelt sich dabei um Banknoten, die bereits vor der Euro-Einführung ihre gesetzliche Zahlungskraft verloren hatten. Die Schilling-Münzen und Schilling-Banknoten der letzten Serie können ohne zeitliches Limit gratis bei der OeNB und ihren Zweiganstalten sowie beim Euro-Bus getauscht werden.

**Nächster
Präklusivtermin
„Ferdinand
Raimund“**

Die nächste zur Präklusion aufgerufene Banknote ist die 50 Schilling-Banknote mit dem Porträt von Ferdinand Raimund. Sie wurde 1972 erstmals ausgegeben und verlor 1988 ihre Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel. Per 31. Dezember 2007 waren noch 2.650.641 Stück mit einem Gegenwert von rund 9,6 Mio EUR ausständig.

Sechste Euro-Tour in Österreich

Bereits zum sechsten Mal war der Euro-Bus im Jahr 2007 in ganz Österreich unterwegs, um noch ausstehende Schilling-Banknoten und -Münzen gratis in Euro zu tauschen und die österreichische Bevölkerung über den Euro und seine Sicherheitsmerkmale zu informieren. Vom 1. Juni bis 31. August 2007 machte der Euro-Bus an insgesamt 70 Stationen in allen österreichischen Bundesländern Halt. Das europaweit einmalige Dienstleistungs- und Informationsangebot wurde wiederum gut von der Bevölkerung angenommen.¹ Durch die Vermittlung der Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten leistet der Euro-Bus auf einfache und effektive Weise auch einen wichtigen Beitrag zur Bargeldsicherheit in Österreich.

36.070 Österreicher nutzten die Möglichkeit, ihre letzten Schilling-Bestände bei der Euro-Tour 2007 zu tauschen. Insgesamt wurden dabei knapp 54 Mio ATS in Euro gewechselt.

¹ Siehe dazu auch Mayerhofer, S. 2007. Erfolgreiche Bilanz der Euro-Tour 2007. In: Statistiken – Daten & Analysen Q4/07. Wien: OeNB. 51–55.

Kommunikation der OeNB mit Fokus auf Transparenz und Wissensvermittlung

Informationskampagne zu geldpolitischen Kernaufgaben

Die Öffentlichkeitsarbeit der OeNB dient einerseits dazu, die österreichische Bevölkerung über die Geldpolitik des Eurosystems – Ziel, Strategie und laufende Maßnahmen – zu informieren und andererseits die Aufgaben der OeNB als integraler Bestandteil des Eurosystems zu vermitteln.

Im ersten Halbjahr 2007 setzte die OeNB die Informationsarbeit zu ihren geldpolitischen Kernaufgaben fort. Im Zentrum standen erneut die großen Aufgabenbereiche der Preisstabilität und der Finanzmarktstabilität. Als Vermittlungsmaßnahmen wurden neben Themenanzeigen auch Print- und Radiokooperationen eingesetzt. Der Mix aus Print und Radio diente in diesem Zusammenhang der Reichweitenoptimierung.

Die fünf bereits im Jahr 2006 verwendeten Themenanzeigen und die dazugehörigen kurzen Teaserinserate wurden neu gestaltet. Zusätzlich wurde auch das Eurosystem thematisiert. Diese Inserate wurden in den großen öster-

reichischen Regionalzeitungen, der überregionalen Tagespresse und in den Wirtschaftsmagazinen geschaltet.

Um die Wirkung der Teaser und Themenanzeigen zu verstärken, folgte vor dem Sommer 2007 eine Serie von inhaltlich analogen Medienkooperationen im Wirtschaftsteil der großen österreichischen Tageszeitungen in Form von Anzeigen bzw. Advertorials, die zwischen Mai und Juni 2007 publiziert wurden. Die damit erzielte Reichweite lag bei 76,7%.

Von Mai bis Mitte Juni 2007 setzte die OeNB neuerlich auf Kooperationen mit Radiopartnern unter dem Motto „Fragen – Wissen – Verstehen“. Um die Wirkung der bisherigen Kommunikationsaktivitäten unter dem Titel „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist!“ zu verstärken, wurde auf bereits entwickelte Inhalte gesetzt und versucht, das Interesse der Hörer für die geldpolitischen Ziele und Aufgaben der OeNB als integraler Bestandteil des Eurosystems sowie für eine Reihe volkswirtschaftlicher Themenbereiche „on air“ zu wecken.

Radiokooperationen
unter dem Motto
„Fragen – Wissen –
Verstehen“

Kasten 13

Das neue Logo der OeNB

Mit der Entscheidung zu einem Relaunch des OeNB-Logos erfolgte im Jahr 2007 ein wichtiger Erneuerungsprozess im Zusammenhang mit dem Corporate Design der OeNB.

Das neue Logo ist ein grafisches Plädoyer für die OeNB-Leitwerte Stabilität und Sicherheit. Dies zeigt sich durch die Klarheit der Konstruktion: stabil stehende vertikale und sicher liegende horizontale Linien. Untermuert wird dieser Anspruch auch durch die Verwendung der klaren geometrischen Grundformen Kreis und Rechteck.

Das neue Logo symbolisiert aber auch die enge Zusammenarbeit der OeNB mit dem Eurosystem. Sie wird durch die beiden an das Euro-Symbol angelehnten Querbalken innerhalb des Kreises und durch die Verwendung von Blau entsprechend der europäischen Farbwelt sichtbar.

Eine moderne Zentralbank kommuniziert zeitgemäß, indem sie ihren Auftrag für Stabilität und Sicherheit auch in einem angepassten, modernen Corporate Design sowie in einem neuen, zeitgemäßen Logo einlöst.

Die Auswahlentscheidung für das neue Erscheinungsbild fiel im Jänner 2008 und wird mit diesem Geschäftsbericht erstmals präsentiert.

„Die OeNB sorgt dafür, dass Ihr Geld auch in Zukunft seinen Wert behält“

Weitere Forcierung der wirtschaftlichen und finanziellen Wissensvermittlung

Pressearbeit und zehn Jahre OeNB-Service-Hotline

Geldmuseum als Besuchermagnet

Mitte des Jahres 2007 wurde der Werbe- und PR-Etat der OeNB routinemäßig neu ausgeschrieben. Mit der Neuvergabe ging auch eine Neuausrichtung der PR- bzw. der Werbemaßnahmen einher. Der Slogan „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist!“ wurde durch „Die OeNB sorgt dafür, dass Ihr Geld auch in Zukunft seinen Wert behält“ ersetzt und die optische Gestaltung adaptiert. Mit einer flächendeckenden Printkampagne konnte im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2007 eine Reichweite von 93 % erzielt werden.

Um das Verständnis der Bevölkerung für Wirtschaftsfragen und für die Geldpolitik zu fördern, hat die OeNB ein Projekt zur Wirtschafts- und Finanzbildung initiiert. Dabei soll unter Einsatz verschiedenster Kommunikationsmittel und Informationskanäle der Wissensstand der Bevölkerung zu wirtschaftlichen – im Speziellen auch Geld- und geldpolitischen – sowie finanziellen Themen verbessert werden. Die OeNB hat sich schon bislang, etwa durch spezielle Unterrichtspakete, sehr aktiv im Schulbereich eingebracht, weitere Bildungsaktivitäten für Schüler und Studenten sind vorgesehen.

Neben der Veröffentlichung von 147 Presseaussendungen im Jahr 2007 bietet die OeNB seit Jahren auch das Service einer Informationshotline an. In den letzten zehn Jahren hat sich das Call-Center der OeNB zu einem fixen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. In diesem „Single Point of Contact“ wird ein Großteil der externen Anfragen an die OeNB unmittelbar und rasch beantwortet. So wurden im Jahr 2007 vom Call-Center insgesamt mehr als 36.700 Anfragen beantwortet, wobei die Tendenz zu komplexeren E-Mail-Anfragen anhielt.

OeNB als Plattform des Dialogs und des internationalen Meinungsaustauschs

Auch im Jahr 2007 präsentierte sich die OeNB als Plattform des Dialogs mit der Bevölkerung, der Wirtschaft (insbesondere Finanzwirtschaft), der Politik und der Wissenschaft. Insgesamt wurden von der OeNB 218 Veranstaltungen mit rund 9.500 Teilnehmern organisiert. Dabei stand der internationale Gedanken- und Theorieaustausch im Vordergrund.

Zu den Highlights im ersten Halbjahr 2007 zählten u. a. die in Kooperation mit den Sozialpartnern abgehaltenen Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge und die 35. Volkswirtschaftliche Tagung, die den Zusammenhang von Humankapital und Wirtschaftswachstum thematisierte. Im Herbst 2007 fand die Conference on European Economic Integration zum Thema „Currency and Competitiveness“ statt. Den Höhepunkt bildete im Oktober die Organisation des EZB-Rats in der OeNB, wodurch Wien und damit die OeNB für eine Woche zum Mittelpunkt der europäischen Finanzwelt wurden.

Eine weitere Kommunikationsplattform der OeNB bildet das Geldmuseum. Mit einer Vielzahl von Ausstellungen und Aktivitäten konnten zahlreichen Besuchern Themen rund um Geld und Geldpolitik nähergebracht werden.

Die beiden Sonderausstellungen „Seid umschlungen Millionen ... Beethoven und sein Geld“ und „Goldbarren“ sowie die Dauerausstellung „Österreichische Geldgeschichte“ brachten 12.522 Besucher ins Geldmuseum. Die Ausstellung zu Beethovens finanzieller Situation lockte allein in der „Langen Nacht der Museen“ 1.150 Besucher an.

Bei den drei Ferienspielen „Euro, Pfund & Co“, „Beethoven und sein Geld“ mit Musikquiz und „Die abenteuerliche Reise eines kleinen Goldnuggets“ sowie der Kinderuniversität „Von der Baumwolle zur Banknote“ konnte das Thema „Geld und Notenbank“ kindgerecht vermittelt werden.

Auch im Jahr 2007 war die OeNB auf Publikumsmessen in Salzburg, St. Pölten, Ried, Dornbirn, Klagenfurt, Graz, Innsbruck und Wien vertreten, um auch auf diesem Weg in direkten Dialog mit der Bevölkerung zu treten. An

insgesamt 51 Messtagen brachten Mitarbeiter der OeNB Informationen rund um Geld und Geldpolitik den Besuchern näher. Die Standbesucher konnten ihr Wissen zu OeNB-nahen Themen mit dem Computerspiel „T€MPO“ unter Beweis stellen. Besonderes Interesse riefen auch die Informationen zum Thema Banknotensicherheit und die damit verbundenen Bargeldschulungen hervor. Den Angaben der Messeveranstalter zufolge konnten für das Jahr 2007 insgesamt eine Million Besucher verzeichnet werden.

Publikumsmessen
als Draht zur
Bevölkerung



Effiziente Organisation der OeNB als Basis der Leistungserstellung

„Excellence in
Central Banking“

Das 10-jährige Bestehen des Eurosystems hat die betriebswirtschaftliche Steuerung der OeNB grundlegend verändert. Insbesondere die Zusammenarbeit der Zentralbanken des Eurosystems in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen hat den Informationsaustausch nachhaltig intensiviert und im Sinne des Benchmarkings bzw. durch das Lernen von den Besten letztlich zu einem Wettbewerb hinsichtlich der Leistungsqualität geführt. Die gemeinsam erstellten Ausarbeitungen haben vielfach den Charakter von De-facto-Normierungen angenommen.

Konkret wurde auf betriebswirtschaftlichem Gebiet eine umfassende strategische Planung vorgenommen, die in der Implementierung des Leitbilds, der strategischen Leitlinien und der organisatorischen Grundsätze des Eurosystems (dargestellt im „Eurosystem Mission Statement“) gipfelte. Weiters wurde auch eine harmonisierte Struktur der Zentralbankfunktionen definiert und damit die Basis für eine Vielzahl von vergleichenden Analysen gelegt. So wurden etwa große Anstrengungen unternommen, die Kostenrechnung innerhalb des Eurosystems zu harmonisieren. Ferner soll das Risikomanagement der beaufsichtigten Institute innerhalb des Eurosystems koordiniert und damit deutlich verbessert werden. Die Gründung eines ESZB-weiten Zentraleinkaufs und die Steuerung von Projektportfolios des ESZB ergänzen die strategisch motivierten Weiterentwicklungen. Die Arbeiten im Budgetausschuss haben etwa zu einer Angleichung der Praktiken bezüglich Planung, Budgetierung und Monitoring bei den nationalen Zentralbanken geführt.

All diese Aktivitäten zielen auf Effizienzsteigerungen in der Aufgabenerfüllung sowohl des Eurosystems als

Ganzen als auch jeder einzelnen nationalen Zentralbank in deren eigenem Wirkungsbereich. Dabei steht v. a. die wirkungsvolle Arbeitsaufteilung innerhalb des Eurosystems im Vordergrund. Die OeNB hat diese Herausforderung angenommen und sich dem strategischen Leitgedanken „Excellence in Central Banking“ verschrieben; demnach besteht das Ziel, als Zentralbank der europäischen Spitzenklasse anerkannt zu sein. Dass die OeNB bei der Erreichung dieses Ziels erfolgreich ist, beweisen u. a. die vielen Informationsbesuche von Zentralbankkollegen sowohl aus dem ESZB wie auch aus weiten Teilen der Welt.

Schwerpunkt Corporate Governance

Die Grundregeln der Corporate Governance (CG) stellen einen wichtigen Baustein bezüglich Glaubwürdigkeit und Vertrauen dar. Die OeNB ist als nicht börsennotierte Aktiengesellschaft zwar grundsätzlich nicht dazu verpflichtet, setzt aber anerkannte CG-Standards auf freiwilliger Basis um. Dabei hat sie allerdings auch internationale Regelungen, das Nationalbankgesetz und andere eine Zentralbank betreffende Spezifika zu berücksichtigen. Auch wenn die CG bereits seit Jahren bestimmenden Einfluss auf die Vorgehensweise der OeNB hat, wird ihre Handhabung gleichwohl ständig weiter entwickelt. Der dazu eingesetzte CG-Arbeitskreis legt die erforderlichen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen fest. So tagte etwa der Unterausschuss des Generalrats „für Rechnungslegung und interne Kontrollsysteme“ im Berichtsjahr dreimal.

Weiters ist in der OeNB eine Compliance-Organisation eingerichtet, die für Maßnahmen zur Unterbindung von

Ständige Weiterentwicklung der
Corporate
Governance

OeNB durch Konzentration ihrer Kompetenzen für die Zukunft gerüstet

Der sich beschleunigende europäische Integrationsprozess mit klaren Spezialisierungstendenzen innerhalb des Eurosystems sowie immer komplexer werdende Anforderungen auf dem österreichischen Finanzplatz sind maßgebliche Faktoren, die die Festlegung der Strategie der OeNB beeinflusst haben. Die OeNB hat sich für den Zeitraum von 2007 bis 2010 ehrgeizige Ziele gesetzt. Dabei werden die Kräfte auf jene Kompetenzen konzentriert werden, in denen die OeNB herausragende und anerkannte Leistungen erbringt und denen auch in Zukunft hohe Bedeutung beigemessen wird:

Kompetenz STABILITÄTSPOLITIK

Die OeNB steht für Stabilität und Sicherheit. Dies unterstreicht die zentrale Rolle der OeNB bei der Sicherung der im Leistungsauftrag klar festgelegten Ziele von Preis- und Finanzmarktstabilität. Verwirklicht wird dies durch qualitativ hochwertige Daten, Analysen und Forschungsergebnisse sowie durch die erfolgreiche Umsetzung der Geld- und Finanzmarktpolitik. Die OeNB handelt dabei im Interesse Österreichs, aber auch im Interesse der europäischen Integration.

Kompetenz RISIKOMANAGEMENT

Die OeNB wird sich als führende Instanz Österreichs im Risikomanagement etablieren und damit einen positiven Beitrag zu erhöhter europäischer, insbesondere osteuropäischer Finanzmarktstabilität leisten. Dazu wird die OeNB künftig u.a. ihre Analysetätigkeit noch weiter ausweiten und die Ergebnisse relevanter Analysen der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Kompetenz ZAHLUNGSMEDIEN

Im Bereich der Zahlungsmedien fokussiert die OeNB zwei Themen: die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsraums im unbaren Zahlungsverkehr und die Effizienzsteigerung bei der Bargeldlogistik und -produktion. Es gilt, den Zahlungsverkehr (bar und unbar) sicher, kostengünstig und schnell abzuwickeln.

Kompetenz „GO EAST“

Die OeNB richtet sich verstärkt in Richtung Osten aus. Gemeint sind damit neben den neuen Mitgliedstaaten der EU vor allem die Staaten Südosteuropas sowie ausgewählte Länder Osteuropas jenseits der EU, in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und in Asien. Diese strategische Ausrichtung enthält u.a. den Aufbau bzw. die Fortführung langfristiger partnerschaftlicher Beziehungen und den Ausbau fundierter Analysetätigkeit. Das gezielte Engagement der OeNB fördert die Integration Europas – einen der strategischen Leitgedanken der OeNB –, indem sie u.a. Know-how zur Verfügung stellt bzw. konkrete Kooperationen eingeht. Die verstärkte Zusammenarbeit der OeNB mit den zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern unterstützt die dort agierenden Wirtschaftsunternehmen (insbesondere Geschäftsbanken) und fördert damit die wirtschaftlichen Interessen Österreichs.

Bei der Festlegung der Strategie wurde besonders darauf geachtet, dass die der OeNB zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient eingesetzt werden. Folgende Themen werden wegen ihres hohen Stellenwertes intensiv weiterentwickelt:

- Wissensmanagement
- integrierte Unternehmenskommunikation
- strategische Kooperationen, insbesondere innerhalb des ESZB
- Personalmanagement
- Kostenmanagement
- Corporate Governance
- Umweltschutz

Insidertransaktionen zuständig ist, wobei in diesem Bereich die OeNB zusätzlich von der Finanzaufsichtsbehörde FMA kontrolliert wird.

Die EZB hat das Recht, die von der OeNB für sie verwalteten Fremdwährungsbestände zu kontrollieren bzw. Prüfungen zu veranlassen.

Dienstvorschriften und andere interne Regelungen beschreiben die korrekte Abwicklung der Geschäfte und enthalten diesbezügliche Anweisungen an die Mitarbeiter. Hervorzuheben ist dabei der Code of Conduct, ein normierter Verhaltenskodex, der in Anlehnung an internationale Standards verbindliche Verhaltensnormen für alle Führungskräfte und Mitarbeiter der OeNB setzt. Die Führungskräfte sorgen im Rahmen ihrer Verantwortung dafür, dass die Regeln eingehalten werden. Außerdem wird durch interne Kontrollinstanzen, allen voran die Innenrevision, sichergestellt, dass die externen und internen Vorschriften (Gesetze und Dienstvorschriften) eingehalten werden und dass die Maßnahmen des internen Kontrollsystems ihren Zweck erfüllen.

Zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Unternehmens

Die verstärkte Ausrichtung und Entwicklung der OeNB zur Expertenorganisation („Excellence in Central Banking“) fand ihren Niederschlag gerade auch in der Personalarbeit der OeNB. Der Anteil hoch spezialisierter Experten in der Gesamtorganisation nimmt aufgrund der Aufgabenstellungen stetig zu. Deswegen wurde auch das Modell Fachkarriere neu gestaltet. Als Neuerung hervorzuheben sind All-in-Verträge für Senior Experts sowie die Möglichkeit, dass eine begrenzte Anzahl von Experten als Advisor oder Senior Advisor entgeltmäßig eine weitgehende Gleichstellung mit Führungskräften erfahren können. Zusätzlich wurde – um auch eine Verbreiterung der Fachkarriere zu erreichen – als Vorstufe zum Senior Expert die Kategorie des Expert geschaffen. Die Implementierung der neu gestalteten Fachkarriere soll unter Bedachtnahme auf

andere maßgebliche Faktoren, wie etwa Entwicklungen im Bereich der Führungskarriere, stufenweise und mit langfristiger Orientierung erfolgen.

Im Jahr 2007 wurden im Rahmen eines Projekts weitere Maßnahmen erarbeitet, die die Chancengleichheit von Frauen und Männern als ein für sich bestehendes Qualitätsmerkmal der Führungs- und Personalpolitik der OeNB verwirklichen. Dieser Aspekt soll in alle Strategien, Ziele, jährliche Planungen und Projekte nachhaltig und systematisch Eingang finden.

Mit den gesetzlichen Änderungen der Finanzmarktaufsicht übernahm die OeNB auch in diesem hoch spezialisierten Bereich weitere Aufgaben. Dies hatte auch personalwirtschaftlich relevante Auswirkungen. Es waren und sind erhöhte Anstrengungen notwendig, um bestqualifizierte Mitarbeiter für die Tätigkeit der Aufsicht zu gewinnen und in das bestehende Team der OeNB zu integrieren. Weiters wird die Erstellung eines maßgeschneiderten Ausbildungsprogramms für diese Mitarbeitergruppe ein wichtiger Schwerpunkt für das Jahr 2008 sein.

Im Sinne eines kontinuierlichen Optimierungsprozesses haben laufende Organisations- und Prozessanalysen wesentlich zur organisatorischen Weiterentwicklung der OeNB beigetragen. Ein Beispiel dafür ist die im Kapitel „OeNB als zentraler Akteur im Bereich Finanzmarktstabilität“ näher ausgeführte Integration der Bankenaufsicht in die Strukturen der OeNB. Im diesbezüglichen Projekt wurden die Prozesse und Schnittstellen innerhalb der OeNB sowie zwischen OeNB und FMA unter Berücksichtigung der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen neu gestaltet.

Das Aufgabenportfolio des gesamten Statistikbereichs der OeNB wurde im Rahmen einer umfassenden Organi-

Personalentwicklung
für die Experten-
organisation OeNB

Optimierung der
Prozesse und
Strukturen

sationsanalyse analysiert. In der Folge wurden sowohl Aufbauorganisation als auch Prozesse optimiert.

Zur Verbesserung der internen Kommunikation wurde das bestehende Intranet einer grundlegenden Umgestaltung unterzogen.

Im Jahr 2007 wurden im Rahmen der ESZB/Eurosystem-Kooperation und im internationalen Umfeld das Management des operationalen Risikos und der Business Continuity stark ausgebaut. Aufbauend auf den im Jahr 2007 geleisteten Vorarbeiten wurde ein Realisierungsprojekt „Gesamtheitliches Risikomanagement“ gestartet, das in verschiedenen Geschäftsbereichen der OeNB bereits bestehende Lösungswege zusammenführt. So werden die schon im Einsatz befindlichen und bewährten Systeme für das Risikomanagement in den Bereichen Treasury, operationales Risiko und Finanzmarkt- sowie Bankenanalyse in eine Gesamtlösung integriert.

Das Tender Operation System (TOP) zur Unterstützung der Refinanzierungsgeschäfte im Euroraum wurde im Auftrag der EZB von der IT-Abteilung der OeNB für das Eurosystem entwickelt und im März 2007 ausgeliefert. TOP wird durch die EZB betrieben, Anwender sind alle Notenbanken des Euroraums und die EZB selbst. TOP läuft seit seiner Inbetriebnahme stabil und fehlerfrei, zusätzliche (neue) Anforderungen wurden im Rahmen eines Folgeprojekts realisiert und sind seit Jahresbeginn 2008 für die Anwender verfügbar.

Um ein effektives Kostenmanagement zu gewährleisten, wurde im Jahr 2007 die IT-Leistungsverrechnung weiter optimiert und in die OeNB-Jahresplanung integriert.

Das IT-Qualitätsmanagementsystem (IT-QMS) der OeNB wurde im Dezember 2007 zum zweiten Mal er-

folgreich nach der Norm ISO 9001:2000 rezertifiziert. Hauptziel des im Jahr 2001 eingeführten Systems ist die Implementierung standardisierter, an Kundenanforderungen ausgerichteter IT-Prozesse samt dem Bestreben, diese laufend zu optimieren. Das IT-QMS trägt so maßgeblich dazu bei, den hohen Anforderungen an die OeNB bezüglich Professionalität und Qualität sowie Kostenbewusstsein und Effizienz nachhaltig zu entsprechen.

OeNB erstellt Nachhaltigkeitsbericht

Die Leitwerte Stabilität, Sicherheit und Vertrauen bilden die Fundamente für das nachhaltige Wirken der OeNB. Umfassendes Wissensmanagement und die Entwicklung des Humankapitals gewährleisten, dass die OeNB ihre Aufgaben dauerhaft und bestmöglich erfüllen kann. Vielfältige Maßnahmen zum Umweltschutz unterstreichen das Engagement der OeNB für nachhaltiges Wirtschaften. Dies wird durch die koordinierte Integration von Wirtschaftlichkeit, Wissensmanagement und Umweltschutz sichergestellt und seit dem Jahr 2006 durch die Publikation eines Nachhaltigkeitsberichts (bestehend aus Geschäftsbericht, Wissensbilanz und Umwelterklärung) dokumentiert.

Die seit dem Jahr 2003 jährlich erstellte Wissensbilanz bildet neben einer detaillierten Darstellung des intellektuellen Kapitals der OeNB auch Projekte – z. B. zum Wissensmanagement 2007 bis 2010 – ab. Die Umwelterklärung gemäß EMAS-Verordnung wurde erstmals im Jahr 1998 publiziert. Der Umweltschutz ist der OeNB bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ein großes Anliegen, weshalb sie wesentlich mehr Maßnahmen ergreift als gesetzlich erforderlich wären. Bereits seit zehn Jahren wird etwa die EMAS-Verordnung umgesetzt. In dieser Hinsicht hat die

Erfolgreiche IT-Dienstleistungen für die OeNB und das Eurosystem

OeNB eine Vorreiterrolle im ESZB übernommen.

Engagement für Forschung, Wissenschaft und Kultur

Der Marshallplan (European Recovery Program – ERP) war die großzügige Wiederaufbauhilfe der USA und legte vor 60 Jahren den Grundstein für eines der wichtigsten Förderverfahren, die Österreich für Unternehmen kennt: das ERP-Verfahren. Seit den 1950er-Jahren begleitet die OeNB dieses Verfahren, nunmehr gemeinsam mit dem *austria wirtschaftsservice (aws)*.

Die gegenwärtigen Förderschwerpunkte liegen neben der gezielten Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen sowie innovativen Projekten in definierten Regionalgebieten in der Internationalisierung österreichischer Unternehmen und in der Neuausrichtung der Produktionsfaktoren in speziellen Zukunftsbranchen (z. B. der Flugzeugindustrie, der Energietechnik und der Biotechnologie). Dabei wird auf die optimale Nutzung der von der EU bereitgestellten Kofinanzierungsmittel geachtet. Insgesamt stellte die OeNB dem ERP-Verfahren zum 31. Dezember 2007 ein Volumen von rund 956 Mio EUR zur Verfügung. Bei einer durchschnittlichen Kreditlaufzeit von fünf bis sechs Jahren lässt dies vonseiten der OeNB jährliche Freigabebeträge in Höhe von 150 bis 200 Mio EUR zu. Die im Jahr 2007 erfreulich starke Investitionskonjunktur führte mit 400 Förderansuchen zu einem neuen Höchststand an bearbeiteten Förderfällen.

Positiv entwickelte sich auch im Jahr 2007 das System der österreichischen Exportförderung, in das die OeNB eng eingebunden ist. Sie unterstützt die laufende Weiterentwicklung des Exportfinanzierungs- und Exportgarantiesystems der Oesterreichischen Kontrollbank. Beispiele für derartige Innovati-

onen waren die Erweiterung der Soft-Loan-Produktpalette um sogenannte Mixed Credits (das sind Förderkredite, die neben einer Zinsstützung auch einen öffentlichen Zuschuss enthalten), die Aufnahme eines Corporate Social Responsibility-Katalogs als Empfehlung an exportierende Unternehmen und die Vorbereitung der Gründung der seit Jahresbeginn 2008 tätigen Österreichischen Entwicklungsbank.

Ein wichtiges Anliegen der OeNB ist es, zur Standortsicherung Österreichs beizutragen. Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft wurde anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Nationalbank im Jahr 1966 gegründet. Seit mehr als 40 Jahren hat der Jubiläumsfonds der OeNB die heimische Forschung mit namhaften Mitteln unterstützt und sich damit als stabiler und unverzichtbarer Partner in der österreichischen Forschungsförderung etabliert. Bis einschließlich 2007 wurden mehr als 694 Mio EUR für fast 8.800 Forschungsprojekte sowohl der Grundlagenforschung als auch – bis zum Jahr 2003 – der angewandten Forschung zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2007 wurden im Bereich der von der OeNB direkt vergebenen Mittel 164 Forschungsprojekte mit rund 10,84 Mio EUR aus den Disziplinen Wirtschaftswissenschaften, medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug sowie im geringeren Ausmaß auch Sozial- und Geisteswissenschaften gefördert. Die Vergabe der finanziellen Mittel erfolgt nach einer fundierten Projektauswahl und unterliegt strengen Qualitätsansprüchen.

Im Rahmen des Forum Jubiläumsfonds werden laufend interessante Projektergebnisse aus den geförderten Fachdisziplinen einer Fachöffentlichkeit präsentiert. Es wurden überdies 3,6 Mio

OeNB als stabiler Partner in der österreichischen Forschungsförderung

EUR für die Basisfinanzierung von drei Wirtschaftsforschungsinstituten, und zwar für das Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung (IHS), das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), zur Verfügung gestellt.

Die FTE-Nationalstiftung ist Grundlage und Garant für eine nachhaltige, budgetunabhängige, langfristige und strategische Finanzierung österreichischer Forschungsinitiativen. Ein besonderer Fokus dieser Bemühungen liegt dabei auf der Unterstützung von langfristig verwertbaren, interdisziplinären Forschungsvorhaben. Die nachhaltige Finanzierung dieser Initiativen trägt zur sichtbaren Positionierung und Internationalisierung österreichischer Forschungsexzellenz bei. Im Jahr 2007 wurden der FTE-Nationalstiftung von der OeNB 50 Mio EUR zur Verfügung gestellt.

Wie viele andere österreichische Unternehmen auch widmet die OeNB der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk. Die Sammlung wertvoller alter Streichinstrumente besteht derzeit aus 36 Instrumenten, die an österreichische Geigenvirtuosen, aber auch an österreichische Orchester und an

Kammermusikensembles verliehen werden. Sie zählt mittlerweile zu den bedeutendsten Sammlungen Europas. Die OeNB sieht es als ihre Aufgabe an, die Instrumente einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Radiosenders Ö1 fand eine Festkonzertreihe in Kooperation mit der OeNB in den Landeshauptstädten statt. Für diese Konzerte konnten sowohl junge Nachwuchstalente als auch bereits etablierte und über die Landesgrenzen hinaus bekannte Musiker gewonnen werden, die als Leihnehmer auf OeNB-Instrumenten konzertierten.

Im Jahr 2007 kam es zu einer Kooperation mit dem Leopold Museum. Die Ausstellung „Zwischen den Kriegen – Österreichische Künstler von 1918 bis 1938“ gab einen Überblick über das Kunstschaffen der sogenannten Zwischenkriegszeit. Gezeigt wurden Gemälde von Kokoschka, Boeckl, Wacker, Kolig, Faistauer und vielen anderen Künstlern der Zeit – vorwiegend Werke aus dem Leopold Museum und der OeNB, aber auch Leihgaben von anderen Museen und privaten Sammlern. Eine Auswahl von Gemälden aus der Sammlung der OeNB wurde bei dieser Schau das erste Mal in größerem Rahmen öffentlich gezeigt.



Jahresabschluss 2007
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva

	31. Dezember 2007 in EUR	31. Dezember 2006 in EUR
1 Gold und Goldforderungen	5.115.322.230,16	4.480.989.970,86
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	7.192.263.013,84	5.204.492.549,03
2.1 Forderungen an den IVWF	298.404.783,57	286.102.786,08
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	6.893.858.230,27	4.918.389.762,95
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.214.895.722,91	1.620.524.702,53
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	986.597.760,92	604.267.842,17
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	986.597.760,92	604.267.842,17
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	12.694.666.927,00	12.150.942.571,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	8.703.193.400,00	9.286.523.750,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	3.991.473.527,00	2.864.418.821,00
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	127.137,61	114.785,55
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	4.633.276.301,15	3.276.539.398,54
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	418.632.652,76	424.307.693,41
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	19.964.089.383,19	16.950.770.703,24
9.1 Beteiligung an der EZB	117.186.925,35	116.475.959,82
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.161.289.917,84	1.157.451.203,42
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	18.685.612.540,00	15.676.843.540,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	100.875.792,70	103.011.656,71
11 Sonstige Aktiva	9.625.388.034,73	8.561.913.879,55
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	140.655.390,04	136.913.779,23
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	147.686.002,65	153.843.810,70
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.719.123.572,90	6.795.448.294,21
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	18.330.147,18	11.680.181,94
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	597.241.172,95	437.973.734,79
11.6 Sonstiges	1.002.351.749,01	1.026.054.078,68
	61.946.134.956,97	53.377.875.752,59

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2007 in EUR	31. Dezember 2006 in EUR
1 Banknotenumlauf	18.052.675.160,00	16.814.843.600,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	6.548.091.077,64	4.473.529.774,79
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	6.153.091.077,64	4.429.029.774,79
2.2 Einlagefazilität	395.000.000,00	44.500.000,00
2.3 Termineinlagen	–	–
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	–	–
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	16.641.252,94	5.827.726,14
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	10.799.291,39	4.719.190,85
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	5.841.961,55	1.108.535,29
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	14.784.546,73	13.772.332,52
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	75.297,04	62.630,43
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	676.358.995,05	492.750.173,24
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	676.358.995,05	492.750.173,24
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IVF zugeteilte Sonderziehungsrechte	192.294.330,00	204.397.772,00
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	25.402.201.772,97	21.160.054.118,18
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	25.402.201.772,97	21.160.054.118,18
11 Schwebende Verrechnungen	24.880.287,43	–
12 Sonstige Passiva	472.953.360,84	435.414.186,92
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	127.028,25	182.225,40
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	96.758.969,60	73.488.885,26
12.3 Sonstiges	376.067.362,99	361.743.076,26
13 Rückstellungen	2.865.842.350,56	2.460.854.136,31
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	3.529.439.663,09	3.176.112.287,25
15 Kapital und Rücklagen	4.133.247.130,46	4.125.785.417,62
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.121.247.130,46	4.113.785.417,62
16 Bilanzgewinn	16.649.732,22	14.471.597,19
	61.946.134.956,97	53.377.875.752,59

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

	Geschäftsjahr 2007 <i>in EUR</i>	Geschäftsjahr 2006 <i>in EUR</i>
1.1 Zinserträge	1.965.217.752,45	1.365.051.482,13
1.2 Zinsaufwendungen	-1.226.902.981,38	-797.482.537,64
1 Nettozinsergebnis	738.314.771,07	567.568.944,49
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	209.043.369,30	144.581.213,16
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-358.375.378,68	-149.010.812,54
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken	-140.914.142,65	-170.211.391,03
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-290.246.152,03	-174.640.990,41
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	6.046.573,75	4.748.359,05
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-2.660.943,08	-2.829.301,94
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	3.385.630,67	1.919.057,11
4 Erträge aus Beteiligungen	22.587.331,09	25.201.625,35
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	7.316.511,83	6.342.645,51
6 Sonstige Erträge	9.192.225,42	10.233.471,15
Nettoerträge insgesamt	490.550.318,05	436.624.753,20
7 Personalaufwendungen	-107.521.382,65	-115.315.844,89
8 Sachaufwendungen	-78.342.634,77	-76.996.623,04
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-13.325.311,38	-14.142.430,90
10 Aufwendungen für Banknoten	-24.840.729,05	-24.573.567,19
11 Sonstige Aufwendungen	-19.857.560,68	-12.641.658,01
Aufwendungen insgesamt	-243.887.618,53	-243.670.124,03
	246.662.699,52	192.954.629,17
12 Körperschaftsteuer	-61.665.674,88	-48.238.657,29
	184.997.024,64	144.715.971,88
13 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-168.347.292,42	-130.244.374,69
14 Bilanzgewinn	16.649.732,22	14.471.597,19

Anhang zum Jahresabschluss 2007

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 61/2006¹ unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Artikel 26.4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 10. November 2006² beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen. Die für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 und 69 sowie § 72 Abs. 1 NBG sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Mit dem Rechnungslegungsänderungsgesetz (ReLÄG) 2004 wurde für die OeNB eine Regelung im § 68 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 243 Abs. 2 letzter Satz sowie Abs. 3 Z 2 und 5 Unternehmensgesetzbuch (UGB) geschaffen.

Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 244 ff. UGB ist aufgrund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 2007 nicht gegeben.

Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, sind gemeinschaftsrechtlich harmonisierte Rechnungslegungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat auf Basis der Leitlinie EZB/2006/16 nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am Abschlussstag) zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Wertpapiergeschäfte in Fremdwährung, die weiterhin auf Grundlage des

¹ Im Zusammenhang mit der Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich wurde das NBG mit Wirksamkeit 1. Jänner 2008 geändert (BGBl. I Nr. 108/2007).

² Beschluss des EZB-Rats vom 10. November 2006 (EZB/2006/16), zuletzt geändert am 17. Dezember 2007 (EZB/2007/20).

Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen, einschließlich Aufschlag oder Abschlag, werden taggenau vom Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlusstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Eurokurs erfasst.

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte. Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des *Arbitrage-Pricing* bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), zu denen sie auf internationalen Märkten gehandelt werden. Bei Wertpapieranlagen und Fondsanteilen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert. Der Fondspreis für Master-Kapitalanlagegesellschaften (Master-KAGs) wird täglich von der Depotbank mithilfe marktüblicher Informationssysteme auf Basis der in den Subfonds enthaltenen Vermögensgegenstände ermittelt. Mindestens einmal pro Woche erfolgt mit dem Fondsmanager der Master-KAG ein Abgleich hinsichtlich der Bewertung der Vermögensgegenstände in den Subfonds durch die Depotbank. Bei wenig oder nicht liquiden Vermögensgegenständen erfolgt die Preisermittlung nicht ausschließlich über marktübliche Informationssysteme, wobei die ermittelten Bewertungsansätze der Vermögensgegenstände täglich mit dem Fondsmanager der Master-KAG abgestimmt werden. Die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* ausgewiesenen Wertpapiere, die als gebundene Finanzanlagen bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind mit den Anschaffungskosten zu bilanzieren.

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Synthetische Instrumente dürfen abweichend von den allgemeinen Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätzen behandelt werden. Voraussetzung dafür ist, dass

- die einzelnen Instrumente hinsichtlich Verwaltung und Beobachtung der Entwicklung als ein kombiniertes Instrument behandelt werden,
- bei der erstmaligen Widmung die einzelnen Instrumente strukturiert und als synthetische Instrumente bestimmt sind,
- die Anwendung Inkonsistenzen in der Bewertung ausschließt oder diese erheblich reduziert und dass
- die Nachvollziehbarkeit der Voraussetzungen für die Anwendung dieses Ansatzes anhand verfügbarer Dokumentationen möglich ist.

Bei synthetischen Instrumenten dürfen jene Ergebnisse saldiert werden, die aus der Neubewertung der einzelnen Teile, die das synthetische Instrument bilden, stammen. Im Fall eines per saldo buchmäßigen Kursgewinns erfolgt die Verrechnung auf dem Neubewertungskonto. Per saldo angefallene buchmäßige Kursverluste, die aus Vorperioden existierende Neubewertungskonten übersteigen, werden über die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet.

Wertpapiere, die Teil eines synthetischen Instruments sind, werden getrennt von den übrigen Wertpapierbeständen geführt. Buchmäßige Verluste, die am Jahresende in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden, und dagegen stehende buchmäßige Kursgewinne werden in den folgenden Jahren amortisiert.

Wenn ein Teil des synthetischen Instruments fällig, verkauft, aufgelöst oder ausgeübt wird, muss der alternative Bewertungs- und Bilanzierungsansatz beendet werden, wobei sämtliche nicht amortisierten Bewertungsgewinne, die in vergangenen Jahren in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, rückgängig zu machen sind.

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Am 14. Dezember 2007 wurde der bisher in Euro geführte *Nicht abberufene Teil der IWF-Quote* auf Sonderziehungsrechte (SZR) umgestellt und in die SZR-Währungsposition aufgenommen. Für die im Rahmen der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltenen Devisen wird eine eigene Währungsposition geführt.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der jährlichen Neubewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Darüber hinausgehend wurde von den Gremien der OeNB auf Basis der gegebenen Gesetzeslage beschlossen,³ Kursverluste aus der Fremdwährungsbewertung, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* (ausgewiesen im Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung*) abzudecken. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert jeder Gesellschaft.

Für die Berechnung der Marktrisiken wird der Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Der seit dem Jahresabschluss 1997 angewandte VaR wurde im Jahr 2007 dahingehend untersucht, ob die angewandte Methode aktuellen und

³ Direktoriums- bzw. Generalratsbeschluss vom 10. November 1999 bzw. 25. November 1999.

möglichen zukünftigen Aspekten entspricht. Neben technischen Anpassungen wurde das Konfidenzintervall von 97,725 % auf 99,0 % angehoben, wobei der Zeithorizont von einem Jahr unverändert blieb. Die aus den Anpassungen resultierenden finanziellen Effekte in Höhe von 220 Mio EUR wurden im Jahresabschluss 2007 berücksichtigt. Das Ergebnis des VaR stellt jene Verlustgrenze dar, die bei einem festgelegten Gold- und Währungsbestand und einer festgelegten Währungsstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (99,0 %) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials aus finanziellen Risiken werden die *Neubewertungskonten* (unter Berücksichtigung des Netting-Verbots), die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* und die *Risikorückstellung* (bis 31. Dezember 2006: *Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken*) herangezogen.

Marktentwicklungen, das sind insbesondere Zins- und Kursentwicklungen und deren Volatilität, können aufgrund der von der OeNB und von den übrigen an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teilnehmenden Zentralbanken bzw. der EZB seit 1. Jänner 1999 anzuwendenden harmonisierten Bilanzierungsregeln zu erheblichen Gewinnschwankungen führen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen (Tabelle 1):

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungsdauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten) in Tsd EUR
Gold	117.180	–	–	+703.636
Fremdwährungen				
Eigenbestand	41.429	22.548	292.582 ¹	–24.726
Eigenmittelveranlagung	149	0	–	–272
Wertpapiere				
Eigenbestand	66.875	78.851	49.924	+43.783
Eigenmittelveranlagung	1.069	4.720	15.786	+3.635
Euro-Bestände des IWF	90.463	–	–	–
Umwstellung des nicht abberufenen Teils der IWF-Quote von Euro auf Sonderziehungsrechte	33.014	35.017	–	–
Beteiligungen der				
Eigenmittelveranlagung	–	–	83	+33.022
Außerbilanzielle Geschäfte				
Eigenbestand	–	–	–	–2.045
Eigenmittelveranlagung	–	–	–	–
Insgesamt	350.179	141.136	358.375	+757.033

¹ Durch die komplette Auflösung der Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen in der Höhe von 266,086 Tsd EUR teilweise erfolgsneutral gehalten.

Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden

Die Euro-Banknoten werden von der EZB und den nationalen Zentralbanken der 13 Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem⁴ bilden, ausgegeben. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) auszuweisende Euro-Banknotenumlauf wird rechnerisch mit dem dafür vereinbarten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel⁵ ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (logistischer Banknotenumlauf) werden 8 % auf die EZB und 92 % auf die Zentralbanken des Eurosystems verteilt, wobei die 92 % je nach den Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Banknoten wird auf der Passivseite der Bilanz im Bilanzposten *Banknotenumlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und ihrem Anteil am logistischen Banknotenumlauf ergibt eine verzinsliche *Intra-Eurosystem-Forderung* oder *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit*. Überwiegt der logistische Banknotenumlauf, wird die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* ausweisen; überwiegt der nach

⁴ Die Banka Slovenije gehört seit dem Jahr 2007 dem Eurosystem an.

⁵ Mit dem Banknoten-Verteilungsschlüssel wird der logistische Banknotenumlauf um zwei Faktoren bereinigt: Erstens wird der Gesamtumlauf um den Anteil der EZB gekürzt. Zweitens wird der verbleibende Betrag unter den nationalen Zentralbanken je nach ihrem Anteil am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt.

dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende Nettoforderungen (siehe Erläuterung zu den Intra-Eurosystem-Salden).

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vorjahresvergleich nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-Salden in den ersten fünf Jahren nach dem Jahr der Euro-Bargeldeinführung⁶ eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz des durchschnittlichen Banknotenumlaufs im Referenzzeitraum vor der Euro-Bargeldeinführung zum errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung der Gewinn aus dem Banknotenumlauf (Seigniorage) nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird. Für die OeNB und alle anderen Zentralbanken des Eurosystems, die bis 31. Dezember 2006 das Eurosystem bildeten, lief die Einschleifregelung mit 31. Dezember 2007 aus.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats steht die Seigniorage der EZB aus ihrem Anteil von 8 % am Euro-Banknotenumlauf den nationalen Zentralbanken des Eurosystems noch im Jahr des Entstehens zu und ist am zweiten Geschäftstag nach Ablauf des jeweiligen Finanzgeschäftsjahres an diese auszuschütten. Zur Verteilung kommt der volle Betrag, außer der Nettogewinn der EZB für das jeweilige Geschäftsjahr liegt unter ihrer Seigniorage. Außerdem kann der EZB-Rat beschließen, den Betrag um anteilige Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung zu kürzen oder die EZB-Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs- und Goldpreisrisiken mit der EZB-Seigniorage (oder einem Teilbetrag) zu dotieren. Der an die OeNB ausgeschüttete Betrag wird im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* ausgewiesen.

Für das Jahr 2007 beschloss der EZB-Rat in seiner Sitzung am 20. Dezember 2007, dass die im Jahr 2007 erzielte Seigniorage der EZB nicht zur Ausschüttung gelangen sollte.

Intra-Eurosystem-Salden, die aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels resultieren, werden saldiert als *Nettoforderungen* bzw. *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* ausgewiesen.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und besteht in der Anwendung anerkannter Verfahren bzw. wird durch eine laufende Überprüfung gewährleistet. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

⁶ Slowenien führte das Euro-Bargeld im Jahr 2007 ein. Zypern und Malta folgten im Jahr 2008.

Internationalen Trends folgend soll das Risikomanagement der OeNB in Zukunft gesamthaft durchgeführt werden.⁷ In das Risikomanagement werden insbesondere auch die Auswirkungen von finanziellen Risiken und Reputationsrisiken bzw. deren Wechselwirkung einfließen. Ziel ist es, neben der Steuerung der Risiken auch Erfolgchancen mit gestaltbaren Risiken zu erkennen und ein strategie- und strukturbezogenes Risikomanagement durchzuführen.

Finanzielle Risiken

Zu den finanziellen Risiken zählen das Markt-, das Kredit- und das Liquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem *Rulebook*, das vom OeNB-Direktorium beschlossen wurde, festgelegt. Die Veranlagung der Währungsreserven erfolgt im Rahmen eines Benchmarksystems sowie durch Vorgabe von Limiten und Durationen. Weiters werden die Währungsreserven nach unterschiedlichen Veranlagungsportfolios und nach Währungen getrennt. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an ein Investmentkomitee und das OeNB-Direktorium. Neue Währungs- und Veranlagungsarten sind vom Direktorium zu bewilligen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Änderungen der Wechselkurse und der Zinssätze, beeinflusst. Hinsichtlich der Wechselkursänderungen erfolgt die Risikosteuerung über ein duales Benchmarksystem. Eine vom OeNB-Direktorium – in der Regel für ein Jahr – beschlossene strategische Benchmark definiert auch die Risikoobergrenze. Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Investmentkomitees wird eine taktische Benchmark festgelegt, die u. a. auch die kurzfristigen Marktentwicklungen berücksichtigt. Das Zinsänderungsrisiko wird über Durationsziele bzw. -grenzen gesteuert. Für die Ermittlung des Wechselkurs- und des Zinsänderungsrisikos sowie der übrigen Marktrisiken werden anerkannte VaR-Berechnungsmodelle herangezogen. Das Risiko aus der Immobilienbeteiligung wird mittels Immobilien-ATX berechnet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko spiegelt das Risiko, das gegenüber Geschäftspartnern existiert, wider. Das Management erfolgt beim Kreditrisiko über ein Limitsystem, bei dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden die Finanzmärkte laufend beobachtet und daraus entsprechende Expertisen erstellt. Kreditrisikoberichte werden in den Sitzungen des Investmentkomitees und periodisch im Direktorium behandelt. Für die Berechnung des Kreditrisikos wurden die Ausfallraten mithilfe von Standard & Poor's Default-Matrizen ermittelt.

⁷ Ein diesbezügliches Projekt wurde im April 2008 gestartet und soll planmäßig im Jahr 2009 abgeschlossen sein.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass Partner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht zeitgerecht oder betraglich nachkommen können, weil sie nicht über ausreichende liquide Mittel verfügen. Aus diesem Grund werden Geschäfte nur mit Partnern bester Bonitätskategorie und im Rahmen der beschlossenen Limite durchgeführt, wobei insbesondere auf Sicherheit und Liquidität Bedacht genommen wird. Diesen Prinzipien ist die Rentabilität nachgereiht.

Das finanzielle Risiko und die in diesem Zusammenhang stehenden Vorsorgen zu den Bilanzstichtagen 2006 und 2007 stellen sich wie folgt dar:

Tabelle 3

Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember

Risiko	Risikoermittlung		Finanzielle Vorsorgen		
	2007	2006	2007	2006	
	in Mio EUR		in Mio EUR		
Goldrisiko	1.249	877	1.249 ¹	877 ¹	Neubewertungskonto
Fremdwährungsrisiko	1.344	1.436	–	349	Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen
			37	61	Neubewertungskonten
			621	743	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			686	283	Risikorückstellung ²
	1.344	1.436	1.344	1.436	
Zinsänderungs- und anteiliges Eurosystemrisiko	1.337	1.230	1.337	1.230	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
Kreditrisiko	15	–	15	–	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
Insgesamt	3.945	3.543	3.945	3.543	
Risiko aus Immobilienbeteiligung	63	–	Zur Deckung werden die stillen Reserven in den Liegenschaften herangezogen		

¹ Der Stand des Neubewertungskontos beträgt zum 31. Dezember 2007: 2.897 Mio EUR (31. Dezember 2006: 2.194 Mio EUR).

² Bis 31. Dezember 2006: Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das operationale Risiko der OeNB ist im *ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement* geregelt und wird dabei nach der Auswirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine halbjährliche Berichterstattung an das Management.

IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum zur Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit,
- dem IT-Sicherheitsmanager, der die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
- den IT-Sicherheitsexperten, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
- den fachlichen Produktverantwortlichen zu.

Im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

Kapitalbewegungen

Tabelle 4

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2007	31.12.2006 in Tsd EUR	Zunahme in Tsd EUR	Abnahme in Tsd EUR	31.12.2007 in Tsd EUR
I. Eigenkapital im engeren Sinn				
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Gewinglättungsrücklage	2.226	–	–	2.226
	14.226	–	–	14.226
II. Risikovorsorgen für spezielle Geschäftsrisiken				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
	1.973.263	–	–	1.973.263
III. Eigenkapital im weiteren Sinn (I. + II.)	1.987.489	–	–	1.987.489
IV. „Ergänzungskapital“ (mit spezieller Zweckwidmung)				
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	606.796	+7.462	–	614.258
	2.138.296	+7.462	–	2.145.758
Gesamteigenkapital (III. + IV.)	4.125.785	+7.462	–	4.133.247

Details zu den einzelnen Veränderungen können den Erläuterungen des jeweiligen Bilanzpostens entnommen werden.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2007

Tabelle 5

Nettowährungsposition (inklusive Gold)	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	5.115.322	4.480.990	+634.332	+14,2
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets ¹	7.192.263	7.207.987	-15.724	-0,2
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.214.896	1.620.525	-405.629	-25,0
Sonstige Aktiva	158.776	165.514	-6.738	-4,1
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	75	63	+12	+20,2
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	676.359	492.750	+183.609	+37,3
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	192.294	204.398	-12.104	-5,9
Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	127	182	-55	-30,3
Sonstige Passiva	2.508	3.193	-685	-21,5
Ausgleichsposten aus Neubewertung ²	61.977	23.223	+38.754	+166,9
	12.747.917	12.751.207	-3.290	-0,0
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	-664.119	110.076	-774.195	-703,3
Insgesamt	12.083.798	12.861.283	-777.485	-6,0

¹ 31. Dezember 2006: Ohne den auf Euro lautenden nicht abberufenen Teil der Quote des IWF.

² Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren und Derivaten in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	5.115.322	
31.12.2006	4.480.990	
Veränderung	+634.332	(+14,2%)

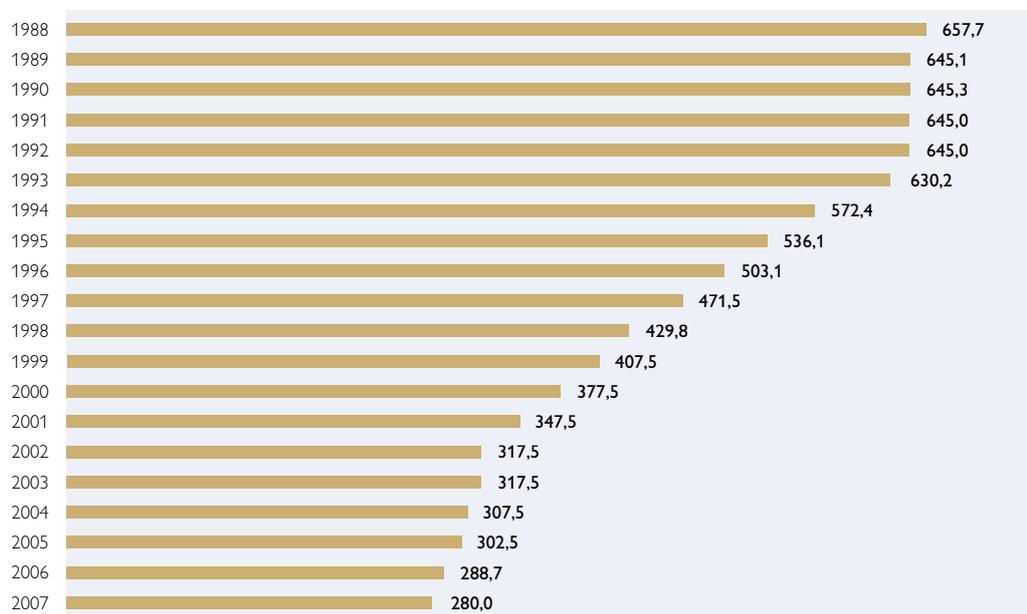
In diesem Posten ist der physische und buchmäßige Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich am 31. Dezember 2007 auf 9.002.108,684 Unzen Feingold (ozf) oder 279.996,91371 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 568,236 EUR/ozf (d. s. 18.269,21 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 5.115.322 Tsd EUR.

Aus der Bewertung zum 31. Dezember 2007 resultierten buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 2.897.491 Tsd EUR.

Während des Jahres 2007 wurden Goldverkäufe über 8,75 Tonnen im Gegenwert von 137.220 Tsd EUR durchgeführt (2006: 13,75 Tonnen im Gegenwert von 213.016 Tsd EUR). Die Verkäufe wurden im Rahmen des im März 2004 mit Wirksamkeit ab 27. September 2004 von 14 europäischen Zentralbanken (darunter auch der OeNB) und der EZB abgeschlossenen *Joint Statement on Gold* getätigt. Die dabei realisierten Kursgewinne über 117.180 Tsd EUR wurden im GuV-Posten 2.1 *Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* erfasst.

Das Goldabkommen sieht vor, dass die jährlichen Goldverkäufe der am Goldabkommen teilnehmenden Zentralbanken, die über die nächsten fünf Jahre durchgeführt werden können, 500 Tonnen bzw. dass die Gesamtverkäufe über die Fünf-Jahres-Periode 2.500 Tonnen nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen die Goldleihen bzw. die Verwendung von Goldfutures und -optionen in diesem Zeit-horizont nicht ausgeweitet werden.

Goldbestände der OeNB



in Tonnen

Quelle: OeNB.

Anmerkung: In den Jahren 1995, 1996 und 1997 sind die über Swapgeschäfte in das Europäische Währungsinstitut bzw. die EZB eingebrachten Goldbestände mit 101,3, 89,2 bzw. 71,1 Tonnen inkludiert.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2007	7.192.263
31.12.2006	5.204.493
Veränderung	+1.987.770 (+38,2%)

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex *Internationaler Währungsfonds* Fremdwährungsforderungen gegen Geschäftspartner in Ländern, die nicht an der Währungsunion teilnehmen.

Der Aktivposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Tabelle 6

	31.12.2007 in Tsd EUR	31.12.2006 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 1.872,3 Mio SZR ¹	2.010.850	2.137.418	-126.568	-5,9
abzüglich: Nicht abberufener Teil der Quote	1.878.274	2.003.495	-125.221	-6,3
Forderung aus der Beteiligung am IWF	132.576	133.923	-1.347	-1,0
Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF	158.311	144.189	+14.122	+9,8
Sonstige Forderungen gegen den IWF	7.518	7.991	-473	-5,9
Insgesamt	298.405	286.103	+12.302	+4,3

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat durch Ziehungen zugunsten von Mitgliedstaaten und durch die Neubewertung der Euro-Bestände des *Nicht abberufenen Teils der Quote* durch den IWF sowie durch Kontodotationen um insgesamt 91.863 Tsd EUR zugenommen. Demgegenüber ist diese Forderung durch Erläge von Mitgliedstaaten um 47.592 Tsd EUR gesunken. Weiters haben sich die Bewertung der Gesamtquote (–126.568 Tsd EUR) und die Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+80.950 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der Zinssatz der SZR – zwischen 3,38 % und 4,38 % p. a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*⁸ stehen zum 31. Dezember 2007 mit einem Gegenwert von 158.311 Tsd EUR, das entspricht 147,4 Mio SZR, zu Buche. Die im Jahr 2007 eingetretene Zunahme um per saldo 14.122 Tsd EUR ist durch Zinsabrechnungen, die insbesondere die Remuneration der Beteiligung am IWF betreffen (+3.424 Tsd EUR), durch SZR-Ankäufe (per saldo +22.564 Tsd EUR) und durch Bewertungsdifferenzen (–9.908 Tsd EUR) beeinflusst.

Käufe aufgrund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 2007 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* wurden sämtliche übrigen Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF erfasst, zuletzt im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Emergency Assistance for Natural Disasters (EAND).

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

Tabelle 7

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	2.384.334	1.774.764	+609.570	+34,3
Wertpapiere	4.504.925	3.138.569	+1.366.356	+43,5
Sonstige Forderungen	4.599	5.057	–458	–9,1
Insgesamt	6.893.858	4.918.390	+1.975.468	+40,2

In den *Guthaben bei Banken* sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder, Taggeldanlagen und Reverse Repos enthalten. Die *Wertpapiere* wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets begeben.

⁸ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiven einzustellen.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet* sind in Tabelle 8 enthalten.

Tabelle 8

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	699.054	835.840	-136.786	-16,4
Wertpapiere	515.842	784.685	-268.843	-34,3
Insgesamt	1.214.896	1.620.525	-405.629	-25,0

In den *Guthaben bei Banken* sind mit 699.014 Tsd EUR Festgeldanlagen enthalten, die aus Liquidität zuführenden Geschäften in US-Dollar an inländische Banken in Höhe von 1.029.019 Tsd USD als Folge eines Euro/US-Dollar-Swaps zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York resultieren. Dabei hatte die Federal Reserve Bank of New York im Rahmen einer Sonderfinanzierungsfazitat mit der EZB einen befristeten Euro/US-Dollar-Swap über 20 Mrd USD vereinbart. Auf Basis dieses Swaps schrieb daraufhin das Eurosystem US-Dollar-Tender aus. Eurosystemintern wurden die US-Dollar-Tender über Swapgegengeschaften zwischen der EZB und den nationalen Zentralbanken des Euroraums abgewickelt. Die aus den Swapgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber der EZB wurden im Passivposten 10.4 *Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)* erfasst.

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2006 und 2007 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Tabelle 9

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Veranlagungen in Wertpapieren	975.738	596.205	+379.533	+63,7
Sonstige Veranlagungen	10.860	8.063	+2.797	+34,7
Insgesamt	986.598	604.268	+382.330	+63,3

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten (Tabelle 10) sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Tabelle 10

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	8.703.193	9.286.524	-583.331	-6,3
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	3.991.474	2.864.419	+1.127.055	+39,3
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	-	-	-	-
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	-	-	-	-
Insgesamt	12.694.667	12.150.943	+543.724	+4,5

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die regelmäßig stattfindenden Liquidität zuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im wöchentlichen Abstand im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) durchgeführt. Die Laufzeit des Standardtenders beträgt seit 8. März 2004 eine Woche. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages berechtigt.

Die Erhöhungen des Mindestbietungssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte gemäß Beschluss des EZB-Rats werden in Tabelle 11 dargestellt.

Tabelle 11

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
8. März 2007	14. März 2007	+0,25	3,75
6. Juni 2007	13. Juni 2007	+0,25	4,00

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Die *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte* sind Liquidität zuführende befristete Transaktionen nach dem Zinstenderverfahren in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Wege von Standardtendern durchgeführt.

5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen

Diese werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmaßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinsteuerungsoperationen werden üblicherweise von den nationalen Zentralbanken über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinsteuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2007 führte die OeNB vier derartige Geschäfte, die sich zwischen 200.000 Tsd EUR und 1.150.000 Tsd EUR bewegten, durch.

5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen

Im Jahr 2007 wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität

Der Finanzsektor kann die *Spitzenrefinanzierungsfazilität* in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazilität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes.

Die *Spitzenrefinanzierungsfazilität* wurde im Jahr 2007 mit durchschnittlich 2.568 Tsd EUR in Anspruch genommen.

Die Zinssatzerhöhungen für die *Spitzenrefinanzierungsfazilität* gemäß Beschluss des EZB-Rats werden in Tabelle 12 dargestellt.

Tabelle 12

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
8. März 2007	14. März 2007	+0,25	4,75
6. Juni 2007	13. Juni 2007	+0,25	5,00

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	127	
31.12.2006	115	
Veränderung	+12	(+10,8%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	4.633.276	
31.12.2006	3.276.539	
Veränderung	+1.356.737	(+41,4%)

In diesem Posten sind alle marktgängigen Wertpapiere, die nicht unter dem währungspolitischen Instrumentarium auszuweisen bzw. keinen bestimmten Ver-

anlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Zugänge zurückzuführen.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	418.633	
31.12.2006	424.308	
Veränderung	-5.675	(-1,3%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen, um von der Münze Österreich Aktiengesellschaft (Münze Österreich) direkt eingezogene Münzen sowie um Tilgungen. Die Tilgungen erfolgen mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR aus dem *Gewinnanteil des Bundes* am Erfolgsüberschuss der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der rückgelieferten Silbermünzen, einschließlich der aus der Veranlagung dieser Beträge durch die Münze Österreich bis zum vertraglich festgelegten jährlichen Überweisungstermin realisierten Zinsen, zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen. Zum 31. Dezember 2007 beträgt die Einlösungsverpflichtung des Bundes 1.190.350 Tsd EUR.

Erhöhungen dieser Forderung aus Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 8.119 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem *Gewinnanteil des Bundes* am Erfolgsüberschuss 2006 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 13.794 Tsd EUR gegenüber.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	19.964.089	
31.12.2006	16.950.771	
Veränderung	+3.013.318	(+17,8%)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen.

Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2006 und 2007 kann Tabelle 13 entnommen werden.

Tabelle 13

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	117.187	116.476	+711	+0,6
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.161.290	1.157.451	+3.839	+0,3
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	18.685.612	15.676.844	+3.008.768	+19,2
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–	–	–
Insgesamt	19.964.089	16.950.771	+3.013.318	+17,8

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Aufgrund der Beitritte der neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien zur EU und der Integration der betreffenden nationalen Zentralbanken in das ESZB am 1. Jänner 2007 wurden die seit 1. Mai 2004 gültigen Kapitalanteile an der EZB angepasst. Dabei kam es nach Artikel 49.3 der ESZB-Satzung zu einer Aufstockung des Kapitals, das die nationalen Zentralbanken an der EZB zeichnen. Der Anteil der OeNB am gezeichneten Kapital der EZB beträgt seit 1. Jänner 2007 2,0159 %, jener am (von den am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken) voll eingezahlten Kapital beträgt seit 1. Jänner 2007 2,9002%. Die Erhöhung der *Beteiligung an der EZB* um insgesamt 711 Tsd EUR stellt die finanzielle Auswirkung der Beitritte zum ESZB dar.

Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zu dem Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten. Diese Forderungen werden mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag für die unverzinsten Goldbestände) verzinst.

Die Anpassung der Anteile der nationalen Zentralbanken am Kapital der EZB infolge des Beitritts Sloweniens am 1. Jänner 2007 und die daraus resultierende Umschichtung der Anteile der nationalen Zentralbanken des Euroraums am gezeichneten Kapital der EZB zogen darüber hinaus eine Anpassung der Euro-Forderungen nach sich, die die EZB den am Eurosystem teilnehmenden natio-

nalen Zentralbanken im Wert der von ihnen eingebrachten Währungsreserven gutgeschrieben hat. Als Folge des absolut gestiegenen Kapitalanteils der OeNB erhöhte sich deren in Euro denominierte Forderung aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB um 3.839 Tsd EUR auf 1.161.290 Tsd EUR.

Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch den Abschnitt *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden*).

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2007, die im Jänner 2008 durch Zahlung ausgeglichen wurden.

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 14 dargestellt.

Tabelle 14

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	140.655	136.914	+3.741	+2,7
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	147.686	153.844	-6.158	-4,0
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.719.124	6.795.448	+923.676	+13,6
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	18.330	11.680	+6.650	+56,9
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	597.241	437.974	+159.267	+36,4
11.6 Sonstiges	1.002.352	1.026.054	-23.702	-2,3
Insgesamt	9.625.388	8.561.914	+1.063.474	+12,4

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der OeNB an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraftfahrzeuge), *Mobile Sachwerte* und *Immaterielle Vermögensgegenstände*.

Tabelle 15 zeigt die Entwicklung der *Gebäude und Grundstücke*.

Tabelle 15	
in Tsd EUR	
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2006 ¹	116.887
Zugänge im Jahr 2007	37
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2007	33
Kumulierte Abschreibungen	30.802
Buchwert 31.12.2007	86.090
Buchwert 31.12.2006	90.439
Abschreibungen des Jahres 2007	4.386

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

Die Entwicklung der *Einrichtung und Maschinen* ist in Tabelle 16 dargestellt.

Tabelle 16	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2006	83.868
Zugänge im Jahr 2007	7.186
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2007 ¹	8.207
Kumulierte Abschreibungen	60.291
Buchwert 31.12.2007	22.556
Buchwert 31.12.2006	24.353
Abschreibungen des Jahres 2007	8.924

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d. s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 60 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte* (historische Streichinstrumente und Münzsammlung) ist in Tabelle 17 dargestellt.

Tabelle 17	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2006	34.546
Zugänge im Jahr 2007	3
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2007	–
Kumulierte Abschreibungen	1.600
Zuschreibungen	5.494
Buchwert 31.12.2007	38.443
Buchwert 31.12.2006	38.440
Abschreibungen des Jahres 2007	–

Die Instrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2007 unverändert aus 28 Violinen, 5 Violoncelli und 3 Violen. Die Streichinstrumente werden im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musiker verliehen.

Tabelle 18 zeigt die Entwicklung der *Immateriellen Vermögensgegenstände* (Nutzungsrecht).

Tabelle 18	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2006	720
Zugänge im Jahr 2007	–
Abgänge im Jahr 2007	–
Kumulierte Abschreibungen ¹	123
Buchwert 31.12.2007	597
Buchwert 31.12.2006	612
Abschreibungen des Jahres 2007 ¹	15

¹ Die Abschreibung erfolgt auf 46,75 Jahre.

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 19 dargestellt.

Tabelle 19

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	6.181.359	5.533.925	+647.434	+11,7
Beteiligungen	880.786	849.731	+31.055	+3,7
Sonstige Veranlagungen	656.979	411.792	+245.187	+59,5
Insgesamt	7.719.124	6.795.448	+923.676	+13,6

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.493.733 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.523.160 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.492.770 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf gebundene Finanzanlagen (Buy & Hold) entfielen 820.512 Tsd EUR und auf die Veranlagung von Eigenmitteln 2.343.954 Tsd EUR.⁹ Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 8.407 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 15.786 Tsd EUR gegenüberstehen. Aus der Fremdwährungsbewertung stammen buchmäßige Kursgewinne über 130 Tsd EUR.

Von den *Beteiligungen* sind 566.257 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 314.529 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 20.

Tabelle 20

	in Tsd EUR
Substanzwert zum 31.12.2006	849.731
Zugänge im Jahr 2007	–
Abgänge im Jahr 2007 (zu Buchwerten)	0
Abschreibungen des Jahres 2007	83
Neubewertung im Jahr 2007	31.138
Substanzwert zum 31.12.2007	880.786

Die *Sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 112.133 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 53.964 Tsd EUR auf die Veranlagung zur Förderung der FTE-Nationalstiftung, 26.509 Tsd EUR auf die Veranlagung des originären Jubiläumsfonds und 464.373 Tsd EUR auf die Eigenmittelveranlagung entfallen.

11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	18.330	
31.12.2006	11.680	
Veränderung	+6.650	(+56,9%)

In diesem Bilanzposten werden die aus der Bewertung von nicht in der Bilanz ausgewiesenen Geschäften und Positionen stammenden Kursgewinne summiert, die gegen den Passivposten 14 Aus-

⁹ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, die Gewinnlättingrücklage, das ERP-Sondervermögen, die Reserve aus valutaren Kursdifferenzen (im Zuge des Jahresabschlusses 2007 gänzlich verwendet) sowie die Risikorückstellung.

gleichposten aus Neubewertung verrechnet werden. Der zum Bilanzstichtag ausgewiesene Saldo in Höhe von 18.330 Tsd EUR stammt mit 4.559 Tsd EUR aus Bewertungsgewinnen von Gold-Zinssatzswaps. Weiters beinhaltet dieser Bilanzposten das Ausgleichskonto für außerbilanzmäßige Instrumente im Zusammenhang mit Buchwertangleichungen und Realisaten in Höhe von 13.771 Tsd EUR.

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva kann Tabelle 21 entnommen werden.

Tabelle 21

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	880.569	917.411	-36.842	-4,0
Geldmarkt-Veranlagungen bei der OeKB für die Vergabe von ERP-Krediten	75.644	31.341	+44.303	+141,4
ERP-Fonds-Nationalbankblock	956.213	948.752	+7.461	+0,8
Finanzamt-Verrechnungskonto	-	29.350	-29.350	-100,0
Schilling-Scheidemünzen	14.144	8.346	+5.798	+69,5
Gesellschafterdarlehen	4.032	4.928	-896	-18,2
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	7.676	6.935	+741	+10,7
Forderungen aus Liegenschaftsverkäufen an Tochtergesellschaften	-	3.333	-3.333	-100,0
Sonstige Forderungen	20.287	24.410	-4.123	-16,9
Insgesamt	1.002.352	1.026.054	-23.702	-2,3

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abgeschrieben Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2007 beliefen sich Letztere auf 614.258 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2007 auf insgesamt 956.213 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG in Form von Buchkrediten.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der OeNB betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2007 in Höhe von 20.287 Tsd EUR beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszahlungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva**1 Banknotenumlauf**

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	18.052.675	
31.12.2006	16.814.844	
Veränderung	+1.237.831	(+7,4%)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 22).

Tabelle 22

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	-632.937	1.138.000	-1.770.937
Anpassungen aus			
Verbindlichkeit aus dem 8-prozentigen EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf	-1.569.902	-1.462.274	-107.628
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	+20.255.514	+17.139.118	+3.116.396
Nettoforderung aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs	+18.685.612	+15.676.844	+3.008.768
Euro-Banknotenumlauf	18.052.675	16.814.844	+1.237.831

Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden* angeführt.

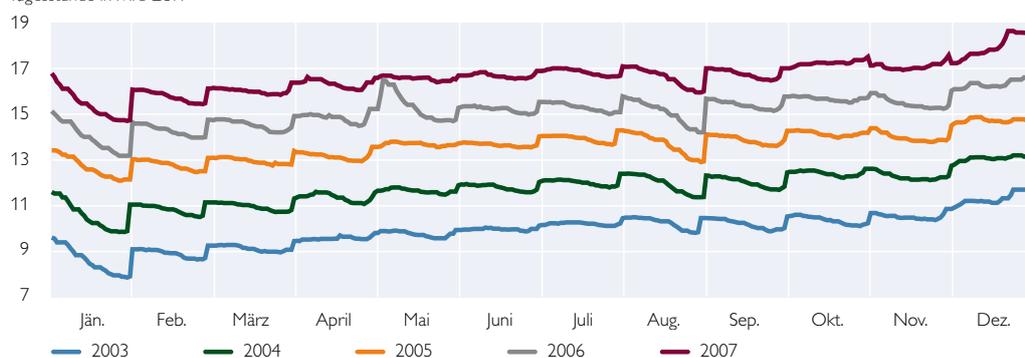
Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 23 entnommen werden.

Tabelle 23

	Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs	Veränderung	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
2003	9.913	+1.026	+11,5
2004	11.751	+1.838	+18,5
2005	13.618	+1.867	+15,9
2006	15.128	+1.510	+11,1
2007	16.614	+1.486	+9,8

OeNB-Banknotenumlauf im Fünf-Jahres-Überblick

Tagesstände in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 24 entnommen werden.

Tabelle 24

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	6.153.091	4.429.030	+1.724.061	+38,9
2.2 Einlagefazilität	395.000	44.500	+350.500	+787,6
2.3 Termineinlagen	–	–	–	–
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–	–	–
Insgesamt	6.548.091	4.473.530	+2.074.561	+46,4

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten setzt sich aus den laufenden Konten von Kreditinstituten, die der Verpflichtung der Mindestreservehaltung bei der OeNB unterliegen, zusammen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2007 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 44.402 Tsd EUR durchgeführt.

Tabelle 25 zeigt die Erhöhungen der Zinssätze für die *Einlagefazilität* gemäß der Beschlüsse des EZB-Rats.

Tabelle 25

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
8. März 2007	14. März 2007	+0,25	2,75
6. Juni 2007	13. Juni 2007	+0,25	3,00

5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	16.641	
31.12.2006	5.828	
Veränderung	+10.813	(+185,6%)

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte mit 10.799 Tsd EUR sowie Guthaben auf Girokonten von nicht mindestreservepflichtigen Kreditinstituten bzw. von sonstigen Nichtbanken.

6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	14.785	
31.12.2006	13.772	
Veränderung	+1.013	(+7,3%)

In diesem Bilanzposten sind Euro-Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken und Währungsinstitutionen, die nicht dem Eurosystem angehören, zusammengefasst.

8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	676.359	
31.12.2006	492.750	
Veränderung	+183.609	(+37,3%)

In diesem Bilanzposten sind Fremdwährungsverbindlichkeiten aus Repogeschäften erfasst.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	192.294	
31.12.2006	204.398	
Veränderung	-12.104	(-5,9%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2007	25.402.202	
31.12.2006	21.160.054	
Veränderung	+4.242.148	(+20,0%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen der OeNB mit den zwölf anderen Zentralbanken des Eurosystems, mit sechs nicht an der WWU teilnehmenden Zentralbanken (Bank of England, Danmarks Nationalbank, Latvijas Banka, Lietuvos bankas, Central Bank of Cyprus und Central Bank of Malta) sowie mit der EZB insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET entstanden ist. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo und die Verrechnung aus der allfälligen anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage ausgewiesen.

Die aus Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den anderen Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession übertragen (*Netting by Novation*). Die Verzinsung des Saldos mit der EZB erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

11 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2007, die im Jänner 2008 durch Zahlung ausgeglichen wurden.

12 Sonstige Passiva

Tabelle 26 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

Tabelle 26

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	127	182	-55	-30,3
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	96.759	73.489	+23.270	+31,7
12.3 Sonstiges	376.067	361.743	+14.324	+4,0
Insgesamt	472.953	435.414	+37.539	+8,6

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet wurden, und Buchwertangleichungen ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 27 dargestellt.

Tabelle 27

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	149.848	130.244	+19.604	+15,1
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	150.337	167.080	-16.743	-10,0
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	25.607	23.793	+1.814	+7,6
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	46.734	34.419	+12.315	+35,8
Sonstiges	3.541	6.207	-2.666	-43,0
Insgesamt	376.067	361.743	+14.324	+4,0

Der *Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die Abnahme der *Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* ist auf Einlösungen bzw. auf die Präklusion der 500 Schilling-Banknote mit dem Porträt *Josef Ressel* zurückzuführen. Dies war bereits die dritte Präklusion einer Schilling-Banknote seit der Euro-Bargeldeinführung.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2006 gemäß Beschluss der Generalversammlung 8.741 Tsd EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds – unter Berücksichtigung von Veranlagungserträgen für das Jahr 2007 und erfolgter Rückzahlungen – Förderungsmittel von insgesamt 38.649 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2007 wurden davon 13.042 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 25.607 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2007 nicht ausgezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 18.847 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 164 Projekte in Höhe von 10.840 Tsd EUR und für die Förderung von drei Instituten 3.580 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit dem Jahr 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 694.416 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Die Förderungsmittel des Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung in Höhe von 46.734 Tsd EUR resultieren aus den zweckgewidmeten Netto-Veranlagungserträgen für das Jahr 2007 und werden am Tag nach der Generalversammlung an die FTE-Nationalstiftung zur Auszahlung gebracht.

13 Rückstellungen

Tabelle 28

	31.12.2006	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31.12.2007
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Pensionsreserve	1.893.116	-100.876	+98.942	1.891.182
Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	52.864	-2.194	+5.455	56.125
Dienstnehmerjubiläen	10.963	-1.218	+1.228	10.973
Nicht konsumierte Urlaube	9.534	-233	+556	9.857
Schlusspensionskassenbeiträge	2.509	-188	-	2.321
Sonstiges	932	-42	-	890
Gesetzliche Sozialabgaben	86	-86	+90	90
Gehaltsanteile 2006 bzw. 2007	481	-481	+402	402
Rückstellungen für				
finanzielle Risiken	283.000	-3.844	+407.000	686.156
unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	202.286	-9.436	-	192.850
Körperschaftsteuer	-	-	+11.469	11.469
Lieferungen und Leistungen	700	-700	+2.016	2.016
Leistungen von Konzerngesellschaften	3.735	-3.735	+883	883
Sonstiges	648	-379	+359	628
Insgesamt	2.460.854	-123.412	+528.400	2.865.842

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine *Pensionsreserve* zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt.

Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die *Pensionsreserve* zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System praktisch ein geschlossenes darstellt. Die Pensionszahlungen der OeNB werden aus der für diesen Zweck bilanzierten Rückstellung geleistet.

Die durch die *Pensionsreserve* gedeckten Pensionsaufwendungen des Jahres 2007 haben gegenüber dem Vorjahr um 4.006 Tsd EUR oder 4,1 % auf 100.876 Tsd EUR zugenommen. In den Pensionsaufwendungen sind auch die Bezüge für 14 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in der Höhe von 4.200 Tsd EUR (2006: 15 Personen mit 4.183 Tsd EUR) enthalten.

Neben der Zuführung gemäß NBG wurden die aus der Veranlagung der *Pensionsreserve* stammenden Erträge im Zuge des Jahresabschlusses der *Pensionsreserve* zugeführt. Der so ermittelte Bilanzansatz (1.891.182 Tsd EUR) entspricht – unter Berücksichtigung der auf *Neubewertungskonten* erfassten Wertzuwächse von Veranlagungswerten – mit 100,18% dem zum 31. Dezember 2007 zur Sicherstellung der Pensionsansprüche der Bediensteten der OeNB errechneten versicherungsmathematischen Deckungskapital. Für die Ermittlung des Barwertes

der Pensionsreserve wird als Rechnungszinsfuß ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter Zinssatz von 3,85 % p. a. angewendet.¹⁰

Aufgrund der möglichen einmaligen Nachschussverpflichtung der OeNB an die Pensionskasse im Rahmen der bestehenden Pensionskassenregelung für in der Zeit vom 1. Mai 1998 bis 31. Dezember 2006 eingetretene Mitarbeiter wurde deren Höhe nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet und rückgestellt. Als Rechnungszinsfuß wurden 3,50 % p. a. angewendet.

In der Generalratssitzung vom 12. Oktober 2006 wurden neue Dienstbestimmungen, die für Dienstnehmer gelten, die nach dem 31. Dezember 2006 in die OeNB eintreten, beschlossen. Diesen Dienstbestimmungen liegt u. a. ein gegenüber dem bisherigen System weiter modifiziertes beitragsorientiertes Pensionskassensystem zugrunde.

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50 % p. a. angewendet wird.

Die Risikorückstellung dient zur Deckung finanzieller Risiken (Tabelle 3).

Die Verwendung der *Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten* ist auf Einlösungen zurückzuführen.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2007 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Salden der Neubewertungskonten werden währungsweise für die Abdeckung des mittels der VaR-Methode ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen herangezogen.

¹⁰ Der Rechnungszinsfuß wird jährlich evaluiert und errechnet sich aus der erzielten Veranlagungsrendite unter Berücksichtigung der generellen Bezugserhöhungen und der zukünftigen Renditeentwicklungen. Geringfügige Abweichungen in der Zukunft müssen nicht automatisch jährlich zur Änderung des Rechnungszinsfußes führen.

Tabelle 29 zeigt den *Ausgleichsposten aus Neubewertung*.

Tabelle 29

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Neubewertungskonten				
Gold	2.897.491	2.193.855	+703.636	+32,1
Fremdwährungen	36.570	61.568	-24.998	-40,6
Wertpapiere	69.602	73.532	-3.930	-5,3
Beteiligungen	242.411	211.273	+31.138	+14,7
Außerbilanzielle Geschäfte	4.559	6.604	-2.045	-31,0
Insgesamt	3.250.633	2.546.832	+703.801	+27,6
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1.1.1999 (Initial Valuation)				
Wertpapiere	–	1.423	-1.423	-100,0
Beteiligungen	278.807	278.807	–	–
Insgesamt	278.807	280.230	-1.423	-0,5
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)				
	–	349.050	-349.050	-100,0
Insgesamt	3.529.440	3.176.112	+353.328	+11,1

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwertungsgewinne (*Initial Valuation*) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

Die OeNB bilanziert gemäß § 69 Abs. 1 NBG zur Deckung von Kursrisiken die *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen*. Im Zusammenhang mit – anlässlich von Gold- und Fremdwährungsverkäufen – realisierten Kursgewinnen und der Abdeckung von buchmäßigen Fremdwährungs-Kursverlusten wurde die *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* im Zuge des Jahresabschlusses 2007 gänzlich verwendet.

15 Kapital und Rücklagen

Das (*Grund-*)Kapital der OeNB (Passivposten 15.1) beträgt gemäß § 8 Abs. 1 NBG 12.000 Tsd EUR und ist zu gleichen Teilen in 150.000 auf Namen lautende Aktien zerlegt.

Die *Rücklagen* werden in Tabelle 30 dargestellt.

Tabelle 30

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnlättingrücklage	2.226	2.226	–	–
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	–	–
Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	–	–
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	614.258	606.796	+7.462	+1,2
Insgesamt	4.121.247	4.113.785	+7.462	+0,2

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* wird für die Abdeckung des ermittelten finanziellen Risikos der OeNB herangezogen. Detaillierte Angaben darüber sind dem Abschnitt *Risikomanagement* zu entnehmen.

Der Jubiläumfonds von 1.531.500 Tsd EUR setzt sich seit dem Jahr 2003 aus zwei Teilbereichen zusammen, und zwar einerseits aus dem originären Jubiläumfonds in Höhe von 31.500 Tsd EUR sowie andererseits aus Mitteln für die Förderung der FTE-Nationalstiftung im Ausmaß von 1.500.000 Tsd EUR.

Die dem originären Jubiläumsfonds zugeordneten 31.500 Tsd EUR sind im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 mit 7.267 Tsd EUR und im Mai 2003 aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2002 mit 24.233 Tsd EUR zugeführt worden.

Die für die FTE-Nationalstiftung zweckgebundenen 1.500.000 Tsd EUR wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545.000 Tsd EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955.000 Tsd EUR) umgewidmet.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für einen Sonderzweck – auch völkerrechtlich – gebundenes Eigenkapital, das nicht anderwärtig verwendet werden kann.

Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Zum 31. Dezember 2007 waren folgende Forderungen und Verpflichtungen der OeNB bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst:

- gemäß den IWF-Statuten bestehende Verpflichtung zur Übernahme von SZR bis zum insgesamt Dreifachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung im Gegenwert von 418.573 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit *New Arrangements to Borrow* (NAB) im Gegenwert von 438.192 Tsd EUR
- Nachschussverpflichtung von 34.492 Tsd EUR auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel
- Ankäufe und Verkäufe auf Termin (1.020.642 Tsd EUR bzw. 1.006.871 Tsd EUR), bestehend aus Swaps bzw. Kassa- und Termingeschäften in Euro und Fremdwährungen; weiters gegenüber der EZB bestehende Terminverbindlichkeiten aus den Swapgeschäften im Zusammenhang mit einer Sonderfinanzierungsfazilität zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York
- Sicherstellungsbestände (574.969 Tsd EUR) zur Besicherung von Goldveranlagungen
- Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 16.166 Tsd EUR
- Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 20.928 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß (entsprechend dem gezeichneten Kapitalanteil an der EZB von 2,0159%) von 1.007.950 Tsd EUR aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR gemäß Artikel 30.1 der ESZB-Satzung von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern

- Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß (entsprechend dem gezeichneten Kapitalanteil an der EZB von 2,0159%) von 100.795 Tsd EUR aufgrund der Möglichkeit der EZB, gemäß Artikel 28.1 der ESZB-Satzung weitere Mittel einzufordern und ihr eingezahltes Kapital um 5 Mrd EUR aufzustocken
- Eventualverpflichtung aus gegebenen Bank- und sonstigen Garantien in Höhe von 144.740 Tsd EUR und Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien in Höhe von 6.093 Tsd EUR

Über etwaige materielle Auswirkungen der gegen die Republik Österreich in einem Insolvenzfall anhängigen Gerichtsverfahren auf die OeNB können zum derzeitigen Zeitpunkt keine fundierten Quantifizierungen vorgenommen werden.

Zum 31. Dezember 2007 zeigen sich folgende Bestände an *derivativen Finanzinstrumenten* (Tabelle 31):

Tabelle 31

	Zugrunde liegendes Nominale <i>in Tsd EUR</i>	Marktwert positiv <i>in Tsd EUR</i>	Marktwert negativ <i>in Tsd EUR</i>
Gold-Zinssatzswaps			
Verkauf	145.468	4.432	–

Der Marktwert resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2007. Der positive Marktwert errechnet sich dabei mit 4.559 Tsd EUR (verrechnet im Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung*) abzüglich der in vergangenen Jahren erfolgten Abschreibungen über 127 Tsd EUR.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

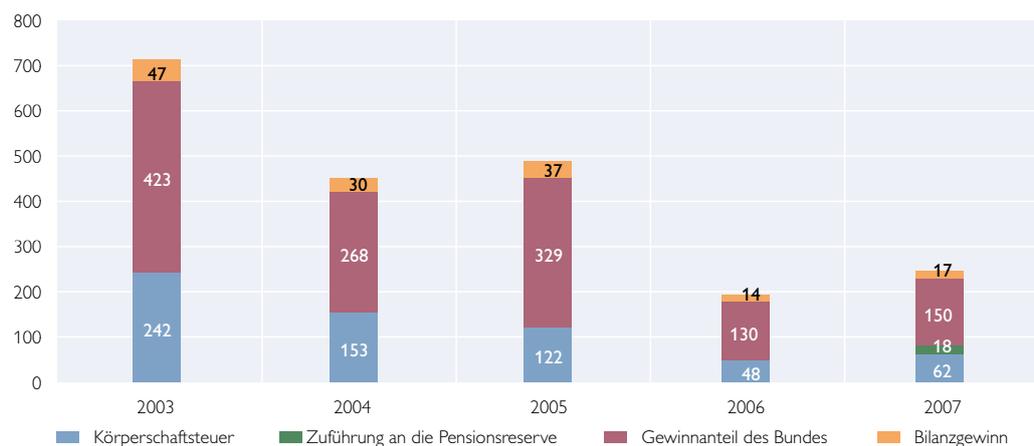
Tabelle 32

	2007	2006	Veränderung ¹	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	738.315	567.569	+170.746	+30,1
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-290.246	-174.641	+115.605	+66,2
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	3.386	1.919	+1.467	+76,4
4 Erträge aus Beteiligungen	22.587	25.202	-2.615	-10,4
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	7.317	6.343	+974	+15,4
6 Sonstige Erträge	9.192	10.233	-1.041	-10,2
Nettoerträge insgesamt	490.551	436.625	+53.926	+12,4
7 Personalaufwendungen	-107.521	-115.316	-7.795	-6,8
8 Sachaufwendungen	-78.343	-76.997	+1.346	+1,7
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-13.325	-14.142	-817	-5,8
10 Aufwendungen für Banknoten	-24.841	-24.574	+267	+1,1
11 Sonstige Aufwendungen	-19.858	-12.641	+7.217	+57,1
Aufwendungen insgesamt	-243.888	-243.670	+218	+0,1
Geschäftliches Ergebnis	246.663	192.955	+53.708	+27,8
12 Körperschaftsteuer	-61.666	-48.239	+13.427	+27,8
13 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	184.997	144.716	+40.281	+27,8
	-168.347	-130.244	+38.103	+29,3
14 Bilanzgewinn	16.650	14.472	+2.178	+15,1

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

Geschäftliches Ergebnis im Fünf-Jahres-Überblick

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

Die Erträge aus der Fremdwährungsveranlagung wurden mit per saldo 332.969 Tsd EUR (+25.800 Tsd EUR), jene aus Euro-Veranlagungen mit per saldo 304.304 Tsd EUR (+140.994 Tsd EUR) verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 451.462 Tsd EUR (+75.788 Tsd EUR) und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 39.343 Tsd EUR (+11.257 Tsd EUR) vereinnahmt. Weiters resultierten aus den Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems Erträge von per saldo 752.944 Tsd EUR (+367.643 Tsd EUR). Demgegenüber mussten für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 226.469 Tsd EUR (+82.435 Tsd EUR) aufgewendet werden. Zinsaufwendungen in Höhe von 946.594 Tsd EUR (+373.793 Tsd EUR) stammen aus der Verzinsung der TARGET-Salden.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* resultieren aus der infolge der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften. Darin sind auch die im Zusammenhang mit dem Verkauf von 8,75 Tonnen Gold realisierten Kursgewinne enthalten.

Die per saldo realisierten Gewinne haben um 64.462 Tsd EUR auf 209.043 Tsd EUR zugenommen. Dabei resultierte aus Gold- und Fremdwährungstransaktionen ein Nettoertrag in Höhe von 224.670 Tsd EUR (+5.555 Tsd EUR) und aus Wertpapiertransaktionen ein Nettoaufwand in Höhe von 15.627 Tsd EUR (–58.885 Tsd EUR).

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* begründen sich im Wesentlichen mit dem Rückgang der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere. Dabei entfielen auf Fremdwährungen 292.582 Tsd EUR (+227.793 Tsd EUR), auf Wertpapiere 65.710 Tsd EUR (–18.023 Tsd EUR) und auf Beteiligungen 83 Tsd EUR (–406 Tsd EUR).

Im Posten *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken* wird die gänzliche Verwendung der vor 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* in Höhe von insgesamt 266.086 Tsd EUR ausgewiesen. Diese Verwendung diente – in Entsprechung des § 69 Abs. 1 NBG – zur teilweisen Abdeckung buchmäßiger Fremdwährungskursverluste. Demgegenüber wurden aufgrund der vorgenommenen Risikoeinschätzung bei den valutarischen Beständen der *Risikorückstellung* (bis 31. Dezember 2006: *Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken*) 407.000 Tsd EUR zugeführt.

4 Erträge aus Beteiligungen

Dieser Posten beinhaltet die Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2006 der Münze Österreich (18.000 Tsd EUR) und der BIZ (2.456 Tsd EUR).

Die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH hat im Jahr 2007 2.100 Tsd EUR ausgeschüttet. Aus der Gewinnausschüttung der Studien-

gesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H. resultieren 25 Tsd EUR. Weiters wurde in diesem Posten der restliche Liquidationserlös der Realitäten-Verwertungs-Gesellschaft m.b.H. in Liquidation in Höhe von 6 Tsd EUR verrechnet.

Die EZB erzielte aus dem Euro-Banknotenumlauf im Jahr 2007 eine Seigniorage in Höhe von 2.004 Mio EUR. Diesen Betrag hat die EZB nicht an die nationalen Zentralbanken ausgeschüttet, sondern im Sinne eines entsprechenden Beschlusses des EZB-Rats vom 20. Dezember 2007 zur Dotierung der Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs- und Goldpreisrisiken in den Büchern der EZB verwendet. Der Anteil der OeNB beläuft sich dabei auf 58.130 Tsd EUR.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Anteilige Zinsaufwendungen reduzieren die monetären Einkünfte entsprechend.

Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Verbindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie die Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus dem TARGET-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: ihre Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie ihre Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus dem TARGET-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt zudem ein vom OeNB-Kapitalanteil an der EZB abhängiger Teil des Goldbestands (wobei Goldbestände als unverzinslich gelten). Zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede zwischen diesen – gesondert zu erfassenden – Aktiva der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz mit dem Durchschnittsertrag der genannten Vermögenswerte aller nationalen Zentralbanken des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital rückverteilt. Die OeNB hatte nach diesem Verfahren im Jahr 2007 Anspruch auf monetäre Einkünfte in Höhe von 671.687 Tsd EUR, verglichen mit 664.370 Tsd EUR, die sie nach dem Berechnungsansatz für monetäre Einkünfte erwirtschaftete.

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten neben den Gehältern, den Abfertigungen und den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw. von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanwartschaft erworben haben, statt bis dahin 5 % der gesamten Schemabezüge – für Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von

10,25 % zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2 % zu leisten.

Die *Gehälter* abzüglich der von den Dienstnehmern eingehobenen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 866 Tsd EUR oder 1,0 % auf 86.721 Tsd EUR zugenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 6.689 Tsd EUR vereinnahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben Bezüge in Höhe von insgesamt 1.045 Tsd EUR (2006: 1.024 Tsd EUR) erhalten. Davon entfielen auf:

Tabelle 33

Bezüge in Tsd EUR	
Gouverneur Dr. Liebscher	279
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatczek	263
Direktor Mag. Dr. Zöllner	256
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Christl	247

Die Höhe der Bezüge des Direktoriums unterliegt dem Bezügebegrenzungs-gesetz, wobei die Bezugshöhe des Gouverneurs mit jener des Bundeskanzlers begrenzt ist. Die Bezüge der übrigen Mitglieder des Direktoriums sind mit dem Bezug des Gouverneurs gedeckelt. An Sachbezügen (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) wurden insgesamt 35 Tsd EUR verrechnet.

Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2007 111 Tsd EUR (2006: 109 Tsd EUR) vergütet.

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 34 gezeigt.

Tabelle 34

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2007	2006	Veränderung	2007	2006	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	917,5	931,7	-14,2	920,3	935,4	-15,1
Insgesamt	1.082,1	1.100,5	-18,4	1.087,1	1.104,8	-17,7

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

² Ohne die außerhalb der OeNB tätigen Mitarbeiter sowie die karezierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

Die *Gesetzlichen Sozialabgaben* über insgesamt 13.305 Tsd EUR (+143 Tsd EUR) enthalten neben der Kommunalsteuer (2.622 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (6.658 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.927 Tsd EUR).

8 Sachaufwendungen

In den *Sachaufwendungen* sind u. a. Aufwendungen für Miete, Betriebskosten, Wartung, Reparatur und Instandhaltung in Höhe von 26.084 Tsd EUR (+1.369 Tsd EUR) sowie Aufwendungen für die Geldbearbeitung über 9.599 Tsd EUR (-211 Tsd EUR) enthalten.

10 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS).

12 Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz von 25 % ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz gilt, anzuwenden.

13 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes

Die *Zuführung an die Pensionsreserve* gemäß § 69 Abs. 2 NBG wurde mit 18.500 Tsd EUR verrechnet. Der *Gewinnanteil des Bundes* in Höhe von 149.847 Tsd EUR (2006: 130.244 Tsd EUR) beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90 % des versteuerten Ergebnisses.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Beitritte zum Eurosystem

Seit 1. Jänner 2008 erfüllen Zypern und Malta die Bedingungen für die Einführung des Euro und die Central Bank of Cyprus und die Central Bank of Malta traten mit diesem Stichtag dem Eurosystem bei.

Aufgrund ihrer Beitritte hatten die zwei nationalen Zentralbanken gemäß Artikel 49.1 der ESZB-Satzung ihre bisher nur mit 7 % eingezahlten gezeichneten Kapitalanteile voll einzuzahlen sowie in Verbindung mit Artikel 30.1 der ESZB-Satzung Währungsreserven entsprechend ihrer gezeichneten Kapitalanteile an die EZB zu übertragen. Die Beiträge der bisherigen nationalen Zentralbanken des Eurosystems blieben dadurch unberührt.

Der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital (relativer Kapitalschlüssel) ist durch die Beitritte von Zypern und Malta zum Eurosystem von 2,9002 % auf 2,8924 % gesunken.

Die gemäß Artikel 49.2 der ESZB-Satzung vorgesehenen abschließenden Beiträge der beigetretenen nationalen Zentralbanken von Zypern und Malta am EZB-Eigenkapital wurden an die neuen voll eingezahlten Kapitalanteile der nunmehr 15 nationalen Zentralbanken des Eurosystems im März 2008 nach der Feststellung des EZB-Jahresabschlusses durch den EZB-Rat angepasst.

Tabelle 35

Gezeichnete Anteile am Kapital der EZB	1. Jänner 2007 bis 31. Dezember 2007	Seit 1. Jänner 2008
	in %	in %
Deutsche Bundesbank	20,5211	20,5211
Banque de France	14,3875	14,3875
Banca d'Italia	12,5297	12,5297
Banco de España	7,5498	7,5498
De Nederlandsche Bank	3,8937	3,8937
Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique	2,4708	2,4708
Oesterreichische Nationalbank	2,0159	2,0159
Bank of Greece	1,8168	1,8168
Banco de Portugal	1,7137	1,7137
Suomen Pankki – Finlands Bank	1,2448	1,2448
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	0,8885	0,8885
Banka Slovenije	0,3194	0,3194
Banque centrale du Luxembourg	0,1575	0,1575
Central Bank of Cyprus ¹	–	0,1249
Central Bank of Malta/Bank Ċentrali ta' Malta ¹	–	0,0622
Anteil der am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken	69,5092	69,6963
Bank of England	13,9337	13,9337
Narodowy Bank Polski	4,8748	4,8748
Banca Națională a României	2,5188	2,5188
Sveriges Riksbank	2,3313	2,3313
Danmarks Nationalbank	1,5138	1,5138
Česká národní banka	1,3880	1,3880
Magyar Nemzeti Bank	1,3141	1,3141
Bulgarian National Bank	0,8833	0,8833
Národná banka Slovenska	0,6765	0,6765
Lietuvos bankas	0,4178	0,4178
Latvijas Banka	0,2813	0,2813
Eesti Pank	0,1703	0,1703
Central Bank of Cyprus ¹	0,1249	–
Central Bank of Malta/Bank Ċentrali ta' Malta ¹	0,0622	–
Anteil der am Eurosystem nicht teilnehmenden EU-Zentralbanken	30,4908	30,3037
Insgesamt	100,0000	100,0000

¹ Seit 1. Jänner 2008 Mitglied des Eurosystems.

Abtretung von 85 % der AUSTRIA CARD – Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H.

Mit Direktoriumsbeschluss und Genehmigung durch das Exekutivkomitee der OeNB vom 18. September 2007 wurde mit 26. September 2007 der Kauf- und Abtretungsvertrag für 85 % der Stammeinlage der AUSTRIA CARD – Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. mit der Salnea Beteiligungsverwaltungs GmbH abgeschlossen. Das Closing, bei dem die Anteile an den Käufer übergangen und der Kaufpreis für die OeNB an den Treuhänder überwiesen wurde, fand am 1. Jänner 2008 statt.

Verkauf des OeNB-eigenen Hotels Miramonte

Am 26. September 2007 hat das Direktorium nach einem Versteigerungsverfahren den Verkauf des Hotels Miramonte beschlossen und darüber dem Generalrat in seiner Sitzung am 11. Oktober 2007 berichtet. Die Übergabe des Hotels und damit der Eigentumsübergang erfolgt erst nach Vertragsunterzeichnung und Eintragung in das Grundbuch nach Ende der Wintersaison 2007/08.

Direktorium

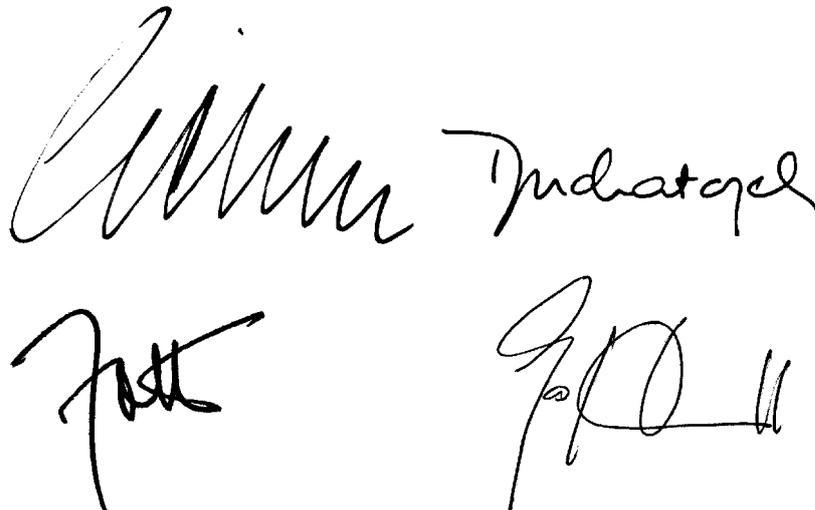
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Generalrat

Präsident Herbert Schimetschek
Vizepräsident Dr. Manfred Frey
Dipl.-Ing. August Astl
Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
Univ.-Doz. MMag. Dr. Philip Göth
Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner
Dipl. Bwt. Alfred Hannes Heinzl
Direktor Manfred Hofmann
Univ.-Prof. Mag. Dr. Herbert Kofler (bis 22. April 2007)
Mag. Max Kothbauer
Dipl.-Ing. Johann Marihart
Mag. Werner Muhm
Dr. Ewald Nowotny (ab 23. April 2007)
Dkfm. Gerhard Randa
Mag. Dr. Walter Rothensteiner

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:
Dr. Martina Gerharter, Gerhard Kaltenbeck.

Wien, am 12. März 2008



The image shows three handwritten signatures in black ink. The top signature is 'Wolfgang Duchatzek', the middle one is 'Peter Zöllner', and the bottom one is 'Josef Christl'.

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

„Wir haben den um den Anhang erweiterten Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank, Wien, für das Geschäftsjahr vom 01. Jänner 2007 bis 31. Dezember 2007 mit einer Bilanzsumme von € 61.946.134.956,97 unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – geprüft.

Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses um den Anhang erweiterten Jahresabschlusses sowie des Geschäftsberichts liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Dieser um den Anhang erweiterte Jahresabschluss sowie dieser Geschäftsbericht wurden in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 10 November 2006 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2006/16)“ erlassenen Vorschriften erstellt.

Der gemäß § 68 Abs. 1 NBG zu erstellende Geschäftsbericht ersetzt den Lagebericht gemäß § 243 UGB.

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem um den Anhang erweiterten Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Geschäftsbericht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Geschäftsbericht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – mit dem Jahresabschluss in Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Oesterreichischen Nationalbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

(Fortsetzung des Bestätigungsvermerkes auf der nachfolgenden Seite)

(Fortsetzung des Bestätigungsvermerkes)

Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des um den Anhang erweiterten Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Unsere Prüfung hat zu **keinen Einwendungen** geführt.

Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 10 November 2006 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2006/16)“ erlassenen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zum 31. Dezember 2007 sowie der Ertragslage des Unternehmens für das Geschäftsjahr vom 01. Jänner 2007 bis 31. Dezember 2007 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Sinne des § 67 Abs. 2 NBG.

Der Geschäftsbericht steht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – in Einklang mit dem Jahresabschluss.“

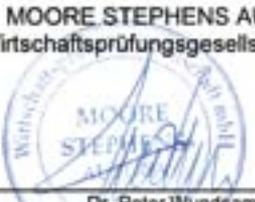
Wien, am 12. März 2008

TPA Horwath
Wirtschaftsprüfung GmbH



Mag. Thomas Schaffer, CPA
Wirtschaftsprüfer

MOORE STEPHENS AUSTRIA
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH



Dr. Peter Wundsam
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Für abweichende Fassungen (zB Verkürzungen) gelten die Bestimmungen des § 281 UGB.

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 2 und 3 NBG vorgesehenen Zuweisungen (Posten 13 der Gewinn- und Verlustrechnung), von denen 149.847 Tsd EUR (2006: 130.244 Tsd EUR) auf den Gewinnanteil des Bundes entfallen, verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Bilanzgewinn 2007 von 16.649.732,22 EUR.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 26. März 2008 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

in EUR

10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR		1.200.000,00
Zuweisung an die Leopold Museum-Privatstiftung		98.471,69
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft für:		
Förderungen durch die OeNB	12.579.460,15	
Förderungen durch die FTE-Nationalstiftung	2.771.800,38	15.351.260,53
		<hr/>
		16.649.732,22

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2007

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

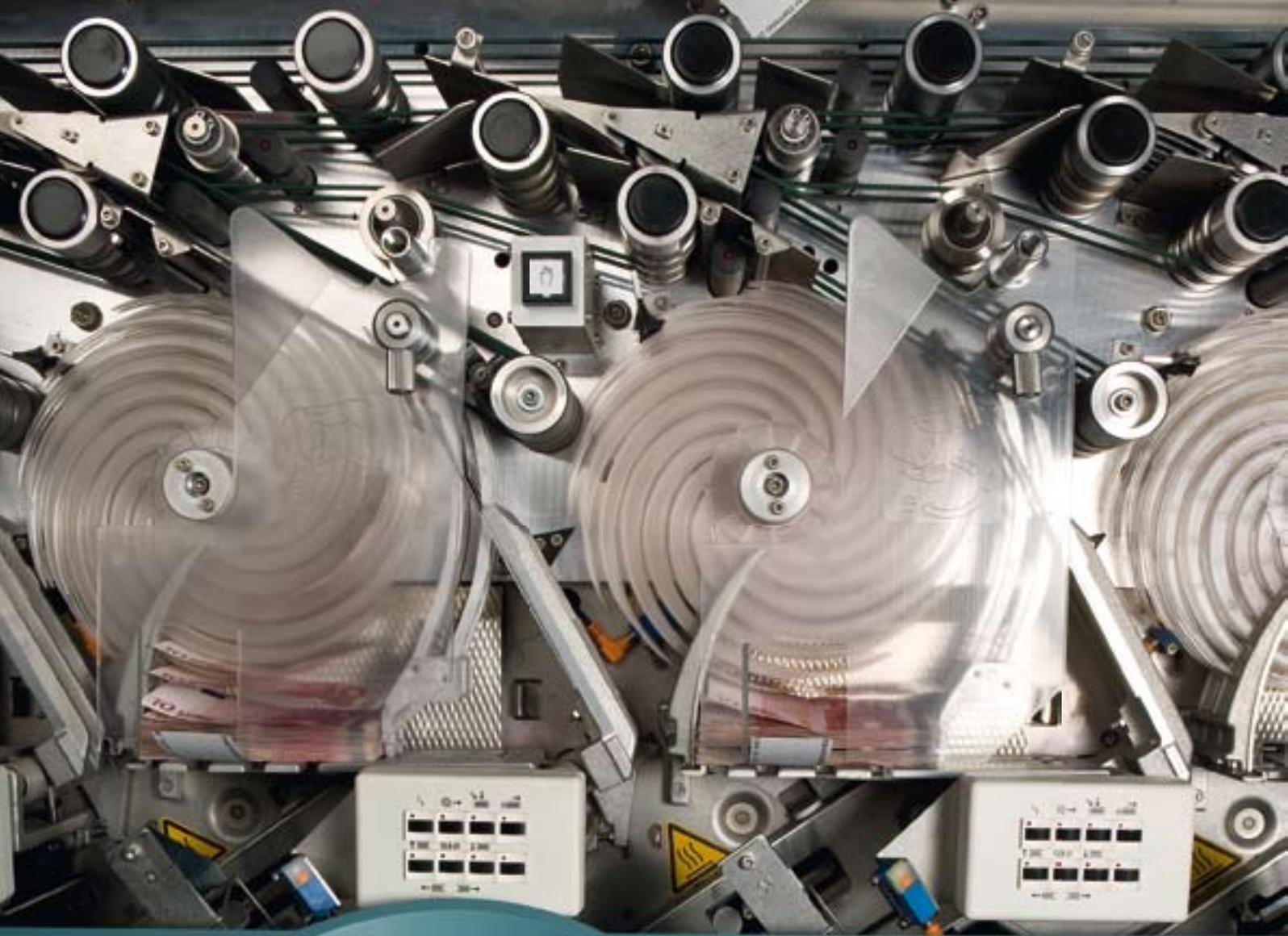
Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2007 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 31. Mai 2007 gewählten Rechnungsprüfern – der TPA Horwath Wirtschafts-

prüfung GmbH und der MOORE STEPHENSAUSTRIA Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 29. April 2008 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2007 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2007 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2007 erstatteten Empfehlung (Seite 143) beschließen.





Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung

ABS	Asset-Backed Securities	JVI	Joint Vienna Institute
APC	Austrian Payments Council	LIBOR	London Interbank Offered Rate
APSS	Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH	M3	Geldmenge M3
ARTIS	Austrian Real-Time Interbank Settlement	MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	MSCI	Morgan Stanley Capital International
ATX	Austrian Traded Index	MTL	Maltesische Lira
BGBL	Bundesgesetzblatt	NBG	Nationalbankgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt	NRP	Nationales Reformprogramm
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
BMF	Bundesministerium für Finanzen	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
BRIC	Brasilien, Russland, Indien und China	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
BSC	Banking Supervision Committee	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
BWG	Bankwesengesetz	ONA	Ordnungsausweis
CBOE	Chicago Board Options Exchange	PIN	Persönliche Identifikationsnummer
CEBS	Committee of European Banking Supervisors	POS	Point-of-Sale
CESR	Committee of European Securities Regulators	PSD	Payment Services Directive
CG	Corporate Governance	ROM	Risikoorientiertes Meldewesen
CMS	Counterfeit Monitoring System	RTGS	Real Time Gross Settlement
CSDB	Centralised Securities Database	SCF	SEPA Cards Framework
CYP	Zypritisches Pfund	SCT	SEPA Credit Transfer
EAND	Emergency Assistance for Natural Disasters	SDD	SEPA Direct Debit
EAPS	Euro Alliance of Payment Schemes	SEPA	Single Euro Payments Area
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU)	S&P	Standard & Poor's
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	SSP	Single Shared Platform
EMV	Europay, MasterCard und VISA	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr
EONIA	Euro OverNight Index Average	SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
EPC	European Payments Council	SZR	Sonderziehungsrechte
ERP	European Recovery Program	T2S	TARGET2-Securities
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	TAN	Transaktionsnummer
EU	Europäische Union	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
EUR	Euro	TOP	Tender Operation System
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate	UGB	Unternehmensgesetzbuch
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
EZB	Europäische Zentralbank	USD	US-Dollar
FATS	Foreign Affiliates Statistics	VaR	Value at Risk
F&E	Forschung und Entwicklung	VERA	Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis
FMA	Finanzmarktaufsicht	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
FSAP	Financial Sector Assessment Program	WAG	Wertpapieraufsichtsgesetz
FTE-Nationalstiftung	Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
GFR	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	wiiw	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertegestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.	WKM	Wechselkursmechanismus
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex	WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung	WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
IRB	Internal Ratings-Based	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ISIN	International Securities Identification Number		
IT	Informations- und Kommunikationstechnologie		
IT-QMS	IT-Qualitätsmanagementsystem		
IWF	Internationaler Währungsfonds		
JPY	Japanischer Yen		

- x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
 .. = nicht verfügbar
 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
 – = Zahlenwert ist null (gilt nur für den Jahresabschluss 2007)
 n. a. = nicht anwendbar (gilt nur für den Jahresabschluss 2007)

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Glossar

Acquirer: Dienstleister für die Autorisierung und Abrechnung von Kartenzahlungen; bei der OeNB auch *Händlerakquisitionsbank* genannt. Akquiriert als Lizenznehmer einer Kartenorganisation Händler als Vertragsunternehmen, um deren Kunden bargeldlose Zahlungen über die jeweilige Kartenorganisation zu ermöglichen, und übernimmt die Zahlungsabwicklung für die Händler.

Basel II: Bezeichnet die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht verabschiedeten Eigenkapitalvorschriften für Banken. In der EU sind alle Kreditinstitute seit 1. Jänner 2008 verpflichtet, diese Vorschriften anzuwenden. Sie ersetzen die bisherigen, aus dem Jahr 1988 stammenden Eigenkapitalvorschriften (Basel I). Basel II zielt darauf ab, die Stabilität des Finanzsystems zu stärken, indem es für risikosensitivere Regelungen sorgt, die laufende Weiterentwicklung der Risikomanagementsysteme von Kreditinstituten sicherstellt und den neuen Entwicklungen auf den Finanzmärkten Rechnung trägt.

Benchmark: In der Regel ein Benchmarkindex, der das portfoliorelevante Marktumfeld definiert und richtungweisend für alle Veranlagungsentscheidungen ist. Ziel ist es, die Performance der Benchmark nachhaltig und ohne größeres Zusatzrisiko zu übertreffen.

Bonität: Bezeichnet die Kreditwürdigkeit eines Schuldners.

Carry Trade: Bezeichnet eine Investmentstrategie auf einem Devisenmarkt, bei der eine Währungsveranlagung in einem Hochzinsland einer Mittelaufnahme in einem Niedrigzinsland gegenübersteht. Je mehr Marktteilnehmer eine solche Strategie verfolgen, desto eher wird der Wechselkurs der höher verzinslichen gegenüber der niedriger verzinslichen Währung steigen, da *ceteris paribus* die Kreditwährung verkauft wird (höheres Angebot) und die Anlagewährung gekauft wird (höhere Nachfrage). Das Risiko dieser Strategie besteht darin, dass der Zinsvorteil durch einen Wertverfall der Anlagewährung gegenüber der Kreditwährung verloren geht.

Centralised Securities Database (CSDB): EZB-Datenbank, die umfangreiche Daten zu von EU-Ansässigen emittierten oder gehaltenen Wertpapieren enthält.

Clearing: Zentrale Verrechnung der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten im Rahmen von Geld- oder Wertpapiertransaktionen vor dem Zahlungsausgleich, gegebenenfalls unter Saldierung der Zahlungen.

Currency-Board-System: Mit der Einsetzung eines Currency Boards – der striktesten Form eines Wechselkursregimes – verzichtet ein Land auf eine eigenständige Notenbank und damit auf eine eigenständige Geldpolitik. Grundprinzip des Currency-Board-Systems ist, dass die freie Konvertibilität von Bargeld und Einlagen gegen eine internationale Leitwährung durch die Haltung entsprechender Devisenbestände institutionell garantiert wird. Ermöglicht wird dies über die Fixierung des Wechselkurses der Landeswährung zur gewählten Leitwährung und die selbst auferlegte Pflicht, den Geldumlauf im Inland an den Bestand der Devisenreserven zu koppeln. Darüber hinaus ist dem Currency Board jeglicher

Erwerb von Inlandsaktiva untersagt, wodurch im Krisenfall keine Liquidität zur Verfügung gestellt werden kann. Anders als eine Notenbank kann ein Currency Board nicht als Lender of Last Resort einspringen.

Diskontsatz: Zinssatz, den die Zentralbank beim Ankauf von noch nicht fälligen Wechseln oder Wertpapieren für die Zeit vom Ankaufstag bis zum Fälligkeitstag verrechnet.

EG-Vertrag: Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (= Vertrag von Rom, in Kraft seit 1. Jänner 1958). Mit dem Vertrag von Rom wurde eigentlich zunächst die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ins Leben gerufen; die Umbenennung in EG-Vertrag erfolgte erst mit dem EU-Vertrag (Vertrag von Maastricht = Vertrag über die Europäische Union; 1. November 1993, EUV). EG- und EU-Vertrag wurden seither durch den Vertrag von Amsterdam (1. Mai 1999) und durch den Vertrag von Nizza (1. Februar 2003) weiter abgeändert. Mit dem Vertrag von Lissabon erfährt der EG-Vertrag erneut eine inhaltliche Änderung. Der Vertrag von Lissabon wurde am 13. Dezember 2007 durch die Staats- und Regierungschefs in Lissabon unterzeichnet. Durch den Vertrag von Lissabon wird der EG-Vertrag umbenannt in den Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV). Nach erfolgreicher Ratifikation des Vertrags von Lissabon durch die 27 Mitgliedstaaten treten der AEUV und der EUV in abgeänderter Form mit der gleichen Rechtswirkung in Kraft.

Eigenmittelquote: Kennzahl, die das Verhältnis von Eigenmitteln – dem eigenen Kapital einer Bank im Gegensatz zum eingesetzten Fremdkapital – und den risikogewichteten Aktiva der Bankbilanz in Prozent ausdrückt.

EMV-Standard: EMV bezeichnet eine weltweit einheitliche Spezifikation für Zahlungskarten, die mit einem Prozessorchip ausgestattet sind, und für die zugehörigen Chipkartengeräte. Die Buchstaben EMV stehen für die drei Gesellschaften, die den Standard entwickelten: Europay, MasterCard und VISA.

EU-Konvergenzkriterien: Vier im Vertrag von Maastricht definierte Bedingungen, die ein EU-Mitgliedstaat für die Teilnahme an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion – also für die Einführung des Euro – erfüllen muss: 1) Die Inflationsrate liegt maximal 1,5 Prozentpunkte über jener der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten, 2) der langfristige Zinssatz liegt maximal 2 Prozentpunkte über jenem der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten, 3) es besteht kein übermäßiges Defizit (Referenzwerte für das Bestehen eines übermäßigen Defizits sind ein öffentliches Defizit (Finanzierungssaldo des Staats) von mehr als 3% des BIP und eine öffentliche Verschuldung von mehr als 60% des BIP, wenn diese nicht rückläufig ist und sich nicht hinreichend schnell dem Referenzwert nähert), 4) die zulässige Schwankungsbreite der Wechselkurse im **WKM II** wird seit mindestens zwei Jahren ohne starke Spannungen eingehalten und es erfolgte keine einseitige Abwertung gegenüber dem Euro.

Euroisierung: Bezeichnet die Aufgabe der Landeswährung zugunsten des Euro.

Fazilität: Bezeichnet in der Geldpolitik die Möglichkeit für Geschäftspartner, Liquidität von der Zentralbank zu erhalten oder dort einzulegen.

Federal Reserve: Das *Federal Reserve System* (oft auch Fed genannt) ist das Zentralbanksystem der Vereinigten Staaten, das sich aus dem Board of Governors und zwölf regionalen Federal Reserve Banks zusammensetzt. Die Fed wurde im Jahr 1913 vom Kongress der Vereinigten Staaten gegründet, um das nationale Finanzsystem bzw. dessen Flexibilität zu stärken. Wichtigstes Gremium der Fed ist das Federal Open Market Committee (FOMC), das die Geld- und Währungspolitik der Vereinigten Staaten betreibt.

Feinsteuerungsoperation: Offenmarktgeschäft des Eurosystems zum Ausgleich unerwarteter Liquiditätsschwankungen auf dem Markt. Häufigkeit und Laufzeit solcher Geschäfte sind nicht standardisiert.

Finanzinstrument: Bezeichnet gemäß International Accounting Standards (IAS) bzw. International Financial Reporting Standards (IFRS) einen Vertrag, der bei der einen Vertragspartei zu einem Vermögenswert und bei der anderen Vertragspartei zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Geldmarkt: Der Geldmarkt im engeren Sinn umfasst den Handel von Zentralbankguthaben unter Banken und dient dem Liquiditätsausgleich. Der Geldmarkt im weiteren Sinn umfasst die Gesamtheit aller Handelstätigkeiten mit kurzfristigen Finanzinstrumenten.

Haftungsumkehr-Klausel: Vertragliche Vereinbarung, dass im Schadensfall derjenige in der Prozesskette, der noch nicht auf den **EMV-Standard** umgestellt hat, für den etwaigen Schaden eines anderen aufkommt, der durch dieses Versäumnis verursacht wurde. Ein Beispiel: Hat die Bank es verabsäumt, ihre Karten mit einem Chip auszustatten oder neue Geldautomaten zu installieren, dann haftet sie für möglicherweise entstehenden Schaden. Hat ein Händler dagegen kein EMV-Terminal und muss deswegen den Magnetstreifen nutzen, obwohl der Kunde auch einen Chip auf der Karte hat, dann muss der Händler für den Schaden aufkommen. Hat es der Acquirer verabsäumt, seinem Händler ein passendes **Terminal** anzubieten, fällt der Schaden auf den Acquirer zurück.

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI): Laut **EG-Vertrag** ist die Preiskonvergenz unter den Mitgliedstaaten anhand eines harmonisierten Verbraucherpreisindex zu messen. Der von Eurostat berechnete HVPI ist das Ergebnis der Standardisierungsbemühungen und der zentrale Inflationsindikator für die Geldpolitik im Eurosystem: Wie vom EZB-Rat festgelegt, wird als Preisstabilitätsziel ein jährlicher Anstieg des HVPI für das Euro-Währungsgebiet von unter, aber nahe 2 % angepeilt.

Hauptrefinanzierungsgeschäft: Regelmäßiges Offenmarktgeschäft, das vom Eurosystem in Form einer befristeten Transaktion – d. h. einer Transaktion mit Rückkaufsvereinbarung – durchgeführt wird. Hauptrefinanzierungsgeschäfte werden über wöchentliche Standardtender mit einer Laufzeit von in der Regel einer Woche ausgeführt.

Hedgefonds: Sind im Unterschied zu anderen Investmentfonds sehr viel freier in der Wahl (und beim Wechsel) ihrer Anlagestrategie. Die Strategien sind sehr unterschiedlich, und so können Aufbau, Zusammensetzung und Anlagerisiko von Fonds zu Fonds stark voneinander abweichen. Hedgefonds zielen u. a. darauf ab, sowohl bei fallenden als auch bei steigenden Kursen auf den Finanzmärkten unter Einsatz oft extrem riskanter, mit hohem Leverage (Fremdkapitaleinsatz) verbundener Strategien eine sogenannte absolute Rendite zu erzielen, d. h., unabhängig von der Entwicklung der Märkte Maximalerträge zu erwirtschaften.

Hypothekarkredit: Begriff für langfristiges Darlehen, das durch Eintragung von Grundpfandrechten (überwiegend Grundschulden, seltener Hypotheken) gesichert ist. Beliehen werden insbesondere Grundstücke und Gebäude. Volumen, Laufzeit und Verzinsungsart (fix, variabel) können sehr unterschiedlich sein. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers wird eine Zwangsvollstreckung auf das beliehene Objekt vorgenommen.

Implizite Volatilität: Ein Maß für unvorhersehbare Kursbewegungen auf dem Markt innerhalb eines abgegrenzten Zeitrahmens (Tag, Monat, Jahr etc.) und daher ein Maß für das **Marktrisiko**. Neben der Errechnung der Standardabweichung aus historischen Zeitreihen (*historische Volatilität*) lässt sich die Volatilität auch implizit mithilfe des sogenannten Optionspreismodells ermitteln: Sind Optionspreis, preisbeeinflussende Faktoren wie Laufzeit, Kurs des zugrunde liegenden Wertpapiers, Zinsen und Ausübungspreis bekannt, so bedarf die Bestimmung der *impliziten Volatilität* keiner zusätzlichen Eingabegrößen. *Volatilität* ist sowohl für professionelle Finanzmarktakteure als auch für das Finanzsystem im Allgemeinen eine sehr wichtige Kennzahl.

Internationale Rechnungslegungsstandards (International Financial Reporting Standards – IFRS): Kapitalmarktorientierte Gesellschaften müssen laut EG-Verordnung Nr. 1606/2002 ihre konsolidierten Abschlüsse seit dem 1. Jänner 2005 gemäß IFRS erstellen. Die seit dem Jahr 2003 vom internationalen Rechnungslegungsgremium IASB (International Accounting Standards Board) entwickelten Standards werden als IFRS bezeichnet. Sämtliche vorher entwickelten Standards (International Accounting Standards – IAS) sind weiterhin gültig, sofern sie nicht vom IASB modifiziert oder durch neue Standards ersetzt werden. Bei den internationalen Rechnungslegungsstandards steht die Informationsfunktion für den Investor im Mittelpunkt.

International Securities Identification Number (ISIN): Der ISIN-Code nach ISO (International Organization for Standardization)-Norm 6166 ist eine Wertpapier-Kennnummer. Verantwortlich für die Vergabe von gültigen ISIN-Codes sind die jeweiligen nationalen Behörden (National Numbering Agencies –

NNAs), in Österreich die Oesterreichische Kontrollbank. Ausschlaggebend für die Gültigkeit eines ISIN-Codes ist die Datenbank der „Association of NNAs (ANNA)“.

Issuer: Aussteller einer Debit- oder Kreditkarte. Banken oder Kreditkartenorganisationen können als Issuer fungieren.

Kapitaladäquanz: Angemessenheit der Eigenmittelausstattung einer Bank in Bezug auf das Risikoprofil dieser Bank. Die Kapitaladäquanzbestimmungen von Basel I und Basel II sehen eine **Eigenmittelquote** von 8 % der risikogewichteten Aktiva vor.

Kreditvergabestandards: Bezeichnet von Banken schriftlich festgelegte bzw. ungeschriebene interne Kriterien für die Kreditvergabe. Darunter fallen auch spezielle Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben.

Kreditrisiko: Gefahr einer Wertminderung oder potenzieller Ausfall von Forderungen infolge einer Bonitätsverschlechterung von Kunden.

Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft: Regelmäßiges Offenmarktgeschäft, das vom Eurosystem in Form einer befristeten Transaktion durchgeführt wird. Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte werden über monatliche Standardtender mit einer Laufzeit von in der Regel drei Monaten ausgeführt.

Liquiditätsrisiko: Das Risiko, dass ein Geschäftspartner eine Verpflichtung bei Fälligkeit nicht in voller Höhe erfüllt. Das Liquiditätsrisiko ist kein Indikator für die Insolvenz eines Geschäftspartners, da dieser in der Lage sein kann, die Verpflichtung zu einem unbekanntem späteren Zeitpunkt zu erfüllen.

Lissabon-Strategie: Ein auf einem Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm mit dem Ziel, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

M3: Weit gefasstes Geldmengenaggregat, das M1 (Bargeldumlauf und täglich fällige Einlagen), M2 (M1 und kurzfristige Spar- und Termineinlagen) sowie marktfähige Finanzinstrumente, insbesondere Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und von MFIs begebene Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren umfasst. M3 spielt in der geldpolitischen Strategie des Eurosystems eine wichtige Rolle. Der Referenzwert für die Wachstumsrate von M3 – jener Wert, der auf mittlere Frist mit der Gewährleistung von Preisstabilität vereinbar ist – wurde für den Euroraum mit 4,5 % festgelegt.

Marktkapitalisierung: Wert des Eigenkapitals eines börsennotierten Unternehmens; entspricht dem Produkt des Aktienkurses und der Anzahl der ausgegebenen Aktien.

Marktrisiko: Potenzielle Auswirkungen von Schwankungen auf Finanzmärkten (z. B. Zinssatz-, Aktienkurs- bzw. Wechselkursänderungen) auf Vermögenswerte.

Memorandum of Understanding (MoU): Zwischen Behörden geschlossene Vereinbarung über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch hinsichtlich Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse.

Mengentender: Ausschreibungsverfahren, bei dem eine Zentralbank auf der Basis konkurrierender Gebote der Geschäftspartner (Banken) dem Markt Liquidität zuführt oder entzieht, wobei die Zentralbank zum von ihr fixierten Zinssatz Mengengebote einholt.

Offenmarktgeschäfte: Geschäfte, die auf Initiative der Zentralbank auf dem Finanzmarkt durchgeführt werden und zur Liquiditätssteuerung herangezogen werden.

Operationales Risiko: Bezeichnet im Bankwesen die Gefahr von Verlusten im Zusammenhang mit dem Verhalten von Mitarbeitern, dem Versagen interner Prozesse oder Systeme sowie aufgrund externer Ereignisse.

Personalisierung von Zahlungskarten: Diese kann optisch oder elektronisch erfolgen. Optische Personalisierung bedeutet Beschriftung mit Kundendaten in verschiedenen Verfahren (z. B. mit Laser, durch Hochprägung oder Thermosublimation). Dabei werden bei einer Zahlungskarte beispielsweise der Name des Kunden, die Bankleitzahl und die Kontonummer oder die Kreditkartennummer aufgebracht. Bei der elektronischen Personalisierung werden die erforderlichen Programme und persönlichen Daten auf den Magnetstreifen und den Chip der Karte geladen.

Primärhändler: Von der **Federal Reserve** ermächtigte Banken bzw. Broker, die in der Lage und verpflichtet sind, direkt an den Offenmarktgeschäften der Fed teilzunehmen. Primärhändler müssen bestimmte Qualitätskriterien (etwa hinsichtlich Liquidität oder Eigenkapital) erfüllen und konkurrieren als Bieter bei den Wertpapierauktionen der Fed. Sie fungieren als Mittler auf dem US-Staatsanleihemarkt, auf dem sie US-Staatsanleihen einerseits direkt mit der Fed handeln und diese andererseits ihren Kunden (darunter ausländische Banken und Institutionen) weiterverkaufen und von diesen kaufen.

Rating: Beurteilung der Bonität eines Schuldners (z. B. eines Staats oder Unternehmens) auf Basis standardisierter qualitativer und quantitativer Kriterien. Auf Basis des Ratingergebnisses wird die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers ermittelt.

Return on Assets (ROA): Jahresüberschuss vor/nach Steuern im Verhältnis zur Bilanzsumme (Gesamtkapitalrendite).

Risikoorientiertes Meldewesen (ROM): Stellt die Weiterentwicklung des aufsichtsstatistischen Meldewesens dar. Mit der Ausdehnung auf zusätzliche Erhebungsbereiche soll das Einzelrisiko aus den verschiedenen Risikobereichen eines Kreditinstituts noch besser abgebildet werden. Mit dem risikoorientierten Meldewesen werden zusätzlich zum Kredit-, Zinsänderungs- und Marktrisiko nun auch Erhebungsaspekte aus dem Aktienpositionsrisiko und aus dem Bereich des **operationalen Risikos** erfasst. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Erhebung von detaillierten Daten zu Konzern- und Auslandstochterbanken.

Stabilitätsprogramme: Jährlich aktualisierte mittelfristige Regierungspläne und Prognosen der Länder des Euro-Währungsgebiets über die Entwicklung von wirtschaftlichen und insbesondere budgetären Eckdaten gemäß den Erfordernissen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP). Nicht an der Währungsunion teilnehmende EU-Mitgliedstaaten müssen laut SWP jährlich ein Konvergenzprogramm vorlegen.

Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): Im Jahr 1997 beschlossene und 2005 reformierte Ergänzung zum EU-Vertrag mit dem Ziel, öffentliche Budgetdefizite zu begrenzen. Hauptziel des SWP sind mittelfristig ausgeglichene öffentliche Haushalte.

STEP2: Das erste pan-europäische Clearinghaus für vollelektronische, standardisierte grenzüberschreitende Massenzahlungen, die gemäß EG-Verordnung Nr. 2560/2001 nicht höher bepreist werden dürfen als vergleichbare nationale Zahlungen. Die OeNB bietet seit dem Jahr 2003 einen offenen und neutralen Zugang zum STEP2-System an, der von mehr als 150 in- und ausländischen Banken genutzt wird.

Stresstest: Untersuchung der Auswirkungen von drastischen, aber plausiblen Stressszenarien im Kredit- und Marktrisikobereich auf die Eigenmittelausstattung einer Bank.

Systemrisiko: Das Risiko, dass die Zahlungsunfähigkeit eines Marktteilnehmers dazu führt, dass andere Marktteilnehmer nicht mehr in der Lage sind, ihre Verpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen. In der Folge kann es zu erheblichen Liquiditätsproblemen oder Kreditausfällen kommen, die eine Bedrohung für die Finanzsystemstabilität darstellen. Die Zahlungsunfähigkeit kann operationale oder finanzielle Ursachen haben.

TARGET2: Nachfolgesystem von TARGET, das im November 2007 in Betrieb genommen wurde. Das Kernstück bildet eine von der Deutschen Bundesbank, der Banca d'Italia und der Banque de France gemeinsam errichtete und betriebene Gemeinschaftsplattform (Single Shared Platform – SSP). TARGET2 bietet gegenüber dem bestehenden TARGET-System einen erweiterten, europaweit einheitlichen Funktionsumfang zu harmonisierten Preisen an.

TARGET2-Securities (T2S): Das Konzept von T2S sieht die gemeinsame Führung von Zentralbankgeld- und Wertpapierkonten und die zentrale Abwicklung von Delivery-versus-Payment-Transaktionen auf einer technischen Plattform vor, die im Eigentum des Eurosystems steht und vom Eurosystem betrieben wird. T2S soll Barrieren abbauen und den **Zahlungsausgleich** von in Euro denominierten Wertpapieren standardisieren. Zudem soll T2S zu Preistransparenz, offenem Zugang, Entbündelung von Serviceleistungen und Preisen führen.

Terminal: Im Zahlungsverkehr Bezeichnung für ein Eingabegerät zur Abwicklung von Zahlungen mit Zahlungskarten, das bei einem Händler an der Kasse aufgestellt wird.

Value-at-Risk-Methodik (VAR-Methodik): Bezeichnet eine auf Wahrscheinlichkeitsrechnung aufbauende quantitative Ermittlung des Kursverlustrisikos eines Portfolios. Neben dem Gesamtrisiko werden auch die einzelnen Risikoquellen (Währungsrisiko, Zinsrisiko) näher betrachtet.

Vor-Ort-Prüfung: Eingehende Überprüfung ausgewählter Banken im Rahmen der Bankenaufsicht, bei der die Prüfer großteils vor Ort tätig sind. Die Kreditinstitute werden in speziellen relevanten Aktionsbereichen überprüft, um zusätzlich zum Meldewesen Informationen aus erster Hand und in individuell abgestimmtem Detaillierungsgrad zu gewinnen, von denen entsprechende aufsichtsrechtliche Aktionen abgeleitet werden können.

Währungsswap: Gleichzeitiger Kassakauf bzw. -verkauf und Terminkauf bzw. -verkauf einer Währung gegen eine andere. Im Rahmen der Swapgeschäfte im Zusammenhang mit der Sonderfinanzierungsfazilität zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York wurden US-Dollar gegen Euro an Eurosystembanken auf dem Kassamarkt verkauft und per Termin wieder zurückgekauft.

Wechselkursmechanismus II (WKM II): Vereinbarung zur wechselkurspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Euroraums und EU-Mitgliedstaaten, die den Euro einführen wollen; konkret die Festlegung des zulässigen Schwankungsbereichs der jeweiligen Wechselkurse zum Euro. Maximal dürfen die Kurse um $\pm 15\%$ gegenüber dem Euro schwanken, es können aber auch engere Schwankungsbreiten festgelegt werden.

Zahlungsausgleich: Bezeichnet die Erfüllung (Settlement) eines Finanzgeschäfts, insbesondere eines Termingeschäfts. Man unterscheidet zwischen Barausgleich und effektiver Lieferung des Basiswertes.

Zinstender: Ausschreibungsverfahren, bei dem eine Zentralbank auf der Basis konkurrierender Gebote der Geschäftspartner (Banken) dem Markt Liquidität zuführt oder entzieht, wobei die Zentralbank einen Mindestzinssatz vorgibt und Mengen- sowie Zinsgebote einholt.

Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle): Juristische Person, die zur Erfüllung einer bestimmten Aufgabe gegründet wird und deren einziger Unternehmensgegenstand die Finanzierung eines Projekts ist. Conduits oder Structured Investment Vehicles – eine Form von Zweckgesellschaft – kaufen beispielsweise langlaufende Forderungen an und refinanzieren den Kaufpreis durch die Emission von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset-Backed Securities). Kurzlaufende, dem Geldmarkt zuzurechnende Anleihen werden auch als Asset-Backed Commercial Paper bezeichnet.

Verzeichnis der Kästen, Grafiken, Tabellen

Bericht des Direktoriums über das Geschäftsjahr 2007

Kästen	Seite
1 Die US-Subprime-Krise prägt die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftsentwicklung seit dem zweiten Halbjahr 2007	23
2 Auswirkungen der stark gestiegenen Rohöl- und Rohstoffpreise auf Österreichs Wirtschaft <i>Grafik: Auswirkungen des Rohölpreisanstiegs im Jahr 2007 auf die österreichische Wirtschaft</i>	36
3 Inflationsbeschleunigung in Österreich seit Herbst 2007: Betrachtung nach Verbrauchsgruppen und Maßnahmen zur Rückführung <i>Grafik: HVPI-Inflationsrate und Beiträge ausgewählter Verbrauchsgruppen in Österreich</i>	37
4 Strukturreformen in Österreich und Bewertung durch internationale Organisationen	43
5 Welche Neuerungen bringt der Vertrag von Lissabon?	46
6 Malta und Zypern – am 1. Jänner 2008 bekam die Währungsunion zwei neue Mitglieder <i>Tabelle: Kennziffern für Malta und Zypern im Vergleich zum Euroraum</i>	49
7 Mit Bulgarien und Rumänien wächst die EU auf 27 Mitgliedstaaten <i>Tabelle: Kennziffern für Bulgarien und Rumänien im Vergleich zur EU</i>	51
8 Kompetenzverteilung zwischen FMA und OeNB in der Bankenaufsicht	59
9 Organisation der Bankenaufsicht in Europa <i>Tabelle: Bankenaufsichtsmodelle in der EU</i>	60
10 Näheres zum Goldabkommen der Zentralbanken <i>Tabelle: Die zehn Länder, deren Zentralbanken die weltweit größten Goldreserven halten</i>	70
11 Richtlinie über Zahlungsdienste auf dem Binnenmarkt	81
12 Banknoten mit zeitlich begrenztem Umtausch (Präklusivfristen)	89
13 Das neue Logo der OeNB	91
14 OeNB durch Konzentration ihrer Kompetenzen für die Zukunft gerüstet	95
Grafiken	
1 Reales BIP	17
2 HVPI-Inflationsrate	17
3 Euroraum: Geldmenge M3	17
4 Euroraum: Zinssätze	17
5 Bilanzsumme der Banken	17
6 Aufwand-Ertrag-Relation der Banken	17
7 OeNB: Geschäftliches Ergebnis	19

	Seite
8 OeNB: Erträge und Aufwendungen	19
9 OeNB: Nettowährungsposition	19
10 TARGET-Transaktionen	19
11 OeNB: Euro-Banknotenbearbeitung	19
12 Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum	27
13 Entwicklung des Euro-Wechselkurses	28
14 Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren im Euroraum	30
15 Kredite von MFIs an private Haushalte	31
16 Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren in Österreich	35
17 Engagement österreichischer Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa	54
18 Kundenstruktur der Statistik-Hotline der OeNB im Jahr 2007	72
19 Österreichische Dienstleistungsexporte (positiv) und -importe (negativ)	75
20 Geldvermögensbildung des Haushaltssektors	77
21 Euro- und US-Dollar-Bargeldumlauf	85
22 Fälschungen aus dem Euro-Bargeldumlauf in Österreich	86
23 OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr	88

Tabellen

1 Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für die EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa	33
2 Gesamtstaatliche Budgetsalden	39

Jahresabschluss 2007 der Oesterreichischen Nationalbank**Grafiken**

Goldbestände der OeNB	115
OeNB-Banknotenumlauf im Fünf-Jahres-Überblick	125
Geschäftliches Ergebnis im Fünf-Jahres-Überblick	134

Tabellen

1 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	108
2 Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007	109
3 Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember	112
4 Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2007	113

	Seite
5 Nettowährungsposition (inklusive Gold)	114
6 Forderungen an den IWF	115
7 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	116
8 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	117
9 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	117
10 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	117
11 Erhöhungen des Mindestbietungssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte gemäß Beschluss des EZB-Rats	118
12 Zinssatzerhöhungen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität gemäß Beschluss des EZB-Rats	119
13 Intra-Eurosystem-Forderungen	120
14 Sonstige Aktiva	121
15 Gebäude und Grundstücke	122
16 Einrichtung und Maschinen	122
17 Mobile Sachwerte	122
18 Immaterielle Vermögensgegenstände	122
19 Sonstiges Finanzanlagevermögen	123
20 Beteiligungen	123
21 Sonstige Aktiva	124
22 Euro-Banknotenumlauf	125
23 Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs	125
24 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	126
25 Erhöhungen der Zinssätze für die Einlagefazilität gemäß Beschluss des EZB-Rats	126
26 Sonstige Passiva	128
27 Sonstiges	128
28 Rückstellungen	129
29 Ausgleichsposten aus Neubewertung	131
30 Rücklagen	131
31 Derivative Finanzinstrumente	133
32 Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	134
33 Bezüge des Direktoriums	137
34 Mitarbeiterressourcen	137
35 Gezeichnete Anteile am Kapital der EZB	139

Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank

Näheres finden Sie unter www.oenb.at

Geldpolitik & Wirtschaft

vierteljährlich

Die auf Deutsch und Englisch erscheinende Quartalspublikation der OeNB analysiert die laufende Konjunkturentwicklung, bringt mittelfristige makroökonomische Prognosen, veröffentlicht zentralbank- und wirtschaftspolitisch relevante Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

Statistiken – Daten & Analysen

vierteljährlich

Diese Publikation enthält Kurzberichte und Analysen mit dem Fokus auf österreichischen Finanzinstitutionen sowie auf Außenwirtschaft und Finanzströmen. Den Analysen ist eine Kurzzusammenfassung vorangestellt, die auch in englischer Sprache zur Verfügung gestellt wird. Der Tabellen- und Erläuterungsabschnitt deckt finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren ab. Im Internet sind die Tabellen und Erläuterungen (jeweils deutsch und englisch) sowie ein zusätzliches Datenangebot abrufbar. Im Rahmen dieser Serie erscheinen fallweise auch Sonderhefte, die spezielle statistische Themen behandeln.

econ.newsletter

vierteljährlich

Der quartalsweise im Internet erscheinende Newsletter der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB informiert Kollegen aus anderen Notenbanken oder internationale Institutionen, Wirtschaftsforscher, politische Entscheidungsträger und an Ökonomie Interessierte über die Forschungsschwerpunkte und Tätigkeiten der Hauptabteilung Volkswirtschaft. Zusätzlich bietet der Newsletter Informationen über Publikationen, Studien oder Working Papers sowie über Veranstaltungen (Konferenzen, Vorträge oder Workshops) des laufenden Quartals. Der Newsletter ist in englischer Sprache verfasst.

Finanzmarktstabilitätsbericht

halbjährlich

Der auf Deutsch und Englisch erscheinende Finanzmarktstabilitätsbericht umfasst zwei Teile: Der erste Abschnitt enthält eine regelmäßige Analyse finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Daneben werden im Rahmen von Schwerpunktartikeln auch gesonderte Themen herausgegriffen, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

Focus on European Economic Integration

halbjährlich

Der englischsprachige Focus on European Economic Integration, die Nachfolgepublikation des Focus on Transition (letzte Ausgabe 2/2003), konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und reflektiert damit einen strategischen Forschungsschwerpunkt. Die OeNB publiziert in dieser Reihe einschlägige Länderanalysen sowie empirische und theoretische Studien zu notenbankrelevanten volkswirtschaftlichen Themen. Die Veröffentlichung von extern begutachteten Studien im Focus on European Economic Integration dient unter anderem dazu, einen Gedankenaustausch vor einer etwaigen späteren Publikation in Fachjournalen anzuregen.

Workshop-Bände

drei- bis viermal jährlich

Die im Jahr 2004 erstmals herausgegebenen Bände enthalten in der Regel die Beiträge eines Workshops der OeNB. Im Rahmen dieser Workshops werden geld- und wirtschaftspolitisch relevante Themen mit nationalen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien eingehend diskutiert. Die Publikation erscheint größtenteils auf Englisch.

Working Papers

etwa zehn Hefte jährlich

Die Working-Paper-Reihe der OeNB dient der Verbreitung und Diskussion von Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu Themen, die für die OeNB von besonderem Interesse sind. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen und spiegeln jeweils die Meinung der Autoren wider.

Volkswirtschaftliche Tagung (Tagungsband)

jährlich

Die Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung dar. Der Konferenzband enthält alle Beiträge der Tagung.

Conference on European Economic Integration

(Konferenzband)

jährlich

OeNB-Konferenzbandreihe mit Schwerpunkt auf notenbankrelevanten Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess. Erscheint in einem renommierten internationalen Verlag auf Englisch (Nachfolgekonferenz der „Ost-West-Konferenz“ der OeNB).

Näheres finden Sie unter ceec.oenb.at

Geschäftsbericht

jährlich

In mehreren Kapiteln werden im Geschäftsbericht der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen, die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationale Partnerin erörtert. Der Bericht enthält auch den Jahresabschluss der OeNB.

Wissensbilanz

jährlich

Die Wissensbilanz beschreibt das intellektuelle Kapital der OeNB sowie dessen Einsatz in Geschäftsprozessen und Leistungen. Sie stellt Zusammenhänge zwischen Human-, Beziehungs-, Struktur- und Innovationskapital dar und macht den Stellenwert einzelner Einflussfaktoren deutlich. Diese ganzheitliche Sichtweise ermöglicht eine Standortbestimmung und eine wissensbasierte strategische Ausrichtung.



Das Bildkonzept

Die Bilder erzählen die Geschichte eines kleinen Geldkreislaufs am Beispiel einer 10 Euro-Banknote: von der Auslieferung durch die OeNB, dem Beziehen des Bargelds am Geldausgabeautomaten, dem Wandern des Geldscheins durch die Hände einiger Konsumenten, die damit Waren oder Dienstleistungen bezahlen, bis zur Rücklieferung des Gelds über die Banken in die OeNB zur Überprüfung.



Adressen der Oesterreichischen Nationalbank

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon</i>	<i>Fernschreiber</i>
Hauptanstalt			
Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i> <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	(+43-1) 404 20-6666 Telefax: (+43-1) 404 20-2398	114669 natbk 114778 natbk
Zweiganstalten			
Zweiganstalt Österreich West			
Innsbruck			
Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	(+43-512) 594 73-0 Telefax: (+43-512) 594 73-99	
Zweiganstalt Österreich Süd			
Graz			
Brockmangasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	(+43-316) 81 81 81-0 Telefax: (+43-316) 81 81 81-99	
Klagenfurt			
10.-Oktober-Straße 13 9020 Klagenfurt	10.-Oktober-Str. 13 9020 Klagenfurt	(+43-463) 576 88-0 Telefax: (+43-463) 576 88-99	
Zweiganstalt Österreich Nord			
Linz			
Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	(+43-732) 65 26 11-0 Telefax: (+43-732) 65 26 11-99	
Salzburg			
Franz-Josef-Straße 18 5020 Salzburg	Franz-Josef-Str. 18 5020 Salzburg	(+43-662) 87 12 01-0 Telefax: (+43-662) 87 12 01-99	
Repräsentanzen			
Oesterreichische Nationalbank London Representative Office 5 th floor, 48 Gracechurch Street London EC3V 0EJ, Vereinigtes Königreich		(+44-20) 7623-6446 Telefax: (+44-20) 7623-6447	
Oesterreichische Nationalbank New York Representative Office 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		(+1-212) 888-2334 (+1-212) 888-2335 Telefax: (+1-212) 888-2515	(212) 422509 natb ny
Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenberg 30 B 1040 Brüssel, Belgien		(+32-2) 285 48-41, 42, 43 Telefax: (+32-2) 285 48-48	
Ständige Vertretung Österreichs bei der OECD 3, rue Albéric-Magnard F 75116 Paris, Frankreich		(+33-1) 53 92 23-39 (+33-1) 53 92 23-44 Telefax: (+33-1) 45 24 42-49	

Unser Auftrag und unsere Aufgaben

Auftrag

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). In dieser Funktion agiert sie in voller personeller, finanzieller und institutioneller Unabhängigkeit.

Die OeNB richtet ihre Zielsetzungen und ihr Verhalten an den Grundsätzen Vertrauen, Stabilität und Sicherheit aus. Das vorrangige Ziel des Eurosystems und somit auch der OeNB ist es, die Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet zu gewährleisten, um damit die Kaufkraft der Bevölkerung im Euroraum zu erhalten.

Aufgaben

Mitwirkung bei geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems

- Mitwirkung des Gouverneurs im Rat und im Erweiterten Rat der Europäischen Zentralbank (EZB)
- Volkswirtschaftliche Analysen und Forschungstätigkeit

Operative Geldpolitik/Reservenmanagement

- Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den österreichischen Banken
- Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems
- Management der eigenen Währungsreserven sowie des der OeNB zur Verwaltung übertragenen Teils der Währungsreserven der EZB
- Abwicklung und Überwachung der Mindestreserven der österreichischen Banken

Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht

- Durchführung der Bankenaufsicht – in Kooperation mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde FMA – sowie der Zahlungssystemaufsicht zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte
- Analyse von Finanzmärkten und Banken unter Risikogesichtspunkten

Bereitstellung von Statistiken

- Bereitstellung von aussagekräftigen, hochwertigen Statistiken, v. a. Monetär-, Zinssatz-, Aufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken wie z. B. die Zahlungsbilanz und die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

Bargeldversorgung

- Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit sicheren Banknoten und Münzen sowie Gewährleistung eines reibungslosen Bargeldumlaufs

Zahlungsverkehr

- Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich und deren Vernetzung mit dem Ausland

Nationale/Internationale Kooperation

- Zusammenarbeit mit nationalen Gremien wie Finanzmarktaufsicht, Staatsschuldenausschuss, Statistikrat u. a.
- Mitarbeit in zahlreichen Gremien des Eurosystems, des ESZB und der EU
- Internationale währungspolitische Zusammenarbeit mit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (IWF, BIZ)

Gutachter- bzw. Beratertätigkeiten

- Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen und Stellungnahmen

Ausgewählte Kennzahlen zur OeNB

	2007	2006
Unternehmenskennzahlen		
<i>Stand 31. Dezember</i>	<i>in Tsd EUR</i>	
Nettowährungsposition	12.083.798	12.861.283
Banknotenumlauf	18.052.675	16.814.844
Bilanzsumme	61.946.135	53.377.876
Geschäftliches Ergebnis	246.663	192.955
Körperschaftsteuer	61.666	48.239
Gewinnanteil des Bundes	149.847	130.244
Bilanzgewinn	16.650	14.472
	<i>absolut</i>	
Mitarbeiterressourcen der OeNB-Fachbereiche	917,5	931,7
Wissensbilanz		
	<i>Anzahl</i>	
Auskünfte der OeNB-Hotlines	38.516	38.153
Abonnenten der Newsletter	14.985	14.953
OeNB-Publikationen	63	64
Forschungskooperationen mit externen Partnern	44	44
Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Organisationen	26	29
Umweltbilanz		
Wärmeverbrauch, in kWh/m ²	45	62
Stromverbrauch, in MWh/Mitarbeiter	7,7	8,0
Papierverbrauch, in kg/Mitarbeiter	85	136

Quelle: OeNB.

Unser Leitbild

Die Zentralbanken des unabhängigen Eurosystems (somit auch die OeNB) haben im Jahr 2005 ein gemeinsames Leitbild mit folgenden wesentlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen veröffentlicht:

Vorrangiges Ziel des Eurosystems ist die Gewährleistung von Preisstabilität im Interesse des Gemeinwohls. Als führende Instanz im Finanzsektor trägt das Eurosystem außerdem eine besondere Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems und die Förderung der Finanzmarktintegration in Europa.

Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind tragende Werte bei der Umsetzung unserer Ziele. Eine erfolgreiche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas sowie mit den Medien ist für uns von größter Bedeutung. Unsere Beziehungen zu europäischen Institutionen und nationalen Behörden gestalten wir als Mitglieder des Eurosystems in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und im Einklang mit dem Prinzip der Unabhängigkeit von Zentralbanken.

Strategisch wie operativ tragen wir alle – unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Dezentralisierung – zur Erreichung der gemeinsamen Ziele bei. Wir verpflichten uns dem Prinzip der Good Governance und nehmen unsere Aufgaben durch Kooperation und Teamarbeit effektiv und wirtschaftlich wahr. Gestützt auf unser Erfahrungskapital sowie auf den Austausch von Wissen wollen wir im Rahmen klar festgelegter Rollen und Zuständigkeiten unsere gemeinsame Identität stärken, mit einer Stimme sprechen und Synergieeffekte nutzen.

Das Unternehmensleitbild der OeNB ergänzt und konkretisiert das Leitbild des Eurosystems im Hinblick auf die österreichischen Erfordernisse. Die wesentlichen Aussagen sind:

Als Zentralbank der Republik Österreich steht die OeNB im Dienste der Bevölkerung Österreichs und Europas.

Wir stellen das Vertrauen in die OeNB durch professionelle Aufgabenerfüllung sicher, die auf hoher Kompetenz und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter beruht.

Unsere Leistungen und Produkte sind stark kundenorientiert, um einen hohen Nutzen bei den Kunden und Partnern zu stiften.

Durch laufende marktorientierte Produkt- und Prozessinnovationen gewährleisten wir eine effiziente und kostenbewusste Leistungserbringung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, insbesondere des Umweltschutzes.

Unseren Kunden und Partnern gegenüber treten wir kooperativ, lösungsorientiert und zuverlässig auf.

Engagement, Motivation, Kreativität, Lernbereitschaft, Teamgeist und Mobilität der Mitarbeiter prägen als Erfolgsfaktoren für Gegenwart und Zukunft unseren Arbeitsstil.

Organisationsplan

Präsident
Herbert Schimetschek

Referat des Generalrats
AL Dr. Dr. Richard Mader

Vizepräsident
Dr. Manfred Frey

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher

Referat des Gouverneurs
AL Mag. Markus Arpa

Innenrevision
AL DRR Wolfgang Winter

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
AL Mag. Günther Thonabauer

Abteilung für Planung und Controlling
AL Mag. Gerhard Hohäuser

Jubiläumsfonds
AL Dr. Wolfgang Höritsch

Personalabteilung
AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger

**Hauptreferat
Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung**
DHR Mag. Peter Achleitner

**Ressort Geld- und Rechnungswesen,
Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr**
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Rechtsabteilung
AL DRR Dr. Hubert Mölzer

**Hauptabteilung
Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr**
DHA Wolfgang Pernkopf

Abteilung für IT- und Zahlungsverkehrsstrategie
AL Mag. Dr. Walter Hoffenberg

IT-Development
AL DRR Dr. Reinhard Auer

IT-Operations
AL Dipl.-Ing. Erich Schütz

Zahlungsverkehrsabteilung
AL DRR Mag. Andreas Dostal

Hauptabteilung Hauptkasse und Zweiganstalten
DHA Dr. Stefan Augustin

Hausdruckerei
AL Gerhard Habitzl

Banknoten- und Münzenkasse
AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zweiganstalt Österreich Nord
DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd
DZA Mag. Friedrich Fasching

Zweiganstalt Österreich West
DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung Rechnungswesen
DHA Friedrich Karrer

Abteilung Bilanzierung
AL Elisabeth Trost

Abteilung Zentralbuchhaltung
AL Herbert Domes

Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Hauptabteilung Volkswirtschaft
DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen
AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien
AL Mag. Dr. Martin Summer

**Abteilung für Integrationsangelegenheiten
und Internationale Finanzorganisationen**
AL Mag. Franz Nauschnigg

**Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher
Entwicklungen im Ausland**
AL Mag. Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Repräsentanz Brüssel
Mag. Marlies Stubits-Weidinger

Repräsentanz Paris
Mag. Dr. Konrad Pesendorfer

**Hauptabteilung
Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung**
DHA Mag. Andreas Ittner

Abteilung für Finanzmarktanalyse
AL Dr. Michael Würz

Abteilung für Bankenanalyse und -revision
AL Mag. Dr. Johannes Turner

Kreditabteilung
AL DRR Mag. Dr. Franz Richter

**Ressort Investitionspolitik,
Interne Dienste und Statistik**
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Beteiligungsverwaltung
AL Mag. Franz Partsch

Hauptabteilung Treasury
DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko
AL Reinhold Wanka

Treasury – Front Office
AL DRR Mag. Walter Sevcik

Treasury – Back Office
AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London
Mag. Carmencita Nader-Uher

Repräsentanz New York
Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung Organisation und Interne Dienste
DHA Mag. Albert Slavik

Organisationsabteilung¹
AL Ing. Mag. Wolfgang Ruland

Abteilung für Einkauf, Technik und Service
AL Mag. Thomas Reindl

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten
AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
AL Mag. Bernhard Urban

Hauptabteilung Statistik
DHA Mag. Dr. Aurel Schubert

Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik
AL Gerhard Kaltenbeck

**Abteilung für Außenwirtschaftsstatistik und
Finanzierungsrechnung**
AL Dr. Michael Pfeiffer

AL Abteilungsleiter

DHA Direktor der Hauptabteilung

DHR Direktor des Hauptreferats

DRR Direktionsrat

DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs
Stand per 29. April 2008

Der Geschäftsbericht der OeNB informiert gemäß Nationalbankgesetz über die Geldpolitik des Eurosystems, über Entwicklungen der Wirtschaftslage, der Finanzmärkte, des Zahlungsverkehrs und des Bargeldsektors. Ferner werden die Aufgaben und die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts.

Produktmanager

Manfred Fluch

Inhaltliche Gestaltung

Gernot Ebner, Manfred Fluch, Matthias Fuchs, Johannes Haushofer, Gerhard Havelka, Oliver Huber, Georg Hubmer, Markus Pammer, Michael Pfeiffer, Anton Schautzer, Josef Schreiner, Manfred Zipko

Lektorat und Redaktion

Alexander Dallinger, Rena Mühldorf

Technische Gestaltung

*Peter Buchegger (grafische Gestaltung)
Erika Gruber (Layout, Satz)
Hausdruckerei der OeNB (Herstellung)*

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlich hergestelltem Papier

Fotografien

Klemens Horvath

Rückfragen

*Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-6666
Telefax: (+43-1) 404 20-6698
E-Mail: oenb.info@oenb.at*

Bestellungen/Adressenmanagement

*Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-2345
Telefax: (+43-1) 404 20-2398
E-Mail: oenb.publikationen@oenb.at*

Impressum

*Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:
Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Günther Thonabauer, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Internet: www.oenb.at
Verlags- und Herstellungsort: 1090 Wien
© Oesterreichische Nationalbank, 2008
Alle Rechte vorbehalten.*

Im Sinne einer verbesserten Lesbarkeit wurde auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichtet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich der Text immer sowohl auf Frauen als auch Männer bezieht.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendungen und Lehrtätigkeiten sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Der vorliegende Geschäftsbericht als Teil des Nachhaltigkeitsberichts der OeNB wurde geprüft und entspricht dem aktuellen Leitfaden G3 der Global Reporting Initiative zur Nachhaltigkeitsberichterstattung.



DVR 0031577

Wien, 2008